

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

Stenographisches Protokoll

12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode**Freitag, 17. Juni 1966****Tagesordnung**

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966

Spezialdebatte

Gruppe VI: Unterricht

Inhalt**Personalien**

Krankmeldung (S. 785)

Entschuldigung (S. 785)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 785)

Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 19 (S. 785)

Zuweisung der Regierungsvorlagen 82 bis 89
(S. 786)**Regierungsvorlagen**77: Abkommen mit Irland zur Vermeidung
der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der
Steuern vom Einkommen (S. 786)81: Vertrag mit Finnland zur Regelung ge-
wisser finanzieller und vermögensrechtlicher
Fragen (S. 786)91: Neuerliche Abänderung des Wohnhaus-
Wiederaufbaugesetzes (S. 786)**Verhandlungen**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (15 d. B.):
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966
(79 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium
für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht,
Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28 Titel 8:
BundestheaterSpezialberichterstatter: Ing. Karl Hof-
stetter (S. 786)Redner: Dr. Scrinzi (S. 787), Dr. Stella
Klein-Löw (S. 794), Harwalik (S. 801),
Peter (S. 809), Dipl.-Ing. Dr. Leitner
(S. 817), Liwanec (S. 824), Dr. Josef
Gruber (S. 826), Dr. Hertha Firnberg
(S. 833), Dr. Kummer (S. 839), Doktor
Kleiner (S. 843), Lola Solar (S. 846),
Luptowits (S. 850), Dipl.-Ing. Tschida
(S. 855), Zankl (S. 859), Regensburger
(S. 861), Haas (S. 865), Lukas (S. 867)
und Ströer (S. 870)Ausschußentschließung, betreffend Förde-
rungszuwendungen für die von den Gebiets-
körperschaften betriebenen Theater und
für das Laienspielwesen (S. 787) — An-
nahme (S. 872)

Entschließungsanträge

Dr. Weißmann, Luptowits und Doktor
Scrinzi, betreffend Universität Klagenfurt
(S. 852) — Annahme (S. 872)Dr. Hertha Firnberg, betreffend Lehr-
freiheit an Hochschulen (S. 839) — Ablehnung
(S. 872)

Annahme der Gruppe VI (S. 872)

Eingebracht wurden**Antrag** der AbgeordnetenHaas, Zankl, Dr. Stella Klein-Löw, Anna
Czerny und Genossen, betreffend Lehrer-
ernennungen (22/A)**Anfrage** der AbgeordnetenProbst, Rosa Jochmann, Lane, Dr. Hertha
Firnberg und Genossen an den Bundes-
minister für Verkehr und verstaatlichte
Unternehmungen, betreffend Fertigstellung
der Schnellbahntrasse Floridsdorf—Meidling
und der Schnellbahnstation Matzleinsdorfer-
platz in Wien (47/J)**Beginn der Sitzung: 9 Uhr**Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zwei-
ter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter
Präsident Wallner.**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.Das amtliche Protokoll der 10. Sitzung
des Nationalrates vom 15. Juni 1966 ist in
der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblie-
ben und gilt daher als genehmigt.Krank gemeldet ist der Abgeordnete Scher-
rer.Entschuldigt ist der Abgeordnete Alten-
burger.Den Antrag 19/A der Abgeordneten Ing. Häu-
ser und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz
über die Arbeitszeit und die Arbeitsruhe, weise
ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abge-
ordneten Haberl, um die Verlesung des Ein-
laufes.**Schriftführer Haberl:**„An den Herrn Präsidenten des National-
rates.Der Herr Bundespräsident hat mit Ent-
schließung vom 15. Juni 1966, Zl. 5373, über
meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-

786

Nationalrat XI. GP. — 12. Sitzung — 17. Juni 1966

Haberl

Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. Vinzenz Kotzina in der Zeit vom 16. bis 19. Juni dieses Jahres den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Fritz Bock mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehe ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte, in der Verlesung fortzufahren.

Schriftführer **Haberl:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen (77 der Beilagen);

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Regelung gewisser finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen (81 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz neuerlich abgeändert wird (91 der Beilagen).

Präsident: Diese Vorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung des Nationalrates zuweisen.

Die eingelangten und vom Schriftführer in der gestrigen Sitzung verlesenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

82 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 abgeändert wird, dem Verfassungsausschuß;

83 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Marktordnungsgesetzes neuerlich verlängert wird (9. Marktordnungsgesetz-Novelle),

84 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird, und

85 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Landwirtschaftsgesetzes neuerlich verlängert wird,

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;

86 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend Abgeltung von Ansprüchen der „Sammelstellen“ (Sammelstellen-Abgeltungsgesetz),

87 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend die Anmeldung gewisser vermutlich erblos gebliebener Vermögenschaften,

88 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Auffangorganisationengesetz neuerlich abgeändert wird (5. Auffangorganisationengesetz-Novelle), und

89 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Baukosten für ein bauliches Vorhaben in Israel,

dem Finanz- und Budgetausschuß.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 der Beilagen)

Spezialdebatte**Gruppe VI:**

Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht

Kapitel 12: Unterricht

Kapitel 13: Kunst

Kapitel 28 Titel 8 Bundestheater

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, Gruppe VI: Unterricht.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Ing. Karl Hofstetter: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Gruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966, das ist Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater, in seiner Sitzung am 1. Juni 1966 der Vorberatung unterzogen.

Der Budgetrahmen des eigentlichen Unterrichtsbudgets ohne Bundestheater — das sind die Haushaltsskapitel 11 bis 13 — beträgt 6.000,502.000 S. Von diesem Betrage entfallen 4.391,420.000 S auf den Personalstand und 1.609,082.000 S auf den Sachaufwand.

Im Bereich der Bundestheaterverwaltung beträgt der Gesamtausgabenrahmen 378,222.000 S, wovon 292,011.000 S auf den Personalaufwand und 86,211.000 S auf den Sachaufwand entfallen. Von diesem Gesamtbudget der Bundestheater wird ein Betrag von 108,500.000 S aus eigenen Einnahmen bedeckt, während für den Restbetrag von 269,722.000 S der Bund in Form eines Zuschusses aufkommt. Ein Vergleich mit dem vorjährigen Budget der Bundestheater von 372,926.000 S ergibt eine Budgetsteigerung um rund 5 Millionen Schilling, die durch erhöhte Einnahmen seitens der Bundestheater bedeckt wird.

Hohes Haus! Es ergibt sich für den Bereich des Unterrichtsressorts (Haushaltsskapitel 11 bis 13) einschließlich der Bundestheaterverwaltung (Kulturbudget) eine echte Budgeterhöhung um 757,982.000 S. Das bedeutet, daß der Anteil des Kulturbudgets gemessen am Gesamtaufwand der ordentlichen Gebarung von

Ing. Karl Hofstetter

8,81 Prozent im Jahre 1965 auf 9,38 Prozent im Jahre 1966 — sohin um 0,57 Prozent gegenüber dem Vorjahr — angestiegen ist. Stellt man das Unterrichtsbudget dem Gesamtaufwand in der ordentlichen Gebahrung gegenüber, so ergibt sich eine Erhöhung um 752,686.000 S, womit der anteilmäßige Prozentsatz von 8,22 im Jahre 1965 auf 8,82 im Jahre 1966 erhöht werden konnte.

Der Gesamtsachaufwand einschließlich Durchlaufergebnis wurde von 1.429,955.000 S im Jahre 1965 auf 1.609,082.000 S im Jahre 1966, das ist um 179,127.000 S oder 12,53 Prozent, erhöht. Demgegenüber beträgt die Steigerung des Sachaufwandes ohne Durchlaufergebnis für den gleichen Zeitraum 167,570.000 S oder 12,76 Prozent.

Der Schwerpunkt der Budgetaufstockung im Bereich des Sachaufwandes liegt beim Haushaltsskapitel 12: Unterricht, und teilt sich auf die einzelnen Bereiche wie folgt auf:

Wissenschaft und Forschung (Hochschulen, wissenschaftliche Anstalten und Bibliotheken)	BVA 1966 Schilling
	822,939.000
Allgemeinbildendes Schulwesen .	253,395.000
Berufsbildendes Schulwesen . . .	96,999.000
Volkserziehung (Volkssbildung, außerschulische Jugenderziehung und Sport)	87,310.000

Bei Kapitel 13: Kunst, ist ein Rückgang des Sachaufwandes von 231,815.000 S im Jahre 1965 auf 199,318.000 S im Jahre 1966 zu verzeichnen.

Dieser rein optische Rückgang ist im wesentlich durch den Umstand bedingt, daß im Jahre 1965 bei Kapitel 13 Titel 8: Kulturelle Auslandsbeziehungen, bei der Unterteilung 3, Anlagen, ein einmaliger Budgetbetrag von 31,5 Millionen Schilling für den Ankauf von Liegenschaften (Kulturinstitute New York und Paris) enthalten war, der naturgemäß im Jahre 1966 weggefallen ist.

Die Erhöhung des Gesamtpersonalaufwandes für die Kapitel Unterricht und Kunst von 3.817,861.000 S auf 4.391,420.000 S ist — so weit ihr nicht generelle Bezugserhöhungen zugrunde liegen — im wesentlichen durch Vermehrung von Dienstposten bedingt. Dementsprechend wurde auf dem Hochschulsektor die Zahl der Ordinariate um 49 und jene der Extraordinariate um 16 erhöht. Damit wird sich der Gesamtstand der Ordinariate auf 588 und der Extraordinariate auf 135 Dienstposten belaufen. Der Stand an Dienstposten für Hochschulassistenten wurde um 176, und zwar von 2393 im Jahre 1965 auf 2569 im Jahre 1966, jene für das nichtwissenschaftliche Personal an Hochschulen und Bibliotheken um

342 vermehrt. Darüber hinaus erfolgten auch bei den übrigen Schulkategorien entsprechende Vermehrungen an Dienstposten. So wurden im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens für allgemeinbildende höhere Schulen beziehungsweise für die Lehrerbildung 387 zusätzliche Dienstposten, für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen 187 und für das Pflichtschulwesen 3530 neue Dienstposten geschaffen.

Ein Vergleich zwischen den Kapiteln 11 bis 13 (6.000,502.000 S), dem Kapitel 28 Titel 8: Bundestheaterverwaltung (378,222.000 S) und den beim nunmehrigen Bundesministerium für Bauen und Technik veranschlagten Bau- und Liegenschaftskrediten für den Bereich des Unterrichtsressorts (587,000.000 S) (Erweitertes Kulturbudget) zeigt, daß der Anteil des erweiterten Kulturbudgets von 9,22 Prozent im Jahre 1965 auf 10,24 Prozent im Jahre 1966 gestiegen ist.

In der Debatte ergriffen nach den Ausführungen des Spezialberichterstatters 23 Abgeordnete das Wort. Bundesminister Dr. Piffl-Perčević nahm zu allen während der Debatte an ihn gerichteten Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 13. Juni 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Gruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages gemäß der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ferner hat der Finanz- und Budgetausschuß auf Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Doktor Leitner, Zankl, Peter und Harwalik die beigedruckte Entschließung angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, und dem Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater, samt dem dazugehörigen Geldvorschlag (Anlage III/8) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 (15 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung wird angenommen.

Ich stelle den Antrag, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Grund der Erfahrungen aus der gestrigen Debatte habe ich mich entschlossen, da ja vorbeugen besser ist als heilen, für alle Fälle vorzusorgen (*der Redner weist ein Kästchen für Erste Hilfe vor*), wenngleich ich fürchte, daß die Ange-

Dr. Scrinzi

legenheiten des Unterrichtes, der Kultur und der Bundestheaterverwaltung das Haus nicht in dem Maße beschäftigen werden wie gestern die Angelegenheiten der verstaatlichten Industrie und der Verkehrsbetriebe. (*Abg. Doktor Gorbach: Woraus schließen Sie das?*) Das nehme ich auf Grund der Zahlen, die uns das derzeitige Kulturbudget offeriert, an.

Meine Damen und Herren! Haben wir bei der Diskussion des Kapitels Landesverteidigung zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Bereitschaft, uns gegen mögliche äußere Feinde zur Wehr zu setzen, außerordentlich gering ist, so müssen wir mit noch größerer Bestürzung feststellen, daß die Bereitschaft, Österreich als ein altes und angesehenes Kultur- und Bildungsland zu verteidigen, womöglich noch geringer ist. In der Zeit eines durch 15 Jahre ausschließlich auf den äußeren Wohlstand, auf den äußeren Lebensstandard bedachten Entwicklung müssen wir feststellen, daß wir eine geistige Abrüstung vorgenommen haben, die uns — und ich kann mich hier auf Feststellungen beziehen, die das Unterrichtsministerium selber getroffen hat — in die unmittelbare Nachbarschaft von Entwicklungsländern wie Ghana, Philippinen und Indien bringen. Das in einem Zeitpunkt, wo wir feststellen müssen, daß zwar der militante Imperialismus derzeit in einer Phase des Kalten Krieges erstarrt ist, daß aber an seiner Stelle ein geistiger und ideologischer Imperialismus die Welt überzieht, der uns als ein Land, das unmittelbar an der Grenze der westlichen Freiheit liegt, nicht weniger gefährdet als der militante.

Diese Einstellung und Haltung findet ihren Niederschlag in dem uns vorgelegten Budget zu den Angelegenheiten von Unterricht, Kultur und Theaterverwaltung. Daß wir hier keine ausreichende Vorsorge treffen, Österreich aus seinem derzeitigen Tiefstand auf dem Gebiete von Kultur und Bildungspolitik herauszuführen, ist letzten Endes eine Folge jener Konsum- und Wohlfahrtsgesinnung, die von den beiden in diesem Hause durch 20 Jahre verantwortlichen Parteien kultiviert wurde. Das hat zu einer Abwertung von Bildung, zu einer Abwertung der geistigen Leistung, zu einer Nivellierung nach unten geführt, die natürlich zwangsläufig auch ihren Ausdruck im Kulturbudget finden mußte. Wenn wir uns vor Augen halten, daß etwa ein Haarschnitt in Österreich mehr kostet, als ein Hochschullehrer als Prüfungstaxe erhält, daß für eine Maurerstunde mehr bezahlt wird als einem Vortragenden in einer Volkshochschule, wenn wir bedenken, daß etwa für eine Stunde Mütterberatung kaum die Hälfte dessen gegeben wird, was ein Tennislehrer für eine Trainingsstunde bekommt,

wenn wir wissen, daß etwa die Besoldung eines wissenschaftlichen Hochschulassistenten geringer ist, ja daß sein Einkommen sich nicht annähernd mit dem eines Waschmaschinenvertreters messen kann, so müssen wir sagen, daß das alles alarmierende Symptome sind, die zeigen, wie weit wir gekommen sind.

Hand in Hand damit, und als zwangsläufige Folge der eingangs skizzierten Grundeinstellung, geht ja auch die bildungsfeindliche Steuerpolitik, welche etwa geistige Leistungen mit Warenumsatzsteuer belegt, wenn man auch das Wort „Waren“ aus dieser Steuer gestrichen hat, die zwar Spenden für Parteien steuerfrei stellt, aber Zuwendungen für Wissenschaft und Forschung besteuert. Das ist gleichfalls die zwangsläufige Folge jener geistigen Nivellierung, in der wir begriffen sind. Freischaffende Künstler werden im Kulturland Österreich wie Gewerbetreibende besteuert, und es ist in das Ermessen von kleinen Finanzbeamten gelegt, zu entscheiden, was jeweils Kunst oder was jeweils Erzeugnis handwerklicher Qualität ist.

Wenn solchermaßen für ihre schöpferischen, künstlerischen Leistungen bestrafte Steuerzahler sich an höhere Instanzen wenden, so wird dort hartnäckig etwa die Beziehung von Sachverständigen zur Entscheidung darüber, was künstlerische Leistung oder was handwerkliche Produktion ist, abgelehnt, und es stellen sich die oberen Instanzen der Finanzämter gewöhnlich auf den Standpunkt der kleinen Finanzbeamten. Das hat zur Folge, daß etwa bei Steuerprüfungen freischaffende Künstler, angesehene internationale Preisträger in einer Weise besteuert werden, daß sie existentiell gefährdet sind.

Nicht von uns, sondern aus den Kreisen der Hochschulen, der Wissenschaft, der Künstler und Schauspieler kommt der Mahnruf von dem Bildungsnotstand, von der Bildungskatastrophe, in der wir uns befinden. Österreich hat es erlebt, daß Hochschullehrer, Wissenschaftler, Künstler, Schauspieler auf die Straße gehen mußten, um der österreichischen Öffentlichkeit zu demonstrieren, in welcher Situation wir uns befinden. Dabei leisten wir es uns — und das ist in einer Anfrage meines Parteifreundes Dr. van Tongel vor einigen Tagen hier zum Ausdruck gekommen —, pseudowissenschaftliche Machwerke wie das Österreich-Lexikon, das auf jeder Seite von sachlichen Unrichtigkeiten und Fehlern strotzt, mit hohen Subventionen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen — einer der drei Herausgeber hat allein eine Subvention von 400.000 S bekommen —, während man etwa im gleichen Zeitpunkt dem Notring österreichischer Wissenschaftler, in dem 183 wissen-

Dr. Scrinzi

schaftliche Vereine und Verbände zusammen geschlossen sind, eine Jahresförderung von 300.000 S angedeihen ließ. Im selben Zeitraum wird aber etwa der Informationsdienst, der, gelinde gesagt, nichts als ein Propagandainstrument des Unterrichtsministeriums ist, mit einer Subvention von 600.000 S unterstützt.

Der Notstand, die Notlage, in der sich Österreichs hohe Schulen, in der sich Österreichs Theater, in der sich Österreichs Kultur und Bildung befinden, ist aber nicht zuletzt eine Folge des ständigen Eingriffes der Parteipolitik, des ständigen Bemühens, auch dieses Gebiet nach den Grundsätzen des Proporz aufzuteilen.

In den abgelaufenen 20 Jahren sind Schäden entstanden, die in absehbarer Zeit kaum gut gemacht werden können. Lehrkanzeln wurden nach Proporzgrundsätzen besetzt, und dort, wo man sich nicht einigen konnte, blieben wichtigste Lehrkanzeln auf Jahre hinaus — und sind es auch heute noch — unbesetzt. Die permanente Krise unserer Staatstheater ist nicht zuletzt eine Folge dieser Proporzeingriffe in unser Theaterleben. Während man für einen fragwürdigen Starkult Millionen und Abermillionen ausgibt, konnten Berufungen von angesehenen Gelehrten und Lehrern nicht effektuiert werden, weil man nicht in der Lage war, diesen Forschern und Gelehrten auch nur eine bescheidene Dienstwohnung oder Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Das hat nicht nur zu einer bedauerlichen Inzucht im österreichischen Wissenschafts- und Bildungsleben geführt — hier wäre ein Territorium, wo der Internationalisierung durchaus das Wort zu reden ist —, sondern das ist auch mit einer Ursache des katastrophalen Schwundes und der ständigen Abwanderung von Gelehrten, Künstlern hohen Ranges, aber auch die Ursache des ständigen Abzuges jungen wissenschaftlichen Nachwuchses aus unseren hohen Schulen.

Über diese Situation kann uns auch die auf Bestellung erfolgte Aufzählung von internationalen Kongressen, die in Österreich abgehalten werden, nicht hinwegtrösten. Denn diese Kongresse sind in erster Linie deshalb bei uns veranstaltet worden, weil wir dank der uns, unserem Lande wie unseren Menschen, verliehenen besonderen Qualitäten, ein geborenes, ein natürliches Kongreßland sind und keineswegs etwa die Folge — das kam ja in dieser Anfrage beantwortet zum Ausdruck — des hohen internationalen Ansehens unserer Wissenschaft und Forschung.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir in unseren Hochschulen und Forschungsstätten nicht über hervorragend qualifizierte Köpfe,

nicht über ausgezeichnete Wissenschaftler verfügen, sondern damit ist lediglich zum Ausdruck gebracht, daß alle diese Begabungen, über die wir in Österreich verfügen, nicht zum Tragen kommen können, weil eben das Minimum von Mitteln, ohne welche heute eine erfolgreiche wissenschaftliche Forschung nicht betrieben werden kann, nicht zur Verfügung steht.

Der Herr Unterrichtsminister hat in einem Interview, das er der Presse am 16. Juni gegeben hat, mit Recht vom Anbruch eines neuen Jahrhunderts geredet. Aber wir Freiheitlichen müssen dazu sagen, daß der Anbruch dieses neuen Jahrhunderts gerade vom Unterrichtsministerium in Österreich verschlafen wurde. Es mußte der Unterrichtsminister selber in diesem Interview zugeben, daß Österreich enorm, vor allem auf dem Gebiete der Schulen und Hochschulen, hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem prosperierenden freien Westen, sondern in noch größerem Maße im Vergleich mit den kommunistischen Oststaaten. Denn dort hat man in ungleich größerem Maße erfaßt, welche Bedeutung Forschung, Wissenschaft und allgemeine Bildung für das Bestehenkönnen im weltweiten Wettbewerb haben.

Es ist schon anläßlich der Diskussion des Antrages zur Errichtung eines Forschungsrates in diesem Haus mit Zahlen zur Situation Österreichs im Vergleich mit der internationalen Lage aufgewartet worden. Wir geben in Österreich für Forschung und Entwicklung 1964 0,3 Prozent aus, das sind 650 Millionen Schilling, und sind damit, wie ich schon eingangs erwähnt habe, etwa in die Nachbarschaft von Ländern wie Indien, Island und Ghana gekommen. Die USA geben das Zehnfache, nämlich 3 Prozent aus, England 2,3 Prozent und die Bundesrepublik 2 Prozent.

Der Mindestbedarf, um die österreichische Forschung in den nächsten Jahren auf den internationalen Standard nachzuziehen, beträgt derzeit nicht weniger als 2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Es ist uns wohl allen klar, daß die Förderung von Forschung und Wissenschaft kein Hobby sein kann, sondern daß es sich hier um ein vitales Anliegen handelt, daß es müßig ist, etwa Wirtschaftswachstumsgesetze zu beschließen oder beschließen zu wollen, wenn auf der anderen Seite Forschung und Wissenschaft in einem solchen Ausmaß darniederliegen.

Nicht nur, daß das wirtschaftliche Wachstum in erster Linie davon abhängig ist, ob Forschung, ob Erfindung, ob Weiterentwicklung der Technik die Wirtschaft in die Lage

Dr. Scrinzi

setzen werden, besser, billiger, wettbewerbsfähiger zu produzieren, nein, wir sind darüber hinaus mit erheblichen Negativbilanzen dank der mangelhaften Unterstützung von Forschung und Wissenschaft belastet.

Während etwa die kleine Schweiz einen Überschuß von 900 Millionen Schilling im gegenseitigen Austausch von Lizenzern und Patenten pro Jahr erzielen kann, betrug unser Abgang im vergangenen Jahr 262 Millionen Schilling. Wenn wir die Dinge dann näher ansehen, stellen wir fest, daß wir Patente und Lizenzern zurückkaufen müssen, welche von österreichischen Forschern, Gelehrten und Technikern deshalb im Ausland entwickelt wurden, weil man für sie in Österreich keinen Platz hatte, weil man ihnen aus parteipolitischer Kurzsichtigkeit keine Entwicklungsmöglichkeiten geboten hat.

Wie beschämend die Zahlen sind, die auch dieses Budget ausweist, kann vielleicht nichts besser als der Vergleich mit privater Initiative auf diesem Gebiet in einigen Nachbarländern beweisen.

Ganz Österreich hat also für Forschung und Entwicklung 650 Millionen Schilling ausgegeben. Eine pharmazeutische Firma wie die CIBA — zweifellos auch nach internationalem Maßstab ein großer, jedoch keineswegs etwa einer der größten Betriebe — gibt hingegen allein auf dem beschränkten Gebiet ihrer pharmazeutischen Forschung pro Jahr 750 Millionen Schilling aus.

Die deutschen Volkswagen-Werke geben in Form einer privaten Forschungsstiftung pro Jahr mehr als 400 Millionen Schilling aus.

Diese Zahlen stützen sich auf das Ergebnis von Untersuchungen, die im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht durchgeführt wurden. So läblich diese Untersuchungen sind, so muß doch festgestellt werden, daß der Erfolg — das wäre ihr Niederschlag in unserem Unterrichts- und Kulturbudget — nur außerordentlich bescheiden ist. Dabei bin ich mir im klaren, daß der Herr Unterrichtsminister hier wahrscheinlich weitgehend auf verlorenem Posten kämpft, trotz des Programms, das seine Partei im letzten Wahlkampf vorgelegt hat, trotz der „Aktion 20“, mit der im letzten Wahlkampf so viel Staub aufgewirbelt wurde.

Daß wir in Österreich dank der steuerfeindlichen Kulturpolitik kaum eine private Forschung haben, zeigen weitere Vergleichszahlen: Allein die Max-Planck-Gesellschaft in Deutschland hat 1964 960 Millionen Schilling in ihrem Forschungsprogramm ausgewiesen. Daneben hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen fast gleich hohen Betrag erhalten.

Meine Damen und Herren! Es wird — wir sehen ein, daß die öffentliche Förderung allein

nicht ausreichen wird — notwendig, daß wir durch eine Änderung unserer Steuerpolitik gegenüber Forschung und Wissenschaft dafür Vorsorge treffen, daß auch die Privatiniziativ auf dem Gebiet der Forschung zum Zuge kommt.

Wirtschaft und Industrie sind die Hauptnutznießer und Hauptinteressenten wissenschaftlicher Forschungsarbeit. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Bereitschaft besteht, der wissenschaftlichen Forschung mit namhaften und wirksamen Beträgen auszuhelfen, wenn seitens des Finanzministeriums derartige Spenden und Stiftungen steuerlich entsprechend begünstigt werden.

Aber nicht nur der Wirtschaft und Industrie, sondern letzten Endes und entscheidend kommen unsere Erfolge auf diesem Gebiete auch der Erhöhung des Bruttonationalproduktes zugute, selbstverständlich aber auch dem Durchschnittseinkommen jedes einzelnen Bürgers unseres Landes. Aber auch hier müssen wir uns zuerst aufraffen, zu investieren, wir müssen uns dazu entschließen, zumutbare Opfer zu bringen, damit dann jeder einzelne die Früchte und Zinsen einheimsen kann.

Auf dem Gebiete von Forschung und Wissenschaft ist der Vergleich mit den öffentlichen Ausgaben für das Hochschulwesen in verschiedenen anderen Ländern interessant. Es kommt aber auch die Problematik dieser Sache vielleicht sehr eindrucksvoll in einer Vergleichszahl zum Ausdruck, welche uns zeigt, was wir in Österreich für den einzelnen Studenten ausgeben: 1963 war das eine Summe von 20.500 S. Die Schweiz gibt für die Heranbildung ihres beruflichen und wissenschaftlichen akademischen Nachwuchses hingegen 63.000 S pro Studenten aus, die Niederlande wenden 64.000 S auf, Großbritannien gibt 90.000 S und die Bundesrepublik Deutschland — um auch einen Verlierer des zweiten Weltkrieges zu nennen — immerhin 49.000 S, also fast das Zweieinhalfache wie Österreich, aus.

Folge dieser Hochschul- und Bildungspolitik war nicht nur die bauliche, die räumliche, die einrichtungsmäßige Vernachlässigung unserer Hochschulen, sondern auch ein katastrophaler Fehlbestand an Hochschullehrern, an wissenschaftlichen Assistenten, an technischem Hilfspersonal und an Hilfskräften an unseren Hochschulen, in unseren wissenschaftlichen Laboratorien und Instituten.

Das Bundesministerium selber mußte zugeben, daß, um eine annähernd vertretbare Nachziehung und einen Ausgleich des österreichischen Nachholbedarfes auf diesem Gebiet zu erzielen, die Erhöhung der Zahl der Dienstposten für Professoren um 642, der

Dr. Scrinzi

Hochschulassistenten um 2449, der Angestellten des technischen und Verwaltungsdienstes um 1857, der Hilfskräfte um 777 und der vorgesehenen Diätendozenten auf 444 dringend erforderlich wäre.

Der hiefür erforderliche Personalaufwand wurde — selbst wenn man die derzeit bezahlten Löhne und Gehälter in Betracht zieht, die keinen Vergleich mit internationalen Zahlen vertragen — 387 Millionen Schilling ausmachen. Aber selbst wenn wir die erforderlichen Dienstposten schaffen würden, muß gesagt werden, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen qualifizierten Nachwuchs bei den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in Österreich nicht finden werden.

Die Schaffung von Dienstposten allein wird die katastrophale Abwanderung vor allem des wissenschaftlichen akademischen Nachwuchses nicht aufhalten können, solange etwa jeder wissenschaftliche Assistent oder Hochschuldozent in der benachbarten Bundesrepublik das Zwei- bis Dreifache, in den USA das Vierfache an Gehalt beziehen kann.

An diesen Verhältnissen wird auch das derzeit in Behandlung stehende allgemeine Hochschulstudiengesetz nichts ändern. Sicher wird dieses Hochschulstudiengesetz, wenn es in einer zeitgemäßen Form, wie wir hoffen, vom hohen Haus in absehbarer Zeit beschlossen werden kann, eine gewisse Besserung herbeiführen. Aber das Hochschulstudiengesetz wird uns, wenn wir nicht zugleich durch eine Novellierung und Neufassung des Hochschul-Organisationsgesetzes, der Habilitationsnormen und des Hochschultaxengesetzes die Verhältnisse an den österreichischen Hochschulen einer Generalreform unterziehen, nicht in die Lage versetzen, eine grundlegende Besserung herbeizuführen. Bestenfalls werden wir in der Lage sein, den Nachholbedarf auf gewissen Gebieten unseres Hochschullebens ein wenig auszugleichen, aber wir werden auch nach Beschußfassung über dieses Gesetz mit der stürmischen Entwicklung nicht Schritt halten können. Die Entwicklung eilt uns voraus, sie eilt uns davon.

Greifen wir nun eine Zahl heraus: die Zahl der an den österreichischen Hochschulen Studierenden: 1954 waren es 20.000, 1965 50.000, und für 1975, also in neun Jahren, haben wir schon mit 70.000 Studenten an den österreichischen Hochschulen zu rechnen. Aber noch viel bedenklicher ist folgendes: Ohne eine gezielte, vernünftige, die Grundsätze von Lehr- und Lernfreiheit selbstverständlich achtende Lenkung werden wir nicht in der Lage sein, den differenzierten und qualifizierten Bedarf der österreichischen Wirtschaft, der österreichischen Industrie etwa im Jahre

1980 zu decken. In diesem Zeitpunkt werden wir ohne geeignete Maßnahmen vor der Tatsache stehen, daß uns nicht weniger als 20.000 Ingenieure und Techniker fehlen, während wir zum Beispiel unter der Voraussetzung, daß die derzeitige Entwicklung anhält, 5000 Juristen zuviel haben werden.

Daß eine ganze Reihe von Studien — ich nenne hier nur das Studium der Mathematik und theoretischen Physik, ohne welches das Schritthalten mit der internationalen Entwicklung undenkbar ist — kaum oder in einem völlig unzureichenden Maß frequentiert werden, soll nur am Rande erwähnt werden.

Wir sind also der Auffassung, daß auf diesem Gebiet eine entscheidende Aufgabe der Unterrichtspolitik liegt, eine Aufgabe, die aber nicht damit gelöst wird, daß man die ohnedies erheblich beschnittene Hochschulautonomie noch weiter kürzt, was wir auf Grund der vorliegenden einschlägigen Gesetzesvorlagen leider befürchten müssen.

Wollen wir also den Aufgaben, die der österreichischen Forschung und Wissenschaft, aber auch den Aufgaben, die den österreichischen Hochschulen als Stätten der Nachbildung des qualifizierten akademischen Nachwuchses gestellt sind, entsprechen, so wird eine Generalreform in kürzester Zeit unabdingbar sein.

Soziale Maßnahmen gehören selbstverständlich mit zu den Aufgaben, die gelöst werden müssen. Das derzeitige Studienbeihilfengesetz ist in wesentlichen Punkten überholt, reformbedürftig und trägt bislang grundsätzlichen Erfordernissen überhaupt nicht Rechnung. Wir haben keine Begabtenförderung, wir haben keine Eliteförderung, keine ausreichenden Studentenheime, wir haben für große Teile der Studentenschaft keine ausreichende Vorsorge für den Krankheitsfall. Alles das sind Aufgaben, die uns sehr viel näherliegen müßten und sollten, die sehr viel hautnäher sind als gewisse Bemühungen und Anstrengungen, welche wir im Rahmen internationaler Hilfs- und Entwicklungsprogramme unternommen haben.

Bezeichnend für die Einstellung, für die parteipolitische Engstirnigkeit, welche auf dem Sektor der Schul- und insbesondere Hochschulpolitik herrscht, ist das Schicksal des Hochschulrates. Er wurde mit dem Hochschul-Organisationsgesetz als eine Institution zur Beratung des Unterrichtsministers geschaffen und wurde in jenem Augenblick kaltgestellt, als er offensichtlich gewissen politischen und parteipolitischen Wünschen des Ministeriums sich zu beugen nicht mehr bereit war. An seine Stelle ist ein stark parteipolitisch gefärbtes Organ gestellt worden, das sich der Herr

Dr. Scrinzi

Minister für seine Zwecke geschaffen hat. (*Abg. Dr. van Tongel: Sagen Sie es nur deutlich!*) Seit 1963 ist der akademische Hochschulrat nicht mehr einberufen worden, obwohl seit dieser Zeit eine ganze Reihe von Gesetzen beschlossen beziehungsweise Gesetzesinitiativen ergriffen wurden, welche gerade in die Beratungskompetenz dieses Organes fallen würden.

Wenn wir bei Betrachtung der derzeitigen Lage auf diesem Gebiet einen Blick in die Vergangenheit tun, so stellen wir fest, daß das Unterrichtsministerium nach unserer Auffassung überhaupt nur zwei Pluspunkte aufzuweisen hat. Diese sind nicht Verdienste des Ministeriums, sondern Verdienste föderalistischer, zum Teil auch maßgeblicher privater Initiative. Es ist das die Gründung der Salzburger Hochschule und die im Gang befindliche Gründung der Hochschule Linz. Bei dieser Gelegenheit wollen wir anmerken, daß wir selbstverständlich alles dazu beitragen wollen, um die sozialwissenschaftliche Hochschule von Linz noch im Herbst dieses Jahres in die Lage zu versetzen, ihren Betrieb aufzunehmen.

Mit Bedauern haben wir Kärntner Abgeordneten im besonderen aber vermerken müssen, daß in dem von mir schon zitierten Interview des Herrn Unterrichtsministers, in dem er sich mit der derzeitigen Hochschulpolitik und mit den Plänen seines Ministeriums beschäftigt hat, das Universitätsvorhaben des Landes Kärnten mit keiner Silbe erwähnt wird. Wir dürfen bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, daß durch den Kärntner Universitätsbund, durch das vor kurzem geschaffene Kuratorium, durch die Opferbereitschaft des Landes Kärnten, der Stadt Klagenfurt und privater Stifter erhebliche Vorarbeiten geleistet wurden, während bislang leider eine tatkräftige Unterstützung und Förderung durch das Ministerium fehlt.

Dabei — das darf hier in aller Bescheidenheit für das Land Kärnten angemerkt werden — ist Kärnten jenes Bundesland, das in der k. u. k. Monarchie die größte Begabungsdichte aufgewiesen hat und — auf den Kopf der Bevölkerung bezogen — die größte Zahl von Hochschullehrern hervorgebracht hat. Auch heute werden Sie, wenn Sie die Genealogie unserer derzeitigen österreichischen Hochschullehrer durchblättern, den hohen Begabungsanteil gerade dieses Bundeslandes, das so stiefmütterlich behandelt wurde, erkennen. Wir hoffen, daß es in Zukunft nicht mehr so stiefmütterlich behandelt werden wird. (*Abg. Rosa Jochmann: Kärnten ist uninteressant für den Herrn Unterrichtsminister!*)

Wenn dabei vielleicht auch noch mit einem Wort auf die große Zahl künstlerischer Begabungen, die Kärnten hervorgebracht hat, verwiesen werden darf, wenn wir etwa Namen wie Wiegele, Kolig und Böckl nennen, so kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß Kärnten es nicht verdient hat, schlechter als gewisse Entwicklungsländer behandelt zu werden.

Wenn wir Geld dafür haben — und im Grunde haben wir nichts dagegen —, um Seminare in Israel oder in irgendwelchen anderen Staaten zu unterstützen, so müßten wir auch Geld für eine kärntnerische Universität aufbringen können.

Es soll nicht verkannt werden, daß — wenn auch sehr bescheidene — Ansätze, einen ersten Schritt aus dem Tiefstand unseres Hochschul- und Bildungsbildes herauszutun, in dem vorliegenden Unterrichtsbudget zu finden sind. Wir müssen aber sagen, daß das völlig und in jeder Weise unzureichend ist. Wenn wir dieses Tempo beibehalten werden, wird es uns auf dem Gebiete der Bildungspolitik ähnlich gehen wie etwa auf dem Gebiete der österreichischen Autobahnen. Dort bezahlen wir die Versäumnisse und das Unvermögen mit den Toten, die die Unfallstatistik Jahr für Jahr aufweist. Auch auf dem Gebiete der Bildungspolitik werden wir die Versäumnisse eines Tages mit einem sehr viel höheren Preis zu bezahlen haben.

Mit Bestürzung haben wir aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß dieses Budget auf dem Gebiete der Kunst empfindliche Kürzungen vorsieht. Man könnte sich hier natürlich auch zum Thema der Kunspolitik sehr weit verbreiten, es genügt aber, darauf hinzuweisen, daß eine außerordentlich einseitige Förderung eines kurzlebigen, sehr problematischen Modernismus in der Kunst erfolgt, daß gewisse Experimentatoren von infantilem und primitivem Niveau eine erstaunliche Bevorzugung gegenüber ernsten und bemühten Künstlern erfahren, daß eine Kunst unverhältnismäßig gefördert wird, zu welcher die österreichische Bevölkerung keinen inneren, keinen geistigen Bezug hat, und daß offensichtlich das Kunstdiktat gewisser Kritiker für die Förderungs- und Investitionspolitik unseres Kulturministeriums maßgebend ist, daß zum Teil auch eine Kunst gefördert wird, deren fraglicher geistiger und sittlicher Wert insbesondere im Hinblick auf die Jugend angeprangert werden muß.

Wir sind keineswegs der Auffassung, daß Kunst eine Angelegenheit, daß Geschmack eine Aufgabe einer politischen Diktatur sein kann. Wir müssen uns bei Wahrung des Grundsatzes der Freiheit des künstlerischen

Dr. Scrinzi

Schaffens aber doch nachdrücklich dafür einsetzen, daß gleiches Recht für alle gilt. Da auf Grund der Entwicklung und unserer soziologischen Verhältnisse das private Mäzenatentum weitgehend verschwunden ist, kann vor den Folgen eines von oben her diktirten Uniformismus nicht genug gewarnt werden.

Besonders bedauerlich ist die Situation, in welche die Landestheater durch die Kürzungen auf diesem Gebiet gebracht wurden. Dabei handelt es sich nicht nur um die Kürzung eines Anspruches, den die Bürger und Steuerzahler der Bundesländer selbstverständlich gegenüber Wien haben, denn schließlich leben mehr als zwei Drittel jener Menschen, die mit ihren Steuern maßgeblich an der Erhaltung der Bundestheater beteiligt sind, in den einzelnen Bundesländern und haben Anspruch darauf, daß sie jenen Anspruch auf Kultur, Kunst und Bildung haben, der selbstverständlich in der Bundeshauptstadt gewährt wird.

Eine dermaßen einschneidende Beschränkung der Ländertheater wird nicht nur diese Ländertheater vor die Frage der Aufrechterhaltung ihres Betriebes stellen, sie zwingt heute schon verschiedene Ländertheater zur Einschränkung des Betriebes, zur Sperrung von bestimmten Sparten.

Eine solche zentralistische Bildungspolitik führt aber auch dazu, daß jener Nachwuchstrom zum Versiegen kommt, der aus den Länderbühnen, der aus den Kultur- und Bildungseinrichtungen der Bundesländer kommt und der maßgeblich nicht nur die zentralen Institutionen gespeist, sondern auch maßgeblich das hohe Niveau dieser Institutionen bestimmt hat. Sie ersparen es mir, hier Namen aufzuzählen.

Wie einseitig man hier vorgeht, soll wieder an einem Beispiel aus Kärnten beleuchtet werden. Dort veranstaltet die kleine Gemeinde Friesach dank der Initiative von einigen Idealisten, welche unbezahlt, ehrenamtlich unter Einsatz von Freizeit und persönlichen Mitteln die Burghofspiele ins Leben gerufen haben, in diesem Jahr zum 17. Male die Friesacher Festspiele. Gewiß wird mit dem Festspielrummel zum Teil nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa Mißbrauch getrieben, zum Teil macht sich hier ein Snobismus breit, zum Teil handelt es sich um Veranstaltungen, die nichts mehr mit einem echten Bildungs- und Kulturanliegen zu tun haben; zum Teil handelt es sich um Veranstaltungen, deren Preise schon so gestaltet sind, daß sie für die breite Masse der wirklich Bildungshungrigen gar nicht mehr in Frage kommen.

Hier aber haben wir eine kulturelle Veranstaltung, die insbesondere an die breiten

Kreise der Arbeiter, Angestellten und Bauern — 60 bis 70 Prozent der Besucher dieser Festspiele kommen aus diesen Kreisen — echte Bildungs- und Kulturwerte heranträgt. Diese Veranstaltung erfreut sich einer internationalen Wertschätzung und Anerkennung. Es kommen Laienspielgruppen, es kommen aber auch Theatergruppen von beachtlichem Niveau, um sich in Friesach zu unterrichten, wie man mit so bescheidenen Mitteln, wie man im wesentlichen nur aus dem Idealismus und aus einem echten Anliegen heraus ein derartiges kulturelles Unternehmen aufrechterhalten kann. (*Abg. Dr. van Tongel: Die Steuer wird aber genommen!*) Die Steuer wird genommen. In den letzten 17 Jahren hat Friesach über 400.000 S Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer gezahlt, obwohl zum Beispiel die staatlich subventionierten Theater selbstverständlich steuerbefreit sind.

Die Förderung, die die Friesacher Burghofspiele durch den Bund erfahren haben, beträgt in den letzten vier Jahren die lächerliche Summe von zweimal 7000 S. Über 400.000 S Steuerleistung, und das die Gegenleistung des zuständigen Ministeriums!

Trotzdem war es, weil das Land, weil die Gemeinden, weil private Förderung dieses echten kulturellen Anliegen gestützt haben, in Friesach möglich, in den letzten zehn Jahren die Eintrittspreise unverändert zu halten. Es handelt sich um ausgesprochen soziale Preise. Sie liegen zum Teil weit unter den heutigen Kinopreisen. Dabei wird mir jeder, der Gelegenheit gehabt hat, das hohe künstlerische Niveau dieser Veranstaltung zu sehen, zugeben müssen, daß wirklich echtes Theater, daß wirklich echte Kunst geboten wird. (*Abg. Dr. van Tongel: Dort nehmen sie nicht einmal auf den Fremdenverkehr Rücksicht!*) Daß auch der österreichische Fremdenverkehr und damit wiederum Land und Bund Nutznießer sind, ist der Besucherstatistik zu entnehmen, denn 17 Prozent der rund 30.000 bis 40.000 Besucher sind Gäste und Fremde in Kärnten.

Während man bei manchen öffentlich erheblich geförderten Theatern feststellen muß, daß dort eine fragwürdige avantgardistische Kunst ein Experimentierfeld hat, daß dort Stücke geboten werden, die entweder auf offenen Protest stoßen oder vor leeren Häusern gespielt werden, bietet Friesach wirklich ein erleenes Programm von Klassikern der Vergangenheit und Gegenwart. Wir hoffen, daß auch Friesach von den vorgesehenen Förderungsmitteln einen seiner Leistung entsprechenden Anteil erhalten wird.

Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht gerade Friesach ein Anlaß, um auf ein weiteres Kapitel österreichischer Bildungspolitik zu

794

Nationalrat XI. GP. — 12. Sitzung — 17. Juni 1966

Dr. Scrinzi

kommen, es ist das Volksbildungswesen. Dank des Wohlstandes, dank des sozialen Fortschrittes, den wir in Österreich, aber auch in der gesamten freien Welt in den letzten 10, 15 Jahren erzielt haben, war die breite Masse unserer arbeitenden Menschen vielleicht erstmals in die Lage versetzt, ausreichend über Freizeit zu verfügen. Sie wissen alle, daß nunmehr diese echte soziale Errungenschaft langsam für uns alle ein Problem zu werden beginnt. In der Medizin sprechen wir von der Frustration, das heißt, wir sind heute in der Lage, dem einzelnen Menschen ungleich mehr Freizeit zu bieten, als in den abgelaufenen Jahrzehnten zur Verfügung stand, wir sind aber nicht in der Lage, ihm zu sagen, was er mit dieser Freizeit vernünftig anfangen soll. Was ist das Resultat? Die Autoraserei zum Wochenende mit ihren tausenden Toten und Hunderttausenden von Verletzten, der Alkoholismus — 7 bis 8 Milliarden Schilling werden in Österreich jährlich vertrunken —, die Luxusverwahrlosung unserer Jugend und die in den letzten Jahren ständig steigende, wenn gleich derzeit anscheinend etwas stagnierende Jugendkriminalität.

Die mangelhafte Dotierung des Volksbildungswesens, ganz gleich, ob wir die Volkshochschulen ansehen oder das Volksbüchereiwesen betrachten, hat uns außerstande gesetzt, dem Menschen für die ihm gebotene Freizeit auch ein sinnvolles Äquivalent zu bieten. Vielleicht genügt der Hinweis darauf, daß die Aufwendungen für Volksbüchereien in den letzten vier Jahren praktisch stationär geblieben sind, im vergangenen Jahr sogar reduziert wurden und auch heuer nur eine mehr als bescheidene Erhöhung erfahren haben. Das Budget für unsere Volkshochschulen weist eine so beschämende Höhe auf, daß es besser wäre, darüber gar nicht zu reden. Das Resultat ist, daß wir zunehmend größere Schwierigkeiten haben, qualifizierte Lehrer, qualifizierte Programme zu bieten.

Meine Damen und Herren! Es wäre noch eine ganze Reihe von Problemen unserer Hochschul-, Kultur- und Bildungspolitik anzuschneiden. Es ist bei der von mir nun dargebrachten Kritik selbstverständlich, daß wir Freiheitlichen das Budget, das nach unserer Auffassung den Mindestfordernissen einer zielführenden Hochschul- und Kulturpolitik nicht entspricht, ablehnen müssen.

Vorschläge, wie man den Bildungsnotstand in Österreich beheben könnte, wurden von berufener Seite ausreichend gemacht. Es liegt jetzt in der Hand der ÖVP-Regierung, diese Vorschläge und ihre eigenen Wahlversprechen auf dem Gebiete der Bildungspolitik zu verwirklichen. Ich glaube, sie wird die Unter-

stützung aller in diesem Haus vertretenen Fraktionen haben.

Von den aus den Kreisen der Hochschulen kommenden Vorschlägen darf ich nur auf das verweisen, was in der von mir schon zitierten Schrift „Die Lage der wissenschaftlichen Forschung in Österreich“ auf Seite 20 angeführt ist: Auflegen einer Hochschulanleihe — ein durchaus gangbarer Weg —, Steuerbefreiung von Zuwendungen an Hochschulinstitute aus Industrie und Wirtschaft — das wird unsere Unterstützung finden —, in weiterer Linie und ganz besonders aber auch die Bereitstellung von budgetären Mitteln.

Ich darf Sie auch auf die uns allen zugegangene Resolution der „Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft“ hinweisen, welche auch eine ganze Reihe von brauchbaren Vorschlägen enthält, wie wir auf dem Gebiet der Bildungspolitik in Österreich vorankommen könnten. Es wird in erster Linie bei der Mehrheit dieses Hauses liegen, unter Beweis zu stellen — das „Grüne Gewissen“ meines Parteifreundes Peter habe ich leider nicht zur Hand, um es Ihnen noch einmal eindrucksvoll vorzuhalten —, ob es sich bei Ihrem diesbezüglichen Programm nur um Wahlversprechungen oder um das ernste Bemühen handelt, einem unerträglichen, gefährlichen Notstand wirksam abzuhelpfen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr. (*Dem Abg. Dr. Scrinzi wird der Erste-Hilfe-Kasten, den er am Rednerpult vergessen hat, zu seinem Platz getragen. — Abg. Dr. Gorbach: Elektroschocktherapie! Höllenmaschine!*)

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Eben räumt ein Herr liebenswürdigerweise den Erste-Hilfe-Kasten weg, weil er annimmt, daß während meiner Rede keine Notwendigkeit zur Labung irgendwelcher Art besteht. (*Abg. Hartl: Baldrian vielleicht! — Heiterkeit.*)

Nach dieser beruhigenden Feststellung möchte ich nun über die Kultur- und Unterrichtssituation unseres Landes sprechen. Ich las in der „Presse“: „Der kulturpolitische Nachholbedarf, das ist indessen allen klargeworden, ist enorm, vor allem die Schulen und Hochschulen sind hinter der Entwicklung weit zurückgeblieben. Hier muß, soll Österreich in Zukunft den Anforderungen der Selbstbehauptung in der modernen Welt gewachsen sein, Abhilfe geschaffen werden.“

Als ich diese Zeilen, die einem Interview mit dem Herrn Bundesminister für Unterricht entsprangen, las und zuerst nicht genau nachsah, wie der Titel lautet, war ich erstaunt,

Dr. Stella Klein-Löw

daß meine Behauptungen in der Budget-debatte in der „Presse“ so gut wiedergegeben wurden. Als ich weiterlas, kam ich allerdings darauf, daß hier von einem Nachholprogramm die Rede war, während ich von einem Notstandsprogramm gesprochen hatte. Ich gebe dem Herrn Bundesminister für Unterricht völlig recht: Wir haben einen Nachholbedarf in unserem Land auf dem ganzen Gebiet der Kultur. Aber ich gehe weiter und sage: Es herrscht ein echter Notstand, und dieser Notstand muß behoben werden, denn er ist groß und seine Behebung dringend notwendig.

Jedes Budget ist eine Leistungsschau in dem Sinn, daß in ihm dargestellt wird, was geleistet werden muß und ein Vergleich, auch in Zahlen, mit dem gezeigt wird, was tatsächlich geleistet worden ist. Diese Leistungsschau ist etwas, was uns zu denken gibt.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benützen, klar und deutlich zu sagen: Das Unterrichtsministerium war seit der Zeit kurz nach der Errichtung der Ersten Republik die Domäne der ÖVP. Die Unterrichtsminister waren alle ÖVP-Minister. Es wäre sehr ungerecht, den letzten dieser Minister, den Herrn Minister Piffl, für all das oder für große Teile dessen verantwortlich zu machen, was sich heute als Nachholbedarf oder als echter Notstand herausstellt. Das möchte ich mit aller Klarheit sagen, denn es wäre ungerecht und unfair, es nicht zu sagen. Also nicht der Herr Unterrichtsminister Piffl trägt die Schuld, sondern der Mangel an Planung und Voraussicht seitens der ÖVP ist schuld.

Nun möchte ich doch mit einem Wort darauf hinweisen, daß wir schon einmal auf dem Gebiet der Kultur und der Schule einen echten Notstand hatten: das war nach dem ersten Weltkrieg. Damals waren die Bedingungen ganz anders als heute. Ein großes Reich, eine große Monarchie war zerfallen. Ein kleines Land blieb übrig. Hunger und Mangel an dem Notwendigsten herrschten. Aber in sehr kurzer Zeit wuchs aus der Not, aus dem Elend der Zeit ein unerhörter Drang nach Kultur, nach einer Neugestaltung der Schule und der Erziehung, weil damals die Erkenntnis vorherrschte, daß neue Menschen gebraucht werden, um neuen Erfordernissen gerecht zu werden. Die Wiener Schulreform, bekannt in der ganzen Welt, gab nicht nur Österreich, sondern Europa und darüber hinaus auch den Vereinigten Staaten einen Hinweis auf das, was notwendig ist. Sie war wie ein Wegweiser in eine neue Zeit der Schule.

Das war damals. Und heute? Heute stehen wir vor demselben Problem wie all die Jahre seit 1945: vor dem Problem der Schulreform, der Reform der Kultur, der Sorge um den

Fortschritt auf diesem Gebiet. Warum ist dieses Problem heute so dringend? Zu all den damaligen Gegebenheiten kommt heute ein neuer Gesichtspunkt, den wir nicht übersehen dürfen: daß für die Jugend von heute mit ihren veränderten körperlich-seelischen Merkmalen neue Methoden, neue Wege, neue Inhalte gesucht werden müssen. Das technische Zeitalter mit seiner unerhörten Geschwindigkeit der Entwicklung, mit seiner Enge, aber auch seiner Weite und der Schwerüberblickbarkeit, die damit verbunden ist, verlangt, daß alles, was an Schulen und Hochschulen gelehrt wird, dem Verständnis der Jugend — wie auch dem der Erwachsenen — nähergebracht wird. Wir leben aber auch in einer Konsumwelt, in einer modernen Welt, die dem jungen Menschen sehr viel bietet. Hier fällt der Erziehung, der Schule, der Hochschule und der Erwachsenenbildung die wichtige Aufgabe zu, die Menschen kritisch, und zwar positiv kritisch, zu machen, die Menschen zu befähigen, wählen zu können zwischen dem Wichtigen und dem Unwichtigen.

Noch etwas sei hier sehr offen gesagt, meine Damen und Herren: Die politische Situation war 1945 insofern anders, als wir nach Verlust unserer Selbständigkeit, nach einer Selbstaufgabe, wenn Sie so sagen wollen, zu einer Selbständigkeit und zur Demokratie kamen, und daß uns diese Demokratie, die Freiheit und Selbständigkeit so wichtig sind, daß wir die Schulen danach ausrichten müssen. Wenn ich sage „ausrichten“, so meine ich nicht „gleichrichten“, sondern ich meine, daß wir die Schulen darnach gestalten müssen, daß diese Freiheit, daß diese Demokratie, um die wir gekämpft haben, für die soviel Opfer gebracht wurden, schon der Jugend in der Schule und an den Hochschulen als eine Lebensnotwendigkeit anerzogen werden.

Lassen Sie mich auch etwas über die Bewältigung der Vergangenheit sagen. Ich gehe weiter, als ich es in meinem Beitrag zur Debatte über die Landesverteidigung nur andeuten konnte. Man sprach soviel von der Bewältigung der Vergangenheit! Was ist Bewältigung der Vergangenheit? Bewältigung der Vergangenheit heißt nicht vergessen, heißt zu begreifen versuchen, warum etwas schlecht gemacht wurde und was schlecht gemacht wurde, und heißt verhüten, daß es wiederholt wird.

Ich muß Ihnen im Rahmen dieser Debatte, die sich mit dem Unterricht, mit der Jugend, ja mit uns allen befaßt, sagen, daß ich gestern Angst hatte, ob die Bewältigung der Vergangenheit gelungen ist, als zum Beispiel gesagt wurde, daß die eine Seite, die sozialistische Seite, reden könne, soviel sie will, die

Dr. Stella Klein-Löw

andere werde umso mehr schweigen. Das, glaube ich, ist nicht Demokratie, das ist nicht Toleranz, von der derselbe Herr Generalsekretär Withalm am Tage vorher gesprochen hat! (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Doktor Kummer:* *Es ist uns überlassen, ob wir sprechen wollen oder nicht!*)

Ich will den Ausdruck nicht wiederholen, der gestern hier fiel, wobei ich aber ganz genau weiß, daß es nicht ein Ausdruck des Herrn Generalsekretärs ist. Ich kann gut zuhören, ich bin es von meinen Kindern gewohnt. Auch wenn sie etwas sagen, was mir nicht paßt, kann ich zuhören. Er hat aber in seinen Worten eine Möglichkeit gelassen, vor der wir Angst haben, und diese Angst bewegt mich, dazu zu sprechen. Ich sehe aus dem Schütteln der Köpfe bei der ÖVP, daß Sie diese Angst nicht haben. Dann, bitte, überlassen Sie es uns, Angst zu haben (*Abg. Doktor J. Gruber:* *Wir haben schon Angst, große Angst!* *Aber warum das Intoleranz sein soll, haben Sie noch nicht beantwortet!*), denn wir waren die Leidtragenden des Unglücks, das damals angerichtet wurde. (*Abg. Dr. J. Gruber:* *Was hat das mit Intoleranz zu tun?*) Intoleranz ist es, wenn man andere sprechen läßt, ohne ihnen zu antworten, intolerant ist man, wenn man so, wie Sie es gemacht haben, draußen ist und nicht zuhört. Das alles ist Intoleranz. (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Kummer:* *Wissen Sie, daß Schweigen auch eine Antwort ist?*) Intoleranz zeigt sich darin, wenn man Zwischenrufe macht, wie sie hier gemacht wurden. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Wollen wir jetzt Toleranz üben und die Rednerin nicht unterbrechen.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (*fortsetzend*): Ich danke dem Herrn Präsidenten dafür, daß er mir die Möglichkeit gibt, weiterzusprechen. Toleranz ist meiner Meinung nach, an erster Stelle zuzuhören. (*Abg. Doktor Kranzlmaier:* *Aber viele Ihrer Kollegen sind anscheinend nicht tolerant, weil sie Ihnen nicht zuhören!*) Bei meinen Kollegen überlassen Sie das bitte mir. Das ist nicht Intoleranz, sondern etwas anderes. Meine Kollegen hören mich so oft darüber sprechen, daß sie wissen, was ich meine, und daher ein bißchen ausspannen. (*Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte jetzt weiter vom Notstand der Bildung sprechen und Ihnen mitteilen, daß sich dieser Bildungsnotstand von den Schulen bis zu den Hochschulen erstreckt. Wenn der Herr Minister sagt, daß durch die steigende Bevölkerungszahl der Prozentsatz jener, die weiterstudieren wollen, höher wird, wenn er mit Recht darauf hinweist, daß die Lösung der

Probleme besonders der Mittelschulen und der Hochschulendringend ist, so möchte ich betonen, daß die Lösung der Probleme der Pflichtschulen ebenso dringend ist.

Das niederorganisierte Pflichtschulwesen in manchen Teilen unseres Landes muß abgebaut werden. Der Lehrermangel, wie er überall herrscht, von dem übrigens auch hier gesprochen werden wird, muß behoben werden. Im ganzen Lande sollen jetzt die Schulgesetze, die wir beschlossen haben, in die Praxis umgesetzt werden. Die Voraussetzungen dazu müssen geschaffen werden. Ich weiß, die Wörter „muß“ und „soll“ sind keine Hilfe, aber wir müssen uns selbst sagen: Das sind Notwendigkeiten, dort muß man eingreifen, planen und nachholen.

Daß bei den mittleren und höheren Schulen ein ungeheurer Nachholbedarf zu verzeichnen ist, darüber sind sich, wie der Herr Minister richtig gesagt hat, alle einig, wobei wir eines sagen müssen: In dieser Beziehung wollen wir zuerst uns selbst ehrlich fragen, ob wirklich alle Begabten in die mittleren und höheren Schulen kommen.

Ich verweise hier auf die sehr interessante Untersuchung, die Herr Professor Dr. Rosenmayr, der Vorstand des Instituts für Soziologie an der Wiener Universität, und seine beiden Assistenten durchgeführt haben. Sie befragten eine große Anzahl von Schülern und Lehrlingen im Alter von 15 bis 18 Jahren und kamen im Laufe dieser Befragung, die einer anderen Zielrichtung wegen unternommen wurde, darauf, daß der soziale Status der Familie in Österreich in vielen Fällen noch immer die Schulbildung der Jugendlichen beeinflußt. Das heißt, daß hochintelligente Menschen, Mädchen und Burschen — bei den Mädchen ist das aus verschiedenen Gründen noch ärger —, hochbegabte, lernwillige, interessierte junge Menschen noch nicht die allgemeinbildenden höheren Schulen besuchen.

Es wird also eine der wichtigsten Aufgaben sein, die mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun hat, alles daranzusetzen, daß man diese Bildungsreserven ausschöpft, daß man alles tut, um auch die Buben und Mädel aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen, aus den weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, für die allgemeinbildenden höheren Schulen zu gewinnen.

Wenn Sie mich fragen: Wo sind die Reserven?, so verweise ich auf das Burgenland. Diese Befragung, für die ich dem Unterrichtsministerium sehr dankbar bin, hat den Beweis dafür geliefert. Wo noch weitere Reserven sind, können Sie erkennen, wenn Sie sich den Unterschied ansehen zwischen dem Prozentsatz der Volksschüler, die zum Beispiel im

Dr. Stella Klein-Löw

21. oder im 10. Wiener Gemeindebezirk in die Mittelschule gehen, und dem Prozentsatz derer, die aus dem 1., aus dem 8., 9., aus dem 18. oder 19. Bezirk die Mittelschule besuchen. Dann werden Sie sehen, daß der Prozentsatz in den sogenannten Arbeiterbezirken — ich weiß, daß sich ihre Struktur jetzt ein wenig geändert hat, aber sie sind es weiter geblieben — und in den Bezirken, die eine ländliche Nachbarschaft haben, wie zum Beispiel Floridsdorf oder Favoriten, von dem Prozentsatz in den anderen vorhin genannten Bezirken stark abweicht. Während in den Bezirken, die zum Großteil von der Arbeiterbevölkerung bewohnt werden, 30 bis 33 Prozent der Pflichtschüler höhere Schulen besuchen, kommen in anderen Bezirken bis zu zwei Dritteln der Pflichtschüler in die höheren Schulen.

Es scheint uns auch ein Notstand zu sein, daß zu wenige junge Menschen studieren. Diesem Umstand haben wir in den Schulgesetzen Rechnung getragen. Es wurden verschiedene Schultypen, Typen der allgemeinbildenden höheren Schulen, neu angeregt, damit den Schülern, die erst im 14. Lebensjahr die Entscheidung treffen, das höhere Studium zu ergreifen, eine Übertrittsmöglichkeit geben wird.

Hier muß man den Herrn Minister bitten und von ihm verlangen, daß er dafür sorgt, daß diese Typen überall eingerichtet werden, besonders auch in den Landbezirken, wo wirklich eine ungeheure Reserve von begabten Kindern ist, die aus verschiedenen Gründen nicht schon mit zehn Jahren in die Mittelschule gehen können, sei es, weil ihnen der Weg nicht zumutbar ist, sei es wegen der Entfernung oder aus anderen Gründen, etwa weil sie ihre Familie nicht verlassen können, um in ein Internat zu gehen, oder weil nicht genügend Internate vorhanden sind. Diese Kinder können nicht schon mit zehn Jahren, wie üblich, den Weg in die allgemeinbildenden höheren Schule gehen, sondern sich erst nach der Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht der höheren Schulbildung zuwenden. Besonders das Musisch-pädagogische Gymnasium möchte ich hier hervorheben, weil es einem zweifachen Zweck dient: erstens diejenigen aufzunehmen, welche später kommen, und zweitens die uns fehlenden Lehrer heranzubilden.

Besonders wichtig erscheint mir aber, daß die Lehrpläne in den Ersten Klassenzügen der Hauptschule und der allgemeinbildenden höheren Schule gleich sind. Also Gleichheit der Lehrpläne! Die Kinder können sonst, auch wenn sie erst in der dritten oder in der fünften Klasse mit Latein beginnen, nicht mitkommen, wenn Englisch, Deutsch und

Mathematik anders unterrichtet werden und wenn in der höheren Schule mehr verlangt wird als in der Hauptschule.

Das neunte Schuljahr, das für die Pflichtschüler heuer im Herbst und für die Mittelschüler erst später eingeführt wird, wird uns noch viele Sorgen machen, Sorgen in dem Sinne, daß wir nachdenken müssen, wie wir die Schwierigkeiten überwinden können. Kein Mensch kann heute glauben, daß eine Verlängerung der Schulpflicht unnötig ist.

Wenn wir von der allgemeinbildenden höheren Schule sprechen, so wollen wir jetzt noch mit einem Satz darauf hinweisen, daß es besonders wichtig ist, daß die Schüler und Schülerinnen nicht nur das Studium beginnen, sondern es auch beenden und die Reifeprüfung ablegen, um dann an die Hochschule gehen zu können.

Herr Bundesminister! Ich wende mich wieder an Sie und ersuche Sie, ehestens einen Vorschlag zu machen, der Studienbeihilfen für die Besucher der Oberstufe der AHS, der allgemeinbildenden höheren Schulen, ins Auge faßt. Ich weiß, Sie haben einmal darüber gesprochen. Darüber zu sprechen genügt aber nicht. Wir haben Eile, wir alle, und nicht nur wir Sozialisten. Ich bitte Sie, durch eine solche Studienbeihilfe Vorsorge dafür zu treffen, daß Söhne und Töchter minderbemittelter Familien ohne zu große Opfer der ganzen Familie das höhere Studium ergreifen können. Das ist Familienpolitik!

Überall gibt es zuwenig Lehrer. Über dieses Problem werden andere Kollegen meiner Fraktion sprechen. Ich möchte aber sagen, daß es in ganz Österreich auch zuwenig Professoren für die allgemeinbildenden höheren Schulen gibt. Auch darüber spricht der Herr Minister in seinem Interview. Er schlägt eine höhere Bezahlung vor. Ich hoffe, er setzt sich bei seinem Kollegen, dem Herrn Finanzminister, durch. Wir jedenfalls sind absolut dafür. Der Herr Minister schlägt vor, daß der Sozialstatus der Lehrer und Professoren gehoben wird. Auch das ist völlig richtig. Dazu müßte noch kommen, daß in allernächster Zeit die Studienordnungen an den Hochschulen in Angriff genommen werden, denn gerade bei der Ausbildung der Professoren für die allgemeinbildenden höheren Schulen wären bedeutende Veränderungen notwendig.

Da wir gerade von diesen Professoren sprechen, erhebe ich hier zum zweitenmal in diesem Jahr eine Bitte, die ich schon im Ausschuß ausgesprochen habe. Denken Sie daran, daß die sogenannten Probelehrer die kommenden Mittelschulprofessoren sind. Entziehen Sie ihnen nicht das Adjutum, das gesetzlich verankert ist. Lassen Sie sie in

Dr. Stella Klein-Löw

Wien das Probejahr machen, wenn sie nicht anders wollen. Versuchen Sie aber, sie in die Länder zu bringen. Ich halte auch das für wichtig. (*Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ist schon geschehen!*) Ich höre soeben, das ist erledigt. Ich freue mich, daß wir in diesem Punkte Gehör gefunden haben und daß von nun an die Probelehrer einen Anspruch auf das Probejahr und auf das Adjutum während des Probejahres haben.

Wir werden verschiedene Reformen anstreben müssen. Wir werden sehr bald, lieber schon jetzt, für das neunte Jahr an den allgemeinbildenden höheren Schulen vorzusorgen haben. 80.000 Schüler sind zum Beispiel in Wien, die Schüler der Privatschulen mit eingerechnet. Nächstes Jahr werden es 93.000 sein, 1967/68 99.000, 1968/69 106.000. Wenn die Zahl der in die erste Klasse Eintretenden von 15.000 auf 17.000 gestiegen ist und wenn heute mehr als 30 Prozent der Zehnjährigen in die allgemeinbildenden höheren Schulen gehen, so müssen wir damit rechnen, daß sich diese steigende Tendenz noch weiter fortsetzen wird. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Planung heute schon beginnen muß. Bei der Großkundgebung im Auditorium maximum der Universität Wien hat Herr Hofrat Direktor Christel über die Lage in den allgemeinbildenden höheren Schulen gesprochen und uns gesagt, welche Mittel notwendig sind, um den herrschenden Notstand zu beheben. Wir fügen hinzu: Behoben muß er werden, denn es geht um die Zukunft der Jugend und unseres ganzen Landes.

Zur Schule gehören neue Gebäude und die Sanierung alter Gebäude. Hier möchte ich eine Zahl nennen, die der Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung in einem Sonderdruck vom 1. Februar 1966 genannt hat. Bis 1975 sind 14 Milliarden für Schulbauten nötig. Das ist ein hoher Betrag. Daß diese Schulbauten planmäßig dort errichtet werden, wo sie am notwendigsten sind, dafür wird das Bundesministerium für Unterricht zu sorgen haben.

Mein Fraktionskollege Abgeordneter Skritek hat an den Herrn Bundesminister bezüglich zweier Schulen Anfragen gerichtet. Es handelt sich dabei um das neue Musisch-pädagogische Realgymnasium im 21. Bezirk und das zukünftige Gymnasium im 22. Bezirk. Der Herr Minister erklärt in seiner Antwort, daß er durchaus der Meinung sei, daß das Gymnasium aus der Gegend, wo es weniger besucht wird, in die Gegend verlegt werden soll, in der ungemein viele Schüler auf ein Gymnasium warten. Allerdings, sagt der Herr Minister weiter, „muß dafür vorgesorgt werden, daß die Anstalt auch in ihrem weiteren organisa-

tischen Aufbau so lange provisorisch untergebracht werden kann, bis die Fertigstellung eines Bundesschulneubaues möglich ist. Über diese Frage finden soeben Untersuchungen und Absprachen statt.“ — Ich bitte im Namen der Eltern meines Wahlkreises, daß diese vorbereitenden Absprachen beschleunigt werden, sodaß wir damit rechnen können, daß die Schule zur richtigen Zeit fertig wird.

Die Schule ist in der heutigen Zeit, in der beide Elternteile verdienen, oft Heim und Heimat. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend sollten mehr Tagesschulheime, mehr Internate vorhanden sein. Nicht so sehr für die Kinder in der Stadt — auch die brauchen es — als für die Kinder aus Landfamilien. Hier müßte eine stärkere Initiative dieser echten Problematik der heutigen Zeit zu einer Lösung verhelfen.

Zum Schluß dieses allgemeinen Teiles über die Schule möchte ich eine Bitte an Sie richten. In unseren Schulen arbeiten Sekretärinnen, die ausgezeichnet vorgebildet sein müssen. Sie haben Arbeiten zu machen, die wirklich hohe Einfühlungsgabe, große Intelligenz und viele Vorkenntnisse erfordern. Diese Sekretärinnen haben nicht den Status, der ihnen zukommen sollte. Ich möchte darauf hinweisen, wie wichtig die Arbeit des Personals, des Hilfspersonals, wie es genannt wird, in diesen Anstalten ist, und Sie bitten, die Sekretärinnen der allgemeinbildenden höheren Schulen baldigst in die Gehaltsgruppe C, in die sie ihrer Tätigkeit nach gehören, zu überreihen. Es wurde mir gesagt, bei einer vorgestern abgehaltenen Sitzung sei erklärt worden, daß in den großen Mädchen Schulen sehr bald eine solche Überreichung vorgenommen werden würde. Obzwar es meine Schule und die Schulen betrifft, die ich ihrer Arbeit nach besonders gut kenne, möchte ich doch sagen: Das wäre unbefriedigend. An allen allgemeinbildenden höheren Schulen, die einen stärkeren Arbeitsanfall haben, müssen die Sekretärinnen ihrer Arbeit gemäß eingereiht werden.

Ich habe vorhin über die Gebäude gesprochen. Aber über eines sind wir uns klar: Die wirkliche Säule, auf der unser Schulwesen steht, ist die staatsbürgerliche Erziehung, der Geist, der an die jungen Menschen herangebracht wird. Wir müssen alles vorsorgen, damit diese staatsbürgerliche Erziehung wirklich funktioniert. Damit Sie mich nicht mißverstehen, Herr Minister, meine Damen und Herren, Hohes Haus: Ich meine nicht bloß einen Gegenstand, der sich mit der staatsbürgerlichen Erziehung beschäftigt, ich meine die staatsbürgerliche Erziehung als Sinn und Gehalt des ganzen Unterrichtes.

Nationalrat XI. GP. — 12. Sitzung — 17. Juni 1966

799

Dr. Stella Klein-Löw

Ich habe manchmal Angst, wenn ich Briefe bekomme, in denen manches gesagt wird, bei dem ich das Gefühl habe, daß es damit nicht zum Besten steht. Einen Vorfall möchte ich Ihnen doch mitteilen, von dem ich gestern erfahren habe. Hätte ich schon früher davon gewußt, so wäre ich schon bei Ihnen gewesen, Herr Minister, und hätte mit Ihnen darüber gesprochen.

In der Englischstunde einer niederösterreichischen Hauptschule für Knaben hat ein Lehrer anlässlich des Englandbesuches des Herrn Bundespräsidenten mit den Kindern, die im Fernsehen den Ablauf des Besuches beobachten konnten, gesprochen. Im Laufe dieses Gesprächs, in dessen Mittelpunkt der Herr Bundespräsident stand, fiel die Bemerkung des Lehrers: „Das kommt davon, weil das österreichische Volk einen Falschen gewählt hat.“ (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist traurig! Sehr traurig!*) Solche Dinge — für die Sie nicht verantwortlich sind, denn Sie konnten das nicht wissen, ich habe es erst gestern erfahren — dürften nicht vorkommen. Überlegen wir uns, was das für ein Geist ist, der aus diesen Worten spricht!

Weil wir bei der staatsbürgerlichen Erziehung sind, möchte ich gleich zu den Hochschulen kommen und sagen, daß der staatsbürgerlichen Erziehung auch und vor allem an den Hochschulen besonderes Augenmerk zugewendet werden muß. Die Hochschulen — hier wiederhole ich etwas, was ich beim Kapitel Landesverteidigung gesagt habe — sind nicht Hochschulen einer Seite oder einer Partei, sind nicht Hochschulen, an denen nur diese oder jene Kreise unseres Volkes interessiert sind; sie sind unser aller Hochschulen, für uns alle wirksam. Der demokratische Geist unseres Staates wird, soll und muß an ihnen herrschen. Freiheit, Aufgeschlossenheit und Toleranz müssen dort wohnen.

Fast scheue ich mich, wieder den unseligen Namen jenes Mannes zu nennen, der ein Leben auf dem Gewissen hat. Ein Leben ist ausgelöscht worden, weil ein Mann — ich spreche von Professor Borodajkewycz — nicht jenen Geist gehabt hat, der seit eh und je der österreichische Geist ist: der Geist der Toleranz, der Geist der Demokratie.

Nicht einen Borodajkewycz brauchen wir an der Hochschule, wir brauchen Menschen von der Art eines Kelsen, der unsere Verfassung gemacht hat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nicht Männer wie Borodajkewycz brauchen wir an unseren Hochschulen, sondern Professoren vom Geist eines Ludo Hartmann, der von der Universität her erkannt hat, welche Bedeutung der Volksbildung zukommt,

und der das Universitätswissen zu einem Volksbildungswissen gemacht hat.

Gewiß: Wir sind für die Lehrfreiheit und für die Lernfreiheit; mit der Lehrfreiheit ist die Lernfreiheit verbunden. Aber für den Geist der Hochschulen sind Sie, Herr Unterrichtsminister, verantwortlich. (*Ruf bei der ÖVP: Aha!*) Was heißt „aha“? Wer denn ist verantwortlich als der Chef der Unterrichtsverwaltung? Freilich sind Sie verantwortlich! Wenn an meiner Schule etwas geschieht, wen klagen Sie da an? Sagen Sie dann „aha“, wenn ich verantwortlich gemacht werde? So wie ich für das, was an meiner Schule geschah, verantwortlich gemacht wurde, so muß der Herr Minister die Verantwortung dafür übernehmen, daß der demokratische Geist an den Hochschulen herrscht.

Wenn wir aber das wollen, müssen wir dafür sorgen, daß wirklich Studenten aus allen Kreisen an die Hochschulen kommen. Die Studienbeihilfen waren ein echter, großer Beginn. Ich bitte Sie, die Verbesserung der Studienbeihilfen so bald wie möglich durchzuführen. Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschüler-schaft hat sich in einem Brief mit dem Initiativantrag der sozialistischen Abgeordneten befaßt; er ist mit den meisten Punkten durchaus einverstanden. Wahrscheinlich wird die Novelle bald vorgelegt werden, und diese Studienbeihilfennovelle muß raschest in Behandlung genommen und raschest erledigt werden.

Wir wissen, welcher Mangel heute an wissenschaftlichen Hilfskräften besteht, wie stark die Abwanderung von Wissenschaftern und von jungen Menschen, die Wissenschaftler werden wollen, aus unserem Land ist, wir kennen die unbesetzten Lehrkanzeln und sind uns daher darüber klar, daß hier von unten herauf Neues geschaffen werden muß. Das ist doch alles kein Zufall!

Nein, diese Verantwortung können wir dem Herrn Minister nicht abnehmen. Aber wir fühlen uns dafür verantwortlich, daß er immer wieder daran erinnert wird und daß wir immer wieder zeigen: So sieht es aus, und das muß anders werden.

Wir haben vom Notstand der Bildung gesprochen und kurz erwähnt, daß die Hochschulen die Studienordnungen und die neue Organisation verlangen. Wir werden daran arbeiten und zu Lösungen kommen müssen, denn die Hochschule ist wichtig für uns alle.

Sprechen wir nun davon, daß die Be-gabungen nicht ausgeschöpft sind und daß es auch hier einen Notstand gibt. Das bedeutet, daß bisher nicht genug geschehen ist,

Dr. Stella Klein-Löw

daß viele Erwachsene, obwohl sie unerhört begabt sind, nicht die Möglichkeit gehabt haben, als Kinder und Jugendliche eine höhere Bildung zu genießen. Darum ist die Erwachsenenbildung in der heutigen Zeit von erheblicher Bedeutung.

Wenn der Herr Minister in der Antwort auf meine Anfrage in der Budgetdebatte erklärt hat, er müsse eine Reihenordnung der Werte vornehmen, ihm scheine die Schule und die Hochschule jetzt am wichtigsten, so sage ich: Eine Reihenordnung der Werte kann man nur dort vornehmen, wo sich die Werte voneinander stark unterscheiden. Wo es aber eine Gleichwertigkeit eines Bildungsprinzips gibt, dort muß man beides in Angriff nehmen. Es gibt auch in der Erziehung eine Gleichwertigkeit. Verzeihen Sie, Herr Minister, wenn ich Ihnen das sage, aber Ihre Antwort hat mich an die Frage erinnert, die unvermeidliche Pädagogen an Kinder stellen: Wen hast du lieber, die Mutter oder den Vater? (Abg. Rosa Jochmann: *Nicht nur die Pädagogen!*) Ein vernünftiges Kind, das keine Schwierigkeiten haben will, wird sagen: Beide!, und ich möchte auch Ihnen raten, beide gleich lieb zu haben.

Ich komme darauf zurück, daß die Schule im ersten Bildungsweg ihre Aufgabe noch nicht erfüllt hat. Auch hier besteht ein Nachholbedarf. Erwachsene — so sagte der Herr Minister — können sich selbst bilden. Ganz richtig. Aber helfen muß man ihnen dabei, man muß ihnen die Möglichkeit der Bildung geben. Es sind nicht entweder junge Menschen oder Erwachsene, für deren Bildung man sorgen muß, man muß „sowohl — als auch“ sagen und für beide sorgen.

Der Weg aus dem Bildungsdefizit ist die Aktivierung von Talenten durch den zweiten Bildungsweg. Daher: mehr Gymnasien, Abendgymnasien für Berufstätige, daher: mehr Aufbaumittelschulen. Dann gibt es noch den dritten Bildungsweg über die Volkshochschulen, über die Erwachsenenbildung. Dieser dritte Bildungsweg ist gerade für junge Menschen vom Lande von ungemein großer Bedeutung.

Wenn wir hören, daß an den Volkshochschulen in Österreich in ihrem letzten Arbeitsjahr 11.900, also rund 12.000 Kurse, mit 252.000 regelmäßigen Hörern veranstaltet wurden, so erkennen wir die große Bedeutung dieser Einrichtung. Es wäre Aufgabe der modernen Erwachsenenbildung, zum Beispiel ein Fernunterrichtsinstitut zu schaffen und so Bildung zu vermitteln.

Wir müssen genügend hauptberufliche Pädagogen haben, die sich der Volksbildung widmen. Allerdings möchte ich Ihnen gleich

die Honorare der Lehrer der Volkshochschulen sagen: In Wien bekommen sie für eine Kursstunde 40 S. 40 S! — Wundern Sie sich dann, wenn wir keine neuen Lehrer finden? Das ist aber keine Wiener Angelegenheit, das hängt von den Subventionen ab. Die Subventionen für die die Volksbildung tragenden Volksbildungseinrichtungen aller politischen, aller weltanschaulichen Richtungen wurden von 1964, wo sie 20 Millionen Schilling betragen haben, auf 16 Millionen Schilling gesenkt. Das bedeutet also eine starke Herabsetzung. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbauer übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß eine Einrichtung, die in der Bundesrepublik erwogen und auch in nordischen Ländern behandelt wird, auch bei uns in Österreich erwogen werden sollte: Ich spreche vom bezahlten Bildungsurlaub, vom Bildungsurlaub, der dann gegeben wird, wenn junge Menschen und Menschen im Berufsleben überhaupt an Kursen, die der staatsbürgerlichen Erziehung, der staatsbürgerlichen Wertung gewidmet sind, teilnehmen.

Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Wenn wir hier über Kultur sprechen, so können und dürfen wir nicht auf die Theater vergessen. Was bedeutet das Theater für die jungen Menschen, für die Erwachsenen von heute? Wie immer ist das Theater eine wichtige Bildungsstätte, und wehe dem Land, das seine Theater nur als Auslagestück oder Ausstellungsfenster betrachtet. Dem Theater kommt eine tiefe kulturelle Funktion zu. Ich will hier nicht über die Länderbühnen sprechen, über sie wird noch gesprochen werden. Ich will nur darauf hinweisen, daß es wichtig ist, große Künstler, Solisten, zu haben, daß es aber ebenso wichtig ist, dafür zu sorgen, daß alle Künstler, ob sie nun im Orchester, im Ballett oder sonstwie tätig sind, an ihrer Arbeit Freude und Lust haben, damit sie beste Arbeit leisten.

Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, und ich wiederhole es hier: Die Arbeitszeit des Ballettpersonals und des Orchesterpersonals der Staatstheater, auch der Volksoper, ist nicht geregelt. Der Herr Minister sagte mir, daß darüber Besprechungen stattfinden. Ich hoffe, daß diese Besprechungen bald zu einem alle befriedigenden Erfolg führen werden.

Die Gehälter der Nichtsolisten sind viel zu niedrig. Im Volksoperorchester bezieht ein Musiker, der zehn Dienstjahre hat, 5000 S; das scheint mir viel zuwenig. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch die Mitglieder des Balletts nicht genügend bezahlt werden.

Dr. Stella Klein-Löw

Darauf kommt es aber sehr an. Denken Sie daran, daß es wie im Leben so auch in der Kunst nicht nur auf die Großen ankommt, die jeder kennt. Die Kleinen, die Unbekannten, die Mitwirkenden sind es, die den Bau tragen.

Was gedenkt der Herr Unterrichtsminister zu unternehmen, um die Nachwuchsförderung österreichischer Künstler zu intensivieren? Wir haben im „Programm für Österreich“ einiges dazu zu sagen gehabt. Was gedenkt der Herr Unterrichtsminister zu tun — ich habe auf meine Frage bezüglich der Hofmusikkapelle noch keine Antwort bekommen —, damit die Mitglieder der Hofmusikkapelle entsprechend ihrer Bedeutung honoriert werden?

Bei der großen Kundgebung am 7. Mai 1966 wurde in der Resolution gesagt: „Wir geben dem Nationalrat zu bedenken, daß durch eine Förderung der Kultur schöpferische Kräfte ausgelöst werden, die wir in Kunst, Forschung und Lehre dringend brauchen, um im Wettstreit der Nationen zu bestehen.“ Die Resolution schließt mit der Bemerkung: „Die Regierung bitten wir zu beherzigen, daß die Kultur unser Land als vielgerühmt durch die Jahrhunderte bewahrt hat und daß nur eine intensive Pflege von Wissenschaft, Kunst und Bildung dieses Österreich auch in Zukunft erhalten kann.“ Dazu kann ich nichts anderes sagen, als daß wir uns dem Notruf und dem Alarmruf der Wissenschaft und Kunst anschließen.

Dem Herrn Bundesminister für Unterricht geben wir Sozialisten noch zu bedenken, daß er dafür die Verantwortung trägt, daß das, was zugegebenermaßen einen Nachholbedarf darstellt, auch tatsächlich jetzt nachgeholt wird, daß der Notstand abgebaut und beseitigt wird, nicht auf einmal — er ist so groß, daß das auf einmal nicht geht —, aber doch allmählich. Wir geben dem Herrn Unterrichtsminister zu bedenken, daß weitere Kreise der arbeitenden Menschen unseres Vaterlandes mit in den Genuss der Früchte unserer gemeinsamen Kultur kommen müssen. Er wird dafür zu sorgen haben, daß die Erfordernisse unserer Zeit erfüllt werden — in der Schule, an der Hochschule, in der Kultur. Der Herr Minister muß weiter die Verantwortung dafür tragen, daß Begonnenes vollendet und Neues begonnen wird. Auf die alte Kultur aufbauend, der Gegenwart dienend, soll und muß er in seinem Ressort die Zukunft anbahnen.

Das Budget dieses Jahres, das erste der Alleinregierung der ÖVP, hätte das erste Wegstück in dieser Richtung garantieren müssen. Das tut es aber nicht, und daher können und werden wir Sozialisten diesem

Teil des Budgets keine Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Harwalik das Wort.

Abgeordneter Harwalik (ÖVP): Hohes Haus! Die Redner der Opposition haben den Vorrang für Unterricht, Bildung und Forschung im Budget 1966 einfach übersehen, einen Vorrang von 700 Millionen Schilling oder 14,2 Prozent gegenüber 1965. Schon die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg hat vor kurzem hier gemeint, es handle sich kaum um echte Bildungsinvestitionen, da ein Großteil dieses Betrages auf die Besoldung der Lehrer und so weiter entfalle. Dazu ist festzustellen, daß mehr Lehrer eben einen erweiterten Arbeitsbereich der Kulturpolitik anzeigen und daß die Besoldung von Trägern der kulturpolitischen Arbeit nicht gut als Zwangsausgabe abgetan werden kann, wie das geschehen ist. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Mehr Kinder, mehr Lehrer!*)

Der Ausdruck „Vorrang“ wurde von der Rednerin als prätentiös bezeichnet. Frau Abgeordnete Dr. Firnberg vermißte ernste Maßnahmen für den gewaltigen Auf- und Nachholbedarf wie die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw. Es seien Rückstände wie kaum in einem europäischen Land festzustellen. Das ist doch eine Verzeichnung, eine minimalistische Interpretation der gewaltigen Leistungen Österreichs auf dem Gebiet der Kulturpolitik in den Jahren seit 1945. Die Frau Abgeordnete verlangte wörtlich eine „Strategie vermehrter Ausbildungspolitik“, eine „Aktion grüner Wimpel“, eine Ermutigung für Eltern und Kinder. Und die Partei der Frau Abgeordneten, die SPÖ, hat im ersten Budgetentwurf, wegen dem die Koalition auseinander ging, jeden Vorrang des Kulturbudgets zurückgewiesen, ja sogar die Ansetzung von 100 Millionen Schilling für die Kulturpolitik im Eventualbudget strikte abgelehnt. Was soll man nun von solchen Urgenzen, was soll man nun von solchen Annahmen an das Kulturbudget erwarten?

Wie sich doch die Bilder der Budgetdebatte von einst und jetzt gleichen. Nur ein Unterschied ist gegeben. Zu der alten Kritik an jeder Budgetzahl unserer Finanzminister: „Zu klein, zu klein“, kommt jetzt der Oppositionsreim: „Das Ganze, nein!“ Das gefällt uns ebenso wenig, wie die von uns mit aufrichtiger Sorge verfolgte gestern einsetzende Praxis der Obstruktionssreden. Wir alle sind für die Aufwertung des Parlaments eingetreten, wir erwarten eine scharfe Opposition, wir stellen uns sachlich auf die Schärfe dieser Opposition ein, sie gehört zu einer normalen Demokratie.

Harwalik

Was aber beispielsweise gestern abend in der parlamentarischen Szene stand, das muß uns in der Öffentlichkeit schaden. Das Volk setzt neue Hoffnungen in das Parlament. Enttäuschen wir es nicht! (*Ruf bei der SPÖ: Sie meinen die Abgeordneten!*) Die schlimmsten Wegmarken unseres Parlaments wären die Lizitation und die Obstruktion. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw, das ist unsere Angst und das ist die Angst Österreichs! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Czettel: Sie meinen Ihren Bluff von gestern abend!*) Es gibt auch einen Dammbruch der Forderungen. Die Folge wäre die soziale Obdachlosigkeit aller Österreicher. Wir alle müssen uns in diesem Hause verantwortlich fühlen für ein Parlament, das im höchsten Ansehen bei unserer Jugend und unserem Volk steht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Gerade dieses Parlament — weil die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw mit Recht so sehr die Bedeutung der staatsbürgerlichen Erziehung unterstrichen hat — muß eine echte Wirk- und Heimstätte staatsbürgerlicher Erziehung sein. (*Abg. Czettel: Das haben wir gestern gesehen, wie Sie das machen!* — *Gegenrufe bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Withalm: Wie Sie das praktiziert haben, Herr Kollege Czettel!*)

Der Vorrang für Unterricht, Bildung und Erziehung tritt deutlich in Erscheinung, wenn man die Steigerungen des gesamten Budgetvolumens von 1962 bis 1966 mit der Ausweitung der Ausgabenansätze des Kapitels Unterricht in diesem Zeitraum vergleicht. Kein Redner der Opposition hatte diese Sachlichkeit, doch hier die Zahlen auf den Tisch zu legen und sie zu vergleichen. Das Budgetvolumen stieg beispielsweise in den letzten vier Jahren um 30 Prozent; die Ausgaben für das Kapitel Unterricht haben sich in diesem Zeitraum um fast 65 Prozent vermehrt. Wer wollte das leugnen? Bei allen Mängeln und bei aller notwendigen Kritik, wer soll dieses Aufwärts der österreichischen Kulturpolitik denn übersehen? Wer will es denn übersehen? (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Diese statistischen Kunststücke kann ich auch!* — *Zwischenruf des Abg. Peter.*) Der Anteil des Unterrichtsbudgets ist von 6 Prozent im Jahre 1962 auf 8 Prozent im Jahre 1966 angestiegen. Mit den Schulbauten des Bundes halten wir bei einem Gesamtbudget von 10,4 Prozent. Die große Kundgebung, die im Auditorium maximum stattgefunden hat, hat gemeint, wir müßten etwa zu einem Prozentsatz von 12,5 mit den Bauten kommen. Ich halte das für eine realistische Forderung, wenn wir uns darauf einstellen.

Wenn wir einen Vergleich mit 1965 ziehen, so ergibt dieser bei den Kapiteln 11 bis 13

eine Steigerung von 13,34 Prozent. Der Personalaufwand erhöhte sich um 15,02 und, Frau Abgeordnete Dr. Firnberg, der Sachaufwand um 12,76 Prozent. Das korrigiert doch, glaube ich, eine solche negative Meinung.

Es ist unbestritten, daß für Bildung und Forschung in den nächsten Jahren mehr zu tun sein wird. Ich möchte aber nicht wie der Abgeordnete Dr. Scrinzi formulieren, wie das öfter auch geschieht, daß wir uns hinsichtlich der Ausgaben für die Forschung auf der Stufe eines Entwicklungslandes befinden. Es bedarf wohl keiner Polemik, um zu sagen: entwickelt ist Österreich schon. Ich gestehe aber unumwunden zu, daß diese Entwicklung im Hinblick auf die Forschung gegenüber anderen Ländern schon zurückgeblieben ist und daß nur eine grundlegende Änderung in der Haltung gegenüber der lebensentscheidenden Bedeutung der Forschung auch die Umkehr einer Gesinnung einleiten kann.

Zur Beseitigung des Notstandes an den Hochschulen wären die Auflegung einer Hochschulranleihe zu erwägen, die im besonderen der Forschung zu dienen hätte. Ich wiederhole hier einen Satz, den ich vor einem Jahr hier ausgesprochen habe: „Wer nicht forscht, der morsch!“ Wir brauchten etwa 2 Milliarden — da bin ich einer Meinung mit dem Abgeordneten Dr. Scrinzi — für die Forschung. Der Herr Finanzminister Dr. Schmitz hat für 1. Jänner 1967 die volle Steuerfreiheit für Spenden für Kunst und Wissenschaft angekündigt. Hier kann die Hilfe entscheidend einsetzen. Wir hätten das gerne von der Opposition gebührend vermerkt gesehen. (*Abg. Peter: Wo ist die Hilfe des Staates?*)

Vergessen wir auch nicht die Bundesanleihe in Höhe von 800 Millionen Schilling, die erst vor kurzem aufgelegt wurde. Auch sie hat keine Erwähnung gefunden. Sie dient mit 500 Millionen Schilling der Fertigstellung höherer Schulen und mit 300 Millionen für die Vollendung von Hochschulprojekten. (*Abg. Peter: Wenn wir euch sagen müssen, wo wir das Geld hernehmen sollen, dann braucht ihr nicht zu regieren!*)

Einem Zehnjahresplan des Bundesministeriums für Unterricht entnehmen wir einen Bedarf von 14 Milliarden Schilling für die Schulbauten des Bundes, jährlich also 1,4 Milliarden. Hier muß ein besonderer Finanzierungsweg überlegt und in Angriff genommen werden. Das ist alles leicht gesagt und alles sehr schwer getan. Wir hoffen, daß die Wachstumsgesetze unsere Wirtschaft hinsichtlich der Produktion anzukurbeln und den Export zu erhöhen vermögen. Mit diesem Wachstum der Wirtschaft muß dann auch das Bildungswachstum Hand in Hand gehen. Dann bringen

Harwalik

wir die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungs-
zahlen in das richtige Rangverhältnis.

Ich sage es aber mit aller Deutlichkeit:
Dem Umdenken hier im Parlament muß auch
ein Umdenken in der Öffentlichkeit voraus-
gehen. Die Gleichgültigkeit, ja die erschreck-
ende Unwissenheit eines großen Prozentsatzes
unseres Volkes gegenüber der existentiellen
Bedeutung der Forschung stellt uns alle vor
eine Erziehungsaufgabe, der auch unsere neuen
Unterrichtsgegenstände Wirtschafts- und
Soziologie dienlich sein sollen.

Sie wissen, daß der Herr Bundesminister
für Unterricht die sogenannte kleine Reform
der Studienförderung demnächst einbringt.
Wir werden uns im Herbst mit der endgültigen
Novellierung der Studienförderung befassen.
Sie kennen unsere langjährige Initiative für
einen parteipolitisch unbeeinflußten For-
schungsrat; das möchte ich ausdrücklich
unterstreichen.

Wenn ich jetzt, Herr Abgeordneter
Dr. Scrinzi und alle Redner der Opposition,
einen Bericht über die Hochschulnot eines
anderen Landes bringe, das zu den reichen
Ländern Europas gehört, das keinen der
beiden Weltkriege mitgemacht hat, so will
ich von unseren Sorgen und von den notwen-
digen Bildungsinitiativen keineswegs ablenken.
Ich will nur eines verhindern, daß vor allem
in unserer studentischen Jugend die Vor-
stellung latent wird: in Österreich ist alles
schlecht, in anderen Ländern ist alles recht.
*(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Joch-
mann: Besser!)*

Hören Sie diesen ganz kurzen Bericht aus
der „Furche“ Nr. 5/1966. Dort schreibt
Otmar Hersche unter dem Titel: „Schweizer
Hochschuldilemma“ — jetzt zitiere ich wört-
lich —: „Manche sprechen schon von Wach-
stumskrisen der Schweizer Hochschulen. Äußere
Symptome dafür sind die überfüllten Hörsäle,
ist der Platzmangel in Übungsräumen und
Bibliotheken, ist die Wohnungsnot der
Studenten, sind die Kontaktchwierigkeiten
zwischen Studierenden und Dozenten. „Unsere
Hochschule ist am Ersticken“, schrieb National-
rat Reverdin in einem Beitrag über die Lage
in Genf. Ähnliche Alarmrufe kommen aus den
meisten anderen Universitäten. Innerhalb der
letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der
Studierenden um 95 Prozent erhöht. Wenn
die Entwicklung in der gleichen Linie weiter-
geht, werden bis 1970 46.000, bis 1975
53.000 Studierende die Schweizer Hochschulen
besuchen.“

Meine Damen und Herren! Könnte dieser
Bericht nicht genauso von Österreich stammen?
Und das ist die reiche Schweiz. Wir wollen
doch gerecht sein. Es gibt ein Phänomen, das

leider von der Opposition nicht kritisch
beurteilt wird, das Weltphänomen der „ex-
plosion scolaire“, mit der auch die reichen
Staaten nicht fertig werden. Natürlich sind
wir vor schwere Aufgaben gestellt. Die Zag-
haften werden zurückbleiben. Die offenen
Hände, das ist unsere gemeinsame Meinung
in diesem Hause, für eine freie Wissenschaft,
für Bildung, Erziehung und Kunst sind die
beste Handreichung in unsere Zukunft.

Der Herr Abgeordnete Peter spricht heute
nach mir. Er hat mir seine Antwort auf meine
Ausführungen in der Debatte zur Regierungs-
erklärung angekündigt. Nun bin ich leider
vor ihm (*Abg. Peter: Sie können sich ja
noch ein zweites Mal zum Wort melden!*)
bei dem jetzt so oft zitierten Parlaments-
Philippi angekommen. Ich muß mich also
prophylaktisch wie Abgeordneter Dr. Scrinzi
einrichten.

Der Herr Abgeordnete Peter hat in dieser
Debatte erklärt, daß die Schulgesetzgebung
1962 Österreich in ein pädagogisches, in ein
organisatorisches und in ein finanzielles Chaos
gestürzt hat. Herr Abgeordneter Peter! Was
mich daran so gestört hat: Das ist doch keine
Kritik mehr, das ist einfach die Negation der
größten nationalen Anstrengung Österreichs
auf dem Gebiete der Kulturpolitik. (*Abg.
Peter: Ich werde heute nur schwarze Stimmen
zitieren, zu Ihrer Beruhigung!*) Ich weiß.
In vielen europäischen Staaten hat man bereits
die zehnjährige Schulpflicht eingeführt. Der
Österreichische Bundesjugendring — meine
Damen und Herren, wir Abgeordneten sind
doch verpflichtet, auf diese unsere Jugend zu
hören, es sind alle Fraktionen dort ver-
treten — hat erst vor wenigen Wochen die
zehnjährige Schulpflicht für unser Land ge-
fordert.

In Bayern, um nur einige Beispiele zu
nennen, ist der Lehrermangel viel härter
und größer als bei uns. Und was hat Bayern
getan? Mit 1. 1. 1966 die viersemestrigen
Lehrerhochschulen in sechssemestrige um-
gewandelt. Bei allen Schulreformen tritt immer
mehr und mehr der Gedanke in den Vorder-
grund, die Pflichtschüler, die vorerst keine
weiterführende Schule besuchen, von der
Schulwelt in die Berufswelt überzuleiten.
Das ist ein durchgehender Baugedanke aller
Reformbestrebungen, und diese Aufgabe hat
der Polytechnische Lehrgang bei uns zu
besorgen. Er soll nun bald den Namen
„Berufsvorschule“ tragen.

Wir haben durch das Prinzip der Brücken
und Übergänge die bisherigen Sperrgebiete
der Schulorganisation durchbrochen und die
Tore für eine höhere Bildung vor allem für
unsere begabten Hauptschüler an der Peri-

Harwalik

pferie unserer Landschaften aufgemacht. Das alles sind sicher auch für die Gebietskörperschaften gewaltige finanzielle Anstrengungen auf lange Zeit hinaus.

Um noch einmal zu den Vätern unseres Reichsvolksschulgesetzes zurückzukommen: Mag sein, daß manche diese Wiederholungen sehr kritisch begleiten. Ich halte es für eine wichtige Lektion auch für Abgeordnete, in das Parlament 100 Jahre zurückzuschauen. (*Abg. Peter: Das ist interessant!*) Herr Abgeordneter Peter! Haben unsere Väter 1869 Österreich in ein pädagogisches, in ein finanzielles und in ein organisatorisches Chaos gestürzt, als sie im Abgeordnetenhause die Schulgesetzgebung verabschiedeten und im Lande zu Tausenden die Mesnerkeuschen standen und die hintergründigen Gaststuben, in denen unterrichtet wurde? Damals hatten tausende Lehrer nicht einmal die dreimonatige Ausbildung für die Trivialschule. Und da mitten hinein setzten unsere Väter die achtjährige Schulpflicht und die vierjährige Lehrerbildung. Welch ein gewaltiges Werk! (*Abg. Peter: Sie wissen aber ganz genau, daß das Reichsvolksschulgesetz in entscheidenden Punkten heute noch nicht verwirklicht ist!*) Ich bin Ihnen für diesen Zwischenruf dankbar. Ich habe oft in Lehrerversammlungen gesagt: Sehen Sie einmal in Ihrem Bezirk nach, ob es nicht noch ein Schulhaus gibt, das in seinen räumlichen Dimensionen noch nicht auf die Dimensionen des Reichsvolksschulgesetzes angelegt ist. Auch das gibt es, und das haben unsere Väter genau gewußt. (*Abg. Peter: 20 Jahre ÖVP-Finanzminister!*) Herr Abgeordneter Peter! In den ganzen letzten 100 Jahren sind in diesem Lande nicht so viele Schulhäuser, von der Volksschule bis zur Hochschule, gebaut worden wie in diesen 20 Jahren! (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Mit Landesgeldern!*)

Mit ihrem mutigen Schritt haben unsere Väter diese unsere Gegenwart vorbereitet. Herr Abgeordneter Peter! Es ist keine rhetorische Frage. Sicher kann ein Abgeordneter im besten Drange der Opposition — und das schien mir bei Ihnen, Herr Abgeordneter, der Fall zu sein — eine überspitzte Formulierung finden. (*Abg. Peter: Das letzte Mal war ich nicht da!*) Das ist es ja. Daher unterhalte ich mich so gerne mit Ihnen. Herr Abgeordneter! Wenn Sie jetzt ein Eingeständnis auf den Lippen hätten, daß Ihnen im Elan dieser frischen Oppositionsführung eine allzu überspitzte Formulierung gelungen ist, wäre ich gerne bereit, alle kontrahenten Passagen aus meiner Kampfpartitur zu streichen. Ich würde den „pädagogischen Großmogul“ zurücknehmen, die Maria-Theresianische Schul-

ordnung und die Rückstandsbrille, aber Sie können sie auch behalten, wenn Sie wollen, sehr verehrter Herr Abgeordneter.

Ich war dem Herrn Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl für sein anläßlich Ihres Antrages auf Zurückstellung des Polytechnischen Lehrganges auf drei Jahre ausgesprochenes Wort, daß es in der Bildungspolitik kein Geleitzugssystem geben dürfe, sehr dankbar. Wir müssen doch alle Bildungsschritte gleichsetzen, sonst käme ein Teil unserer Jugend in Bildungsverzug. Ich bin wie Sie überzeugt: Bildung kann man nicht vertagen, bei allen Schwierigkeiten, die es gibt.

Ich weiß, Herr Abgeordneter Peter, Sie haben es leicht. Auch in unseren Reihen ist eine große Diskussion über das 9. Schuljahr im Gange. Die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw hat dankenswerterweise ebenso offen von diesen Schwierigkeiten gesprochen. Hier sitzt der Präsident des Gemeindebundes, hier sitzen viele Bürgermeister von Landgemeinden. Respekt vor ihren Sorgen, wir haben das nie übersehen. (*Abg. Peter: O ja! — Abg. Doktor van Tongel: Sie ignorieren diese Sorgen, Herr Harwalik!*) Wenn der Abgeordnete Regensburger aus der Kenntnis der großen Sorgen in Tirol, die mit der landschaftlichen Struktur zusammenhängen, Ihrem Beitrag beigetreten ist, so ist das der Ausdruck einer freien Meinungsbildung in unserer Partei. Spannungen, eine Negation gibt es nicht, Sorgen werden offen auf den Tisch gelegt. Sie sind groß genug, und wir können sie nicht übersehen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat bezüglich des 9. Schuljahres schon vor einem Jahr dem Herrn Unterrichtsminister Dr. Piffl den Vorwurf gemacht: „Aus neun mach acht“, aber der Schreiber war allzu mephistophelisch, er muß von der Bühne abtreten, das 9. Schuljahr wird selbstverständlich in Szene treten. (*Abg. Dr. Tull: Aber wie!*)

Ich möchte auf den Herrn Präsidenten der Akademie, Meister, hinweisen, der den Polytechnischen Lehrgang als das Kolumbussei der Schulgesetzgebung bezeichnet hat. Ich habe mir unlängst einen Vortrag des Ordinarius für Pädagogik an der Grazer Universität Dr. Eder, gehalten vor der Lehrerschaft in Liezen und Gröbming, „Triebkräfte der Schulgesetzgebung“, angehört. Die Lehrerschaft war beeindruckt von den Chancen, die uns mit diesem 9. Schuljahr für die Bildung unserer Jugend gegeben sind.

Ich möchte wiederholen, weil ich ja weiß, Herr Abgeordneter Peter, wie Sie Ihre Rede und Ihren Angriff auf mich formulieren werden (*Abg. Rosa Jochmann: Sie sind ein Hellseher!*): Das 5. Volksschuljahr können

Harwalik

Sie nicht gegen mich anführen, auch dann nicht, wenn Sie Aufsätze von mir vorlesen. Es war erstens keine Alternative: 5. Volkschulklassen oder 5. Hauptschulklassen, es war ein Baugedanke der Schulgesetzgebung. Zweitens stehe ich zu all dem, was ich über die 5. Volksschulstufe gesagt habe. Wir haben die pädagogische Position organisatorisch verlagert, und wir haben die Ziele der 5. Volkschulstufe dort verwirklicht. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Peter: Meisterhafte pädagogische Demagogie!*) Ich danke Ihnen für diese Qualifikation! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich entnehme Ihrer schriftlichen Anfrage an den Herrn Unterrichtsminister vom 20. April, die der Herr Minister gestern beantwortet hat — ich war sehr froh, daß diese Antwort noch vor der Debatte eingetroffen ist —, daß Sie sich, Herr Abgeordneter Peter, mit dem Lehrplanentwurf für den Polytechnischen Lehrgang sehr kritisch befaßt haben. Sie weisen auf die Kritik der Kammern hin, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, der Bundeshandelskammer. Ich habe diese kritischen Stellungnahmen sehr genau studiert, und ich habe mich über diese harte, aber sachliche Kritik außerordentlich gefreut. (*Abg. Peter: Sind Sie oder ist der Piffl Unterrichtsminister? Sagen Sie das einmal!*) Ich darf mich als Abgeordneter, der sich mit Bildungsproblemen befaßt, doch mit einer Kritik beschäftigen! Ich hoffe, daß auch Sie das tun werden.

Jetzt kommt der Dank an den Herrn Unterrichtsminister und an sein Ministerium. In der Antwort des Ministeriums finden Sie, daß diese Bedenken der Kammern zerstreut wurden. 6 Stunden Mathematik, 6 Stunden Deutsch, 33 Wochenstunden, das sind doch die Chancen einer qualitativen Verbesserung unseres Lehrlingsnachwuchses. Das wollen die beiden Kammern mit Recht, und das Unterrichtsministerium hat das gehört. Wir sind ihm aufrichtig dankbar, wir möchten diesen Polytechnischen Lehrgang, der jetzt im Vordergrund der Diskussion steht, auch hier unter uns, auch ich mit meinen Freunden, gründlich ausdiskutieren.

Ich kenne die Sorgen der Gemeinden. Es ist allerdings müßig und unfruchtbar, sich mit Ressentiments zu befassen, wenn nicht wie weiland aus einem Saulus ein Paulus und aus einem Peter ein pädagogischer Petrus werden kann. (*Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Peter: So schön kann die ÖVP gar nicht sein!*) Mir tut das aufrichtig leid, ich würde ihn lieber auf dieser Ebene sehen.

Wir wußten, daß es schwer gehen wird. Wir wissen, daß die Einführung des 9. Schuljahres heuer unsere Kräfte, die Kräfte der

Gebietskörperschaften, die Kräfte unserer Gemeinden und auch die Kräfte der Lehrerschaft fast überfordert. Wir wissen, daß wir mit vielen Übergangsmaßnahmen, mit vielen Übergangsschwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Aber „fanget an!“, das ist auch hier das Zauberwort, weil wir sonst mit der Bildung in Verzug kämen.

Ich kenne die kleine Gemeinde, ich habe in dieser kleinen Gemeinde gearbeitet und Bauernkinder erzogen. Ich kenne die Sorgen einer solchen Gemeinde, und ich kenne auch die Bildungswilligkeit unserer Bauernschaft, vor allem unserer bäuerlichen Jugend sehr genau. Ich komme von der Schule, daher soll es nicht etwas geben, was nicht sehr real in der Bildungspolitik Bestand hat. Stimmt es nicht, meine Herren Bürgermeister, daß jedes Schulhaus, das heute wegen irgendeiner Meinungsverschiedenheit oder irgendeiner scheinbaren Unmöglichkeit nicht gebaut wird, morgen schon als eine vielfach teurere Aufgabe vor dieser Gemeinde steht, dann noch härter drückt und doch gemeistert werden muß? Das ist die harte Wirklichkeit, in der unsere kleinen Gemeinden leben, die ja für den Polytechnischen Lehrgang als Schulerhalter und als Schulerrichter verantwortlich zeichnen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß ich als Vorbereitung auf meine Mitarbeit an der Schulgesetzgebung die Reden der Abgeordneten von 1869 studiert habe. Ich würde das — ich bitte, mir das nicht als überheblich anzulasten — Lehrern nicht empfehlen, denn der ganze geistige Hintergrund der damaligen Zeit tritt aus diesen Reden in Erscheinung. Ich möchte auch meinen Freunden sagen: Alles, was dort als Unsinn, ja als Verbrechen, als Anschlag auf das Dorf, als Anschlag auf die Religion dem Unterrichtsminister Hasner entgegengeworfen wurde, alles das hat sich im letzten zum Segen für dieses Land, für dieses Jahrhundert, das unser Jahrhundert ist, gewandelt. Die Befürchtungen sind nicht eingetroffen, sie haben sich nicht bewahrheitet. Und das sollte uns alle, wie wir hier sind, ermutigen.

Vereinzelt begegnen wir der Meinung, daß der Polytechnische Lehrgang unseren bäuerlichen Kindern nicht die zeitgemäße Bildung geben könne. Auf diese Sorgen müssen wir hören. Ich versichere der bäuerlichen Bevölkerung, daß so wie der Hauptschullehrplan, der Lehrplan der ländlichen Hauptschule, auch der Lehrplan des Polytechnischen Lehrganges in den Lehrstoffverteilungen milieubezogen ausgeformt wird, auf die Umgebung ausgerichtet.

Wir haben seinerzeit die gleichen Befürchtungen bei den Hauptschulbauten gehabt,

Harwalik

und die Landflucht und das alles trat selbstverständlich auch hier in diesem Haus nach 1945 sehr besorgt in Erscheinung.

Nehmen Sie heute einer Landgemeinde ihre Hauptschule. Ich denke dabei an den Freitag, an dem jeweils 100 Bürgermeister und Gemeinderäte bei unserem Landeshauptmann einander treffen. Ein gewohntes Auge weiß schon, was hier los ist: die Bürgermeister, die Architekten mit der Mappe, der Bezirksschulinspektor, die Bezirkshauptleute, der Herr Landeshauptmann, Schule, Schule, und so ist das ja in allen anderen Ländern!

Ich möchte meinen bäuerlichen Freunden sagen: Vergessen wir nicht: Aus dem fröhlichen Landmann vieler Schullesbücher von gestern ist der Bauernsohn von heute geworden, der die Funktionsmöglichkeiten seines Traktors genauso kennen muß wie der Automechaniker sein Auto. Das ist nur eine der vielen Anforderungen, die heute an einen Bauern, an einen modernen Bauern gestellt werden.

Und jetzt — damit schließe ich das Kapitel ab — ein Wesentliches, das überhaupt nie bedacht wurde beziehungsweise hier nie kritisch in Erscheinung getreten ist. Reden wir jetzt von der finanziellen Seite, die der Herr Abgeordnete Peter angeschlagen hat. Meine Damen und Herren dieses Hauses! Hätten wir die 5. Volksschulstufe eingerichtet, so hätten auch die Gemeinden — ich betone: die Gemeinden — die ganze Zahlenbreite dieser Schulstufe hinsichtlich des Raumbedarfes zu bestreiten, weil kein Schüler der 5. Volksschulstufe nach irgendeiner anderen Schulform ausweichen könnte. Im Polytechnischen Lehrgang und in den weiterführenden Schulen nach der 4. Hauptschulkasse sind bereits alle Schüler, die die höheren Schulen besuchen, weg. Ich habe mir die Mühe gemacht, aus dem Bildungsbericht des Herrn Unterrichtsministers die entsprechenden Zahlen zusammenzustellen: Die Gemeinden hätten für 30.000 Schüler 833 Schulräume zusätzlich bereitzustellen, und die Länder hätten beziehungsweise der Bund hätte zusätzlich 1.100 Pflichtschullehrer zu bezahlen. Diese 30.000 Schüler mit ihrem Raum- und Lehrerbedarf sind in den Kompetenzraum des Bundes ausgewichen. Das ist kritisch eigentlich nie in den Verhandlungen gestanden.

Und zum Abschluß: Diejenigen, die 1869 dafür waren, haben recht behalten, wir waren 1962 dafür, und wir alle sind davon überzeugt, daß uns das Jahr 2000 recht geben wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und jetzt gestatten Sie mir, ganz kurz, weil das Hohe Haus noch nicht Gelegenheit gehabt hat, auf den vom Unterrichtsminister beziehungsweise von seinem Ministerium vorgelegten Bildungsbericht einzugehen, daß ich das ganz kurz im Schulteil tue. Der Hochschulteil wird seine besondere Würdigung in der hoffentlich bald hier zu verabschiedenden Hochschulgesetzgebung erfahren. Wir wollen uns dann ganz besonders mit allen Problemen der Hochschule befassen.

Was hat der Unterrichtsminister mit diesem Bildungsbericht wohl geplant und bezweckt? Er hält dem österreichischen Volk den Bildungsspiegel vor das Antlitz und sicher der Volksvertretung vor das Gewissen. Erkennen wir uns darin wieder in unserer großen Tradition als ein Land der Wissenschaft, der Bildung und der Forschung, als ein Land der Künste, als ein Land des Gebens und des Nehmens, das Kultur immer war und ist, als ein Land der Begegnungen im völlig veränderten Gradienten der Weltpolitik, als ein Land der Ausstrahlung, der geistigen Unmittelbarkeit, der geistigen Integration in der Flucht aller Erscheinungen, als ein Land der modernen Aussage in dieser Zeit, die zu bewältigen unsere Aufgabe ist.

Sind wir — dazu fordert uns der Bildungsbericht des Unterrichtsministers auf — vor unserer Vergangenheit zurückgeblieben, oder haben wir den Weg in die umfassende Bildungsgesellschaft noch zur rechten Zeit angetreten und damit unseren nationalen Zukunftswillen manifestiert? Unser Ja verträgt sicher keine Selbstüberschätzung, seine Einschränkungen aber heben es nicht auf.

Wir dürfen es sagen: Wir haben viel geleistet, wir, dieses Haus und das österreichische Volk, der brave Steuerzahler. Das möchte ich aber vorweg herausstellen. (*Die Sonne wird von Wolken verdeckt, wodurch es im Saale dunkler wird. — Abg. Peter: Es wird so „schwarz“ und finster da herinnen! — Abg. Glaser: Das hängt damit zusammen, daß Sie der nächste Redner sind! — Heiterkeit.*)

Wir haben kein Bildungsdefizit verschuldet, wie man das aus den Reden der Opposition annehmen könnte, als sei dieses Land bildungspolitisch geradezu seit 1945 nullifiziert. (*Abg. Rosa Jochmann: Das hat niemand gesagt!*) Man sollte solche Vorstellungen einfach nicht in unserer Jugend wecken, bei aller notwendigen Kritik. Ich glaube, am wenigsten sollte diese Kritik von der SPÖ kommen, Frau Abgeordnete Jochmann! Wir haben uns doch in der Schulpolitik dann letzten Endes doch geeinigt und gefunden.

Wir haben mit den Schulgesetzen, mit der Studienförderung, mit der österreichischen

Harwalik

Studienreform, der Hochschulstudienreform, die jetzt zum Abschluß kommen soll, doch den Weg in die Zukunft angetreten, unseren begabten jungen Menschen den Weg zur Bildung aufgeschlossen. Das ist doch die erste Arbeit. Unser Zielparagraph ist die offene Hand in die Zeit und in die Welt, unsere Bildungsanstrengungen können bestehen vor den Anstrengungen anderer Staaten mit ungleich besseren wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie ich das heute bereits am Beispiel der Schweizer Hochschulen nachdrücklich bewiesen habe.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi! Die Statistik ist eine unbarmherzige Wissenschaft, aber Sie wissen, daß es nach der Lüge eine zweite gibt: die Statistik. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Immer dann „Lüge“, wenn es nicht in Ihr Konzept paßt!*) Es fehlen bei diesen Statistiken vielfach die kritischen Vergleichsebenen, die man in den Prämissen nicht zur Deckung bringen kann. Es ist einfach nicht möglich, beispielsweise die Tatsache, daß wir im Lebensstandard Europas an 14. Stelle stehen, als eine negative nationale Aussage zu werten. Wir haben eben zwei Weltkriege mitgemacht. Wir sind den Leidensweg Österreichs gegangen seit 1918. Andere Länder haben dieses Schicksal nicht erlitten. Man sollte also solche Beispiele — das ist nicht von Ihnen, Herr Abgeordneter Scrinzi, das habe ich unlängst einer bildungspolitischen Kritik entnommen — nicht anführen.

Meist ist diese statistische Schau sehr einseitig und meistens ein schwer entwirrbares Geflecht der Elemente, die den Begriff Lebensstandard konstitutiv umschreiben. Darum geht es natürlich auch. Wir dürfen also von solchen Statistiken nicht ein negatives nationales Verantwortungsgefühl ableiten. Nur das möchte ich damit bezwecken. Mir fehlt dabei jede schönfärberische Absicht.

Es ist sicher, daß wir für Wissenschaft und Forschung viel zuwenig ausgegeben haben, aber resigniert haben wir vor den Bildungsaufgaben nie. Man hat uns Politikern — und das geschieht leider sehr oft von Seiten jener Menschen, die große Verdienste um die Wissenschaft haben, aber weniger in die politische Arbeitsstube hineinsehen — oft den Vorwurf gemacht, in allen Staaten, nicht nur hier etwa der Volkspartei Österreichs, wir hätten das Brot nach 1945 zu vordergründig gemacht. Das ist doch rhetorischer Schutt, den wir einfach wegräumen müssen von unseren sozialen Leistungen.

Arno Holz hat einmal gesagt: „Dem Elenden dünkt ein Stückchen Butter erhabener als der ganze Faust!“ Sind wir nicht 1945 in der Situation gestanden? Und doch haben

wir in diesen 21 Jahren diese Leistungen, auf die wir alle stolz sein können, erbracht. Wir haben mit dem rationierten Stückchen unserer Freiheit in den zehn Besatzungsjahren zukunftsgläubig unseren Aufbau begonnen. Wie unvernünftig ist es, zu meinen, dieses Brot, dieses soziale Brot sei gewachsen in einer Phase geistiger Depression. Das entkräftet all die Vorwürfe, die uns etwa antagonistisch hier entgegengebracht und immer wieder entgegengehalten werden.

Soziale Vorsorge, die den Menschen nicht zum Staatssklaven macht, die ihm den Raum menschlicher Verantwortung und Bewährung beläßt, die ihn nicht an den Futtertrog des Staates bindet, soziale Versicherung, die das persönliche Eigentum als eine ethische Kategorie wertet, diese soziale Vorsorge ist das erste Gesellschaftserfordernis unserer Zeit gewesen. Eine christliche Soziallehre wäre mißverstanden, wollte man den Bereich des persönlichen Lebensrisikos und der Eigenverantwortlichkeit als sozialpolitisches Vakuum verstehen. Sozialer Hochstand und Bildungshochstand bedingen einander. Wir potenzieren unseren Bildungswillen, um unser Schicksal selbst meistern zu können.

Unsere Jugend muß wissen, daß sie lernen muß, lernen und noch einmal lernen, um im Wettlauf der Gehirne bestehen zu können, vor allem aber, um dieser Heimat und den anderen Völkern und Ländern in Frieden und Freiheit, wie es unser Zielparagraph sagt, dienen zu können. Das ist die Maxime der staatsbürgerlichen Erziehung schlechthin.

Der Wohlstand ist allerdings keine Freibahn für eine Kosumgesinnung, die den Bildungswillen im letzten schwächen muß. Sicher sind Wohlstandsreden nirgends am Platz, weil es viele Mitbürger gibt, die an ihm noch wenig Anteil haben. Aber Wohlstandswarnungen sind am Platze an alle jene, die unsere Jugend zu einer solchen Mentalität verführen könnten. Bildung ist ebenso ein Tresor des Geistes wie auch ein Tresor der Wirtschaft. Von hier aus gewinnt der Bericht des Unterrichtsministers besondere Bedeutung.

Ich darf noch einige Zahlen hinsichtlich der Schulbauten des Bundes anführen, damit diese Leistungen nicht untergehen. Vergleichen Sie sie mit der Zeit vor 70 oder 80 Jahren. Von 1945 bis 1966 hat der Bund 40 allgemeinbildende höhere Schulen und 7 berufsbildende höhere Schulen errichtet. Es sind nicht alle gebaut, das ist die Schulerrichtung. 15 davon wurden in der Amtszeit des Herrn Ministers Piffl neu gegründet, heuer im Herbst werden 5 höhere Schulen neu errichtet. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist ja auch Statistik!*) Eine unwiderlegbare und keine

Harwalik

tendenziöse Statistik! Sie ist in ihren Prämissen zu entflechten. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Immer dann, wenn es Ihnen nicht paßt!*) Sagen Sie mir, Frau Dr. Firnberg, wo Sie hier diese Statistik angreifen können. Die Schulen stehen, Sie finden sie in jedem Verzeichnis.

Die fertiggestellten Bauprojekte in diesem Zeitraum: 43 Projekte höherer Schulen fertiggebaut, davon 16 in den letzten zwei Jahren, 12 fertige Hochschulprojekte, 5 davon in den letzten zwei Jahren, 3 Bauprojekte werden im Herbst fertiggestellt. Diese Zahlen sollten genügen für diese Leistungen. (*Abg. Ing. Kunst: Wie schaut es mit den Lehrerpersönlichen für diese Schulen aus? — Abg. Peter: Die schnitzen sie aus Holz! — Lebhafte Heiterkeit.*) Ich komme sofort dazu, Herr Abgeordneter.

Ich werde Ihnen dazu einen sehr kritischen Vergleich mit anderen Ländern bringen können. Die Zahl der Maturanten hat sich in Österreich von 12 Prozent auf 16 Prozent erhöht. Das ist wohl das Bildungswachstum, von dem die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw gesprochen hat. Wir werden also 1975 nur an den allgemeinbildenden höheren Schulen rund 105.000 Schüler haben. Nicht nur die ständig steigenden Geburtenziffern, sondern vor allem die Bemühungen um die volle Erfüllung des Bildungsanspruches aller bildungswilligen und aller bildungsfähigen Kinder durch die Errichtung neuer Schulen in Entsprechung der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Schulgesetzgebung 1962 wird diese Zahlen noch weiter erhöhen. Eine Statistik erhärtet, daß auf einen österreichischen Mittelschüler durchschnittlich 56 Österreicher kommen.

Jetzt komme ich zur Antwort, Herr Abgeordneter! Hinsichtlich der Maturantenzahl liegt Österreich mit 12.000 Maturanten jährlich, das sind 14 Prozent eines Altersjahrganges, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern im guten Mittelfeld. Wissen Sie, daß die Bundesrepublik Deutschland heuer 200.000 Maturanten an allen allgemeinbildenden höheren Schulen hat? Wissen Sie, daß das genau die Zahl ist, die man in Deutschland brauchte, nur um dem Lehrernachwuchs auf die Beine zu helfen? Wo wären die Ingenieure, die Juristen, die Philosophen, alle, die alle in diesen 200.000 Maturanten enthalten sind? Wir liegen auch hier in einem guten Mittelfeld. Ich habe ja schon oft ausgedrückt! Wenn jemand die Vorstellung haben sollte, daß man eine Schulreform erst dann durchführen kann, wenn man vorerst die neue Lehrerbildung, für die es noch gar kein Gesetz gibt, denn das sichert die Reform, durchführt und vorsorgend und vorrätig Schul-

häuser baut, obwohl es noch kein Schulorganisationsgesetz gibt, diese Schulreform hat es zu allen Zeiten in allen Jahrhunderten in der Welt nie gegeben und wird es auch nie geben. Das muß einmal offen gesagt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die gleichen Entwicklungszahlen stellen wir auf dem Gebiet des berufsbildenden höheren Schulwesens fest. Die Senkung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land wird erst nun nach der Errichtung von höheren Schulen in den peripheren Landschaftsgebieten Österreichs, die bisher unter dem Gesichtspunkt einer höheren Schulbildung mit Anschlußmöglichkeiten an die Hochschulen und Akademien nur als sehr schwach bildungsversorgt gelten konnten, erreicht werden, und zwar in jenem Maß, das die Hebung der Gesellschaft, das ist das Ziel, in ihrer ganzen soziologischen Breite zum Ziele hat. Das ist das Bildungsmaximum schlechthin, das wir uns bei unseren Bemühungen vor Augen stellen, das ist das Grundmotiv unserer Bildungspolitik.

Wie drängend alle diese Bildungsaufgaben sind, sei hier mit zwei Zahlen unter vielen gleich bedeutsamen belegt. Unsere Wirtschaft kann in etwa zehn Jahren nur dann mit optischer Rentabilität arbeiten, wenn von 100 Beschäftigten nur mehr 20 manuelle Arbeiter sind. Die übrigen 80 Beschäftigten müssen eine höhere allgemeine oder technische Schulbildung haben. Vor 50 Jahren war dieses Verhältnis genau umgekehrt.

Noch eine andere Zahl: Einer jüngsten Studie der Arbeiterkammer entnehmen wir, daß Österreich, um mit vergleichbaren Ländern wie beispielsweise der Schweiz, Belgien oder den skandinavischen Staaten, Schritt halten zu können, die Zahl der in der Forschung tätigen Naturwissenschaftler und Diplomingenieure verdoppeln müßte, das ist von 655 im Jahre 1961 auf 1310 jetzt bei den Naturwissenschaftlern und von 695 im Jahre 1961 auf 1390 bei den Diplomingenieuren.

„Dem Bildungsbericht werden also Programme und Pläne folgen, die“ — so heißt es wörtlich im Vorwort des Herrn Unterrichtsministers — „das Ausmaß und die Reihung der Anstrengungen Österreichs für die Bildung und Ausbildung der jungen Generation, damit aber für die Sicherung der geistigen und wirtschaftlichen Existenz unseres Volkes deutlich machen werden.“ Dabei betont der Bericht das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die Bildungseinrichtungen „der Jugend wie den Erwachsenen aber zur freien Auswahl angeboten werden“. „Die österreichischen Bildungswege sind aufgebaut auf der Freiheit der persönlichen Entschei-

Harwalik

dung“ — so wörtlich der Herr Bundesminister Dr. Piffl.

Wir erfahren weiter, daß das Bundesministerium für Unterricht eine eigene Abteilung zur Erarbeitung von Bildungsplänen eingerichtet hat. Seine nächste Aufgabe ist die Ausarbeitung eines „Programms für den Ausbau der Ausbildungseinrichtungen in Österreich bis zum Jahre 1975“. Hier wurde eine Verpflichtung gegenüber der OECD eingegangen, die viele europäische Länder ebenfalls mit übernommen haben.

Damit komme ich zum Schluß. Die neuen Schulgründungen wurzeln alle im Schulgesetzwerk 1962. Dieses Jahr eröffnete eine neue Bildungsära in Österreich. Das ist die in die Zukunft wirkende Großtat der Einigung in der Schulfrage. Die Zustimmung, ja das Drängen der Öffentlichkeit, zahlreicher Gemeinden und ihrer Bewohner nach höheren Bildungsstätten beweist, wie groß der Bildungsimpuls unseres Volkes ist. Es ist das Verdienst dieses Hauses und der Regierung, endlich alle Schranken auf dem Wege in die Bildungsgesellschaft beseitigt zu haben.

Wir wünschten uns nur, daß die FPÖ uns hier auch besser verstehe. Wir erwarten keinen Enthusiasmus in der Mitte des Hauses, weil wir selber Realisten der Bildungspolitik sind. Aber man sollte doch den Aufgang der Bildung in Österreich nicht einfach mit tauben Ohren überhören.

Ich habe mich in den durchgeführten beziehungsweise vorbereiteten Schulreformen anderer Länder umgesehen und stoße gerade bei den geplanten Schulreformen in Europa auf die gleichen Baugedanken, die auch unsere Schulreform kennzeichnen, zum Teil finden wir die gleichen Termini. In der Bundesrepublik Deutschland soll ein stufenförmiger Aufbau zur zehnjährigen Schulpflicht führen. Nach der achten Stufe soll für jene Schüler, die noch keine weiterführende Schule besuchen, eine sogenannte Werkstufe eingerichtet werden, also ebenfalls eine Art Polytechnischer Lehrgang. Auch hier ist das Bildungsziel die Überleitung von der Schulwelt in die Berufswelt.

Der Tenor der jüngsten Erziehungsministerkonferenz in Wien war ebenfalls der, auf der 9. und 10. Schulstufe keine Verschulung einzurichten, sondern in noch stärkerer Betonung als in unseren Polytechnischen Lehrgängen die Schüler in Werkstätten und so weiter in die Berufe überzuleiten. Der Deutsche Schulausschuß fordert für die Schulreform ebenfalls die Durchlässigkeit — unser Terminus! — der Lehrveranstaltungen, um einen allseitigen Anschluß von der Pflichtschule in die höhere Bildung sicherzustellen.

Die Bundesrepublik hat es hier schwerer. Wir haben eine Hauptschule; Deutschland hat sie kaum in einem der Bundesländer. Wir haben eine Hauptschule mit verpflichtendem Fremdsprachenunterricht. Wir konnten also dieses Prinzip der Brücken und Übergänge leichter durchführen, als das vielfach draußen in der Bundesrepublik möglich ist. Das ist eine ermunternde Bestätigung unserer Arbeit.

Bei allen Schwierigkeiten, die uns noch lange in Atem halten werden und uns die Proben wahrhaftiger Bildungsgesinnung abfordern werden, kann uns niemand die Zukunftsgläubigkeit rauben. Die österreichische Bevölkerung hat die Schulgesetzgebung bereits in einen hohen bewußten Rang erhoben. Wer wollte das leugnen? Wir wollen nirgends zurückbleiben und unsere Zeit bewegen in eine bessere Zukunft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich heute ausnahmsweise meine Ausführungen nicht mit einem Zitat des ÖVP-Wahlprogramms einleite. (*Abg. Dr. Withalm: Bedauerlich für Sie!*) Ich sehe mich vielmehr genötigt, bei den Darlegungen des Herrn Landesschulinspektors Harwalik anzuknüpfen. Vielleicht hat der Herr Landeschulinspizktor einen Sonderschullehrer oder etwa gar einen Psychiater notwendig? (*Abg. Harwalik: Wissen Sie, daß ich lange Zeit in der Wehrmachtspychologie an führender Stelle tätig war? Ich befasse mich auch mit schulpsychologischen Fragen!*) Sie bestätigen also, was uns miteinander verbindet, Herr Abgeordneter. (*Abg. Harwalik: Ich schätze den Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi zu sehr, als daß er jetzt in meine Behandlung treten müßte!*)

Der Herr Abgeordnete Harwalik hat hinsichtlich einer von mir in diesem Hohen Hause dargelegten Auffassung folgendes Urteil abgegeben:

„Es war schon der Herr Abgeordnete Mahnert in einer Enge der Bildungspolitik gefangen, die fast reaktionär anmutete. Aber dieser Nicht-Lehrer nahm sich gegen den Pädagogen Peter noch aus wie ein pädagogischer Großmogul.“

Nachdem Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, mich des pädagogischen Kleinrentnertums gezielen haben (*Abg. Kulhanek: Wenn Sie dynamisiert wären! — Heiterkeit*), bin ich auf Grund dieser Feststellung genötigt, mich gegen diesen Vorwurf zu verwahren. Wenn

Peter

das so aussieht wie Ihre dynamische Rente, dann verzichte ich dankend darauf. (*Abg. Dr. Withalm: Die ist gar nicht so schlecht!*) Die Betroffenen hätten bessere Ansätze verdient! Aber das gehört heute nicht zu diesem Gegenstand.

Es ist notwendig, dem Abgeordneten Harwalik in Erinnerung zu rufen, was Abgeordneter Mahnert namens der freiheitlichen Fraktion 1962 zum Schulgesetzwerk feststellte:

„Ich glaube daher, daß die Frage, ob unser Schulwesen heute einer Revolution, einer Umwälzung bedarf, bejaht werden muß. Doch heute steht ... nicht eine Umwälzung, eine Pioniertat zur Debatte, sondern ein Kompromiß; ein Kompromiß nicht so sehr zwischen den beiden Regierungsparteien, denn manche Auffassungen gehen quer durch die Parteien, sondern vielmehr ein Kompromiß zwischen fortschrittlichen und konservativen, ja in manchem sogar reaktionären Ideen, getragen allerdings von parteipolitischen Erwägungen.“

Mahnert sagte weiter: „Ich räume durchaus ein: Die Gesetze beenden einen Gesetzesnotstand, und das ist positiv. Die Gesetze bringen manch echten Fortschritt, auch das ist positiv. Doch einen Durchbruch, wie ihn die Wende eines Zeitalters erfordern würde, können wir in ihnen nicht entdecken.“

Das Anlaufen der Schulreform gestaltete sich so, daß die freiheitliche Fraktion bis zur Stunde keinen Anlaß hat, von dieser 1962 dargelegten Auffassung abzuweichen. (*Abg. Kulhanek: Vielleicht nach dem 9. Schuljahr!*)

Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević hat vor einigen Wochen in einem Fernsehinterview erklärt, daß die Erziehungs- und Bildungspolitik Österreichs europareif gemacht werden müsse. Das hat mich in den Ausschußberatungen veranlaßt, dem Herrn Minister die Frage vorzulegen, ob er der Meinung sei, daß auf Grund der dargelegten Budgetansätze dieses von ihm berechtigt dargelegte Ziel erreicht wird.

In der Antwort stellte der Unterrichtsminister fest, daß solche Ansätze auf dem Gebiete des österreichischen Berufsschulwesens vorhanden seien. Dieser Antwort konnte ich nicht entnehmen, ob der Unterrichtsminister auch in den anderen Schulgattungen und Bildungszweigen Österreichs derartige Ansätze als gegeben erachtet. Wir sind uns darüber klar, meine Damen und Herren, daß man eine Schul- und Bildungsreform nicht allein von den Ziffern her sehen kann, sondern von jener pädagogischen und geistigen Ge- sinnung, die ebenso eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Lösung eines so schwerwiegenden Problems darstellt.

Abgeordneter Harwalik hat darauf verwiesen, daß die Diskussion um das Reichsvolksschulgesetz des Jahres 1869 große Wellen geschlagen hat, die Auseinandersetzung war viel tiefgreifender und eingehender als im Jahre 1962. Er bestätigte, daß sich die damals dargelegten Vorbehalte nicht als richtig erwiesen hätten. Erst die Zukunft wird eine allgemein gültige Antwort über die jetzige Schulreform geben. Heute vermag keiner von uns beiden zu sagen, wem die Schulgeschichte Österreichs recht geben wird. Es ist aber unser beider gutes Recht, Herr Harwalik, unsere eigenen Überzeugungen zu vertreten.

Wir Freiheitlichen sind der Ansicht, daß das Schulgesetzwerk 1962 im wahrsten Sinne des Wortes einen der übelsten und schlechtesten Kompromisse des abgetretenen Koalitionssystems darstellt. Warum? Weil die Österreichische Volkspartei einschließlich des Abgeordneten Harwalik grundsätzliche Auffassungen aus parteitaktischen Überlegungen an die SPÖ preisgegeben hat. Die 5. Schulstufe wurde dem Polytechnischen Lehrgang geopfert.

In der Steiermark erzählt man sich in Lehrerkreisen, daß Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, innerhalb von vier Wochen Ihre Auffassung zu diesem Gegenstand geändert haben. Eine Meinung zu ändern ist allerdings jedermanns Recht. Wir Freiheitlichen vertreten ebenso die Auffassung, daß die altbewährte, bereits vor Jahrzehnten bestandene 5. Volksschulstufe in der heutigen pädagogischen, psychologischen und erziehlichen Situation jene Hilfe für das Kind wäre, eine verlängerte Schulbahn und den Übertritt in das höhere und berufsbildende Schulwesen besser bewältigen zu können. Warum? Weil die Auffächerung des Unterrichtes und das Fachlehrersystem den Zehnjährigen beachtliche Schwierigkeiten bereiten, andererseits aber heute vor uns die unumstößliche Tatsache steht, daß einer körperlichen Entwicklungsbeschleunigung unserer Jugend eine geistige Entwicklungsverzögerung gegenübersteht. Diese Tatsache ist von Psychologen, Ärzten und Pädagogen anerkannt. (*Abg. Harwalik: Der kann man selbstverständlich in jeder Schulreform pädagogisch entgegentreten!*) Dieses Problem hat die bisherige Schulgliederung nicht gelöst, und diesem Problem wird die neue Schulorganisation mit der Aufstockung des 9. Schuljahres am Ende der Schulbahn schon deswegen nicht gerecht werden können, weil die heutige Jugend zum Unterschied von der Jugend vor 20 und 30 Jahren einer Reizüberflutung ungeahnten Ausmaßes ausgesetzt ist, durch die das Konzentrationsvermögen in einem Ausmaß leidet, daß die Pädagogen aller

Peter

Schulgattungen diese Situation bisher nicht zu wältigen vermochten. (*Abg. Harwalik: Herr Abgeordneter Peter! Unsere Landhauptschüler wären mit der 5. Volksschulstufe und mit der 4. Hauptschulklassie von der Mittelschule und von der Hochschule abgeschnitten! Die Rektorenkonferenz hat uns erklärt, daß sie fünf Jahre brauchten, um sich in das Arbeitsklima und die Leistungsforderung einer höheren Schule einzufügen! Daher der Aufbau durch den Polytechnischen Jahrgang! Und wer am Verhandlungstisch sitzt, muß der Zeit begegnen, der er gerecht zu werden hat!*) — Zustimmung bei der ÖVP. — *Abg. Dr. van Tongel: Das war die erste Zwischenrede!*) Ich wage dieser Auffassung der Rektorenkonferenz entschieden zu widersprechen und bin der Meinung, daß der Ausbau eines soliden Fundaments der Grundschule die elementarste und entscheidendste Voraussetzung dafür ist, daß der Übergang zu höheren Bildungseinrichtungen kontinuierlich vollzogen werden kann. (*Abg. Harwalik: Vier Jahre ist für Latein zuwenig! Für alle Anforderungen sind vier Jahre Oberstufe der höheren Schule zuwenig! Das war es! Auch seitens der Mittelschule hat man uns gesagt, daß das unmöglich ist! Sie brauchen fünf Jahre Oberstufe!*) Herr Abgeordneter Harwalik! Der Unterrichtsminister gab im Ausschuß zu, daß 60 Prozent der früheren Mittel- und jetzigen höheren Schüler des Nachhilfeunterrichtes bedürfen. So wenig begabt ist aber unsere Jugend nicht, daß ein so großer Prozentsatz der Mittel- und höheren Schüler diesen Nachhilfeunterricht benötigen müßte. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.*) Damit wage ich die Behauptung, daß im höheren Schulwesen eine entscheidende Fehlerquelle vorhanden sein muß (*Abg. Dr. Gorbach: Richtig!*), die noch nicht bewältigt worden ist. Daher möchte ich von Ihnen, möchte ich vom Unterrichtsminister ... (*Abg. Dr. Pittermann: Vom Gruber!*) — *Abg. Gram: Weil der Unterrichtsminister nicht anwesend ist! Der Staatssekretär Gruber ist da!* — Heiterkeit und weitere Zwischenrufe.) — Gruber macht alles für die ÖVP — ... möchte ich von den verantwortlichen Fachleuten des Ministeriums wissen, wie man bei einer aufgefächerten, differenzierten höheren Schulbildung diesem Übelstand zu steuern gedenkt.

60 Prozent der Mittel- und der höheren Schüler, erklärten auch die Elternvereinigungen, bedürfen des Nachhilfeunterrichtes. Wenn in einigen Jahren in diesem Hohen Hause die Thematik des Nachhilfeunterrichtes erörtert werden wird, dann wird nach der neuen Schulgesetzgebung dieser Übelstand noch immer nicht behoben sein. Nicht zuletzt deswegen, weil der besseren Ausbildung der

Lehrer für die höheren Schulen bisher zuwenig Augenmerk zugewendet wurde. Wie gut wäre es, den Zehnjährigen noch ein weiteres Jahr in der Familie zu lassen. Dieses Kind bedarf heute viel mehr der Obsorge und der Nestwärme der Familie als vor 30 Jahren. (*Abg. Harwalik: Sie gehen an der Tatsache vorbei! Die sind jetzt bis zur Matura zu Hause, in den entferntesten Dörfern! Weil das Musisch-pädagogische Gymnasium und die Hauptschule dort stehen!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine Zwischenreden!

Abgeordneter Peter (*fortsetzend*): Ich möchte wissen, wo auf dem Land die Schüler bis zur Matura im Elternhaus verbleiben können. (*Abg. Harwalik: In Hartberg, in Murau, in Eisenerz, in Scheibbs, in Wieselburg, in Perg und überall dort, wo sie bisher es nicht konnten!*) Sie kommen anscheinend aus der Schwarz-Weiß-Malerei (*Abg. Harwalik: Das ist keine, das sind Tatsachen!*) nicht heraus. Ich sage Ihnen noch einmal voraus, daß Sie größte Schwierigkeiten haben werden, wenn Sie in den Landgemeinden Österreichs die 9. Schulstufe in Form des Polytechnischen Lehrgangs in die Tat umsetzen wollen. Ich verstehe die Österreichische Volkspartei nicht, daß sie in ihren ländlichen Interessenbereichen keine wie immer gearteten ausreichenden Voraussetzungen geschaffen hat, während andererseits die sozialistische Seite, die an dieser Form des Polytechnikums außerordentlich interessiert war ... (*Abg. Harwalik: Nein, das war nicht ihr Vorschlag! Das war der Vorschlag des Herrn Ministers Drimmel!*) Die SPÖ war außerordentlich daran interessiert! Lesen Sie nach, was Stadtschulrat-präsident Neugebauer für eine Auffassung vertreten hat! Die Sozialisten haben in der Gemeinde Wien den Polytechnischen Lehrgang so vorbereitet, daß er in zulänglicher Form mit dem nächsten Schuljahr begonnen werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Harwalik: Ja, das meine ich ja!*) Ich teile die Auffassung der Sozialistischen Partei über den Polytechnischen Lehrgang nicht, muß aber der Sachlichkeit halber feststellen, daß eine verantwortungsbewußte Vorbereitung dieser Schulform in Wien vorgenommen wurde. (*Abg. Harwalik: Aber der Herr Landesschulinspektor Dr. Schnell hat mir selbst gesagt, daß sie es auch leichter haben! Hut ab vor Wien, aber die haben Räume genug!* — *Widerspruch bei der SPÖ.* — *Abg. Harwalik: Und keinen Lehrermangel!* — *Weitere anhaltende Zwischenrufe.*) Das enthebt Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, nicht der Verantwortung, Ihrerseits dem Landkind die

Peter

gleichen Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Diese gleichen Wettbewerbsbedingungen sind nun einmal in den anderen Ländern nicht vorhanden. (Abg. Rosa Jochmann: Stimmt!) Sie sind nicht vorhanden, denn sonst würde ja der Präsident des Gemeindebundes nicht festgestellt haben, daß rund 11 Milliarden Schilling zur vollgültigen Durchführung der Schulreform — soweit es sich um die Lasten der Länder und Gemeinden handelt — fehlen.

Ich folge Ihnen, Herr Abgeordneter Harwalik, in der Erkenntnis, daß die Schulreform nicht von heute auf morgen in die Tat umgesetzt werden kann, daß die Realisierung eines solchen Konzeptes Jahre und Jahrzehnte beansprucht. Das schließt nicht aus, daß entsprechende Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen Schulreform vom Gesetzgeber und von der zuständigen Verwaltung geschaffen werden. Ich bin der Meinung, daß dem Unterrichtsministerium und dem Gesetzgeber in diesem Zusammenhang weitestgehende Unterlassungen angelastet werden müssen. Wäre das anders, dann würde in einigen Bundesländern, in verschiedenen Interessenbereichen und in zahlreichen Elternverbänden eine andere Meinung über den Polytechnischen Lehrgang vorhanden sein, als es in einer Reihe von Publikationen zum Ausdruck gebracht wurde.

In den Ausschußberatungen hat der Unterrichtsminister zur Kenntnis gebracht, daß wir im nächsten Jahrzehnt mindestens 14 Milliarden Schilling benötigen, um uns der notwendigsten schul- und bildungspolitischen Aufgaben entledigen zu können. Er hat ebenso zum Ausdruck gebracht, daß ihm in den nächsten drei bis fünf Jahren über die normalen Budgetansätze hinaus voraussichtlich nur 500 bis 600 Millionen zur Verfügung stehen werden. An dieser Meinung des Unterrichtsministers erlaube ich mir unter Beweis zu stellen, daß die Ansicht des Herrn Harwalik falsch ist. Ich befürchte, daß sich diese Versäumnisse nachteilig für unsere gesamte Jugend auswirken. Der Betroffene dieser Auswirkungen ist und bleibt die Jugend, in zweiter Linie die Elternschaft und mit ihr auch der Lehrstand.

Wir sind ein Volk ohne Lehrer, sagt ein Zeitungsartikel. Das ist sehr kraß ausgedrückt. (Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht ein Parlament ohne Lehrer!) Es spricht für die politischen Parteien, daß sie so viele Lehrer aussichtsreich kandidiert haben, Herr Abgeordneter Pittermann. (Abg. Dr. Pittermann: Danke, Herr Kollege!) Es muß ebenso festgestellt werden, daß in der Heranbildung des Lehrernachwuchses weitestgehende Versäumnisse unterlaufen sind.

Wenn ich namens meiner Fraktion zum Polytechnischen Lehrgang eine negative Haltung einnehme und diese von Ihnen, Herr Abgeordneter Harwalik, nicht verstanden wird, so kann ich Ihnen die Zitierung jener Stimmen aus dem ÖVP-Lager nicht ersparen, die mit unserer freiheitlichen Ansicht übereinstimmen. Die steirische Handelskammer sagt: „Polytechnisches Jahr später.“ Nicht in Gottes, sondern in Harwaliks eigenem Land ist auf ÖVP-Seite die gleiche Meinung wie im freiheitlichen Lager. (Abg. Harwalik: Wir sind einer Meinung; das liegt schon länger zurück!) Diese Meinung ist bis zur Stunde von der Handelskammer Steiermark nicht widerrufen und bringt zum Ausdruck ... (Abg. Dr. Mussil: Wir haben uns bekehren lassen, Herr Peter! — Heiterkeit.) Ihr „Mea culpa!“, Herr Mussil, kommt, bevor ich Sie angreife. (Abg. Dr. Pittermann: Betragen: Sehr gut! — Abg. Dr. Gorbach: Fleiß auch „sehr gut“! — Heiterkeit.)

Die steirische Handelskammer hat die Ansicht vertreten, den Beginn des Polytechnischen Lehrganges auf das Schuljahr 1968/1969 hinauszuschieben. Sie wird dafür ihre guten Gründe gehabt haben.

„Das Polytechnische Jahr muß verschoben werden“, hat die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern festgestellt und ist von dieser Auffassung bis zur Stunde nicht abgerückt. „Im Interesse der Kinder darf die Verlängerung der Schulpflicht erst dann angesetzt werden, wenn nicht nur in wenigen größeren Städten, sondern im ganzen Lande die notwendigen Räume wie die erforderlichen Lehrkräfte bereitgestellt werden können, ohne daß dadurch der Unterricht an Volks- und Hauptschulen eine Einschränkung erfährt.“ So heißt es in einer Eingabe der Landeslandwirtschaftskammer Tirol an den Präsidenten des Landesschulrates. „An die Bundesregierung möge das Verlangen gerichtet werden, die Einführung des Polytechnischen Jahrganges so lange zurückzustellen, bis sie vor der Elternschaft vertreten werden kann.“ Ich lade die Abgeordneten des ÖVP-Bauernbundes ein, heute einem freiheitlichen Antrag beizutreten, der sich zum Ziel setzt, den Beginn des Polytechnischen Lehrganges um drei Jahre hinauszuschieben.

„Das Neunte — Nichts als Schwierigkeiten mit dem Polytechnischen Schuljahr“ ist die nächste Meinung, die im ÖVP-Lager vertreten wird. Oberschulrat Hans Laußermair, ein Salzburger ÖVP-Schulmann, schreibt: „Polytechnischer Jahrgang — ein Sorgenkind aller Beteiligten.“ „Neuntes Schuljahr: Ärger immer größer — Zweifel an entsprechenden Vorkehrungen“ — Nach ÖVP-Wirtschaftskreisen erheben die ÖVP-Bauernvertreter folgende

Peter

Bedenken: Gefahr wegen der fehlenden Lehrer und der Klassenräume. (*Abg. Harwalik: Aber bitte nicht nur Negativisten!*) Die Landwirtschaft fürchtet negative Auswirkungen des 9. Schuljahres. (*Abg. Dr. Gorbach: Form: Nichtgenügend!*) „Die Einführung des 9. Schuljahres könnte zu einem Gefälle im Pflichtschulwesen und damit im Bildungswesen zwischen dem städtischen und ländlichen Bereich führen.“

Herr Abgeordneter Dr. Gorbach hat mir eben für meine Form ein „Nichtgenügend“ erteilt. Wie die ÖVP meine parlamentarische Formzensur zensiert, bleibt vollkommen ihr überlassen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Aufsteigen kann man nicht! — Heiterkeit.*) In Ihre ÖVP-Bänke will ich auch gar nicht aufsteigen, damit der Sachverhalt klargestellt ist! (*Abg. Dr. J. Gruber: Aber in die nächste Periode, Herr Abgeordneter Peter!*) Wie man in die nächste Legislaturperiode aufsteigt, das werden wir freiheitlichen Abgeordneten in diesem Haus unter Beweis zu stellen versuchen. Diese Aufgabe können Sie freundlicherweise uns überlassen, Herr Kollege. (*Abg. Rosa Jochmann: Man kann auch sitzenbleiben! — Weitere Zwischenrufe.*)

Die bäuerliche Wirtschaftszeitung „Der Dorfbote“ spricht in ihrer letzten Ausgabe von der „Polytechnischen Landplage“. Dieser Ausdruck ist zwar sehr kraß gewählt, trifft aber für die ländlichen Bereiche Österreichs den Nagel auf den Kopf. Unter anderem heißt es: „Ein zentralistisch dirigierter Plan wurde unreif zum Gesetz erhoben. Was auf Wiener Boden kaum Schwierigkeiten macht, wirkt sich auf ländlicher Ebene nachteilig aus. Auch hier zeigen sich die Auswirkungen der Unterbewertung der Landarbeit.“ (*Abg. Steiner: Das ist Ihre Zeitung!*) Das ist nicht unsere Zeitung, das ist eine parteiungebundene Zeitung, die mit der Freiheitlichen Partei genauso wenig wie mit der Österreichischen Volkspartei zu tun hat.

Nun zum Herrn Kammeramtsdirektor der niederösterreichischen Handelskammer, der bereits widerrufen hat, was im Mitteilungsblatt der Handelskammer für Niederösterreich schwarz auf weiß über den Polytechnischen Lehrgang zum Ausdruck gebracht wurde. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Zur Auffrischung Ihres Gedächtnisses, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, muß ich aus Ihrem Leib- und Magenblatt zitieren: „Es besteht ein mehrfacher Anlaß, die Sprache wieder auf die Schulgesetze zu bringen. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Warnungen der Handelskammerorganisation ... voll und ganz berechtigt waren: Diese Gesetze sind nämlich undurchführbar. Vor allem gilt dies aber für

das neunte Schuljahr, den sogenannten Polytechnischen Lehrgang, der die Wirtschaft deshalb unmittelbar berührt, weil er ihr schlagartig einen gesamten Nachwuchsjahrgang entziehen würde. Die Einführung des neunten Schuljahres muß unbedingt verschoben werden.“

„Vor und nach der Gesetzwerdung der Schulgesetze des Jahres 1962 haben wir uns an dieser Stelle wiederholt ausführlich mit dem Thema unserer Schulreform befaßt. Schon lange vor der Beschußfassung im Nationalrat haben wir darauf verwiesen, daß das gesamte Gesetzwerk zuwenig überlegt wurde.“ — Eine schwarze Zensur für den schwarzen Minister a. D. Dr. Drimmel! (*Abg. Dr. Mussil: Das haben wir nur geschrieben, um Ihnen Argumente zu liefern! — Heiterkeit.*)

Ich danke für diese tatkräftige ÖVP-Unterstützung und zitiere weiter: „Unter diesen Umständen gibt es überhaupt nur eine Möglichkeit: das an und für sich schon äußerst fragwürdige Experiment des Polytechnischen Lehrganges bis auf weiteres aufzuschieben, damit die vorhandenen Mittel auf wesentlich wichtigere Gebiete konzentriert werden können. Die Bundeswirtschaftskammer ist deshalb bereits vor geraumer Zeit an das Unterrichtsministerium herangetreten und hat dringend vorgeschlagen, das 9. Pflichtschuljahr entweder etappenweise einzuführen oder zu verschieben. Es wird darauf hingewiesen, daß in fast sämtlichen Bundesländern weder die personellen noch die technischen Voraussetzungen für die Errichtung der notwendigen zusätzlichen Schulklassen gegeben sind.“

Da aber bis zum heutigen Tag kein einziger ÖVP-Abgeordneter sich dieser berechtigten ÖVP-Wünsche angenommen hat, wiederhole ich in diesem Hohen Hause jenen Antrag, den ich bereits im Ausschuß gestellt habe:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962 vorzulegen, durch welche das Inkrafttreten der Bestimmungen über den Polytechnischen Lehrgang (9. Pflichtschuljahr) — wegen offenkundigen Fehlens der sachlichen und personellen Voraussetzungen — bis 1. September 1969 aufgeschoben wird.

Desgleichen erlaube ich mir, einen zweiten Antrag zu stellen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem „Österreichischen Bundesjugendring“ die Anerkennung als offizielle Vertretung der österreichischen Jugend zu entziehen und so lange zu versagen, bis diese Organisation die unter § 2 Z. 1 ihres in der 6. Voll-

Peter

versammlung am 13. 12. 1958 beschlossenen Statuts genannte Aufgabe — nämlich „das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit innerhalb der österreichischen Jugend zu fördern sowie die Auseinandersetzungen auf demokratischer Ebene zu führen“ — tatsächlich erfüllt und dies durch die Aufnahme anderer bisher zu Unrecht ausgeschlossen gebliebener Jugendorganisationen sichtbar zum Ausdruck bringt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen, und lade im besonderen den Herrn Abgeordneten Dr. Mussil ein, in Entsprechung der Forderungen der Handelskammer Niederösterreich dem freiheitlichen Antrag zur Verschiebung des Beginnes des Polytechnischen Lehrganges beizutreten. (*Abg. Dr. Mussil: Wenn Sie aus einem Peter ein Petrus werden und gegen Ihren eigenen Antrag stimmen, können wir über diesen Vorschlag reden!*) Was nützt es der Österreichischen Volkspartei, wenn aus dem Peter ein Petrus wird, die Probleme der Schulgesetzgebung aber nicht bewältigt werden? Dienen wir lieber der Jugend! Sie haben bereits 85 Mandate, mit dem 86. wäre Ihnen im Augenblick nicht gedient. (*Zwischenruf des Abg. Zankl. — Abg. Dr. Pittermann: Vielleicht!*) Herr Abgeordneter Zankl! In welchen Ausmaß sind wir Freiheitlichen eine schulpolitische Bremse? (*Abg. Zankl: Durch den ersten Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben!*) Durch Aufschiebung des Polytechnischen Lehrganges um drei Jahre wollen wir Freiheitlichen bessere Voraussetzungen für die Einführung des 9. Schuljahres schaffen, als sie derzeit gegeben sind! Es ist eine Tatsache, Herr Abgeordneter Zankl, daß mit Ausnahme des Bundeslandes Wien in den Bundesländern die Voraussetzungen fehlen. (*Abg. Zankl: Burgenland, Kärnten! Alles ist vorbereitet!*) Nehmen wir an, Ihre Auffassung entspricht den Tatsachen, so wäre gegen eine etappenweise Einführung des Polytechnikums nichts einzuwenden. Aber auch dazu scheint die Regierung nicht bereit zu sein. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, Sie sind ja bereits dabei, das Prinzip des Polytechnischen Lehrganges systematisch zu durchbrechen. (*Abg. Zankl: Aber wir nicht!*) Sie nicht, nein, den Vorwurf habe ich auch nicht erhoben, Sie wollen dieses Polytechnikum aus Überzeugung, zum Unterschied von uns Freiheitlichen, und diese Ihre Überzeugung respektieren wir. Die ÖVP ist ja nur mit halbem Herzen beim Polytechnischen Lehrgang. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und der Österreichischen Volkspartei in dieser Frage. (*Abg.*

Harwalik: Was wissen Sie von meinem Herzen! — Heiterkeit.) Es waren lauter schwarze Herzen, Herr Harwalik, die aus den Zitaten gesprochen haben! (*Abg. Harwalik: Aber Ihr Antrag ist keine 9. Symphonie!*) Ich bin ja auch kein Komponist, sondern ein Politiker. (*Abg. Gram: Ein Lehrer!*)

Ich habe der ÖVP den Vorwurf gemacht, daß sie dabei ist, den Polytechnischen Lehrgang in der vorgeschlagenen Form systematisch zu durchbrechen. Ich belege diese Behauptung mit folgender Pressefeststellung: „Haushaltsschulen statt Polytechnischem Jahrgang: Eine Anzahl von Gemeinden und geistlichen Orden werden zu Beginn des Schuljahres 1966/67 einjährige Haushaltsschulen eröffnen. Diese für die hauswirtschaftliche Ausbildung von Mädchen besonders bedeutende Schultypen, für die keine Aufnahmsprüfung notwendig ist, kann auch an Stelle des Polytechnischen Lehrganges, der ab 1. September für alle Pflichtschüler anläuft, besucht werden. Von Unterrichtsexperten wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf verwiesen, daß der Polytechnische Lehrgang auch an den ersten Klassen und Jahrgängen der mittleren und höheren Berufsbildenden Schulen abgeleistet werden kann. Nach den Schulgesetzen von 1962 ist es möglich, zum Beispiel die erste Klasse einer höheren Lehranstalt für Wirtschaftliche Frauenberufe oder den 1. Jahrgang einer Handelsakademie zu besuchen, womit die Schulpflicht — das 9. Schuljahr — erfüllt ist.“ (*Abg. Harwalik: Überleitung in die Berufswelt der Frau und Mutter!*)

Das ist eine Verwässerung und Durchbrechung! Die fünfte Volksschulstufe, Herr Harwalik, ist zum Unterschied vom Polytechnikum eine in sich geschlossene pädagogische und didaktische Einheit. (*Abg. Doktor Mussil: Der Harwalik versteht das Problem doch besser!*) Natürlich, er ist auch Landesschulinspektor, daher sollte er es besser verstehen. Ob seine Argumente die besseren sind, wird die Zukunft weisen, Herr Dr. Mussil. (*Abg. Prinke: Das haben wir schon gesehen!*)

So beginnt bereits, noch ehe der erste Jahrgang des Polytechnischen Lehrganges angekommen ist, die systematische Durchlöcherung des Prinzips. Dieser Polytechnische Lehrgang wird nach meiner Überzeugung — bis jetzt können Sie das Gegenteil nicht beweisen — ein Stückwerk und ein Flickwerk sein. Er wird seine Aufgabe, die im Gesetz enthalten ist, nicht erfüllen, wenn diese Entwicklung auf breitere Bahnen gestellt werden soll. (*Abg. Zankl: Reden wir dann darüber, wenn er begonnen haben wird!*) Schon nach einem Jahr, Herr Abgeordneter Zankl, werde ich in

Peter

der Lage sein, den Nachweis zu führen, daß sich die unzulänglichen Voraussetzungen in einer Reihe von Bundesländern zum Nachteil der Schüler ausgewirkt haben werden.

Ich habe einleitend dargelegt, daß das Schulgesetzwerk 1962 einer der schlechtesten Kompromisse der abgetretenen schwarz-roten Koalition ist. Es war keine pädagogische Tat, sondern ein parteipolitischer Kompromiß. Die Österreichische Volkspartei hat die fünfte Volksschulstufe preisgegeben und den Polytechnischen Lehrgang in der vorliegenden Form deswegen hingenommen, weil er von den Sozialisten gefordert wurde. (Abg. Harwalik: *Nein!*) Die Gegenleistung der Sozialisten an die ÖVP ist die Erhaltung der privaten katholischen Lehrerbildung mit einer entsprechenden staatlichen Unterstützung in Österreich. (Abg. Harwalik: *Ich rufe die Sozialisten zum Zeugen auf, daß es so nicht war! So war es nicht!* — Abg. Dr. van Tongel: *Genauso war es!* — Abg. Gram: *Das ist Demokratie!*) So und nicht anders war und ist es, denn Sie haben mit dieser Regelung erreicht, daß 14, das sind 50 Prozent der bestehenden alten Lehrerbildungsanstalten nunmehr in Form der Musisch-pädagogischen Realgymnasien als katholische Schulen mit Öffentlichkeitsrecht erhalten bleiben. Die ÖVP erreichte darüber hinaus die Errichtung einer Reihe von privaten katholischen Lehrerakademien. (Abg. Harwalik: *Na und? Freuen wir uns doch!*) Das ist eine Zementierung Ihrer kulturpolitischen und parteipolitischen Position, über die Sie sich freuen, über die ich als freiheitlicher Lehrer aber außerordentlich betrübt bin, wenn ich mich an das erinnere, was vor wenigen Wochen im Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei, dem „Volksblatt“, gestanden ist. Ich zitiere aus dem ÖVP-Blatt:

,Maturant, wollen Sie Lehrer werden? Melden Sie sich zum Besuch der Pädagogischen Akademie der Erzdiözese Wien.“ (Abg. Harwalik: *Sehr gut! Was ist dabei?*) Jetzt kommt es, Geduld, meine Herren. Hören Sie, was mich stört: „Große Begünstigung bei den Lehrbefähigungsprüfungen.“ (Hört! Hört! Rufet bei der SPÖ.) Herr Unterrichtsminister, ich bitte um eine authentische Interpretation, was das im schulischen Amtsgebrauch Österreichs heißt: „Große Begünstigungen bei den Lehrbefähigungsprüfungen“, wenn man eine Pädagogische Lehrerakademie der Erzdiözese Wien besucht. (Abg. Harwalik: *Darf ich etwas korrigieren: Es gibt keine Lehrbefähigungsprüfungen mehr nach der Pädagogischen Akademie!* — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Gram: *Das sollte er wissen, der Peter, als Lehrer!* — Abg. Harwalik: *Das ist ein*

Mißverständnis!) Dann erklären Sie mir, was der Hintergedanke ist. (Abg. Harwalik: *Das kann ich nicht sagen!* — Abg. Probst: *Warum sagen Sie das nicht dem „Volksblatt“?*) Es stand im Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei; ich bitte um Aufklärung! (Abg. Harwalik: *Ich kann nur eines sagen: Nach dem Schulorganisationsgesetz gibt es nach der Absolvierung der Pädagogischen Akademie keine Lehrbefähigungsprüfungen für Volksschulen mehr!* — Abg. Dr. van Tongel: *Das ist ein Blödsinn!* — Abg. Harwalik: *Es ist ein Mißverständnis!* — Abg. Melter: *Ein Mißbrauch!* — Abg. Zeillinger: *Noch ärger: betrügerische Versprechungen!* — Abg. Melter: *Das ist die gleiche Praxis anscheinend wie gestern nacht!*)

Darf ich jetzt zu einer zweiten Entgleisung kommen, Herr Abgeordneter Harwalik. Im ÖVP-Blatt wird dem Absolventen der Lehrerakademie der Erzdiözese Wien weiter in Aussicht gestellt: Nach dem Besuch der Pädagogischen Akademie der Erzdiözese Wien wird dem Absolventen eine begünstigte Anstellungsmöglichkeit bei der Kirche — das ist verständlich —, aber auch beim Staat versprochen. (Ruf bei der SPÖ: *Ist das auch ein Mißverständnis?*) Wieso kann hier im Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei (Abg. Gram: *Wir haben ja kein Zentralorgan!*) den Absolventen der Pädagogischen Akademie der Erzdiözese Wien eine begünstigte Anstellung beim Staat versprochen werden? (Abg. Harwalik: *Was sollen wir im Zeitalter des Lehrermangels machen?*) Hier ist der in der Verfassung verankerte Gleichheitsgrundsatz verletzt. Daher wollen wir von Ihnen eine Antwort, meine Herren. (Abg. Harwalik: *Wir haben einen Lehrermangel! Jeder wird angestellt! Mit offenen Armen wird er empfangen, wenn er kommt!*) Wir wollen diese Antwort aber nicht von Ihnen, Herr Harwalik, Sie sind ja nicht der Unterrichtsminister. (Abg. Harwalik: *Nein! Aber ich darf als Abgeordneter dazu sprechen!*) Wir wollen vom Minister eine authentische Interpretation zu dieser Feststellung haben. (Abg. Harwalik: *Das wird er schon tun!* — Abg. Konir: *Wann ist das erschienen?*) Vor drei Wochen etwa ist es erschienen. (Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel. — Abg. Dr. Gorbach: *Das hat nichts damit zu tun!* — Abg. Dr. van Tongel: *O ja: Anstellung im Staatsdienst!*) Begünstigte Anstellungsmöglichkeiten beim Staat, lesen Sie es nach.

Meine Damen und Herren! Ich habe gestern den Unmut der sozialistischen Fraktion ausgelöst, als ich ihr parteipolitischen Mißbrauch in der verstaatlichten Industrie unterschoben habe. (Abg. Dr. Gorbach: *Wieso unterschoben?*) Ich komme nicht umhin, Ihnen,

Peter

meine Herren der Österreichischen Volkspartei, parteipolitischen Mißbrauch bei der Ernennung von Lehrern im Bundesland Niederösterreich vorzuwerfen. (*Abg. Harwalik: Dagegen verwahren wir uns! — Abg. Dr. J. Gruber: Unterstellen, nicht nachweisen!*) Ich unterstelle es an Hand eines Aktes, Herr Gruber. (*Abg. Leisser: Beweise! Beweise! — Abg. Dr. J. Gruber: Was heißt: unterstellen?*) Ich bin jederzeit bereit, nach dieser Rede den Herrn Unterrichtsminister Einsicht in diesen Akt nehmen zu lassen, bitte aber um Ihr Verständnis dafür, daß ich den Namen des betreffenden Lehrers vor dem Haus nicht nenne. Name und Anschrift liegen auf.

Der Kollege betont, daß er aus einer katholischen Familie stammt (*Abg. Dr. Gorbach: Das ist schlecht?*), daß er in einer katholischen Privatschule erzogen wurde (*Abg. Zeillinger: Noch schlechter!*), daß er bis in die jüngsten Tage hinein der Österreichischen Volkspartei angehört (*Abg. Zeillinger: Das ist alles schlecht!*) und ihr als Mandatar auf Gemeindeebene dient. Für ihn ist eine Welt zusammengebrochen, weil ihm ein Unrecht widerfahren ist, für das er kein Verständnis hat. Er ist auf Grund seiner Verpflichtungen als provisorischer Schulleiter in einen Gegensatz zum Ortsfarrer gekommen, der übrigens nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, sondern Belgier ist. (*Abg. Konir: Jetzt weiß man sogar, wo das ist!*) Der provisorische Leiter der Schule war genötigt, den Dienstweg zu beschreiten und sich gegen die Übergriffe des Pfarrers zur Wehr zu setzen. (*Abg. Gram: Das gibt es überall!*) Die Folge davon war eine personelle Benachteiligung bei der Ausschreibung der Leiterstelle. Er hat eine ausgezeichnete Qualifikation aufzuweisen gehabt (*Abg. Dr. Mussil: Sagt er!*), er war in der Lage, den Nachweis zu erbringen, daß er über die längste Dienstzeit aller Bewerber verfügt. (*Abg. Gram: Also eine katholische Privatschule ist dann doch nicht so schlecht!*) Er hatte 24 Dienstjahre, der zweite Bewerber hatte 18 Dienstjahre und der jüngste Bewerber eine ähnliche Dienstzeit. Er hat sechs Kinder, der zweite Bewerber zwei Kinder, der dritte Bewerber drei Kinder. Er selbst leitet Jahre hindurch die in Rede stehende Schule. Weil er in dienstliche Gegensätze mit dem Ortsfarrer kam und sich weigerte, den Organistendienst zu übernehmen, wurde er so gereiht, daß er nicht zum Zuge kommen konnte.

Ebenso wollte er sich gegen die Übergriffe des Pfarrers auf dem Dienstweg zur Wehr setzen. Es wurde ihm kein Gehör geschenkt. Als die staatliche Schulverwaltung schwieg, wandte er sich an den Diözesanbischof. Das ist aktenkundig festgelegt. Dieser

gewährte ihm keine Audienz. Der Schulleiter machte noch einen letzten verzweifelten Versuch und wandte sich um Hilfe an den Apostolischen Nuntius in Österreich. Auch der lehnte eine Audienz ab. Und erst auf Grund dieses Entwicklungsvorganges schrieb er folgenden Brief, in dem unter anderem steht:

„Eine solche Protektionswirtschaft habe ich noch nie gesehen.“ (*Abg. Dr. van Tongel: Ah, wir schon!*) „Der Bischof brachte den Inspektor auf seinen Stuhl, der Inspektor den Pfarrer. Der Bürgermeister kuscht, weil er den Pfarrer fürchtet. Der Pfarrer will einen Organisten und einen Untertanen. Weil ich mich aber weigere, den Organistendienst zu übernehmen, und weil ich diese Auseinandersetzungen mit dem Pfarrer hatte, komme ich nicht zum Zug. Das alles paßte dem Inspektor nicht. Er ist ein Schulkollege vom Bischof.“

Die Unterlagen stehen nachher, meine Herren, zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Diesen politischen Machtmißbrauch in den ÖVP-Domänen mögen Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, genau so abstellen wie die Herren der Sozialistischen Partei dort, wo sie für eine ähnliche Entwicklung verantwortlich sind. (*Abg. Dr. Gorbach: Das muß man doch überprüfen! — Abg. Prinke: Das kann doch ein Querulant auch sein! Haben Sie es überprüft?*) Monatelang gibt die Dienstbehörde keine Antwort. Er könnte ein Querulant sein, Herr Prinke. Endgültig urteilen wird man erst können, wenn sich die Schulbehörde überhaupt einmal entschließen sollte, die dienstlichen Eingaben einer entsprechenden Würdigung zu unterziehen.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind der Überzeugung, daß die im Schulgesetzwerk 1962 enthaltenen Grundlagen und Leitgedanken nicht ausreichend sind, um jenen entscheidenden Durchbruch auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik zur Erlangung der pädagogischen Europareife zu erzielen, den der Herr Unterrichtsminister für so notwendig erachtet. Diese Fehlentwicklungen und andere Versäumnisse veranlassen uns, diesem Kapitel die Zustimmung zu versagen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Herr Abgeordnete Peter hat zwei Anträge gestellt. Beide sind nicht genügend unterstützt.

Der erste Antrag beinhaltet die Aufforderung an die Bundesregierung, dem Nationalrat eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962 vorzulegen, durch welche das Inkrafttreten der Bestimmungen über den Polytechnischen Lehrgang bis 1. September 1969 aufgeschoben wird. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Der

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

Antrag ist nicht genügend unterstützt und steht nicht zur Diskussion.

Der zweite Antrag des Herrn Abgeordneten Peter beinhaltet die Aufforderung an die Bundesregierung, dem Österreichischen Bundesjugendring die Anerkennung als offizielle Vertretung der österreichischen Jugend zu entziehen. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich ebenfalls, sich vom Sitz zu erheben. — Das ist nicht genügend unterstützt. (*Abg. Prinke hat sich gleichzeitig mit den Abgeordneten der FPÖ erhoben. — Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: Prinke, bleib sitzen! — Abg. Prinke: Ich steh schon nicht falsch auf!*) Das ist trotzdem nicht genügend unterstützt! (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Leitner das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird heute sehr viel gesprochen und man hört auch sehr viel von Strukturproblemen, und diese Probleme sind auch heute in der Debatte bereits angeschnitten worden. In unserem Lande ist genauso davon die Rede wie in vielen anderen Staaten. Der Europarat in Straßburg befaßt sich in einer eigenen Kommission mit dieser Frage. Die Bundesländer und der Bundesstaat befassen sich mit diesem Fragenkomplex, und in der Bundesregierung gibt es ein eigenes Ministerkomitee. Die Regionalplanung soll die Möglichkeiten aufzeigen, wie den in der Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten zu helfen ist, damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem Gefälle, das in verschiedenen Lebensbereichen auftreten kann, gefunden wird.

Wenn der Kollege Peter heute beantragt hat, das Polytechnische Jahr um drei Jahre aufzuschieben, dann ist das sicher ein sehr populärer Antrag. Aber er weiß genauso gut wie ich, daß Änderungen des Schulorganisationsgesetzes die Zweidrittelmehrheit dieses Hohen Hauses brauchen. Er hat auch deutlich gesagt, daß die Zustimmung der linken Seite zu einem solchen Antrag nicht zu haben ist.

Daher, glaube ich, ist es unsere Aufgabe, nicht nur zu bremsen, sondern dafür zu sorgen, daß der ländliche Raum nicht zurückbleibt in den Bildungsvoraussetzungen, dafür zu sorgen, daß allen Menschen in diesem Vaterland gleiche Voraussetzungen bildungsmäßiger Art, schulmäßiger Art gegeben werden. Das ist unsere große Aufgabe. (*Beifall bei der ÖVP.*) Regierung und Parlament müssen diese notwendigen Maßnahmen treffen, damit alle Gebiete unseres Vaterlandes eine gesunde wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

nehmen können und das Dorf ein echter und begehrter Lebensraum für die Landbevölkerung ist und bleibt.

Hier ist nun nicht Gelegenheit, über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu reden. Selbstverständlich muß das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land beseitigt werden. Selbstverständlich müssen industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Abwanderung aus dem ländlichen Bereich nicht zwangsläufig eintritt. Die Gemeinden auf dem Lande müssen genauso ihre kommunalen Aufgaben erfüllen und auch finanziell bewältigen können. Diese Aufgaben sind sicher nicht kleiner als die der Städte. Denken wir an den Straßenbau, an die Wasserversorgung, an die Kanalisation. Das Unterrichtsbudget und die gesetzlichen Bestimmungen über das Schul- und Bildungswesen müssen das Bildungsgefälle beseitigen oder zumindest dort mildern, wo es technisch möglich ist.

Man spricht heute sehr viel davon, daß das Bildungszeitalter angebrochen ist. Die Untersuchungen des Institutes für Jugendkunde lassen daran sehr zweifeln, wenn man die Ergebnisse über den Literaturbedarf der jungen Menschen zur Kenntnis nimmt. Aber wenn das Bildungszeitalter angebrochen ist, dann muß es auch für die Landbevölkerung gekommen sein, für den Bauern, für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Gewerbetreibenden in diesem Raum. Daher gestatten Sie mir, daß ich einiges über die Pflichtschule, über das höhere Schulwesen, über die hohen Schulen und über die kulturellen Einrichtungen in diesem ländlichen Raum sage, daß ich beurteile, wie das Bildungsgefälle besteht, und hier auch eine Abhilfe aufzeige.

Das gesamte Unterrichtsbudget ist im heutigen Jahr um 752 Millionen Schilling oder um 14,3 Prozent auf 6 Milliarden Schilling erhöht worden. Dazu kommen noch die Mittel für den Bauaufwand der Unterrichtsverwaltung, der ebenfalls um 50 Millionen Schilling auf 617 Millionen Schilling erhöht wurde. Der Staat tut viel, und trotzdem haben wir größte Sorgen, trotzdem ist im ländlichen Raum noch keine befriedigende Bildungssituation gegeben.

Oft hört man den Vorwurf — auch heute ist er schon gefallen —, der ländliche Raum sei selber schuld, das Dorf, allenfalls auch die Landwirtschaft seien bildungsfeindlich. Wien wird dabei als Musterbeispiel hingestellt, weil es für den Schulraumbedarf gesorgt hat, weil es keinen Lehrermangel hat und in den letzten 20 Jahren angeblich eine so gute Schulpolitik betrieben hat. So kann nur

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

jemand reden, der frei ist von Kenntnissen der echten Situation.

Im Schuljahr 1964/65 gab es in Österreich 107 Volks-, Haupt- und Sonderschüler auf 1000 Einwohner. In Kärnten waren es 139 Schüler auf 1000 Einwohner, in Tirol 127 und in Wien 53, also 40 Prozent der Tiroler Zahl. (Abg. Rosa Weber: Sie müssen den Bevölkerungsaufbau berücksichtigen! Das ist ja stümperhaft, was Sie da sagen!) Man kann natürlich leicht Schulpolitik betreiben, wenn man im Gegensatz zu den ländlichen Gemeinden nur für 40 Prozent zu sorgen hat. (Ruf bei der SPÖ: Ist Wien vielleicht schuld daran? — Zwischenruf der Abg. Rosa Weber.) Nein, Wien ist nicht schuld daran, aber man kann leicht reden, wenn man nur für 40 Prozent der Schüler zu sorgen und zu zahlen hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wohl gibt es den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, aber bei diesem ist der Mann im ländlichen Raum kein voller Staatsbürger.

Drei Probleme gibt es zu bewältigen: einmal die steigenden Schülerzahlen durch die Bevölkerungszunahme, zweitens die steigenden Schülerzahlen durch den besseren Bildungswillen und drittens die Einführung des 9. Schuljahres. Und hier besteht tatsächlich eine echte Gefahr, die Gefahr, daß der bestehende Pflichtschulbereich überfordert wird. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß der Pflichtschulbereich im ländlichen Raum nicht zu Schaden kommt und das Bildungsgefälle dadurch nicht noch größer wird.

Wir kennen alle den Schulraumbedarf für die Pflichtschulen. Zwischen 1965 und 1970 steigt er — und zwar ohne das 9. Schuljahr — sehr stark an und ist an den öffentlichen Volksschulen um 2164 Klassen höher, das sind 12,5 Prozent, an den Hauptschulen um 1547 Klassen, das sind fast 26 Prozent, und an den Sonderschulen um 124 Klassen, das sind 12,3 Prozent. Es ist interessant, daß der Schulraumbedarf in Tirol 1970 390 Klassen betragen wird, obwohl sehr viel gebaut wird — ich komme noch darauf zurück —, und im dreimal so großen Wien sind nur um 110 Klassen mehr notwendig.

Seit 1945 wurden in Tirol 227 Schulgebäude neu gebaut, in Wien 24. Ich weiß, daß Wien die größeren Schulen hat, aber das ist trotzdem kein Verhältnis, und man muß schon feststellen, daß der ländliche Raum, daß unsere Landgemeinden für die Bildung und für den Schulhausbau in allen Bundesländern sehr viel geleistet haben, und daß daher der Vorwurf, daß sie zurückgeblieben sind, daß sie zuwenig Interesse haben, absolut nicht stimmt. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg.

Ing. Kunst: Man hat doch erst in den letzten Jahren Abhilfe geschaffen, und 15 Jahre hat man geschlafen! Hunderte Lehrer fehlen jetzt schon! Sie sind nicht einmal in der Lage, den Polytechnischen Lehrgang einer Lösung zuzuführen, weil die ÖVP total versagt hat! Weil Sie keine Vorbereitungen getroffen haben!) Herr Kollege! Ich werde Ihnen im Zusammenhang mit den Lehrern darauf antworten.

Zur Schulraumsituation möchte ich Ihnen nahelegen, das OECD-Projekt „Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum in Österreich von 1965 bis 1975“ gründlich zu studieren. (Abg. Ing. Kunst: Theorie und Praxis!) Sie werden dann nämlich daraufkommen, wie viele Schulen in Tirol gebaut wurden und wann sie gebaut wurden und wie viele Schulen im ländlichen Raum repariert wurden und wann sie repariert wurden. Das hat nicht gestimmt, was Sie jetzt behauptet haben.

Es werden große Planungen vorgenommen, aber wir wissen schon, daß 1975 trotzdem ein großes Schulraumanko bestehen wird. Tirol plant bis zu diesem Zeitpunkt 683 neue Klassen und hat dann noch einen Fehlbestand von 250 Schulräumen. Wien braucht nur 278 Klassen zu planen und hat dann einen Fehlbestand von 124. In Wien haben wir dreimal soviel Bevölkerung als dort, und daher hat die dortige Bevölkerung drei- oder viermal soviel zu leisten.

Die Gesamtkosten für die Deckung dieses Schulraumbedarfes belaufen sich auf 6,5 Milliarden Schilling. Das müssen unsere Gemeinden leisten, wobei das 9. Schuljahr noch gar nicht berücksichtigt ist. Da kommt sicherlich noch etwas dazu, und die 10 oder 11 Milliarden werden schon ihre Berechtigung haben.

Der Bund hat die Schulgesetze 1962 geschaffen, und daher ist es auch seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der ländliche Raum die finanziellen Verpflichtungen erfüllen kann. Dafür kann er im Finanzausgleich sorgen, und daher wird gefordert, daß der Bund einen Zinsenzuschuß für die Gemeinden leistet, damit sie Kredite aufnehmen können. Die Gemeinden werden dann diesen Kredit zurückzahlen müssen, aber der Bund übernimmt dafür den Zinsendienst.

Wenn man noch den Bedarf der höheren Schulen und den großen Nachholbedarf der hohen Schulen berücksichtigt, dann scheint es schon so, daß das Schulgesetzwerk 1962 nicht nur die Gemeinden, sondern das ganze Gemeinwesen, den Staat, und die Bauwirtschaft gewaltig überfordert. Aber dieses Hohe Haus hat es beschlossen und zwingt den Unterrichtsminister, die Einführungstermine

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

einzuhalten. Es hat damals die Entwicklung vielleicht nicht ganz richtig eingeschätzt, oder nur den Bedarf der Bundeshauptstadt berücksichtigt und die Bundesländer dabei zuwenig beachtet.

Die rasche Einführung des 9. Schuljahres würde die weitere Entwicklung des Hauptschulnetzes, vor allem die Einführung des zweiten Klassenzyklus, gefährden und der Landsschule den notwendigen Lehrernachwuchs entziehen. Es ist richtig, daß man zwar in einem mangelhaften Gebäude unterrichten kann, daß aber die Kinder im schönsten Schulhaus ohne Lehrer nicht ausgebildet werden können. Daher haben wir für den Lehrernachwuchs vorzusorgen.

In der genannten Untersuchung wird der voraussichtliche Fehlbestand an Lehrkräften für Pflichtschulen 1969/70 den Höhepunkt erreichen und ungefähr 5500 Lehrer betragen. Dabei wurde diese Zahl nicht sehr pessimistisch angenommen. Es ist also unsere Aufgabe, den Lehrernachwuchs zu sichern, und dafür zu sorgen, daß es vor allem dem ländlichen Schulraum nicht an Lehrern fehlt. Denn die Bildungswelle, die aufgebrochen ist, darf in Österreich nicht an Raummangel und an Lehrermangel zerschellen und darf den ländlichen Raum nicht treffen.

Wir wissen schon, daß die Stadt Wien genug Lehrer hat, daß sie sogar einen Überschuß an Lehrern hat und daß die Gefahr besteht, daß das Lehrermanko das Land mit der ganzen Wucht trifft. Hier ist Abhilfe zu schaffen, Abhilfe dadurch, daß der Schulerhalter den notwendigen Wohnraum und die notwendige Schulausstattung zur Verfügung stellt, vom Bund aber auch dadurch, daß bei der Bezahlung des Landlehrers ein entsprechender Anreiz geschaffen wird. Wenn man Arbeitskräftemangel hat, muß man eben mehr zahlen, damit der Lehrer dorthin geht, wo er dringend benötigt wird.

Dann ist es unsere Aufgabe, den Nachwuchs allgemein zu vermehren und alles zu tun, damit mehr Lehrkräfte herangebildet werden können. Dabei gilt es, die Landsschule zu erhalten und für das extrem gelegene Gebiet die ausgebauten Volksschuloberstufe zu entwickeln, damit auch dort die Kinder eine gleich gute Ausbildung wie das Stadtkind bekommen. Dazu ist es notwendig, daß das Zeugnis der ausgebauten Volksschuloberstufe dem Zeugnis der Hauptschule etwa gleichgestellt wird. Und dazu wird es auch notwendig sein, daß ein obligatorischer Besuch dieser ausgebauten Volksschuloberstufe genauso wie der der Hauptschule vorgeschrieben werden kann.

Das Schulgesetz 1962 hat aber sehr viele gute Seiten. Der Herr Kollege Peter ist nicht

hier, er hat es nur kritisiert. Er hat gesagt, daß der Polytechnische Lehrgang von uns systematisch unterbrochen wird, weil man davon redet, Haushaltungsschulen zu bauen, ganzjährige Fachschulen zu bauen. Weiß denn der Herr Kollege Peter nicht, daß alle weiterführenden Schulen das 9. Schuljahr ersetzen können? Ich wäre sehr glücklich, wenn wir die Gelegenheit und die finanziellen Mittel hätten, solche Haushaltungsschulen für alle unsere Mädchen im ländlichen Bereich zu schaffen und zu entwickeln, weil sie dann eine gute Ausbildung mitbekommen würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was mir am Schulgesetz 1962 sehr gut gefällt, ist, daß es dem Landkind verstärkt die Möglichkeit gibt, eine höhere Schule zu besuchen. Das Gesetz schafft die Möglichkeit, wenn der Bund den Schulraum und die Lehrer beistellen kann.

Wir haben heute schon die Zahlen gehört. 1936/37 haben 64.000 Schüler die allgemeinbildenden höheren Schulen besucht, 1951/52 waren es 61.000, also um 3000 weniger; 1963/64 sind es 82.000 gewesen. Die Zahl steigt ja bis über 100.000 an. Es ist aber interessant, daß in Wien 1963/64 um 5000 Schüler weniger diese höheren Schulen besucht haben als 1936/37 (*Abg. Peter: Das ist ja euer Versagen!*), obwohl wir aus den Ausführungen der Frau Hofrat Stella Klein-Löw gehört haben, daß es in Wien Bezirke gibt, wo zwei Drittel der Schulpflichtigen in die erste Klasse der Mittelschule eintreten. Ich bin nun der Meinung, daß das ein sehr erfreulicher Zustand ist, aber daß wir im ländlichen Raum um soviel weniger Begabung, um soviel weniger Wissen haben, glaube ich, ist nicht eine richtige Folgerung daraus.

In den Bundesländern ist die Anzahl der Kinder, die eine höhere Schule besuchen, sehr stark gestiegen. Trotzdem treten in Wien 38,5 Prozent der Volksschüler von der 4. Klasse in die 1. Klasse einer höheren Schule über, in den Bundesländern aber durchschnittlich nur 8 bis 13 Prozent. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Das ist ja schrecklich!*) Burgenland mit 8 Prozent ist an unterster, Kärnten mit 13 Prozent an oberster Stelle.

Es wäre sehr interessant, zu wissen, was ein Schüler in der Hauptschule kostet und was die bessere Bildungssituation auf dem Mittelschulsektor in den Städten diesen Gemeinwesen an Geld ersparen hilft, weil der Bund ja die höhere Schule hundertprozentig übernimmt.

Aus dieser Überlegung heraus, glaube ich, ist die Forderung gerecht, daß wir bessere Stipendien für das Landkind, das eine höhere Schule besucht und einen neuen Wohnsitz

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

begründen muß, fordern. Bessere Stipendien, damit mehr Kinder vom Land in diese höhere Bildungssituation übertreten können.

Die österreichische Wirtschaft braucht in zehn Jahren so viele Absolventen höherer Schulen, daß die Zahl der Maturanten von derzeit 11 auf 20 Prozent gesteigert werden muß. Der Maturant von 1975 muß jedoch bereits jetzt in die höhere Schule eintreten oder, wenn er in das Musisch-pädagogische Gymnasium geht, erst 1970. (*Abg. Ing. Kunst: Das kann man nicht erreden, sondern da muß man auch etwas tun! Ihr redet immer und tut nichts!*) Wir machen mehr am Land draußen, Herr Kollege, das müßten Sie von Tirol sehr genau wissen! (*Abg. Ing. Kunst: Ihr habt jahrzehntelang auf dem Land gar nichts gemacht! Wir brauchten einen Glöckel und einen Mandl, dann würde die Situation in Tirol und in den Bundesländern anders aussehen! — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wahrscheinlich, genau! Einen Glöckel brauchten wir, das hat man ja in Wien leicht gemacht. Ich werde schon noch antworten auf den Zwischenruf. (*Abg. Ing. Kunst: Ich habe in der Ersten Republik erlebt, was diese Menschen auf diesem Gebiet in Wien schon geleistet haben, wo ihr die Analphabeten geziichtet habt und gar nicht wolltet, daß unsere Söhne und Töchter zur Schule gehen! — Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Ich wundere mich, daß ein Tiroler Abgeordneter seine Landsleute als Analphabeten bezeichnet, obwohl er weiß, daß Tirol sehr viele geistige Kapazitäten hervorgebracht hat. (*Abg. Ing. Kunst: Ich habe gesagt: Die ÖVP hat die Analphabeten wollen!*) „Geziichtet“ hat's geheißen! Sie haben gesagt, Herr Kollege, man hat die Analphabeten in Tirol geziichtet. (*Abg. Ing. Kunst: In der Ersten Republik habt ihr es wollen!*) So ist das! Es gibt also, Herr Kollege, nach Ihrer Auffassung nur gescheite Leute in Wien, und wir in Tirol sind Trotteln und Analphabeten. (*Abg. Ing. Kunst: In Tirol gibt es die Talente auch, aber da unterdrückt ihr sie ja! Ihr laßt sie ja nicht einmal auf die Lehrerbildungsanstalt gehen; da kann nur ein ÖVPler hingehen!*) Wenn Sie in der Lehrerbildungsanstalt wenig Leute haben, dann ist das darauf zurückzuführen, weil Sie in Tirol wenig Anhänger haben. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Ruf bei der SPÖ: Billige Argumentation!* — *Abg. Ing. Kunst: Dort kann nur ein waschechter ÖVPler hingehen!*) Das ist keine billige Argumentation, das ist eine Tatsache. (*Abg. Ing. Kunst: Schauen Sie sich die zahlenmäßige Beschickung an!*)

Wir haben an Mittelschulen und höheren Schulen einen sehr großen Raumbedarf. Das Bundesministerium hat ja hier eine sehr interessante Broschüre herausgegeben. Ich würde

Ihnen, Herr Kollege Kunst, anraten, auch das Büchlein zu lesen. Ich möchte nicht allzu lang werden in meinen Ausführungen, daher nur sagen, daß 1969/70 in ganz Österreich 2026 Klassenräume für diese mittleren und höheren Schulen fehlen, daß 1974/75 4400 Klassenräume fehlen, wenn nichts gebaut werden würde. Und jetzt hat der Bund ein großes Programm von 1000 Schulräumen entwickelt, die in Bau oder in Planung sind. Das kostet 5,3 Milliarden Schilling. Aber wir haben eben gehört, daß damit der Bedarf noch nicht gedeckt wird. Weil aber der Neubau und die Ausgestaltung dieser Schulen nicht so schnell vor sich gehen kann wie die Steigerung der Schülerzahl, ergibt sich wieder die Situation, daß die ländlichen Gebiete, welche dringend Schulraum für die höheren und mittleren Schulen brauchen, warten müssen. Die Gemeinden haben selber den Ausweg gewählt, daß sie den Bau vorfinanzieren oder überhaupt finanzieren und so sehr hohe Kosten übernehmen, damit die rasche Errichtung von Schulraum möglich ist. Sie bringen hier große Opfer für ihre Kinder. Ich möchte aber eine Bitte anbringen: Bei der Planung und Verteilung dieser Mittel sind diese Gebiete, welche Begabungsreserven in großem Umfang aufweisen, zuerst zu berücksichtigen, und das sind die ländlichen Gebiete. Das hat im übrigen auch die Frau Hofrat Klein-Löw heute schon gesagt. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Ich glaube, es ist ein Vorteil für den Staat, begabte und zusätzliche Kräfte zu bekommen, aber auch ein Vorteil für diese Gebiete, bildungsmäßig nachgezogen zu werden.

Im ländlichen Raum werden höhere Schulen oft von Religionsgemeinschaften getragen, und hiezu hat der Herr Kollege Peter gemeint, ein Ziel der Schulreform sei es, diese konfessionellen Schulen weiterhin zu entwickeln und auszubauen, weil damit der Geist der ÖVP zementiert werde. Ich möchte hiezu folgendes sagen: Die ÖVP bekennt sich als christliche Partei zur christlichen Weltanschauung. Aber so billig, glaube ich, kann man sich's nicht machen! Gerade diese Schulen waren es, die bis jetzt für den ländlichen Raum große Aufgaben erfüllt haben und dem Staat Milliarden Schilling ersparen halfen. Wenn hier ein Flugblatt oder ein Inserat der Diözese Wien verlesen wird, so darf ich doch sagen, daß die ÖVP zwar eine christliche Partei ist, aber absolut nicht zuständig ist für die Inserate dieser Diözese. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*) Wenn eine begünstigte Einstellung hier versprochen wird und das sehr stark kritisiert wird, Herr Kollege, dann muß ich sagen: Bei dem heutigen Lehrermangel braucht man keine

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

begünstigte Anstellung. Das wäre ein Widerspruch in sich. (*Abg. Meltter: Warum verspricht man es dann?*) Ich darf aber hier die Forderung aufstellen, daß diese altbewährten Einrichtungen und Anstalten der konfessionellen Schulen entsprechend auch zu unterstützen sind. Im Schulbauprogramm des Staates müssen Mittel bereitgestellt werden zur Zinsenverbilligung für den entsprechenden Ausbau dieser Schulen. Nur dann werden diese Schulen in der Lage sein, ihren Ausbau rasch vorzunehmen, wenn sie Kredite aufnehmen können, die höchstens 1 bis 2 Prozent Zinsenbelastung haben. Der Staat zahlt die Zinsen, die Religionsgemeinschaften amortisieren, tragen den Sachaufwand, betreiben die Schülerheime und erhalten für die Lehrkräfte darüber hinaus nur 60 Prozent der Kosten. Ich glaube, das wäre für den Staat auch rein materiell gesehen ein sehr gutes Geschäft und wäre für die ländlichen Gebiete unbedingt notwendig. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Dienstleistungen, also auch die Lehrer, ständig teurer werden, daß es vor allem heute sehr schwer ist, Internate zu bauen und vom Staat oder von der öffentlichen Hand aus zu betreiben, weil die Kosten enorm angewachsen sind.

Wir wissen, daß viele Lehrkräfte auch auf dem Mittelschulsektor fehlen, auf technischem und naturwissenschaftlichem Gebiet das Angebot infolge der Konjunktur ständig zurückgeht und eine Abhilfe dringend notwendig ist, wenn die Kinder nicht auf die Ausbildung verzichten müssen. Vielleicht wäre es besser gewesen, zuerst die ganze Kraft des Staates auf den Sektor des höheren Schulwesens und des Hochschulwesens zu konzentrieren und dann dort die notwendigen Lehrer heranzubilden und damit das 9. Schuljahr aufzubauen. Aber die Weichen sind gestellt, und daher ist es jetzt unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der ländliche Raum trotz dieser Weichenstellung nicht zu Schaden kommt.

Ein kurzes Wort noch zu den Hochschulen. Bereits in den Vorjahren wurde von mir an dieser Stelle auf die soziale Ungerechtigkeit hingewiesen, die das bestehende Studienbeihilfengesetz aufweist. Es ist nun sehr erfreulich, daß der Herr Unterrichtsminister mit der Kleinen Reform der Studienbeihilfe diesem sozialen Unrecht zu Leibe geht. Es ist überhaupt sehr erfreulich, daß ein Student, der begabt und fleißig ist, bei Bedürftigkeit Anspruch auf eine Beihilfe hat. Ungerecht aber ist, daß dieser Student, der derzeit einen neuen Wohnort begründen muß und einen Heimplatz braucht, nur 10 Prozent der Zulage bekommt, also 50 bis 100 S pro Monat, während die Mehrkosten zirka 600

bis 800 S betragen. Wenn er aus Vorarlberg stammt und in Wien studiert, braucht er diesen Mehrbetrag ja mehrfach für die Bahn, wenn er nur zu allen heiligen Zeiten heimfährt. Daher darf ich hier danken, daß der Herr Unterrichtsminister dieses Problem aufgegriffen hat, daß er angekündigt hat, daß bei der Begründung eines neuen Wohnortes 5000 S pro Jahr Zulage gegeben werden, daß auch eine bessere Berücksichtigung der kinderreichen Familien und eine bessere Berücksichtigung der Hochbegabten in Aussicht genommen ist. (*Abg. Ing. Kunst: Das holt euer Verkehrsminister durch die Preiserhöhungen zum Teil wieder weg!*) Herr Kollege! Ihr Verkehrsminister hat auf unsere Interventionen, daß auch die landwirtschaftlichen Schüler Schüler sind, immer nein gesagt! Genau: immer nein gesagt! Weil er gesagt hat, er hat kein Geld. Auf diese paar tausend Schilling ist es ihm angekommen! (*Abg. Ing. Kunst: Unser Minister hat die Tarife so gestaltet, daß es eine starke Subvention der Landwirtschaft war!*) Ich glaube, das wäre von der Bahn ohne weiteres zu regeln gewesen, wenn man wollte. Das wird jetzt geregelt, darauf können Sie sich verlassen! (*Abg. Ing. Kunst: Er hat sie sozialer gestaltet, als ihr in der Lage seid, es jemals zu machen!*)

Ein Wort zur Hochschulsituation. Die Hörerzahlen sind von 1946 bis 1954 von 26.000 auf 19.900 gefallen, sie sind also in den ersten zehn Jahren zurückgegangen. Seit 1954 haben wir aber ein sehr starkes Ansteigen zu verzeichnen. Derzeit sind es 51.400 Hörer, davon 48.800 an wissenschaftlichen Hochschulen. 10.000 davon sind Ausländer, die Hälfte davon ist aus den Entwicklungsländern. Ich glaube, hier hat Österreich auch eine große Aufgabe zu erfüllen als Hilfeleistung für die unterentwickelten Länder, aber auch zur Hebung des gegenseitigen Verstehens der Völker.

Wir wissen nun, daß die Zahl der Hochschullehrer, der Assistenten, des gesamten Hochschulpersonals wohl stark angestiegen ist, daß aber dieses Ansteigen den steigenden Hörerzahlen nicht folgen konnte. 1955/56 gab es insgesamt 3110 Hochschullehrer, 1964/65 3960, also um 850 mehr. 1955 gab es 1460 Assistenten, jetzt gibt es um 933 mehr. Es kommen auf eine Hochschullehrkanzel ungefähr 80 Hörer und auf einen Assistenten 24 Hörer. Wir haben bereits für die Volksschule, für die Hauptschule eine Höchstzahl von 36 festgehalten. Hier ist also noch eine große Aufgabe zu erfüllen.

Aber woher kommt denn dieses wissenschaftliche Personal? Wie können denn diese Kräfte gesichert werden? In den letzten zehn Jahren

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

sind 79 österreichische Dozenten dem Ruf ins Ausland gefolgt und wahrscheinlich Tausende junger graduierter Akademiker insbesondere vom technischen und naturwissenschaftlichen Bereich. Wir wissen schon, daß das keine rein österreichische Erscheinung ist, daß das eine europäische Erscheinung ist, daß Europa sehr viele Kräfte zum Beispiel an die USA abgibt. Ich glaube aber, wir müssen wenigstens in Europa konkurrenzfähig sein, und daher müssen wir den Reallohn der Akademiker dem Ausland anpassen. Wir müssen die Arbeitsmöglichkeiten für sie verbessern, auch in der privaten Wirtschaft, auch in der verstaatlichten Wirtschaft, auch im öffentlichen Bereich. Hier hat die Wirtschaft in allen Bereichen sehr viel zu tun.

Der Ausbau der Forschung wird vielen jungen Akademikern Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Hoffen wir, daß sie ihre Kräfte auch dem Staat zur Verfügung stellen. Es ist ja so, daß wir nicht nur in die hohen Schulen investieren müssen, wir sollen auch diese Investitionen nützen können, und zwar im wirtschaftlichen Bereich und im geistigen Bereich, und den Nutzen daraus ziehen.

Für die Hochschullehrer und für die Studenten ist auch Raum notwendig: Lehrsäle, Institute, Raum für die technischen Hilfsmittel, für die Bibliotheken, Raum auch für die Verwaltungskräfte und die Hilfskräfte.

Am 10. Juni wurden die Abgeordneten zum Nationalrat und zum Bundesrat von Tirol und Vorarlberg von der Universität Innsbruck eingeladen, die Sorgen dieser hohen Bildungsstätte an Ort und Stelle zu erfahren. 700 Millionen Schilling kostet der Ausbau der bestehenden vier Fakultäten dieser Universität. Das Land Tirol und die Stadt Innsbruck haben 300 Millionen Schilling für die Errichtung einer Fakultät für Bauwesen und Architektur zugesichert. Ich glaube, das ist einmal ein großer Fortschritt, daß sich das Land und die Stadt bereit erklären, 300 Millionen Schilling aufzubringen. Ich möchte auch hier wieder sagen: Wien, gehe hin und tue desgleichen! Wenn man den Bevölkerungsschlüssel zugrunde legt, würde das eine Milliarde Schilling betragen. Es ist sicher ein schweres Opfer, wenn Tirol pro Einwohner dem Bund 600 \$ für den Ausbau einer neuen Fakultät zur Verfügung stellt. Die Errichtung dieser Fakultät ist aber notwendig, um den Nachwuchs auf technischem Gebiet zu sichern, den Nachwuchs zu sichern auf dem Gebiet des Vermessungswesens. Hier haben wir es das erstmal in Österreich, daß eine technische Fakultät in Verbindung mit einer Universität eingerichtet wird, in Verbindung steht mit den übrigen Geistes- und Naturwissenschaften, in Verbindung steht im

eigentlichen Sinne des Wortes mit der Universitas. Das ist wohl gerade heute ein dringendes Gebot.

Hoffen wir, daß dieses Haus noch vor den Sommerferien die Möglichkeit hat, die notwendigen Gesetze hiefür zu beschließen, damit bei der 300-Jahr-Feier 1969 mit dem Unterricht an dieser Fakultät begonnen werden kann. Die Zustimmung der Rektorenkonferenz liegt vor, der Gesetzentwurf ist derzeit im Begutachtungsverfahren und könnte noch vor den Sommerferien des Hohen Hauses beschlossen werden. Dann wäre es möglich, daß die reichen Begabungen der westlichen Bundesländer auf technischem Gebiet besser und verstärkt gehoben werden können. (*Abg. Ing. Kunst: Es liegt ja nur an euch, ihr könnt es ja verwirklichen! Und wie notwendig es ist, hat ja auch die Besichtigung in Tirol bewiesen! Das ist ein kultureller Skandal gewesen!* — *Abg. Glaser: Die Kunst, Zwischenrufe zu machen, wird Kunst nie lernen! Das sind Zwischenreden!*) Herr Kollege! Ihren Worten kann ich entnehmen, daß Sie sehr einverstanden sind. Sollte es auf Grund der Termine nicht mehr möglich sein, daß über die Regierung dieses Gesetz hereinkommt, dann werde ich mich an Sie wenden, ob es möglich ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, um die Terminschwierigkeiten zu beseitigen. Und ich hoffe dann, daß Ihre Partei zustimmt. (*Abg. Dipl.-Ing. Häammerle: Besser, für Tirol einzutreten, als dagegenreden!* — *Abg. Ing. Kunst: Ich trete schon für Tirol ein, da können Sie versichert sein!* — *Abg. Dr. Kummer: Das kommt uns nicht so vor!*) Meine lieben Kollegen von unserer Fraktion! Lassen Sie den Herrn Kollegen Kunst, es ist seine Angelegenheit, ob er sich als Tiroler fühlt oder nicht.

Für die Studenten müssen wir eine bessere Vorsorge treffen. Eine Mensa muß gebaut werden, Studentenheime sind notwendig, denn hier hat Innsbruck sehr starken Mangel und steht im Verhältnis weit hinten in Österreich. Wir haben einen Hörerstand von 6000 und haben ganze 620 Heimbetten für Damen und Herren zur Verfügung.

Wir haben auch gesehen, daß die derzeitige Mensa ein Buffet ist, wo maximal 200 bis 300 Leute essen können. Und hier habe ich eine konkrete Bitte an den Herrn Unterrichtsminister. Der Pächter zahlt derzeit 5 Prozent Umsatzpacht, die Studentenschaft verbilligt das Essen, diese Umsatzpacht wird nicht einmal in diesem Lokal investiert. Da wären neue Tische notwendig, neue Böden. Ich kenne die Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiet oder im Budget, aber es wäre möglich, einen anderen Pachtvertrag abzuschließen, daß der Pächter diese 5 Prozent zu investieren hat,

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

und dann ist allen geholfen: dem Pächter, der Hochschülerschaft und letztlich auch dem Staate. (*Abg. Ing. Kunst: Herr Abgeordneter! Vergessen Sie nicht die Hochschulprofessoren, die heute zu siebent in einem ganz kleinen Raum Prüfungen abnehmen müssen und sich gleichzeitig auf ihre Vorlesungen vorbereiten müssen! Vergessen Sie nicht auf die Toiletten und die verschiedenen anderen Dinge!*)

Ich wollte Ihnen, lieber Herr Kollege, nicht alles wegnehmen. Ich weiß nicht, ob Sie auch reden, aber einer von den Tirolern wird sicherlich darauf zu sprechen kommen. Ich möchte nur sagen: Auf diesen dringenden Nachholbedarf wurde von mir bereits hingewiesen. Ich glaube, ich brauche jetzt nicht darauf einzugehen, was Sie erwähnt haben, daß unwürdige Toiletten da sind, daß sieben, acht Professoren im gleichen Raum untergebracht sind, daß die Schreibkräfte auf dem Gang heraußen sitzen, weil sie im Raum keinen Platz haben. (*Abg. Ing. Kunst: Die Assistenten auf dem Dachboden!*) Ich weiß das alles, und aus diesen Überlegungen heraus würde es mir richtig erscheinen, dafür zu sorgen, daß Abhilfe erfolgen kann. Auch das kostet wieder 5 Milliarden Schilling. Und wenn wir das zusammenzählen, dann haben wir 20 Milliarden Schilling beisammen, eine runde Summe. (*Abg. Horejs: Herr Kollege, der Neubau der Mensa ist beim ersten Spatenstich während des Wahlkampfes steckengeblieben, seither röhrt sich nichts mehr!*) Wenn Sie sich beim Besuch der Universität genau erkundigt hätten, wüßten Sie, daß man auf diese Mensa aufstocken will, ein Stockwerk draufbauen will und daß daher die Bauverhandlungen diesbezüglich stecken geblieben sind, weil in Innsbruck die Bauhöhe bis jetzt nicht bewilligt wurde. (*Abg. Ing. Kunst: Keine Baubewilligung und Spatenstich, wie gibt's denn das? Ihr habt ja einen ÖVP-Bürgermeister!*)

So ist das, Herr Kollege, nicht deshalb sind sie steckengeblieben, weil man nicht bauen will, sondern weil die rechtlichen Voraussetzungen erst geklärt werden müssen.

Wenn der gesamte Aufwand unserer Schulen beachtet wird, dann muß festgestellt werden, daß das Schulgesetzwerk aus 1962 wahrscheinlich den Staat überfordert und daß es vielleicht besser gewesen wäre, eine andere Rangordnung festzulegen, eine Rangordnung nach den dringenden Bedürfnissen — obwohl die Frau Kollegin Hofrat Dr. Stella Klein-Löw gesagt hat, hier gibt es keine Rangordnung —, daß man zuerst die höheren Schulen ausbaut und die Hochschulen, und mit den gewonnenen Lehrkräften und den gewonnenen Kräften dann das allgemeine Schulwesen ausbaut.

Jetzt ist es aber einmal geschehen, und ich weiß nicht, ob es auch gut ist. Ich möchte

hier nur einen Ausspruch eines Philosophen von dieser Innsbrucker Universität zur Kenntnis bringen, der gesagt hat: „Es mag den Gesetzgeber, den Politiker und den Juristen zufriedenstellen, wenn ein neues Gesetz fertiggestellt ist, ein Fachgebiet geordnet und geregelt erscheint. Der Philosoph ist erst zufrieden und glücklich, wenn er nach dem Gesetz handeln, ihm gemäß arbeiten und leben kann.“ Das heißt also: wenn auch die Voraussetzungen geschaffen werden, die zur Erfüllung des Gesetzes notwendig sind.

Ich darf auf noch etwas verweisen. Im vergangenen Jahr habe ich aufgezeigt, daß der Abgang der vier Bundestheater in Wien mit 280,9 Millionen Schilling eine Höhe erreicht hat, die von unserem Standpunkt aus nicht mehr zu vertreten ist. Kultur ist mehr als nur ein teures Theater. Und es ist sehr erfreulich, daß es dem Herrn Minister Piffl gelungen ist, das Defizit dieser Theater zu stoppen, im heurigen Jahr sogar um 10 Millionen Schilling herabzusetzen auf 269,7 Millionen Schilling, wobei ich fest überzeugt bin, daß damit das Niveau dieser Bundestheater nicht beeinträchtigt wird.

Gleichzeitig war es möglich, die Subventionen für die privaten Theater, für die Bundesländertheater, für die Festspiele und Orchester in den Ländern um 4 Milliarden Schilling zu steigern. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß der gemeinsame Entschließungsantrag aller drei Parteien diese Entwicklung für das Budget 1967 noch tatkräftig unterstützen möge, damit nicht nur die Theater, die von den Gebietskörperschaften, von den Ländern und Städten betrieben werden, bessere Unterstützung finden, sondern daß auch für das Laienspielwesen eine eigene Budgetansatzpost geschaffen wird.

Herr Dr. Scrinzi hat ja hier schon sehr viel über Festspiele gesprochen. Wir haben solche Spiele nicht nur in Kärnten, wir haben sehr viele auch in Tirol, und es ist notwendig, daß wir dieses Laienspielwesen mehr unterstützen. (*Ruf bei der SPÖ: Pradler Ritterspiele!*) Ich möchte meine Ausführungen vom Vorjahr nicht wiederholen, aber das Laienspielwesen ist ein wesentlicher Faktor der Kulturförderung des ländlichen Raumes. Er ist selber kulturträchtig im wahrsten Sinne des Wortes, und daher soll der Bund auch diesem Bereich eine echte Förderung zuteil werden lassen, weil auch das ein Teil der kulturellen Strukturpolitik Österreichs sein muß!

Ich möchte dem Herrn Unterrichtsminister für sein Verständnis danken, das er für die Ausbildungs- und Bildungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes aufbringt, für sein Verständnis, den Ausgleich zu schaffen zwischen

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

den günstigen und ungünstigen Regionen in unserem Lande, damit allen Österreichern gleiche Bildungsmöglichkeiten und gleiche Kulturchancen gegeben werden können, und daß so dazu beigetragen wird, daß unser ganzes Vaterland auf dem Wege zur Bildungsgesellschaft gleichermaßen teilnehmen kann. Dieses Hohe Haus muß oder soll diesem Anliegen aber auch entsprechend Rechnung tragen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Liwanec. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Liwanec (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, mir für wenige Minuten auf ein Gebiet zu folgen, das meine Damen und Herren Voredner bisher kaum gestreift haben und das, wie mir scheint, ein sehr wesentlicher Bestandteil des heute zur Diskussion stehenden Voranschlages ist.

Zunächst möchte ich mir erlauben, den Fehdehandschuh des Herrn Abgeordneten Harwalik aufzunehmen. Er hat der Opposition den Vorwurf gemacht, daß sie zuwenig auf das Positive im Bundesvoranschlag eingehen. Ohne darüber reden zu wollen, ob es die Aufgabe der Opposition ist, die Regierung zu loben, möchte ich sagen, daß mir an seinen Ausführungen gefehlt hat, daß er das Kapitel, das ich ausschließlich behandeln möchte, nämlich das Kapitel 13 des Bundesvoranschlages, Gruppe X, überhaupt nicht erwähnt hat. Mir scheint, daß es unmöglich ist, das Positive dauernd zu unterstreichen und mit epischer Breite, mit einem lyrischen Intermezzo, mit sehr vielen Zitaten in die Zukunft zu weisen und zu wissen, daß dieses vorliegende Budget Kunst und Unterricht diesem Ziel nicht einmal nahekommt. Mir scheint, daß damit niemandem geholfen ist, nur schöne Reden in diesem Hause zu hören.

Dieses Kapitel 13 weist einen Abstrich um 8 Prozent, um 25 Millionen gegenüber dem Vorjahr auf. In einer Zeit, in der alles teurer wurde, in der die Aufwendigkeit größer wurde: weniger Geld für die Kunst, weniger Geld für den lebenden Künstler, für den schaffenden Künstler, weniger Geld für alle Sparten des österreichischen Kulturlebens!

In der Diskussion taucht immer wieder die gleiche Argumentation auf, wenn irgend etwas nicht nur positiv wirkt. Und das ist das einzige, was ich mir als einer der an Arbeitsjahren in diesem Haus jüngsten zu sagen erlaube. Wenn es keine Argumentation mehr gibt, dann ist die Koalition schuld. Diese Koalition wird sowohl von den Damen und Herren der ÖVP als auch von der Freiheitlichen

Partei immer wieder als Sündenbock hingestellt. Geht das auch mit der Koalition nicht mehr, dann ist es auf der rechten Seite der 6. März, der hinhalten oder herhalten muß, wenn es kein sachliches Argument gibt. Genügt auch das nicht, bemüht man sich, den sozialistischen Minister, der einige Jahre für ein Ressort zuständig war, als den für Dinge, die im nächsten Jahr geschehen sollen, Verantwortlichen hinzustellen. Und wenn das auch nichts nützt, ertönt aus den hintersten Bänken der Regierungspartei der scheinbar als Vorwurf gemeinte Zwischenruf: Sie sind ein Demagog, Sie sind ein Marxist!

So, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, kann man an die sehr wichtigen Dinge eines Bundesvoranschlages nicht herangehen. Ich möchte deswegen den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Harwalik hundertprozentig aufnehmen. Ich werde nur an Hand des Zahlenmaterials, das uns vorgelegt wurde, argumentieren. Ich werde nicht interpretieren und werde mich bemühen, nicht zu polemisieren.

Wenn man meinte, die Redner der Opposition hätten sich zuwenig auf das Zahlenmaterial beschränkt, so möchte ich sagen: Ich werde es ausschließlich verwenden. Ich habe schon gesagt: Für dieses Kapitel stehen um 25 Millionen, 8 Prozent, weniger zur Verfügung. Jeder einzelne Titel hat weniger Geld zur Verfügung: Musik und darstellende Kunst um 2,17 Millionen Schilling; das Filmwesen sinkt von 8,4 auf 6,99 Millionen; die Literatur von 5,1 Millionen auf 4,6 Millionen. Nur bei der bildenden Kunst gibt es einen unwesentlichen Aufstieg, der meiner Meinung nach nicht nur ausgeglichen, sondern durch die Tatsache ins Gegenteil verwandelt wird, daß dem Museum des 20. Jahrhunderts der gesamte Budgetansatz ganz einfach gestrichen wurde. Ich werde mir erlauben, darauf noch zurückzukommen. Vorher aber nur ganz wenige prinzipielle Worte.

Man kann dieses Ansgabenkapitel und die Kürzungen überhaupt nur verstehen, wenn man sich einige Gedanken über die prinzipielle Einstellung zur Kunst eines Landes und einer Epoche macht, über die prinzipielle Einstellung zum öffentlichen Leben, die Einstellung zum lebenden und schaffenden Künstler, der sich in dieser Zeit plagt wie jeder andere Arbeiter und Angestellte, der als freier schaffender Künstler unter wesentlich schwierigeren Voraussetzungen arbeitet. Ich glaube, daß dieses Haus den jungen lebenden Künstlern und den alten lebenden Künstlern sehr wohl einigen Respekt schuldig ist.

Wenn ich sage, daß man das prinzipiell betrachten muß, so scheint mir die Tatsache,

Liwanec

daß dieses österreichische Kulturleben 21 Jahre lang unter konservativer Führung stand, den wesentlichsten Teil zu beleuchten. Es ist das dauernde falsche Setzen der Akzente, eine Rangordnung, die rein gefühlsmäßig betont gesetzt wird, es ist eine Konzeptlosigkeit und eine Ratlosigkeit, die sich am deutlichsten an dem Fall der Biennale und Leherbauer bewiesen hat. Ich glaube, daß hier die Linie fehlt. Ich sage dazu: Es wäre nichts verhängnisvoller, als würden wir von dieser Stelle aus allem das Wort reden, was unter moderner Kunst verstanden wird. Keineswegs! Sehr wohl wird ausgewogen und ausgewählt werden müssen, aber es geht nicht an, daß sich der verantwortliche zuständige Minister über Ratschläge der Fachleute hinwegsetzt und ganz einfach einen bereits gefaßten Beschuß negiert, auch wenn er dann nachher sagt, er werde sich in Zukunft von Fachleuten beraten lassen. Wie die Entscheidung dann ausfallen wird, wage ich heute schon vorauszusehen.

Das ist eben diese prinzipielle Einstellung zu den Dingen: Es geht darum, ob man der Meinung ist, daß die Kunst, daß der lebende Künstler das Gesicht einer Gesellschaft und seiner Zeit mitformt und daß er meistens — auch wenn der Herr Abgeordnete Gruber anderer Meinung ist — seiner Zeit voraus ist. Eine wegwerfende Handbewegung zur Kunst ist eine wegwerfende Handbewegung zur Zukunft eines Landes! Negieren Sie diese Dinge nicht, meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß sie dafür zu wichtig sind.

Ich gestatte mir nun, auf ein, wie mir scheint, sehr wichtiges Problem näher einzugehen. Ich habe um Entschuldigung zu bitten. Die Damen und Herren, die seit Jahren in diesem Hohen Hause sitzen, haben alle Fragen um den Kulturgroschen bereits vor Jahren beraten. Ich muß aber doch etwas dazu sagen.

Aus dem Kulturgroschen hat der Bund und damit — im weiteren oder engeren Sinne, wie Sie wollen — das Bundesministerium für Unterricht immerhin jährlich über 5 Millionen Schilling für die Kunstförderung zur Verfügung gehabt. Daß außer diesen 5 Millionen Schilling noch rund 25 Millionen Schilling für die einzelnen Bundesländer vorhanden waren, die der dortigen Kunstförderung dienen sollen, welche ja nach der Verfassung Landes-sache ist, möchte ich nur am Rande erwähnen. Aber es ist einigen Bundesländern immerhin gelungen, diesen Entfall, der nur durch ein Zögern — ich wage nicht zu behaupten: durch ein bewußtes Zögern — des Herrn Unterrichtsministers entstanden ist, auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag ist kein Ausgleich geschaffen worden. Wir waren nicht imstande, das gleiche auf Bundesebene zu erreichen.

Ich sage das, ohne darauf einzugehen, so bestechend es wäre, was mit diesem Geld aus dem Kulturgroschen geschehen ist, sondern ich komme nun zum Kunstförderungsbeitrag und zum Kunstförderungsbeitragsgesetz. Auch der Betrag aus diesem Titel — ich erinnere daran: das ist der 13. Monatsbeitrag, den alle österreichischen Rundfunkhörer zu bezahlen haben und der dem Unterrichtsministerium bisher jährlich zugeflossen ist — beziehungsweise an es abgeliefert worden ist — wird ab 1. Jänner 1967 vermutlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

In den bisherigen Beratungen im Sonderausschuß, der sich um die Reorganisation des Rundfunks bemüht, war bisher keine Rede davon, daß einer der Verhandlungspartner wieder einen 13. und 14. Monatsbeitrag vorschlagen wird. Ich frage also auch von dieser Stelle aus konkret: Ist hiefür Vorsorge getroffen, daß dieser Ausfall von weiteren rund 14 Millionen Schilling im Jahr — es sind mit dem Kulturgroschenanteil immerhin über 20 Millionen — nicht wieder den lebenden Künstlern, den KunstschaFFenden Österreichs weggenommen wird? Werden wir in der Lage sein, diesen Ausfall budgetmäßig zu ersetzen, oder leben wir weiter in der gleichen von mir und einem meiner Vorredner bereits erwähnten Planlosigkeit? Mir — ich weiß, auch dem Herrn Bundesminister für Unterricht und vielen anderen — liegt nun einmal das Kulturleben Österreichs am Herzen. Aber der Künstler hat nichts von schönen Worten, er muß ja mit seiner Familie leben können, dafür arbeitet er, und diese Arbeit soll man ihm, so scheint es mir, erleichtern. Das ist die erste Frage.

Zur zweiten Frage: Hier hat es im Budgetausschuß ein kleines Mißverständnis gegeben. Ich sagte nämlich dort, daß es seit 1962 keine Sitzung des beim Bundesministerium für Unterricht installierten Beirates gegeben hat, der sich mit der Verteilung der aus dem Kulturgroschen und aus dem Kunstförderungsbeitrag einfließenden Beträge zu beschäftigen hat. Die Sitzung hat nun — und hierin liegt das Mißverständnis — tatsächlich am 30. September 1963 stattgefunden, beschäftigte sich aber mit der Verteilung der im Jahre 1962 eingegangenen Mittel. Seither hat es keine Sitzung dieses Beirates gegeben. Wenn ich falsch informiert bin, ersuche ich den Herrn Bundesminister neuerlich um Antwort.

Ich wiederhole, daß ich, weil ich heute wirklich nur kurze Zeit sprechen möchte, nicht darüber reden will, wie diese 20 Millionen

Liwanec

jährlich verteilt wurden. Im Kunstförderungsbeitragsgesetz beziehungsweise in dem in der Ersten Republik beschlossenen Gesetz über den RAVAG-Schilling und den Erläuterungen dazu heißt es sehr deutlich, wozu dieser Betrag zu dienen hat, nämlich zur Förderung der lebenden Künstler, die damals durch den Rundfunk geschädigt wurden. Denn die Rundfunkübertragungen in Kaffeehäusern, Gasthäusern, an öffentlichen Stätten haben damals ausübende Musiker um ihren Beruf, um ihr Einkommen gebracht. Dieser RAVAG-Schilling sollte Ersatz bringen, er wurde in den letzten Jahren aber wesentlich anders verteilt. Aber wie gesagt, heute darüber nichts.

Ich komme schon, meine sehr Verehrten, zum Schluß und möchte vorher nur noch folgendes zum Herrn Abgeordneten Scrinzi sagen — etwas ähnliches ist auch beim Herrn Abgeordneten Harwalik angeklungen —: Ich glaube nicht, daß das private Mäzenatentum ausgestorben ist. Im Gegenteil! Mir scheint, daß durch eine sehr mühselige Erziehung zur richtigen Kunstbetrachtung, zur Freude an der Kunst doch auch vom Autobusschaffner über den Landwirt bis zum Brauereimillionär sehr wohl einzelne bereits wieder Kunstgegenstände sammeln und Kunstliebhaber geworden sind. Man soll das nicht negieren.

Warum ich aber dazu überhaupt noch rede, ist darauf zurückzuführen, weil der Herr Abgeordnete gesagt hat, er sei zwar gegen einen von oben diktierten Kunstzentralkismus. Im gleichen Atemzug, zwei Minuten später, hat er aber bereits verlangt, daß eine Ausschaltung einer avantgardistischen Kunstrichtung erfolgen soll. Genau das geht nämlich nicht. Auch auf dem Gebiete der Kunst soll und darf es, soll sie sich frei entwickeln können, keinerlei Zensur geben, keinerlei Ausschaltung einer bestimmten Gruppe, selbst auf die Gefahr hin, daß man nicht mit allem einverstanden ist, was geschieht; aber das Zensurieren, das Verbieten hat nichts mit dem zu tun, was die beiden Herren Abgeordneten unter „Volkswille“ und „sittlichen Werten“ verstanden wissen wollen.

Das wollte ich zu diesem Kapitel 13 sagen, weil, wie mir scheint, im Trubel des Geschehens, in der Freude darüber, daß der Herr Bundesminister für Unterricht mehr Geld zur Verfügung hat, vergessen wird, daß einem Kapitel und einem wichtigen Teil unseres öffentlichen Lebens alles oder sehr vieles genommen wird, was es besaß. Aber trotz dieses Negativums schließe ich mit etwas sehr Positivem: Mir scheint, daß dieses Kulturreben Österreichs, daß diese österreichische Kunst robuster ist, als man von ihr angenommen hat. Sie hat — nicht sehr gut, aber

immerhin — 21 Jahre konservative Unterrichtsminister überdauert. Ich bin persönlich überzeugt: Sie wird auch die paar Jahre Pfiffl überstehen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst eine Frage an den Herrn Abgeordneten Liwanec. Ich bin mir keineswegs bewußt, daß ich bei seinen Ausführungen eine abwertende oder wegwerfende Handbewegung gemacht habe. (*Abg. Liwanec: Ich bitte für meine Empfindlichkeit um Entschuldigung! Es ist nicht um mich, sondern um die Kunst gegangen!*) Nein, ich habe keine gemacht. Vielleicht haben Sie den Herrn Kollegen Leitner oder sonst jemanden gemeint, ich habe lediglich bei den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scrinzi etwas bedächtig mit meinem Kopf gewackelt. (*Abg. Liwanec: Es war die Hand, Herr Abgeordneter! Die Hand war es!*) Also das muß dann ein Irrtum gewesen sein! (*Abg. Liwanec: Nein, nein!*) Es liegt mir vollkommen fern, Herr Abgeordneter Liwanec, bei Ihren Ausführungen eine wegwerfende Handbewegung zu machen. (*Abg. Dr. Withalm: Er hat zuwenig nach rechts geschaut!*) Ich glaube, es waren an und für sich sehr beherzigende Ausführungen. Ich wollte Sie in keiner Weise mit einer Handbewegung reizen. Im Gegenteil! Ich meine, daß sich der Herr Abgeordnete Scrinzi mit seinen Ausführungen über die Kunst etwas aufs Glatteis begeben hat und möchte eher Ihnen zustimmen. Man kann hier keineswegs von dieser Stelle aus Zensuren über Kunstschulen ausstellen. Das müssen wir doch wohl anderen überlassen, dazu ist die Politik nicht da. (*Abg. Melter: Keine Zensur, sondern übermäßige Förderung in manchen Bereichen!*) Ja gut. Das ist, glaube ich, auch nicht vom Herrn Minister in seiner Funktion als politischer Mandatar gehandhabt worden, sondern er verläßt sich hier auch auf den Rat von Fachleuten.

Ich darf vielleicht doch noch auf ein paar Bemerkungen eingehen, die heute in der Debatte gemacht wurden. Ein Zwischenruf der Frau Kollegin Weber — sie ist leider jetzt nicht da — hat zum Ausdruck bringen wollen, daß es in Wien keinen Schulraummangel gibt, das sei der konsequenten sozialistischen Schulpolitik seit 1945 zu verdanken. (*Abg. Skritek: Und auch vor 1934!* — *Abg. Herta Winkler: Auch schon in der Ersten Republik!*) Die Frau Kollegin Firnberg war heute schon etwas böse, als man die Statistik, und dies nicht gerade im allerfreundlichsten

Dr. Josef Gruber

Sinn, in den Mund genommen hat. Ich muß doch sagen: Die Statistik beweist uns, daß Wien eben jenes Bundesland ist, das den geringsten Schülerzuwachs hat. (*Abg. Konir: Aber auch die meisten zerstörten Schulen!*)

Wenn wir in Oberösterreich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, keinen höheren Schülerzuwachs hätten als das Bundesland Wien, wenn wir Schulen nur dort zu errichten hätten, wo neue Siedlungen entstehen, dann — das können Sie uns glauben — hätten auch wir in Oberösterreich kein Schulraumproblem. Man kann sich also nicht auf Grund einer geringeren Schülerzahl jetzt Lorbeeren aufs Haupt setzen und so tun, als ob das nur der sozialistischen Schulpolitik zu verdanken wäre. Zu dem kommt ja, daß in keinem anderen Bundesland eine so starke Abwanderung von Pflichtschülern in die Mittelschulen zu verzeichnen ist wie gerade in Wien. Hier verlagert sich also die Pflicht, Schulraum zu schaffen, von der Gemeinde auf den Bund. Auch das ist nicht zu vergessen. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Seit wann ist das bekannt?*) Frau Kollegin Klein-Löw! Ich muß mich in meinen Ausführungen auch später noch einmal mit Ihnen beschäftigen. Hier nur soviel: Sie haben gesagt, der Herr Minister hätte bei seiner Fragebeantwortung im Finanz- und Budgetausschuß — Kapitel Unterricht — eine Wertordnung aufgestellt. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Ja, hat er! Schauen Sie im stenographischen Protokoll nach!* — *Abg. Dr. Hertha Firnberg: Da haben Sie nicht aufgepaßt!*) Nein! Das hat er ausdrücklich festgehalten. Laut Parlamentskorrespondenz hat er es ausdrücklich festgehalten. Es wurde eine Dringlichkeitsstufenfolge festgelegt, wobei die Einstufung nichts über die Wertigkeit der einzelnen Aufgaben aussagt. Also genau das Gegen teil hat er gesagt. Ich glaube, das war nur ein Mißverständnis. Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Das war kein Mißverständnis! Was man zuerst macht, ist das wichtigste! Und zuerst, hat der Herr Minister gemeint, müßte man die Jugend berücksichtigen!*)

Eine Dringlichkeitsstufenfolge ist noch keine Wertordnung über die im Unterrichtsressort notwendigen Aufgaben. Ich glaube, daß heute, zumindest was den Beginn unserer Unterrichtsdebatte anlangt, nicht das sonst übliche Gefühl aufkommen konnte, daß hier nur Lehrer zum Kapitel Unterricht und Schule sprechen. (*Abg. Libal: Sie sind doch Lehrer!*) Ich bin kein Lehrer, entschuldige, Kollege Libal! (*Abg. Glaser: Herr Libal! Das könnten Sie schon wissen!*) Aber wir können uns doch ein bißchen darüber unter-

halten. Ich glaube, daß zum Kapitel Schule nicht nur Lehrer sprechen sollten, weil eben die Schule nicht nur Sache der Lehrer ist, sondern auch Sache der Eltern, ja Sache des ganzen Volkes, das wir schließlich hier zu vertreten haben. Ich hätte sicherlich auch als Elternvertreter, als der ich im Landesschulrat von Oberösterreich sitze, manches zur Schule zu sagen, versage es mir aber. Ich möchte zu anderen Dingen sprechen.

Ich darf mir bei dieser Gelegenheit doch die Nebenbemerkung erlauben: Es freut mich, daß meine Ausführungen im Finanz- und Budgetausschuß bezüglich des Lehrbücherwirrwarrs doch eine so rasche Reaktion des Unterrichtsministeriums hervorgerufen hat, da nämlich der Herr Minister bereits Anweisung an die Landesschulräte hat ergehen lassen, daß die Konferenzen bereits am Ende des Schuljahres festzulegen haben, welche Lehrbücher im künftigen Schuljahr an dieser Schule eingeführt sein sollen.

Ich glaube, daß dem Unterrichtsminister der Dank der Elternschaft gebührt. Ich habe schon bei einer früheren Budgetdebatte einmal auf dieses leidige Kapitel hingewiesen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wenn ein Mißstand abgeschafft wird, ist das dann ein Grund zu besonderem Dank?*) Nein, für die rasche Reaktion, Frau Kollegin. (*Abg. Dr. Kummer: Danken ist Höflichkeit!*)

Wenn Sie diese Sache anschneiden, dann möchte ich darauf hinweisen, wie oft Ihre Sprecher von der sozialistischen Fraktion von dieser Stelle aus Ihren Ministern gedankt haben und geradezu Tiraden angestimmt haben. Heute können Sie es nicht mehr machen, Sie sind traurig darüber, und umso heftiger greifen Sie natürlich unsere Minister an. (*Abg. Doktor Kleiner: So traurig sind wir nicht, Sie werden unsere Heiterkeit schon kennenlernen!* — *Ruf bei der ÖVP: Traurig seid's scho!*) Ja, vielleicht ist es doch Traurigkeit, Herr Kammeramtsdirektor. Ich glaube, Sie gehören eher auch zu den Traurigen.

Es wäre natürlich in diesem Zusammenhang durchaus auch über ein Kapitel zu sprechen, das in den letzten Jahren aber kaum mehr bei der Budgetdebatte angeklungen ist, es sind dies Fragen, die eigentlich in die Abteilung Kultus gehören, weil ja auch für Fragen dieser Art das Unterrichtsministerium zuständig ist.

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat sind, Gott sei Dank, geordnet, und ich glaube, es ist kein Anlaß, jetzt solche Debatten zu entfachen. Es hat lediglich der Herr Abgeordnete Peter heute so kleine kulturmäpferische Töne hereingebracht — wir wollen ihm das nicht übelnehmen, das entspringt so seiner inneren Einstellung —, aber

Dr. Josef Gruber

ich glaube, wir wollen damit nicht an eine größere Sache, die irgendwie bereinigt ist, wieder neu herantreten. (*Abg. Peter: Nicht an den Grundrechten der Glaubens-, Gesinnungs- und Gewissensfreiheit rütteln! Das hat mit Kulturmampf nichts zu tun!*) Herr Kollege Peter, es hat doch mehr den Anschein gehabt, als ob Ihnen eben die katholische Lehrerbildung so sehr im Magen läge, daß Sie dagegen einmal eine Attacke reiten zu müssen glaubten. Ich weiß nicht warum, es sind immerhin, glaube ich, sogar in Ihrem Kreise einige Herren, die durchaus auch aus katholischen Lehrerbildungsanstalten gekommen sind und heute (*Abg. Peter: Ich habe Aufklärung verlangt, Herr Kollege, und hoffe, sie zu erhalten!*) — *Abg. Dr. Hertha Firnberg: Nur keine Ablenkungsmanöver!*) zu ihren Parteifreunden zählen.

Es wäre auch für mich verlockend, heute über die Linzer Hochschule zu sprechen, ich bin aber gestern mit dem Herrn Kollegen Kleiner übereingekommen, daß wir uns dieses Kapitel aufsparen werden, wenn wir das Hochschulstudiengesetz behandeln. (*Abg. Peter: Da leiste ich euch Gesellschaft!*) Natürlich, warum nicht, zwei Oberösterreicher. (*Abg. Peter: Drei!*) Ebenfalls, sehr gut.

Ich möchte in erster Linie heute zur Frage des Volksbildungswesens Stellung nehmen. Das Wort „Volksbildung“ wird heute gern durch einen anderen Ausdruck ersetzt: Erwachsenenbildung. Zur Volksbildung im weiteren Sinn, aber doch wohl im strikten Sinne des Wortes, gehört auch die staatsbürgerliche Erziehung und die politische Bildung des Volkes. Die Bevölkerung unseres Landes soll die demokratischen Einrichtungen unserer Staatswesens kennenlernen, immer besser kennenlernen und auch deren Sinn verstehen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der bloßen Wissensvermittlung, auch wenn wir als politische Parteien für die politische Willensbildung sehr viel tun, ist es nicht getan. Die Demokratie kann wohl vielleicht auch in ihrem Aufbau, in ihren Spielregeln gelehrt werden, aber sie muß auch gelebt werden, sonst ginge natürlich jede Bemühung ins Leere. Die Bevölkerung begnügt sich sicherlich nicht damit, uns zuzuhören, sondern sie schaut auch auf das, was wir tun.

Der Herr Kollege Konir hat gestern eine Zwischenbemerkung gemacht: Sie reden ja nicht, Sie handeln ja! Für die Regierungspartei ist das eigentlich nur ein Kompliment. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch. Wir müssen uns aber auch immer die Frage vorlegen, ob wir richtig handeln. Was den politischen Gehalt dieser Frage anlangt,

wird sicherlich der Wähler bei der nächsten Wahl wieder sein Urteil abgeben.

Wir müssen aber doch die Frage auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt sehen, und zwar, ob wir hier herinnen in rein formaler Hinsicht jeweils das Richtige tun. Wir werden auch diesbezüglich von der Galerie herab, aber auch von der Presse beurteilt. Und wir müssen, glaube ich, auch einmal ernsthaft die Frage prüfen, ob dieser Stil, wie er in den letzten Tagen von der sozialistischen Fraktion geübt wurde, der richtige ist.

Wir wollen natürlich kein Urteil abgeben, sondern wir wollen das dem Urteil der Allgemeinheit, der öffentlichen Meinung überlassen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber mit Ihrer Nachhilfe!*) Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erlaube mir doch darauf hinzuweisen, es wäre gut, einmal eine selbtkritische Überlegung anzustellen. Der Herr Abgeordnete Czettel hat gestern gesagt: Sie können hier alles machen, Sie können Mehrheitsbeschlüsse fassen, aber das Reden lassen wir uns nicht verbieten. (*Abg. Libal: Das ist richtig!*) Natürlich ist das richtig, Herr Abgeordneter Libal. Kein Mensch wird sich einfallen lassen, Ihnen das Reden zu verbieten. (*Abg. Libal: Weil es auch nicht geht!*) — *Abg. Dr. Withalm: Das wollen wir auch gar nicht!*) Die Geschäftsordnung, Herr Kollege — wenn Sie sie studiert haben —, sieht sogar vor: Schluß der Debatte. Die Geschäftsordnung ist ein Gesetz, das Sie auch mitbeschlossen haben. Und Sie werden doch jetzt nicht sagen, das sei eine undemokratische Geschäftsordnung. Aber wir denken nicht daran, jemals von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Das kann ich Ihnen ohne weiteres versichern. Aber Sie müssen sich selbst fragen, ob das sinnvoll ist, was Sie uns in den letzten Tagen vorgeführt haben.

Wir hören Ihnen schon zu, keine Angst, wir hören Ihnen in der gleichen Zahl und mit der gleichen Aufmerksamkeit zu, wie Sie nicht nur uns, sondern wie Sie sich selbst zuzuhören bereit sind. Ich habe mir gestern die Situation einige Male angesehen. Weder die Präsenz auf Ihrer Seite noch die Aufmerksamkeit auf Ihrer Seite war größer als bei uns. Wenn Sie gemeint haben, das seien so dringende Lebensprobleme der österreichischen Wirtschaft, die Sie gestern ange schnitten haben, dann hätte man eigentlich auch erwarten müssen, daß Sie mit einer größeren Aufmerksamkeit den Ausführungen Ihrer eigenen Redner folgen würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Kreisky hat gestern abend eine Bemerkung gemacht, die irgendwie bezeichnend war: Sie werden eben nicht nach

Dr. Josef Gruber

Hause gehen können! (Abg. Dr. Withalm: *Er war den ganzen Tag nicht da!* — Abg. Libal: *Gehört das zum Kapitel Unterricht?*) Ich habe gesagt, die politische Bildung, die wir durch die Tat hier der österreichischen Bevölkerung vorführen, gehört auch ...

(Abg. Dr. Hertha Firnberg: *Was wir sagen, interessiert Sie nicht!*) Nein. Aber ich darf auch meine Meinung sagen, Frau Kollegin. Was Sie für sich in Anspruch nehmen, das darf ich auch für mich in Anspruch nehmen. Sie haben uns gestern Vorwürfe gemacht, wir hören Ihnen nicht zu. Sie tun dasselbe, Sie wollen meine Rede nicht anhören. Ich werde mich aber trotzdem nicht abbringen lassen.

Der Herr Abgeordnete Kreisky hat also gemeint: Sie werden halt einmal nicht nach Hause gehen können. Aus dieser Bemerkung spricht eigentlich, so glaube ich, ein bißchen der Trotz heraus, der Trotz darüber, daß man nun nicht mehr in der Regierung sitzt, daß man nun nicht mehr praktisch auch mitbestimmen kann, sondern daß unter Umständen die Mehrheitsentscheidung über einen hinweggeht. Nur frage ich mich, ob Trotz ein Motiv des politischen Handelns sein sollte. Trotz ist sonst im allgemeinen eine Sache, die man bei Schulbuben antrifft, wenn sie sich einmal sehr ärgern, oder unter Umständen, wenn ein stehengelassener Liebhaber trotzt. (Heiterkeit. — Abg. Ing. Scheibengraf: *Sie widerlegen Ihren eigenen Generalsekretär!*) Meinen Sie? Ich glaube, Sie wären sehr froh, wenn es wieder zu einem Heiratsangebot käme. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)

Aber ich sage Ihnen, Herr Dr. Kleiner, durch die Art, die Sie in den letzten Tagen praktiziert haben — ob das jetzt eine Trotzreaktion ist oder sonst etwas —, werden wir uns nicht aus der Ruhe bringen lassen. (Abg. Libal: *Wir aber auch nicht!*) Das nehmen Sie einmal zur Kenntnis. (Beifall bei der ÖVP.) Dadurch werden wir uns nicht aus der Ruhe bringen lassen. (Abg. Lukas: *Sie machen das Parlament beim Kapitel Unterricht zur „Quatschbude“!* — Abg. Prinke: *Das ist euer Ton!*) Herr Abgeordneter, ich komme gleich darauf zurück. Es hat vielmehr den Anschein, daß Sie sich gestern selbst aus der Ruhe gebracht haben und Sie sich in eine derartige Gereiztheit und Nervosität hineingesteigert haben, daß Sie zum Schluß nicht mehr recht gewußt haben, was eigentlich los ist. (Abg. Czettel: *Oder Ihr Herr Präsident!*) Herr Abgeordneter Czettel! Ich glaube, Sie sind es ja in erster Linie gewesen, der zu dem gestrigen Tumult eigentlich beigetragen hat.

Es ist jetzt wieder auch das Wort gefallen, das die Frau Kollegin Klein-Löw bereits in ihrer Rede irgendwie angezielt hat, nämlich das

Wort von der Quatschbude. (Abg. Dr. Stella Klein-Löw: *Das habe ich nicht gesagt!*) Sie haben es nicht gesagt, Sie haben aber Bezug genommen auf die Äußerungen des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm, die er gestern gemacht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Jänner dieses Jahres bei einem Jugendparlament in Wels mitgewirkt, und da ist mir von einem Jugendlichen, der an der Veranstaltung aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, vorher ein Brief geschrieben worden. Er hat mir geschrieben:

„Herr Abgeordneter! Meine Freunde sind bei diesem Jugendparlament. Ich stelle Ihnen jetzt die Frage, und meine Freunde werden mir berichten, ob Sie sie beantworten: In der Bevölkerung hört man sehr häufig die Meinung, das Parlament sei eine Quatschbude. Die Abgeordneten ...“

In dieser Tonart ist es weitergegangen. Ich habe meine ganze Überredungskunst aufgewendet, um die jungen Leute zu beschwören, sie sollen nicht wieder mit solchen Dingen daherkommen. So hat das Unglück in unserer Republik einmal begonnen. (Abg. Horejs: *Das Stichwort hat gestern euer Herr Generalsekretär gegeben!*) Herr Kollege Horejs! Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie glauben, daß Sie das Wort einfach nicht anhören können oder daß Sie es hinwegdisputieren möchten, ist damit die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß sich vielleicht viele junge Menschen besonders wieder eine solche Terminologie zurechtlegen. (Abg. Czettel: *Was ist gestern geschehen? Weil unsere Kollegen gesprochen haben?* — Abg. Dr. Withalm: *Das Degradieren des Parlaments ist es!* — Abg. Czettel: *Das ist ein sehr gewagtes Wort!*) Was ist geschehen? Daß hier nicht um der Sache willen gesprochen wurde. (Abg. Czettel: *Das sind Leute, die aus ihren Betrieben und Wahlkreisen kommen und ihre Meinung sagen!*) Das respektiere ich vollkommen. (Abg. Czettel: *Man kann nicht sagen, die „quatschen“!*) Nein. Ich würde mich hüten, ein solches Wort zu sagen. (Abg. Czettel: *Aber der Abgeordnete Withalm hat es gesagt!*) Nein, er hat es nicht gesagt. (Abg. Czettel: *In bezug auf die gestrige Debatte hat er es gesagt!*) Er hat gestern gesagt, es wäre gefährlich, in dieser Art und Weise fortzufahren, denn dann käme wieder das unseelige Wort herauf. (Abg. Czettel: *Weil gesprochen wurde?* — Abg. Dr. Withalm: *Wie gesprochen wurde!* — Abg. Czettel: *Aber es waren lauter gute Reden, die gehalten wurden!* — Abg. Glaser: *Da kann man verschiedener Auffassung sein!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite, Herr Kollege Czettel, ich möchte gar nicht

Dr. Josef Gruber

sagen, daß die Reden rhetorisch schlecht waren. (Abg. Czettel: Sie werden doch nicht bestimmen, was gesagt wird! Was war gestern schlecht? Daß Sie ungeduldig waren? Das hat Ihnen nie gepaßt!) Nein, in keiner Weise. (Abg. Prinke: Weil ihr rücksichtslos gegen das Personal im Haus seid!) Ich mache Sie nur aufmerksam, daß wir dieselbe Befürchtung haben wie die Frau Hofrat Klein-Löw. Wir haben auch Angst, daß eine solche Sache wieder in eine Richtung geht ... (Abg. Czettel: Welche Sache?) Das wissen Sie ganz genau. (Abg. Czettel: Nein! Konkret!) Wenn Sie hier die Budgetdebatte dazu benützen (Abg. Czettel: Wozu?), um Tag für Tag (Abg. Czettel: Zu reden!) von früh bis spät bis zur Ermüdung nicht nur der Abgeordneten, sondern bis zur physischen Erschöpfung auch des Personals hier im Haus zu reden, nur um zu reden ... (Abg. Czettel: Nein, das haben wir nicht getan, nur um zu reden!) Den Beweis werden Sie noch zu liefern haben. (Abg. Czettel: Wir leben noch in einer Demokratie, meine Herren, und da können Sie uns das Reden nicht verbieten! — Abg. Glaser: Ihr selber habt doch gar nicht zugehört! Die Hälfte von euch ist draußen gewesen, wenn eure Redner dran waren! — Abg. Czettel: Sie können da heute nicht mitreden, Sie waren ja gar nicht da! — Ruf bei der ÖVP: Ihr habt in der Zwischenzeit Sitzungen abgehalten! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Czettel: Ich bin neugierig, zu hören, was wir gestern konkret angestellt haben!)

Herr Abgeordneter Czettel! Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Wir sollten wirklich gemeinsam alles vermeiden, was das Parlament in den Augen der Bevölkerung abwertet. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Sie abstrahieren! Sagen Sie, was gestern geschehen ist!) Ich glaube, daß wir Abgeordnete hier mit einem guten Beispiel in jeder Beziehung vorangehen sollen. (Abg. Czettel: 20 gute Redner haben gestern gesprochen! Was war das für ein schlechtes Beispiel? — Abg. Mitterer: Der Tobsuchtsanfall Ihrer Herren war nicht sehr schön! — Abg. Czettel: Wir lassen Sie nicht aus bei diesem Thema!) Ich sage Ihnen noch einmal: Wir werden Ihnen natürlich keine Vorschriften machen können, und wir machen sie Ihnen auch nicht (Abg. Czettel: Wir lassen sie uns auch nicht machen!), aber wir möchten Sie wirklich freundschaftlich bitten, auch alles zu unterlassen, was das Ansehen des Parlaments in der öffentlichen Meinung abwertet. (Beifall bei der ÖVP.) Und da sage ich Ihnen: Am Anfang muß man den Dingen widerstehen. (Abg. Czettel: Sie wollen nicht nur herrschen, sondern auch bequem herrschen! Wir sind unbequem! Sie wollen es gemütlich haben! — Abg. Dr. Wit-

halm: Das war das Eingeständnis!) Nein, in keiner Weise, Herr Abgeordneter. Ich darf Ihnen noch etwas sagen, Herr Kollege Czettel. (Abg. Dr. Withalm: Wir wollen Ihnen die Opposition nicht unbequem machen und Sie sollen uns nicht sekrieren beim Regieren! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber wir werden Ihnen das Regieren so unbequem wie möglich machen!)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber (fortsetzend): Darf ich wieder weiterreden, meine Herren? Es geht nicht um das Unbequeme, Frau Dr. Firnberg, sondern es geht darum, daß die Sache nicht Schaden leidet. Da möchte ich Ihnen nur sagen: Videant consules, hat es geheißen. Hier darf ich sagen: Videant proconsules! — das sind die gewesenen Konsuln —, sie sollen dafür sorgen, daß die res publica keinen Schaden erleidet. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Koalition war nicht an sich ein untaugliches Instrument der Politik, aber die Politik, die Sie innerhalb der Koalition gemacht haben, hat dazu geführt, daß die Koalition ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verloren hat. (Erneuter Beifall bei der ÖVP.) Wir müssen uns hüten, daß es nicht mit dem Parlamentarismus ebenso geschieht. Ich sage Ihnen: Nicht die Wähler haben am 6. März die Koalition umgebracht, sondern Sie selbst haben sie umgebracht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Scheibengraf: Und Sie bereiten jetzt den Tod des Redens vor!) Das ist interessant: Wenn einer von der ÖVP spricht, dann ist er ein Totengräber, aber wenn Sie stundenlang reden, dann ist das der Auftrag der Wähler Ihres Wahlkreises. Sehr interessant, diese Demokratie! Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür werden Sie uns nicht gewinnen, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen! (Abg. Czettel: Sie werden nicht verhindern können, daß wir unsere Meinung sagen!) Nein, sicherlich nicht. (Weitere Zwischenrufe. — Abg. Peter: Wir sind doch jetzt bei der Kulturdebatte!) Jawohl. (Erneute Zwischenrufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich nun im speziellen dem Kapitel 12 Titel 4 zuwenden. (Beifall des Abg. Peter. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich glaube schon, daß Ihnen diese Dinge unangenehm sind, wir werden uns aber von Ihnen nicht vorschreiben lassen, was wir sagen dürfen und daß wir Ihnen keine unangenehmen Dinge sagen dürfen. So ist das nicht! (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)

Ich darf Ihnen also zum Kapitel 12 Titel 4, Volksbildungswesen, einiges sagen. (Abg. Peter: Ich habe geglaubt, jetzt behandeln Sie

Dr. Josef Gruber

das Theater!) Nein, keineswegs. (*Abg. Libal:*
Das Theater macht er ja selber!)

Im Budget für 1966 sind für das Volksbildungswesen nicht ganz 30 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist etwas mehr als in den beiden vorangegangenen Jahren, aber es ist nicht um soviel mehr, daß man darüber Freude empfinden könnte. Man muß sagen: Praktisch ist diese Summe gleichgeblieben. Es ist aber doch der Hinweis gestattet, daß im Budget selbst für die Volksbildung an anderen Stellen wesentlich mehr enthalten ist, als dieses Kapitel 12 Titel 4 aussagt. Denn schließlich und endlich gehört ja auch die Musik, das Theater — jetzt sind wir beim Theater, Herr Abgeordneter Peter —, sowohl Bundestheater wie die Länderbühnen, das Laienspielwesen, es gehören die Museen dazu, alle diese Einrichtungen gehören eigentlich auch zur Volksbildung. Sie sind Stätten, in denen sich das Volk Bildung holen kann. Es ist aber weiters festzuhalten, daß für die Volksbildung — ich sage: Gott sei Dank — in Österreich ein Vielfaches von dem aufgewendet wird, was in dem einen Kapitel des Bundesvoranschlages steht und was auch noch in anderen Kapiteln des Budgets verteilt ist.

Sowohl die Länder wie auch die Gemeinden setzen in ihren Budgets sehr beträchtliche Beiträge für das Volksbildungswesen ein. Die Gemeinden schon allein dadurch, daß sie Kulturämter unterhalten, daß sie Büchereien einrichten, daß sie Volkshochschulen oder sonstige Bildungsinstitutionen schaffen, Heimathäuser, Museen und dergleichen. Ich glaube, daß hier die Gemeinden Österreichs sehr viel für das Volksbildungswesen tun.

Man muß natürlich in dem Zusammenhang auch die Frage erörtern: Warum sollte eigentlich der Bund allein für das Volksbildungswesen finanzielle Beiträge ausschütten? Das Volksbildungswesen ist ja rein kompetenzmäßig nicht nur Sache des Bundes, sondern auch Sache der anderen Gebietskörperschaften.

Darüber hinaus sind aber auch die Kammern sehr bemüht, das Volksbildungswesen nach Kräften zu unterstützen. Ich kann aus meiner unmittelbaren Anschauung sagen: Wenn wir jährlich den Voranschlag der Linzer Arbeiterkammern beraten, dann müssen wir jeweils feststellen, daß darin sehr beachtliche Beträge auch für das Bildungswesen enthalten sind.

Neben den Kammern sind es auch die Kirchen, sowohl die katholische Kirche wie die evangelische Kirche, die das Bildungswesen sehr fördern, nicht nur durch die konfessionellen Bildungswerke, sondern besonders auch durch Bildungshäuser, die na-

türlich einen sehr hohen finanziellen Aufwand erfordern.

Nicht zuletzt möchte ich auch den Österreichischen Gewerkschaftsbund erwähnen, der in seinem Bildungsreferat eine Einrichtung geschaffen hat, die für die Weiterbildung, für die Erwachsenenbildung sehr viel tut.

Wir sehen also: Nicht nur der Bund, sondern auch andere Institutionen fördern die Erwachsenenbildung. Die Erwachsenenbildung wird — hier möchte ich noch einmal sagen: Gott sei Dank — nicht nur von den Verbänden der Erwachsenenbildung gemacht, sondern auch von sehr vielen anderen Bildungsträgern. Hier möchte ich auch lobend hervorheben und positiv herausstellen, was von den sogenannten Massenmedien an Bildungsarbeit geleistet wird: Rundfunk, Fernsehen, auch die Presse, wobei ich hier allerdings eine Unterscheidung machen möchte, eine Unterscheidung zwischen der Presse, die aufbaut, und einer Presse, die eigentlich eine destruktive Tätigkeit ausübt. Auch der Film stellt sich in den Dienst der Erwachsenenbildung. Wir wollten natürlich, daß mehr, als das jetzt der Fall ist, der wirklich gute Film angestrebt wird. Die Entwicklung auf dem Filmsektor ist ja leider eher negativ als positiv zu beurteilen. Ich möchte aber auch noch auf das Buch hinweisen, das eine ganz hervorragende Funktion innerhalb der Erwachsenenbildung hat, das Laienspiel, die Musikpflege auch auf dem flachen Lande, Blasmusik, Gesangsvereine und so weiter.

Nichtsdestoweniger möchte ich feststellen, daß es doch im wesentlichen die Volksbildungseinrichtungen sind, die ganz bewußt die Erwachsenenbildung auf ihre Fahne geschrieben haben und die auch das leisten, was heute schon der Abgeordnete Scrinzi verlangt hat, daß nämlich den Menschen eine Handreichung geboten wird, was sie in der gewonnenen Freizeit tun könnten. Wir freuen uns sehr, daß der Mensch von heute, auch der Arbeiter, der Angestellte — wir wollten, daß es auch in demselben Ausmaß für den Bauern und für die bäuerliche Jugend zutreffen würde —, nun so viel Freizeit hat, aber sie muß sinnvoll gestaltet werden.

In einem Punkt kann ich aber mit den Herrn Abgeordneten Scrinzi nicht übereinstimmen: Es ist nicht ganz so einfach, zu sagen: Jetzt haben wir in dieser Wohlstandsgesellschaft mehr Freizeit, und dafür, Staat, mußt du jetzt Geld hergeben, damit die Leute die Freizeit auch vernünftig nützen. Ich glaube, in erster Linie ist es doch wohl Sache des erwachsenen Staatsbürgers selbst, daß er von seiner größeren Freizeit und auch von seinem höheren Einkommen etwas für die

Dr. Josef Gruber

Bildung abweigt. Ich glaube allerdings auch, daß das ja weitgehend geschieht.

Wir sehen also in den Volksbildungseinrichtungen unentbehrliche Instrumente unserer Erziehungs- und Bildungspolitik, ich möchte aber sagen, in allen Volksbildungseinrichtungen in gleicher Weise. Ich bin da früher schon ab und zu mit dem Abgeordneten Mark ein bißchen — ich möchte nicht sagen — in einen Gegensatz geraten, aber wir sind doch in eine Diskussion darüber gekommen, ob denn hier nur die Volkshochschulen zu sehen seien. Ich verstehe sehr wohl: Die sozialistischen Abgeordneten sind in erster Linie mit dieser Einrichtung der Erwachsenenbildung vertraut, ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß es daneben auch andere gibt, die sehr verdienstvoll wirken. Es ist mir daher persönlich unverständlich, daß in dem Abänderungsantrag der sozialistischen Abgeordneten zum Rundfunkgesetz der Vertreter der Volksbildung eigentlich nur vom Volkshochschulverband nominiert werden soll. Ich glaube, wir müssen uns endlich einmal eine etwas weitere Sicht aneignen: Nicht nur Volkshochschulen, sondern alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind hier zu verstehen.

Ich möchte aber auch sagen, obwohl es andere Institutionen gibt, die sehr viele finanzielle Mittel für die Erwachsenenbildung aufwenden: Wir können uns mit der Dotierung, die die Volksbildung in diesem Budget erfahren hat, nicht gerade anfreunden, denn man muß doch das eine dabei bedenken: Wenn nun seit einigen Jahren die Mittel für Volksbildung irgendwie stagnieren, dann bleibt natürlich die Ausweitung des Volksbildungswesens, die Tätigkeit, die hier zugenommen hat, unberücksichtigt, und es muß deswegen allein schon auch in Zukunft etwas mehr dafür geschehen. Aber auf der anderen Seite sind ja auch die Kosten in der Volksbildung gestiegen, und auch hiefür bedarf es natürlich einer Abgeltung.

Es ist schon einige Male Klage geführt worden — und es wird ja immer wieder hier auch das Paradebeispiel erwähnt — wie lächerlich kleine Honorare die Vortragenden an den Volkshochschulen bekommen. Das ist aber nur ein Symptom der Unterdotierung unserer Volksbildung. Es ließen sich dafür natürlich eine Reihe anderer Beispiele anführen. Ich muß von meinem eigenen Wirkungsbereich her sagen: Wir, die wir Volksbildungsheime haben und für einen großen finanziellen Erhaltungsbedarf zu sorgen haben, spüren es sehr, sehr deutlich, daß diese Unterstützungen, diese Subventionen eigentlich unzureichend sind.

Es ist daher verständlich, daß die Volksbildungseinrichtungen auch den Wunsch nach einer höheren Dotierung ihrer Arbeit haben.

Aber wir wollen nicht nur eine höhere Dotierung — es soll nicht nur immer der Eindruck entstehen, es geht den Volksbildungseinrichtungen lediglich um das Geld —, sondern wir haben natürlich auch andere Wünsche, die ich aber jetzt nicht im Detail hier ausbreiten möchte; sie haben ja bereits einen Niederschlag auch in dem Bildungsbericht des Unterrichtsministeriums gefunden; sie sind also bereits an die entsprechende Stelle herangetragen worden. Es sind Raumprobleme, es sind personelle Probleme, es sind Probleme der Ausbildung der hauptamtlichen Volksbildungsmitarbeiter, es ist die Frage der wissenschaftlichen Behandlung der Volksbildung, der Errichtung von Lehrkanzeln und auch die Frage von Forschungsaufträgen.

Ich möchte aber doch bei dieser Gelegenheit auch einmal jener gedenken, die in der Volksbildung praktisch unbedankt durch Jahre und Jahrzehnte arbeiten, die immer wieder mit großem Idealismus bei der Sache sind und dafür oft nicht das richtige Verständnis ernten. Es geht hier nicht nur um die Referenten, die in den Volksbildungseinrichtungen tätig sind, es geht hier insbesondere um die Leiter der einzelnen Volksbildungseinrichtungen, die vielfach ehrenamtlich tätig sind. Wenn Sie sich zum Beispiel vergegenwärtigen, daß im Ring der Bildungswerke, wo also die katholischen, die evangelischen und die nicht konfessionell gebundenen Bildungswerke zusammengeschlossen sind, über 2000 örtliche Bildungswerke existieren, die alle von jemandem betreut werden müssen, so können Sie verstehen, daß hier ein sehr großer Idealismus am Werk ist, weil diese Menschen finanziell von ihrer Tätigkeit eigentlich gar nichts haben. Sie haben auch vielfach in ihrer Berufslaufbahn nichts davon. Sie gehören zu einem großen Teil dem Lehrerstand an, sie haben nicht die Möglichkeit, eine gewisse Stunden erleichterung zu bekommen. Ich weiß, daß ein Erlaß des Unterrichtsministeriums existiert, aber dieser Erlaß kann praktisch nicht zum Tragen kommen, solange überall zuwenig Lehrer sind. Ich möchte also der Meinung Ausdruck geben, daß wir doch von dieser Stelle, vom Parlament aus uns bemühen sollten, wenigstens die finanziellen Sorgen dieser Menschen etwas zu erleichtern.

Und noch ein letztes Wort zu Titel 5 des Kapitels 12, das ist die außerschulische Jugendbetreuung. Ich bin durch eine Bemerkung beziehungsweise eigentlich durch

Dr. Josef Gruber

einen Antrag des Abgeordneten Peter dazu veranlaßt worden.

Die außerschulische Jugendbetreuung ist nun zur Gänze im Kompetenzbereich des Unterrichtsministeriums, soweit es sich nicht um die fachliche außerschulische Jugendbetreuung handelt. Die Förderung geschieht zum Teil im Bundesjugendplan, und nur dieser Teil steht in einem Zusammenhang mit dem Bundesjugendring, Herr Abgeordneter Peter. Von einer offiziellen Anerkennung durch das Unterrichtsministerium als der alleinigen oder offiziellen Jugendvertretung kann keine Rede sein. Der Bundesjugendring ist der freiwillige Zusammenschluß von Jugendorganisationen, die in unserem Lande existieren. Diese Organisation bekommt auch eine Förderung durch das Unterrichtsministerium. Aber es ist nicht allein diese Organisation, die eine Förderung erhält. Solange der Bundesjugendring seine Statuten nicht ändert, ist es natürlich auch dem Unterrichtsministerium ein Anliegen, daß auch die nicht in den Bundesjugendring einbezogenen Jugendorganisationen ebenfalls eine Förderung durch das Unterrichtsministerium erhalten.

Ich möchte hier im besonderen auch auf die ersprißliche Tätigkeit unserer Jugendherbergsorganisationen hinweisen, sowohl des Jugendherbergswerkes wie auch des Jugendherbergsverbandes. Gerade diese Organisationen benötigen auch natürlich entsprechende Geldmittel, weil ja der Bau und die Errichtung von Jugendherbergen eine etwas kostspielige Angelegenheit ist. (Abg. Konir: *Sehr kostspielig!*) Sehr sogar, Herr Abgeordneter Konir. Ich glaube aber, daß diese Mittel, die hier für die Jugend investiert werden, auch wenn sie nicht hoch sind, sehr gut angelegt sind, denn das Geld, das für Jugend und Bildung investiert wird, ist wohl die beste Investition, die wir uns vorstellen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es scheint fast, daß ich eine empfindliche Stelle getroffen habe mit meiner Kritik des Budgets und des Anteils, der dem Kulturbudget in diesem gesamten Rahmen zukommt (Abg. Dr. Kummer: *Wir sind nicht empfindlich!* — Abg. Prinke: *Ich bin Kummer gewohnt, er sitzt neben mir!*), denn die Reaktion der Herren auf der rechten Seite war außerordentlich kräftig. (Abg. Dr. Gorbach: *Milde!*) Nein, milde war sie nicht, kräftig! (Abg. Konir: *So schaut Milde nicht aus!*)

Es ist gesagt worden, daß ich etwas gegen Zahlen habe, etwas gegen Statistiken

einzuwenden habe, daß ich böse geworden bin. Ich bin vollkommen für den Gebrauch von Statistiken, aber ebenso gegen deren Mißbrauch. Ich kenne alle Kunststückchen, die man mit Zahlen machen kann, ich habe das auch bei meiner letzten Rede in diesem Haus gesagt, ich möchte mich nicht wiederholen. Mit Zahlendarstellungen und Zahlenkunststückchen kann man einen kleinen Vorteil, den diesmal der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget hat, nicht zu einem „Vorrang“ machen. (Abg. Dr. Kummer: *Sie sind ja Statistikerin, Kollegin Firnberg!*) Das war alles, was ich gesagt habe, und dafür sprechen auch die Zahlen. Ich wende mich dagegen, daß es sich die monokolore Regierung (Abg. Dr. Gorbach: „*Monochrom*“ ist richtiger!) so leicht macht, daß sie die Verkündigung des „Vorranges“ bereits als eine große Tat für die Kultur und die Bildung vor der Öffentlichkeit deklariert. (Abg. Harwalik: *Aber verschweigen soll man es auch nicht!*) Niemand hat es verschwiegen! Ich habe alles in der Größenordnung dargestellt, aber der „Vorrang“, wie ihn dieses Budget bringt, wird uns nicht in die Lage versetzen, die Aufgaben zu bewältigen, die vor uns stehen.

Ich möchte nicht noch einmal so unbequem werden, daß ich all das wiederhole, da die Regierungspartei so großen Wert auf Bequemlichkeit zu legen scheint, wie ich aus Ihren Äußerungen gehört habe. Ich möchte also nicht wiederholen, was ich letztes Mal schon, mit einigem Zahlenmaterial belegt, dem Hohen Hause hier vorgetragen habe. Ich möchte mich der Worte eines anderen bedienen, der nicht im Verdacht steht, unserer Partei anzugehören oder ihr auch nur nahezustehen, der Formulierung, die Professor Kerschagl in der letzten „Hochschulzeitung“ vom 15. Juni Bezug nehmend auf dieses Budget gebraucht hat. In einer Abwandlung der Resolution der Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Kunst von Anfang Mai, in der damals stand: den Worten sind noch keine Taten gefolgt, sagt Professor Kerschagl diesmal, daß wenigstens etwas geschehen ist und den Worten wenigstens einige Taten gefolgt sind. Das ist genau das, was ich letztes Mal zu diesem Budget und zu dem Anteil, den die Kultur an diesem Budget hatte, auch gesagt habe.

Ich möchte mit allem Nachdruck hier namens meiner Fraktion wiederholen: Eine Nichtkürzung oder eine geringe Steigerung des Kulturbudgets ist keine ausreichende Dotierung, um zu sagen: Vorrang für Wissenschaft, Kultur und Forschung. Wir lehnen das ab, ebenso wie wir es ablehnen, daß die ÖVP sich eine Monopolstellung in den Fragen

Dr. Hertha Firnberg

der Wissenschaft, der Schulen und der Kultur arrogiert, allein dadurch, daß sie alle unsere Initiativen — wir Sozialisten haben eine reiche Fülle davon gebracht — ins Grab legt und, wie mein Parteifreund Broda jüngst sagte, Grabsteine daraufstellt. Wir Sozialisten sind immer Mahner gewesen, wir sind mit dem Wort von der „Kulturpleite“ dem ÖVP-Unterrichtsministerium schon seinerzeit sehr unbequem geworden (*Abg. Dr. Kummer: Das war noch in der Koalition!*), und wir versprechen Ihnen, daß wir wie in der Vergangenheit auch in Zukunft alle Mißstände aufzeigen werden und uns, wenn sie abgestellt sind, beim Herrn Minister nicht bedanken werden. (*Abg. Mitterer: Das kann ich mir vorstellen!*) Wir werden Vorschläge unterbreiten, wir werden Initiativen ergreifen und werden weiter initiativ bleiben, auch wenn wir unbequem sein werden.

Ich möchte noch einmal nachdrücklich feststellen: Weder die Mittel noch die Konzepte der jetzigen Regierung reichen auch nur annähernd aus, die vor uns liegenden Aufgaben auch nur anzugehen, geschweige denn zu bewältigen. Wenn wir in Österreich mit den anderen Ländern des Westens und, wie heute richtig bemerkt wurde, auch des Ostens nachhinkend Schritt halten wollen, müssen wir sehr viel mehr sehr rasch tun.

Ich darf auch einige Worte zu den Hochschulfragen sagen. Sehr richtig hat der Herr Kollege Harwalik — ich sehe ihn leider jetzt nicht — heute darauf hingewiesen, daß wir mit unseren Hochschulproblemen nicht alleinstehen. Natürlich nicht, alle europäischen Länder haben diese Probleme. Er hat den Herrn Abgeordneten Reverdin zitiert, den Vorsitzenden der Kulturkommission des Europarates, der zur Frage der Genfer Hochschule Darstellungen bringt. Diese muß auch in nicht ausreichenden Verhältnissen ihre Probleme bewältigen. Ich darf aber auf die Zahlen hinweisen, die der Bildungsbericht des Unterrichtsministeriums vorlegt. Es zeigt sich doch, daß die Schweizer Situation wesentlich günstiger ist als unsere.

Ich möchte aber keineswegs abstreiten, sondern sehr nachdrücklich betonen, daß wir in Österreich nicht allein vor dem Problem stehen, daß mehr Studierende Besseres erhalten müssen als bisher. Alle Länder in Europa sind in der gleichen Lage. Wenn wir mit Sorge feststellen, daß viele unserer jungen Akademiker oder auch nicht ganz jungen Akademiker abwandern, so stehen andere europäische Länder auch vor diesem Problem. Wenn wir eine oder sogar mehrere Berechnungen vorgelegt bekommen, daß der Bedarf an Akademikern in der Wirtschaft in den näch-

sten Jahren — ich möchte hinzufügen: nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Sozialpolitik und im Unterrichtswesen — erheblich wachsen wird, daß also ein großer Bedarf anfallen wird, dann stimmt das natürlich auch für die anderen Länder.

Was aber Österreich von allen anderen Ländern in allen diesen Punkten maßgeblich unterscheidet, ist, daß diese brennenden Probleme jahrelang vernachlässigt wurden. Wenn wir die Schuldfrage stellen, so ist sie sehr eindeutig zu beantworten: 20 Jahre ist das Unterrichtsministerium, das zuständige Ressort, in Händen der Österreichischen Volkspartei, ein Dominium. Niemand von uns ist dort hineingedrungen. Das Finanzministerium ebenso. Die Schuldfrage ist in diesem Falle leicht zu lösen.

Das Ergebnis sind überfüllte Hörsäle, veraltete Studieneinrichtungen, viel zuwenig Hochschullehrer und viel zuwenig Hilfskräfte an den Universitäten. Wir müssen von einem Substandard unserer Hochschulen sprechen, und das bei wachsenden Studentenzahlen, die die Lage noch verschärfen werden. Wir hören Schilderungen, wie sie etwa Professor Kozlik in seinem außerordentlich lesenswerten Buch bringt, das ich auch der rechten Reichshälfte zum Studium empfehlen würde, in dem er feststellt, daß die österreichischen Hochschulen zu den armseligsten der Welt gehören. Ein Professor oder ein Forscher findet hier weder die ihm gewohnten Einrichtungen noch die ihm im Auslandzugeteilten Assistenten oder den ihm im Ausland vertrauten Kreis fortgeschrittenener Studenten, sondern an Stelle dessen nur gewaltige Belastungen durch Prüfungen, durch Verwaltungsaufgaben, durch Dissertationen und durch Intrigen. Das ist einer der Gründe, warum wir nicht mehr Professoren, mehr Dozenten, mehr akademische Lehrer bekommen.

Wenn irgend jemand glaubt, daß diese Schilderungen übertrieben sind, dann möge er doch zum Beispiel — ich rede nicht von Wien — an die Universität Innsbruck gehen und sich einmal dort selber überzeugen, daß sieben Professoren in einem Dachkämmchen gemeinsam amtieren, dort mit ihren Schülern sprechen müssen, dort womöglich ihre Prüfungen abnehmen. Neben dem Dachgeschoß stehen auch noch die Kellerräume für ähnliche Aufgaben zur Verfügung.

Die Frage, wer die Schuld trägt, ist sehr leicht gelöst. Ich muß feststellen, daß das Unterrichtsministerium auch in 20 Jahren keine Wunder gewirkt hat. (*Abg. Dr. Haider: Auch in tausend Jahren nicht!*) Auch in tausend Jahren wird sich das Wunder nicht ereignen, daß wir in Österreich den anderen

Dr. Hertha Firnberg

Ländern nachkommen. (*Abg. Dr. Haider: Aber Ihre Wunder haben wir gestern am Abend gesehen!*) Das waren keine Wunder, das war nur eine sehr natürliche Reaktion. (*Abg. Dr. Haider: Eine natürliche Fehlreaktion!*)

Ich möchte aber doch einmal feststellen, daß diese Vernachlässigung unverzeihlich ist. Wüßte denn das Unterrichtsministerium nichts davon, daß die Studentenzahlen steigen werden? Ein kleiner Blick in jedes Statistische Jahrbuch hätte Sie davon überzeugen können. Allein aus den demographischen Gegebenheiten, aus den starken Geburtsjahrgängen, die in dieses Alter kommen, hätte man das ablesen können und müssen. Es ist verwunderlich, wenn nur in Österreich und nur unser Unterrichtsministerium von der Tatsache keine Kenntnis hat, daß bei einer anhaltenden Konjunktur und einem steigenden Lebensstandard eben Impulse zu größerer Studienneigung gegeben sind. Das ist eine sehr einfache Rechnung, die man leider zu spät angestellt hat.

Wenn wir heute im Bildungsbericht lesen, daß im Jahre 1953/54 rund 20.000 Studenten unsere Hochschulen besuchten und 1964/65 über 50.000, also mehr als das Zweieinhalfache, und daß in diesen alten und unzureichenden Hochschulen in den nächsten Jahren, etwa bis 1975, 70.000 Studenten studieren werden müssen, dann muß uns klar sein, was versäumt wurde.

Wenn wir einmal darangehen werden — wir haben es noch nicht getan —, eine echte Wanderungsbilanz über unsere Akademiker aufzustellen, einmal wirklich festzustellen, wie viele akademisch und technisch geschulte Menschen wir ans Ausland abgeben und wie viele wir erhalten — eine Berechnung, die zum Beispiel der Europarat sehr nahelegt —, dann werden wir mit Erschrecken feststellen müssen, wieviel wir verloren haben. Die OECD schätzt, daß in jedem Jahr 10 Prozent des in Österreich ausgebildeten technischen Personals allein nach Amerika gehen. Wir alle wissen, daß unser Hauptabnehmer nicht Amerika ist, sondern der europäische Raum. Es ist durchaus möglich, daß die im Bildungsbericht angeführte Schätzung, daß wir 50 Prozent der jährlich ausgebildeten Techniker und Naturwissenschaftler ans Ausland abgeben, stimmt.

Wir geben also ausgebildete Akademiker und Techniker ab. Aber wer kommt unter den Umständen, die wir jungen Akademikern und Technikern zu bieten haben, zu uns? Hier beginnt ja die Tragödie! Wir werden ein Defizit haben, unser Defizit wird in den nächsten Jahren anwachsen, sodaß unsere

Wirtschaft und unser Staat schwerstens darunter leiden müssen.

Das muß nicht so sein. Schweden zum Beispiel zeigt uns, daß man, wenn man die richtigen Bedingungen bietet, wenn man ernstlich eine Arbeitsmarktpolitik auch in diesem Sinne führt, auch auf dem akademischen und technischen Sektor ohne weiteres den Ausgleich erhalten kann.

Österreichs Hochschulen waren einmal weltberühmte Bildungsstätten, Wien war das Mekka der Medizin zur Zeit, als ein Hyrtl hier lehrte, als ein Billroth hier lehrte. Hier wirkten Freud und Wagner-Jauregg und Tandler. Die Wiener Schule der Nationalökonomie und die Wiener Schule der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte waren weltberühmt. Wir haben durch den Faschismus viel verloren. Die meisten weltberühmten österreichischen Gelehrten lehren an ausländischen Universitäten, und nur aus dem Handgelenk fällt uns ein (*Abg. Lola Solar: Schon in der Ersten Republik ist es bergab gegangen!*) — ja, aber das, was noch gekommen ist, ist erheblich —, daß ein Kelsen weg ist von Wien, Lazarsfeld, Charlotte Bühler. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Aber die wären heute auch nicht mehr aktiv!*) Lazarsfeld, Charlotte Bühler wären aktiv, Morgenstern, Meitner und Zeisel, der jetzt gerade hier lehrt, oder Marie Albu, eine berühmte Soziologin, die in England lebt. Es gibt also eine ganze Reihe. Das sind nur die Männer und Frauen, die mir so rasch aus dem Gedächtnis eingefallen sind. Ich glaube, es wäre eine sehr wichtige Aufgabe, es wäre wahrscheinlich einer Dissertation oder eines geförderten Forschungsvorhabens wert, einmal festzustellen, wieviel Österreicher an fremde Universitäten gegangen sind, gehen mußten und dort verblieben sind. (*Abg. Dr. Kleiner: Und was an Nachwuchs verlorengegangen ist!*) Es wäre eine interessante Rechnung, einmal festzustellen, was uns an geistiger intellektueller Kapazität verlorengegangen ist.

Sehr viele solcher Rechnungen werden ja auf dem sozialpolitischen Sektor gemacht. Es wird zum Beispiel jetzt von einer Arbeitsgruppe auf Anregung des vormaligen Sozialministers Proksch berechnet, wie groß der wirtschaftliche Verlust wäre, wenn wir nicht Poliomyelitisimpfungen eingeführt hätten. Wir könnten sehr wohl einmal auch von der wirtschaftlichen Seite her diese Rechnung aufstellen.

Was aber in diesem Zusammenhang besonders erwähnt werden muß, ist, daß die Zuneigung und die Treue vieler dieser österreichischen Wissenschaftler so groß ist, daß sie ihrer alten Heimat noch immer zu helfen wünschen.

Dr. Hertha Firnberg

Und die einzige Post-Graduate Institution, die wir in Österreich haben, das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, die Ford-Foundation, verdanken wir der Initiative dieser Männer. Die Verarmung, der Aderlaß an Intellektuellen, an Begabungen erstreckt sich aber nicht nur auf den Hochschulboden, meine Damen und Herren. Künstler, Schriftsteller, eine Reihe begabter Menschen sind uns verlorengegangen. Mir kam das vor wenigen Tagen erst richtig zum Bewußtsein, als ich das neueste Buch über Wien, in englischer Sprache in einem englischen Verlag erschienen, hervorragend kritisiert zum Beispiel vom „Observer“, der es ein profundes, bewegendes und unsentimentales Bild eines großen Zentrums, einer großen Zivilisation nennt, in die Hand bekam. Es ist das Buch einer Wienerin, die 1934 aus ihrer Heimat vertrieben wurde.

Das ist die alte Verlustliste. Aber diese Verlustliste setzt sich ja bis in die neueste Zeit fort. Und hier beginnt eine echte Schuld. Ich nenne einen statt vieler Namen, den Namen Professor Topitsch. Es darf uns nicht wundern, wenn wir mit unseren intellektuellen Begabungen so vorgehen, daß wir zu einer negativen Bilanz kommen, daß wir mehr abgeben, als wir jemals erhalten können. Das Ergebnis ist die wachsende Belastung unserer Hochschullehrer und die absolut unzureichende Schulung und Ausbildung unserer Studenten.

Der Herr Minister hat sich in letzter Zeit wiederholt auch auf Aufforderung und auf Anfragen über den Ausbau des akademischen „Mittelbaues“, also über die Frage des akademischen Nachwuchses, geäußert. Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Hier stehen wir vor einer echten Tragödie der Versäumnisse. Statt langer Schilderungen möchte ich Ihnen nur noch einmal anführen, was Professor Kozlik zu diesem Kapitel schreibt. Er schreibt hier:

„Um fähige Professoren auswählen zu können, soll der Kreis des Nachwuchses, aus dem man ihn wählen kann, möglichst groß sein. Man sollte möglichst viele Dozenten haben, zumal sie uns nichts kosten.“ — Der Dozent erhält ja nur seine Kolleggelder. — „Das haben wir nicht. Ende 1963 hatten wir 864 Dozenten“ — es sind seither 874 geworden — „vor dem letzten Weltkrieg hatten wir 978. An der Universität Wien gab es 1963 418 Dozenten, im Studienjahr 1934/35 aber 553 Dozenten.“ Und so weiter.

Er führt eine Reihe von Gründen an und schließt daraus, daß sehr viele gute und fähige junge Wissenschaftler es verschmähen, sich um eine Dozentur zu bewerben, oder sie

werden daran gehindert, oder sie gehen ins Ausland. Und hier ist eine der Wurzeln unseres Dilemmas.

Eine der Wurzeln ist auch, daß unsere jungen fähigen Wissenschaftler immer noch politischen Diskriminierungen ausgesetzt sind, daß man sozialistische junge Gelehrte bewußt und systematisch von unseren hohen Schulen fernhält.

Eine Tragödie der Versäumnisse ist auch unsere Lehrerfrage. Heute hören wir die Klage über den Mangel an Lehrern zum Beispiel in Niederösterreich. Jetzt haben wir einen Mangel. Aber vor einigen Jahren, da hatten wir einen Überschuß. Und man hat die jungen Menschen in andere Berufe abwandern lassen und bekommt sie nicht mehr zurück. (*Abg. Lola Solar: Was hätten wir machen sollen, Frau Kollegin?*) Vor allem, weil auch kein Sozialist angestellt wurde. Eine vorsorgende Unterrichtsverwaltungs- und Bildungspolitik hätte dafür gesorgt, daß nicht zuerst ein Überschuß und dann ein Mangel ist, sondern daß uns diese Kräfte zur Verfügung bleiben. (*Abg. Lola Solar: Wie denn?*) Das ist doch ohne weiteres zu machen, Frau Kollegin! Wir können uns jetzt nicht darüber unterhalten, aber es gibt tausend Möglichkeiten, sich den kurzfristigen Lehrerüberschuß für die Lehrtätigkeit zu wahren.

Im Bildungsbericht 1965, den der Herr Kollege Harwalik erwähnt hat, wird sehr zu Recht darauf hingewiesen, daß eine Gesamt-reform der Hochschulen notwendig ist. Es wird einiges dazu getan. Es ist das Hochschul-studiengesetz jetzt im Unterausschuß in Arbeit. Leider wird es nur eine „Kleine Reform“ der Hochschulstudien bedeuten und keine wirklich grundlegende, umfassende. Wir stellen das mit Bedauern fest. Es ist eine Novelle zum Studienbeihilfengesetz in Kürze im Unter-ausschuß in Arbeit — auf sozialistische Initiative. Es soll, wie ich höre, auch eine Novelle zum Hochschul-Organisationsgesetz bereits zur Begutachtung ausgesendet worden sein. Wir wissen es vorläufig noch nicht. Der Herr Minister ist wiederholt bei der Besprechung des Kulturbudgets mit den sehr wesentlichen und wichtigen Forderungen unserer Bundes-länder nach dem Ausbau oder der Neuer-richtung von Hochschulen konfrontiert worden. Es werden die einzelnen Kollegen der betroffe-nen Bundesländer zu diesen Problemen sicherlich noch Stellung nehmen. Ich möchte nur ganz allgemein darauf hinweisen, daß das ein außerordentlich wichtiges Problem ist, denn wir alle wissen ja, daß Begabtenreserven nur dann herausgeholt werden können, wenn auch die entsprechenden Schulen bereitgestellt sind.

Dr. Hertha Firnberg

Ich möchte, weil der Herr Kollege Dr. Leitner über die Begabtenreserve gesprochen hat, die in unserer Landbevölkerung steckt, doch auch noch einmal darauf hinweisen, und zwar mit großem Nachdruck, daß wir das gleiche Bildungsgefälle, daß wir die gleiche Reserve an Begabungen auch noch in unseren Arbeiterbezirken, auch in den größeren Städten haben. Favoriten zum Beispiel, der Bezirk, in dem ich zu Hause bin, hat als großer Bezirk, so groß wie eine Großstadt sonst, eine Mittelschule für Knaben, eine für Mädchen, nicht mehr. Wir stehen verzweifelt vor der Tatsache, daß die Eltern ihre Kinder in die Schule schicken wollen und kein Platz mehr in der Mittelschule ist.

Salzburg, Linz, Innsbruck haben die Universitäten, die Hochschulen, sie haben Wünsche auf Erweiterungen, auf Aufbau neuer Fakultäten, Klagenfurt hat den berechtigten Wunsch nach einer eigenen Hochschule. Es ist selbstverständlich: jede Hochschule wünscht ihren Ausbau und Aufbau. Das ist absolut begreiflich. Aber nach welcher Methode wird hier entschieden, was aufgebaut werden soll, was ausgebaut werden soll? Salzburg wünscht sich eine medizinische Fakultät, Linz, wie ich höre, eine juristische. Nach welcher Methode, nach welchen Grundsätzen wird denn hier entschieden werden, was ausgebaut wird? Wird das ein Tauziehen werden oder eine Frage der besseren Beziehungen, wird es wieder ein Fleckerlteppich werden auch auf dem Gebiet der Universitäten?

Hier steckt, wie ich glaube, der Kern allen Übels in der ganzen Gestaltung des Unterrichtsministeriums. Der Bildungsbericht, der uns vom Unterrichtsministerium vorgelegt ist, sagt nachdrücklich und ausdrücklich — und ich zitiere hier den Bildungsbericht —, daß kein fundierter Plan für die Entwicklung des Hochschulwesens vorhanden ist. Kein fundierter Plan! Es ist bisher noch nicht gelungen, einen fundierten Plan für die Entwicklung des Hochschulwesens auszuarbeiten! Grund? Es fehlt an dem notwendigen Apparat. (Abg. Dr. Gorback: *An was?*) „...an dem notwendigen Apparat“ steht hier. Das ist ein Grund, daß in 20 Jahren kein Konzept für die Entwicklung unserer Hochschulen ausgearbeitet wurde, daß wir heute dort sind, wo andere Länder vor 10 und vor 15 Jahren gewesen sind! (Abg. Dr. Kummer: *Worin liegt der Grund Ihrer Meinung nach, wenn das nicht stimmt?*) Das steht hier. (Abg. Dr. Kummer: *Ja, ich meine: Was ist jetzt Ihre Meinung?*) Was meine Meinung ist? Daß man schon längst ein umfassendes Hochschulkonzept hätte ausarbeiten müssen. (Abg. Probst: *Der Unterrichtsminister ist doch kein*

Mechaniker! Er soll es vorlegen!) Das ist doch eine Angelegenheit des Unterrichtsministeriums. Es ist doch unmöglich, daß man uns hier sagt, daß es seit 1945 (*Zwischenruf der Abg. Lola Solar*) dem Unterrichtsministerium nicht gelungen ist, für diese lebenswichtige Frage einen Plan auszuarbeiten! (Abg. Probst: *Er sagt nicht einmal welcher Apparat! Einen Gehapparat braucht der Herr Minister, ein paar geistige Prothesen!*) Er meint den notwendigen wissenschaftlichen Apparat. Aber es ist doch in 20 Jahren dem Minister und dem Ministerium offengestanden, diesen Plan, diesen „Apparat“ sich zu entwickeln. (Abg. Herta Winkler: *Er hat keinen automatischen Apparat!*) Es scheint, daß man also hier keine andere ... (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Probst. — Ruf bei der ÖVP: Es fehlten die Mittel!*) Auch wenn die Mittel fehlen: zuerst muß man das Konzept ausarbeiten, sonst wird das ein Stopfen von Lücken, ein Flickwerk werden, das weiß jedes andere Land in Europa. Wir sind eines der wenigen, das sein Hochschulkonzept jetzt zu entwickeln beginnt. (Abg. Probst: *Er kann es nicht ausarbeiten, weil er „keinen Apparat“ hat! So eine Ausrede von einem Minister!*) Es scheint, daß man im Ministerium keine andere Methode gekannt hat, als Fragen an Professoren und Hochschulen zu richten, die, völlig mit Recht natürlich, alles angemeldet haben, was ihren Bedürfnissen entspricht, und das Ergebnis war — und ich zitiere hier auch nach dem Bildungsbericht — eine subjektiv gefärbte Summierung der Wünsche der Hochschulprofessoren. Das war die Unterlage. Es kommt mir fast vor wie in der Dreigroschenoper. Der Mann macht einen Plan, der Plan geht ihm nicht aus, dann macht er einen anderen Plan, und so weiter. (Abg. Probst: *Gehn tun sie beide nicht!*) Und wenn man hier das Kapitel „Planung“ liest, dann kann man daraus nur ablesen, daß geplant ist, einen Plan zu machen. Das ist also vorläufig die Stufe, auf der unser Hochschulkonzept steht.

Wenn vor einigen Tagen unser Abgeordneter Dr. Pittermann hier zum ganzen Budget erklärt hat, daß es eine Mischung von Ordnung und Oberflächlichkeit ist, so muß ich sagen: Genau das ist es, was die Entwicklung des Hochschulwesens hier kennzeichnet. Es ist Zeit, es ist allerhöchste Zeit! Wir werden sehr unbequem werden in der Forderung danach, daß uns endlich ein fundiertes und ein überzeugendes Hochschulkonzept vorgelegt wird, das den Aus- und Aufbau der Hochschulen klar und eindeutig, in Absprache mit den Ländern und den Hochschulen über den geeigneten Standort, nach den Prognosen für unseren Bedarf, nach all den Momenten

Dr. Hertha Firnberg

und Faktoren orientiert und sie berücksichtigend aufbaut, damit wir abseits von dem bisherigen traditionellen Aufbau ein echtes Hochschulkonzept nicht nur vorlegen, sondern auch durchführen können.

Ich darf vielleicht gleich auf einen Umstand noch aufmerksam machen. Diese Koordination, die viele Faktoren umfaßt, sollte auch auf den Ausbau der hohen Schulen und Forschungsstätten in ganz Europa Bedacht nehmen. Der Europarat beschäftigt sich jetzt sehr viel mit Überlegungen, die darauf abzielen, in den einzelnen Ländern und Universitäten gewisse Forschungsschwerpunkte festzulegen, und wir sollten hier den Anschluß nicht versäumen.

Man muß auch — und auch das ist eine Forderung, die ganz eindeutig und unabdingbar ist — endlich die Größenordnung deklarieren. Wir können uns nicht mit Schätzungen begnügen, die dann erklären: Die dürfte stimmen!, oder: Jene dürfte stimmen! Wir brauchen eine ganz eindeutige Größenordnung, nicht Schönfärberei, wie wir sie in den Berichten hier haben.

Wenn der Herr Kollege Harwalik in seinen Ausführungen darauf hingewiesen hat, daß die Schweizer auch vor großen Problemen stehen und daß man in anderen Ländern sozusagen auch mit kleinen Geschirren kochen muß, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Schweizer schon seit einigen Jahren eine Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung haben, die Labhardt-Kommission, die diesen Finanzierungsbedarf bis 1975 ganz eindeutig berechnet hat. Sie erklärt, daß die Schweiz ihre Hochschulausgaben zwischen 1962 und 1975 von 212 Millionen auf 1 Milliarde Francs steigern wird. Sie hält diese Steigerung für durchaus tragbar. (*Abg. Kranebitter: Die Schweiz wurde von zwei Weltkriegen verschont!*) Natürlich — das ist uns auch klar —: Ein ernstlicher Ausbau unserer Hochschulen, wie es notwendig ist und wie wir es brauchen, wird Opfer und Verzicht für viele berechtigte Forderungen bedeuten. Für Zukunftsinvestitionen der Bildung werden wir auf Konsum-, auf andere Forderungen unserer Bevölkerung verzichten müssen. Damit aber dieser Verzicht der Öffentlichkeit zustande kommen kann, dazu bedarf es absoluter Zustimmung und Information der breiten Öffentlichkeit. Es geht nicht an, daß man sagt, wie wir hier in der „Hochschulzeitung“ lesen können: Es weiß jedes Kind, daß Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung von der Forschung abhängig sind. — Das weiß nicht jedes Kind! Das muß man den Kindern und den Erwachsenen erst sehr deutlich machen.

Was die Öffentlichkeit von unseren hohen Schulen sehr viel mehr weiß, das sind die unerquicklichen Tatsachen. Meine Kollegin Dr. Stella Klein-Löw hat heute schon darauf hingewiesen: die Öffentlichkeit weiß die Fälle Borodajkewycz und was sich rund um sie abspielt. Eine Mischung von berechtigtem Mißtrauen und Ablehnung erfüllt nach solchen Vorkommnissen unsere Bevölkerung gegen die Hochschulen. (*Abg. Dr. Kummer: Übertreiben Sie nicht!*) Ich muß auch hier sagen: Daß dieses Mißtrauen noch lebt, dazu hat unser Herr Minister auch einige Schuld beigetragen, nachdem es so lange gedauert hat, bis dieser Fall endlich ordnungsgemäß erledigt wurde.

Diese Zustimmung der Bevölkerung, der Öffentlichkeit zu hohen Aufwendungen für Bildungsaufgaben, für die Universitäten, für den Ausbau der Hochschulen ist unabdingbar. Das hat unser Bundespräsident Renner immer wieder betont. Das hat er auch den Wissenschaftlern mitgeteilt. Der letzte Bericht des Rates für Wirtschaftspolitik in dem Vereinigten Königreich, in England, betont sehr nachdrücklich, daß eine der ersten Voraussetzungen dafür, daß eine echte Bildungspolitik gelingen kann, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft ist als eine notwendige, eine wünschenswerte und eine well managed Investition für die Zukunft.

Die Hochschulen und die Wissenschaft und die Forschung und die Kultur sind ein Anliegen des ganzen Volkes, und man sollte weniger von „Eliten“ sprechen und weniger betonen, daß unsere Hochschüler die Intelligenz des Volkes darstellen, als die sie sich selber so gern bezeichnen, erst kürzlich in der Fernsehsendung wieder. Man sollte mehr betonen, daß sich unsere jungen Akademiker, unsere kommenden Akademiker, unsere Studenten der Verantwortung bewußt sind, die sie vor dem ganzen Volk haben. Unsere Wissenschaft sollte sich weniger in Enklaven zurückziehen, sie sollte weniger betonen, daß sie nur allein zu entscheiden hat über Wissenschaft und Hochschulfragen und -aufgaben.

Wir spüren diese Tendenz leider immer wieder, zum Beispiel in dem letzten Studiengesetz: In der Ausschaltung der Prüfer, die nicht in irgendeiner Form dem akademischen Lehrkörper angehören, oder in der Stellungnahme zum Forschungsratgesetz, das wir initiativ vorgelegt haben. Dieses Gesetz für einen Forschungsrat als öffentliche Körperschaft ist ja nicht gegen, sondern für die Forschung, für die Wissenschaft, in ihrem Interesse vorgelegt worden. Nicht gegen die Wissenschaft: mit der Wissenschaft wollen wir arbeiten! Ich möchte daher einen sehr

Dr. Hertha Firnberg

ernsten Appell auch an unsere Wissenschaftler richten und an alle, die es werden wollen, und das ist ja letzten Endes ein Teil unserer Studenten: Nicht die Separation, sondern die volle Integration mit dem Volk (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) wird ihre Anliegen unterstützen.

Niemand von uns will die Autonomie der Hochschulen angreifen, und wir haben allen Respekt vor der Lehr- und Lernfreiheit an den hohen Schulen. Die Freiheit des Geistes ist für uns Sozialisten ja immer eines der Grundrechte der Demokratie gewesen. Aber die Freiheit der Lehre und die Autonomie der Hochschulen kann keine Schanze sein, hinter der sich der Ungeist des Nazismus, der Ungeist der Untoleranz verbirgt. Große Gelehrte haben einst im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung vor dem Volk ihr Bemühen der Bildung des Volkes gewidmet, und der Respekt des Volkes und mehr: die Liebe und die Dankbarkeit haben es ihnen gelohnt. Und wir meinen, daß das eine echte akademische österreichische Tradition ist, wie es eine sozialistische Tradition ist, den Kontakt mit den Wissenschaftlern zu halten.

Wir Sozialisten glauben, daß es mehr denn je notwendig ist, eine unabdingbare Forderung der Zukunft, eine echte Partnerschaft zwischen Wissenschaftler, Parlamentarier und damit dem Volk zu haben.

Wir können der Auffassung nicht beistimmen, die hier im Bildungsbericht zum Ausdruck kommt, wo geschrieben wird, daß am Standard der Ausbildung der österreichischen Hochschulen, an den Kenntnissen, die ein Absolvent dieser Hochschule aufweist, nicht nur die Hochschule selbst interessiert ist, sondern ebenso die Exponenten von Staat — Unterrichtsverwaltung, Gesetzgeber und Wirtschaft, in Klammer: Kammer.

Dieser Meinung sind wir nicht. Wir sind der Meinung, daß am Standard der Ausbildung an den Universitäten das ganze Volk interessiert ist. Das ist unsere Meinung, denn Bildungspolitik hat mehr als alles andere wirklich eine Politik für alle Österreicher zu sein, nicht für kleine Gruppen, die sich Privilegien arrogieren.

Wir möchten mit allem Nachdruck betonen, daß wir dafür Sorge tragen werden, Sorge tragen auch dafür, daß der Geist unserer Hochschulen der sein wird, der im Hochschulstudiengesetz als Ziel ausgedrückt wird: Lehr- und Lernfreiheit — Freiheit des Geistes also —, geistiger Wettbewerb, Toleranz, Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie, gegenüber der Republik. Aus diesem Grunde und bestimmt durch die Sorge um unseren Nachwuchs an den Hochschulen möchte ich Ihnen namens meiner

Partei einen Entschließungsantrag vorlegen, der die Lehrfreiheit an den österreichischen Hochschulen betrifft.

In allen Phasen der Geschichte der Republik Österreich ist es vorgekommen, daß österreichische Hochschullehrer, unbeschadet ihrer hohen fachlichen Qualitäten, aus politischen oder weltanschaulichen Gründen zurückgesetzt und diskriminiert wurden. Es gilt, dies unter allen Umständen im Interesse der Lehrfreiheit und der Schaffung eines freien geistigen Wettbewerbes an den österreichischen Hochschulen zu verhindern.

Wir stellen daher den

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den Grundsatz der Lehr- und Lernfreiheit aufrechtzuerhalten und an den österreichischen Hochschulen einen freien geistigen Wettbewerb möglichst vieler Lehrmeinungen zu sichern;

er wird weiters aufgefordert, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten darauf zu achten, daß bei der Ernennung von Hochschullehrern nur ihre fachlichen und wissenschaftlichen Qualitäten, nicht aber ihre politische oder weltanschauliche Einstellung zählen, sofern sie auf dem Boden der demokratischen Republik stehen.

Er wird schließlich im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten aufgefordert, im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 31. März 1965 dafür Sorge zu tragen, daß die österreichischen Hochschulen von anti-österreichischen, antisemitischen und antidemokratischen Elementen freigehalten werden.

Wenn wir das an unseren Hochschulen erreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann werden die Hochschulen ein Anliegen unseres ganzen Volkes sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kummer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kummer (ÖVP): Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Dr. Firnberg wäre sehr viel zu sagen. Wir bleiben aber dabei — wie schon Kollege Harwalik ausgeführt hat —, daß wir alle diese Probleme der Hochschulen hier noch sehr reichlich diskutieren werden,

Dr. Kummer

wenn das Hochschulstudiengesetz zur Diskussion steht.

Aber, Kollegin Firnberg, ich muß doch auf einige Ihrer Behauptungen etwas näher eingehen.

Erstens einmal sprachen Sie vom Bildungsdefizit, von der Not an den Hochschulen. Das ist bekannt, das ist seit langem bekannt. Aber, Kollegin Firnberg, das ist nicht allein ein österreichisches Problem, das ist ein europäisches Problem. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das habe ich ja gesagt!*) Anfang Juli wird sich eine internationale Tagung in Dortmund, zu der Vertreter aus fast allen europäischen Ländern kommen werden, mit diesen Fragen beschäftigen. Also kann man durchaus nicht daraus dem Herrn Unterrichtsminister einen Vorwurf machen.

Der zweite Vorwurf, den Sie dem Herrn Unterrichtsminister machten, war der, daß er hätte voraussehen müssen, daß die Zahl der Hochschüler steigt. Man müsse daher entsprechende Vorrangungen treffen. Das ist sehr einfach. Aber bekanntlich steigt die Zahl der Hochschüler und ist die Zahl der Hochschüler sehr rasch und sehr plötzlich gestiegen, und zwar in einer Zeit, in der man das noch nicht voraussehen konnte. Selbst für den Fall, daß man das hätte voraussehen können, muß man sagen: Die Zahl der Hochschüler steigt eben schneller, als in der gleichen Zeit entsprechende Gebäude hätten gebaut werden können. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Sie sagten, die ganze Bevölkerung habe ein Mißtrauen gegen unsere Hochschulen. Ich glaube, wegen dieses einen Mannes kann man das nicht sagen. Wir sind uns darüber vollkommen einig, daß hierüber entschieden wurde. Damit sollte dieser Fall erledigt sein. Ich will den betreffenden Namen hier gar nicht aussprechen, weil der Mann es gar nicht verdient, daß man ihn noch nennt. Das ist meine Meinung, das ist unsere Meinung. Der Fall ist erledigt, es gibt keinen zweiten Fall mehr, und es wird auch keinen geben. Aber daß man daraus ableitet, daß die ganze Bevölkerung Mißtrauen hat, geht doch zu weit. Warum schicken denn (*zur SPÖ schauend*) Ihre Eltern ihre Kinder an die hohen Schulen, um sie studieren zu lassen, wenn dieses Mißtrauen, das Sie hier behaupten, vorliegt? (*Abg. Gertrude Wondrack: Wohin sollten sie sie denn sonst schicken?* — *Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wenn man so viel gesehen hat, muß man auch Mißtrauen haben!*)

Kollegin Firnberg! Das nächste: Es kann doch hier in diesem Hause niemand abstreiten, daß in diesem Budget gerade das Kapitel Unterricht besonders bedacht worden ist. Darüber gibt es doch keinen Streit, und selbst

hier sagen Sie, das sei zuwenig. Ich glaube, wenn der Herr Unterrichtsminister noch einige Millionen oder vielleicht Milliarden eingesetzt hätte, hätten Sie wahrscheinlich auch behauptet, das sei noch zuwenig. Also Kollegin Firnberg, so kann man, wie ich glaube, die Dinge nicht behandeln. Ich möchte nochmals sagen: Wir werden zu gegebener Zeit noch sehr eingehend über diese Fragen zu sprechen haben.

Ich wollte mich mit einem ganz anderen Kapitel beschäftigen: mit unseren Bundestheatern, und dann möchte ich auch noch etwas über den Kulturfilm sagen.

Über der Bühne eines Wiener Theaters steht das Zitat:

Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben. — Sie sinkt mit euch! Mit euch wird sie sich heben!

Dieser Spruch gilt besonders für unsere Bundestheater, auf die wir Österreicher wohl sehr stolz sein können. Es wird zwar immer wieder über das Defizit unserer Bundestheater geklagt, doch ergibt ein Vergleich des Bundesvoranschlages 1965 mit dem Entwurf des Bundesvoranschlages 1966 bei den Ausgaben und Einnahmen folgendes Bild:

Während die Ausgaben im Jahre 1965 372,926.000 S, die Einnahmen 92 Millionen betragen — demnach beträgt der Abgang 280,926.000 S —, betragen die Ausgaben nach dem Entwurf des Bundesvoranschlages 1966 378,222.000 S, die Einnahmen 108,5 Millionen, demnach ergibt sich ein Abgang von 269,722.000 S, also immerhin um 11,204.000 S weniger als in den Vorjahren. Ich glaube, daß diese Zahlen doch sehr zu beachten sind.

Wie sieht aber die Situation in unseren Staatstheatern aus? Zunächst zur Situation an der Staatsoper. Wir erinnern uns noch sehr genau an die Debatte, die auch im Finanz- und Budgetausschuß über Herbert von Karajan, als er noch die Oper leitete, geführt wurde. Nach dem Abgang Herbert von Karajans wurde von seinen Anhängern immer wieder behauptet, daß bald nicht mehr der Vorhang in der Staatsoper aufgehen werde. Was ist seit dem Abgang Karajans geschehen? Worin besteht also der Unterschied zwischen der damaligen Zeit und heute? Er besteht vor allem darin, daß die Wiener Staatsoper im Gegensatz zu einer Person, die Karajan hieß, heute vom Idealismus aller Künstler getragen wird, die in diesem Hause zu tun haben, aber nicht nur vom Idealismus der Künstler, sondern auch von jenem der Verwaltung und des technischen Personals. Man befürchtete, daß sich kaum mehr ein prominenter Künstler für ein Engagement an der Staatsoper finden würde.

Dr. Kummer

Mögen vielleicht nach dem Abgang Karajans anfangs Schwierigkeiten aufgetreten sein, die aber ihre Ursache gerade in seiner Person hatten, so waren sie bald behoben. Ich glaube, das ist der große Erfolg, den wir anerkennen müssen. Ich glaube, die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers war damals richtig. Der Betrieb der Wiener Staatsoper wird heute nach eigenen Ideen geführt, das Unternehmen ist nicht mehr nur auf einer Person aufgebaut.

Wir müssen heute leider feststellen, daß uns Karajan bis zu einem gewissen Grad ein Chaos hinterlassen hat. Es brauchte eben einige Zeit, bis wieder Ordnung in das Haus auf dem Ring eingezogen ist. Es gibt wieder eine Planung auf lange Sicht, es hat sich als unrichtig herausgestellt, daß berühmte Sänger der Oper fernbleiben. Heute sieht man es wieder als eine Ehre an, an der Wiener Staatsoper engagiert zu werden. Es hat sich ebenfalls als richtig herausgestellt, daß unter Karajan eben nur eine persönliche Politik, nämlich nur seine Politik betrieben wurde. (Abg. Rosa Weber: Solange wir das gesagt haben, war es nicht wahr! Jetzt auf einmal!)

Ich habe hier eine ganz interessante Aufstellung: zum Beispiel die Dirigenten in der Saison 1962/63: Damals dirigierten Karajan 27mal, Krips 5 mal, der bekannte Dirigent Böhm überhaupt nicht. In der Saison 1965/66, also als Karajan nicht mehr Direktor war, dirigierte Böhm 22mal, Krips 44mal und Quadri 27mal, also jedenfalls berühmte Kapellmeister. Ich könnte diese Liste noch vervollständigen. (Abg. Dr. van Tongel: So etwas habe ich noch nicht erlebt in diesem Haus! So sieht der ÖAAB die Wiener Staatsoper! Das ist einfach lächerlich!)

Jetzt kommt man nicht nach Wien, weil Karajan Direktor ist, sondern wegen der Wiener Staatsoper. Karajan als Künstler mag unbestritten sein, und er wird in Wien als Dirigent immer herzlich willkommen sein, aber als Direktor wollen wir ihn nicht sehen. (Abg. Dr. van Tongel: Den Kummer wird er fragen! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: Warum haben Sie einen solchen Gram?)

Meine Damen und Herren! Die Staatsoper hat auch für zwei und mehr Besetzungen der einzelnen Rollen vorgesorgt. Es wird jetzt sparsamer mit dem Sachmaterial umgegangen, der Luxus hat sich aufgehört. (Abg. Konir: Habt Ihr damals nicht den Unterrichtsminister gehabt? Waren da wir verantwortlich?) Herr Kollege Konir! Sie oder Ihre Fraktion haben doch selber damals so energisch gegen Karajan Stellung genommen. Ich will damit nur bestätigen, daß die Maßnahmen, die damals vom Herrn Unterrichtsminister getroffen wurden sind, richtig waren. (Abg. Konir: Drim-

mel war das! Ihr redet doch gegen euch! — Abg. Rosa Weber: Seid Ihr in der Opposition?)

Ich möchte nicht verhehlen, daß es sich vielleicht gerade aus dem Budget ergibt, daß noch immer da und dort gespart werden kann. Ich möchte eindringlich den Herrn Unterrichtsminister bitten, darauf zu sehen, daß gespart wird, und vor allem zu überlegen, wo noch gespart werden könnte. Das hängt auch mit der Autonomie der Direktionen zusammen. Man muß das richtige Mittelmaß zwischen der Bundestheaterverwaltung und den Direktionen finden. (Abg. Dr. van Tongel: „Mittelmaß“ ist der richtige Ausdruck!) In künstlerischer Hinsicht sollte die Autonomie bei den Direktionen liegen, aber in verwaltungsmäßiger und kaufmännischer Hinsicht muß das Schwergewicht vor allem bei der Bundestheaterverwaltung liegen, denn das war ja letzten Endes auch die Ursache der Misere Karajan, und schließlich kommt es ja letzten Endes bei allem auch auf die Person an.

Ich habe eine andere ernste Sorge, die unser Staatsopernorchester betrifft. Unserem Staatsopernorchester fehlt es an Nachwuchs, besonders — sagt man, ich bin kein Fachmann — fehlt es an Streichern. (Abg. Rosa Weber: Am 6. März hat es viele Streicher gegeben!) Ich will nicht behaupten, daß die Ursache allein in der schlechten Dotierung liegt, aber es ist nicht zu vertreten, daß unsere Philharmoniker — sie bedeuten für Österreich ein Juwel, das wir hüten müssen! — heute unter allen Orchestern an dritter Stelle in der Dotierung liegen. Man müßte auch mit unseren Musikakademien in Verhandlung treten, um vielleicht bestimmte Instrumentalisten heranzubilden.

Meine Damen und Herren! Was haben die Philharmoniker, die die österreichische Musik in die ganze Welt getragen haben, für Österreich geleistet! Im März des nächsten Jahres feiern die Philharmoniker das 125. Jubiläum ihres Bestehens. Herr Minister! Ich habe in diesem Zusammenhang folgende Bitte: Geben Sie aus Anlaß dieses Ereignisses den Philharmonikern wieder ihren ursprünglichen Rang zurück! Ich glaube, dies wäre am Platze; denn gerade der Idealismus, der dieses Staatsopernorchester beherrscht, war es, der sie in ihrer Dotierung zurückbleiben ließ. Ich glaube, der Einwand, daß sie pensionsberechtigt sind, während andere diese Pensionsberechtigung nicht haben, trifft nicht zu, denn sie standen einmal unter den gleichen Bedingungen an erster Stelle. Auch damals hatten sie Anspruch auf Pension. Aber noch nie standen sie an dritter Stelle. Dieses Orchester hat zweifellos, ohne die Verdienste anderer Orchester schmälern zu wollen, die

Dr. Kummer

höchste Qualifikationsstufe auf dem staatlichen Kunstsektor erreicht und muß diese Stufe weiterbehalten.

Unsere Staatsoper ist das erste Weltinstitut, worauf wir stolz sind. Ich glaube, es rentiert sich, daß wir alle das Defizit, das uns leider auferlegt ist, tragen. Das ist nicht allein meine Meinung, sondern ich berufe mich dabei auf namhafte Theaterkritiker, die wahrscheinlich sehr viel in der Welt herumgekommen sind. Deshalb muß auch für den Nachwuchs dieses Orchesters gesorgt werden, gleichzeitig mit einer besseren Dotierung.

Eine Kritik an unserer Oper geht dahin, daß vielleicht zuwenig moderne Opern aufgeführt werden. Ich bin auf dem Gebiet kein Fachmann, aber ich glaube, es gibt vielleicht zuwenig moderne Opern, die aufführbar wären. Aber jedenfalls wird das behauptet.

Ein Sorgenkind ist die Volksoper — ich glaube, die Frau Hofrat Stella Klein-Löw hat sich auch mit der Frage beschäftigt —, und zwar vor allem wegen des ungedeckten Abgangs. Die Volksoper ist ein Zwitterding zwischen einer Oper und einem Operettentheater. Man mag zur Operette heute stehen, wie man will, eines ist sicher, daß sie sich schlecht verkaufen läßt. Man sollte doch versuchen, rasch aus dieser schlechten Situation herauszukommen, in der sich gerade unsere Volksoper befindet.

Meine Damen und Herren! So erfreulich derzeit die Situation in der Staatsoper ist, so wenig erfreulich ist sie im Burgtheater. Während in der Staatsoper eine Planung auf sehr lange Zeit besteht, ist dies im Burgtheater nicht der Fall. Man wird mir einwenden: Es gibt doch einen Spielplan auf längere Zeit. Das stimmt, aber man hört immer wieder Klagen, daß die geplanten Stücke nicht kommen, sodaß es nur wenig Premieren gibt. Man soll sich nicht auf die Budgetsituation ausreden. Sie allein ist nicht schuld, sondern die Schuld trägt diese Planlosigkeit. Ich glaube, auch im Burgtheater kann es noch zu Ersparungen kommen. Auch dafür sollte gesorgt werden. Zum Beispiel gibt es für die Bühne kostspielige Ausstattungen, die nicht notwendig wären, oder Ausstattungen für die Garderoben. Hier könnte noch manches gespart werden.

Geklagt wird auch darüber, daß neue Dichter wenig gefördert werden. Auch dieses Problem hängt mit dem Budget nicht zusammen und muß andere Ursachen haben. Es wird auch gesagt, daß der Spielplan des Burgtheaters phantasielos sei und wenig Abwechslung biete.

Ein besonderes Problem dieses Theaters ist die Urlaubsregelung. Man muß sich wirklich die Frage vorlegen: Haben wir es noch mit unserem alten Burgtheater zu tun, nämlich mit dem Ensembletheater, ist es noch das Burgtheater einer Hedwig Bleibtreu, eines Otto Treßler, einer Else Wohlgemuth, eines Georg Reimers, eines Hugo Thimig, eines Raoul Aslan, um nur einige dieser Heroen zu nennen? Oder ist das Burgtheater bereits ein Gastspieltheater geworden, nach der einen oder anderen Seite hin?

Im Burgtheater sind bereits Starallüren eingerissen, die es früher nicht gegeben hat. Kritikenprotektionen machen sich leider ebenfalls bemerkbar — so hört man, so wird erzählt. Es gibt Künstler, die fast überhaupt nie im Burgtheater zu sehen sind, weil sie ständig auswärts beschäftigt sind. Dagegen gibt es Künstler, die wenig oder überhaupt nicht beschäftigt werden. Wo bleibt da die Bestimmung unseres Schauspielergesetzes, das Recht auf Beschäftigung?

Ich muß feststellen, daß es im Gegensatz zur Staatsoper wenig Planung und Vorsorge im Burgtheater gibt. Man kann nur hoffen, daß sich diese Situation in Bälde ändern wird.

Unsere Staatstheater sind ein Schatz, den wir hüten und pflegen müssen. Wir müssen aber auch für sie Opfer bringen.

Meine Damen und Herren! Noch einiges zum Kulturfilm. Österreich braucht den kulturellen Film schlechthin als Propagandamittel von unvergleichbarer Breitenwirkung. Zum Beispiel hatte das Grillparzerstück „Ein Bruderzwist in Habsburg“ in Deutschland eine Grillparzer-Begeisterung hervorgerufen, wie das noch nie der Fall war. Das war doch ein Erfolg für Österreich. Dasselbe gilt für die Bühnenfilme „Der Nachfolger“, „Der Verschwender“, denn 15 Millionen Zuseher haben diese Stücke pro Abend gesehen.

Für die Förderung dieser Filme stehen aber nur Kredite des Unterrichtsministeriums zur Verfügung im Gegensatz zu anderen Kulturgattungen, für welche auch Länder und Gemeinden beitragen. Diese Filme werden nachweislich in 90 Staaten der Erde aufgeführt und haben damit eine ungeheure Propagandawirkung für Österreich.

Meine Damen und Herren! Der Jugend in Not kann durch Polizeimaßnahmen gegen schlechte Filme allein nicht geholfen werden. Es müssen noch mehr gute Jugendfilme erzeugt werden. Dazu braucht man aber Geld. Derzeit fehlen für die Förderung von Kulturfilmern 2 Millionen Schilling, für künstlerische Spielfilme 3 Millionen und für Bühnenfilme 2 Millionen Schilling. (Abg. Dr. van

Dr. Kummer

Tongel: Dafür haben wir ja die Stadthallen-film-AG! Da werden künstlerisch hochwertige Filme erzeugt!) Wir müssen dazu kommen, daß dem Unterrichtsministerium zu diesem Zweck, zur Erfüllung eines jährlichen Programms guter Jugendfilme die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn Österreich braucht, um es noch einmal zu sagen, den kulturellen Film als ein sehr wirk-sames Kulturpropagandamittel.

Eines noch zu diesem Kapitel: Es sollte ein Institut für Bild und Ton in Unterricht, Wissenschaft und Kunst gegründet werden.

Meine Damen und Herren! Neben diesen kulturell bedeutenden Filmen muß es auch gelingen, in die allgemeine Filmproduktion einzusteigen. Österreich muß einmal daran gehen, sich auch hier einzuschalten. Ich weiß schon, daß wir nicht mit amerikanischen, deutschen und anderen Filmproduktionen konkurrieren können, aber es müßte Österreich gelingen, doch auch in der allgemeinen Filmproduktion eine größere Rolle zu spielen, als dies heute der Fall ist. Ich weiß, daß auch dabei die Hauptfrage wieder das Geld ist. Es muß aber gelingen, auch diese Mittel aufzubringen, wenn man sich auf bestimmte Projekte konzentriert, wie das ja schon geschehen ist. Ich könnte hier eine Reihe von Filmen aufzählen, die ein Beispiel dafür wären und die nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland großen Erfolg hatten und mit einem verhältnismäßig geringen Aufwand mit österreichischen Produzenten, mit österreichischen Schauspielern und auch mit österreichischem Geld hergestellt werden könnten.

Meine Damen und Herren! Österreichische Musik, Oper, Operette, Theater, aber auch der Film gehören zusammen, gehören zur österreichischen Kultur. Wir haben auf diesen Gebieten große Erfolge zu verzeichnen, besonders auf dem Gebiet der Oper, der Operette und des Theaters. Hüten wir dieses Erbe, es ist Österreichs wesentlicher Bestandteil, sein Kulturgut, das es mit Stolz in alle Welt tragen kann. Mozart, Strauß, Grillparzer, Schönherz, Wildgans, Hofmannsthal, Ginzkey, Waggerl und wie sie alle heißen, um nur einige zu nennen, sie alle sind die Garanten, daß Österreichs Kulturanteil in Europa nicht nur gesichert ist, sondern auch in Zukunft gesichert bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß der Entschließungsantrag der Frau Abgeordneten Dr. Firnberg und Genossen, betreffend Lehrfreiheit an den österreichischen Hochschulen, der bereits verlesen, aber erst nachträglich vorgelegt wurde, genügend unterstützt ist und daher in Verhandlung steht.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kleiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kleiner (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Meine Fraktionskollegin Frau Dr. Firnberg hat in fundierten Worten dargelegt, in welchem Zustand sich die österreichische Wissenschaft und vor allem das österreichische Hochschulwesen befindet, und ist zu der Feststellung gelangt, daß der Kern des Übels in einem völligen Mangel an Planung gelegen ist. Herr Dr. Kummer hat sich mit ein paar Worten bemüht, das zu bestreiten, nämlich mit der Behauptung, daß man das Anwachsen der Studentenzahl — um auf diese eine Seite des Problems zu sprechen zu kommen — nicht voraussehen konnte, sondern daß das plötzlich über die österreichische Hochschulverwaltung hereingebrochen ist. Das würde bedeuten, Herr Dr. Kummer, daß plötzlich zirka 20.000 Studenten neu angefallen wären, und man wußte nicht woher. (*Abg. Dr. Kummer: Sie sind plötzlich angefallen!*) Aber im Studienjahr 1956/57 hat die Zahl der an den österreichischen Hochschulen inskribierten Hochschüler 16.700 betragen, und man konnte angesichts der Zahlen bei den Geburtenjahrgängen sicherlich für die nächsten zehn Jahre vorausschätzen, wie sich die Hörerzahl an den Hochschulen entwickeln wird. (*Abg. Dr. J. Gruber: Aber die Arbeitsämter haben keine Vorstellung davon gehabt und haben gegenteilige Prognosen gegeben!*) Das weiß ich nicht. (*Abg. Rosa Weber: Das stimmt nicht!* — *Abg. Dr. Kummer: Viel zu spät, Sie wissen genau, wann eine Statistik veröffentlicht wird!*) Statistiker haben darüber eine Aussage gemacht.

Meine Damen und Herren! Voraussetzung der Planungen ist immer, daß man die Dinge, um die es sich handelt, in ihrer kommenden Entwicklung kennt und darauf seinen Plan aufbaut. Wenn ich im Jahre 1956 weiß, daß die Zahl der Hochschüler in zehn Jahren, also im Studienjahr 1965/66, ungefähr 40.000 betragen wird, dann kann ich auf diese wahrscheinlich eintretende Tatsache meinen Plan aufbauen. Aber darum hat sich niemand gekümmert, Herr Dr. Kummer.

Die Universitäten und vor allem die technischen Hochschulen sind auch schon 1956/57 übervoll gewesen, Hörsäle und Institute haben nicht mehr ausgereicht, die Studenten aufzunehmen. Trotzdem hat man von der Unterrichtsverwaltung her die technischen Hochschulen nicht zur Ordnung gerufen, als beispielsweise angesichts der Erörterung von Hochschulplänen in Linz, und zwar gerichtet auf eine technische Hochschule, die technischen Hochschulen in Wien und in Graz in kur-

Dr. Kleiner

sichtiger Einstellung gesagt haben, eine solche Hochschulgründung könne nicht in Frage kommen. Damals schon hätte sich die Unterrichtsverwaltung dazwischenstellen und sagen müssen, daß diese Überfüllung der Hochschulen weitergehen wird und man einer solchen Engherzigkeit angesichts der Bestrebungen anderswo, der Hochschulnot abzuhelfen, nicht das Wort reden kann. (*Abg. Dr. Kummer: Der Unterrichtsminister hätte ein Hellseher sein sollen!*) Aber nicht nur Worte hätten genügt, sondern man muß diesem Mangel entsprechend begegnen.

Es hat also sicherlich an einer Planung gemangelt. Angesichts dieser Tatsache war es eine erfreuliche Erscheinung, daß Gebietskörperschaften dazu übergegangen sind, hinsichtlich der Behebung der Hochschulnot eigene Wege zu gehen. Damit haben das Land Oberösterreich und die Stadt Linz begonnen. In der weiteren Folge sind diesem Beispiel die Stadt Salzburg, wie wir jetzt hören auch die Stadt Klagenfurt und hinsichtlich eines Hochschulausbaues in Richtung Technik und Naturwissenschaften auch Innsbruck gefolgt. Wenn also die Bundeschulverwaltung hier nichts getan hat, so ist es immerhin zu begrüßen, wenn Gebietskörperschaften initiativ geworden sind. Aber man hätte nun auch erwarten können, daß man diese Initiative nicht nur geschehen läßt, sondern daß man sie auch entsprechend unterstützt und fördert. (*Abg. Dr. Gorbach: Geschieht ja sowieso!*) Ich muß leider beklagen, daß das für die Hochschulbestrebungen in Linz nicht der Fall gewesen ist.

Nebenbei möchte ich bemerken, daß die Andeutung des Herrn Dr. Gruber, wir hätten uns darauf geeinigt, beide über die Hochschule in Linz nicht zu reden, nicht zutrifft. Es ist zwar in diesen Belangen in Oberösterreich die Koalition absolut intakt, wir gehen da also einen gemeinsamen Weg, aber ich habe keineswegs erklärt, daß ich heute über die Problematik und die Wünsche der Linzer Hochschule nicht sprechen werde.

Die Linzer Hochschule beziehungsweise ihre derzeitigen Träger, das Land Oberösterreich und die Stadt Linz, sind nicht in der glücklichen Situation, in der offenbar die Städte Klagenfurt und Salzburg sind, daß sie einerseits eigene Mittel aufbringen können, andererseits aber auch die Unterstützung des Bundes genießen. Das ist für Salzburg absolut aktuell geworden: der Hochschule in Salzburg sind Mittel zugekommen. Sie sind zwar nicht überaus beträchtlich, aber immerhin wurden inzwischen 10 Millionen für die Hochschule Salzburg von der Bundesverwaltung aufgewendet, während man trotz gemachter Zusagen dem Hochschulfonds

in Linz noch nicht einen Schilling überwiesen hat, obwohl beide Gebietskörperschaften, das Land Oberösterreich und die Stadt Linz, im vergangenen Jahr 72 Millionen Schilling aufgebracht haben und in diesem Jahr sicherlich mindestens 85 Millionen Schilling aufwenden werden, wenn es nicht mehr wird.

Aber auch die sonstige Förderung des Hochschulprojektes in Linz ist nicht auf die Weise verlaufen, wie wir uns das in Oberösterreich gewünscht hätten. Man hat ursprünglich von der Hochschule in Linz verlangt, daß sie eine Hochschule besonderer Prägung werden solle. Man hat sich, nachdem gegen eine technische Hochschule so große Widerstände bestanden haben, dazu entschlossen, einen Hochschultyp in Betracht zu ziehen, den es in Österreich damals — ich meine die Zeit um 1960 — noch nicht gegeben hat, wohl aber in der übrigen zivilisierten Welt, nämlich die Studienrichtung der Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. Insbesondere der damalige Unterrichtsminister, Herr Dr. Drimmel, hat die Absicht gefördert, diese Hochschule als eine Hochschule besonderer Prägung in Linz entstehen zu lassen. Es wäre also gewissermaßen diese Hochschule in Linz in unserem Hochschulsystem ein Unikat.

Die tatsächliche Entwicklung war ganz anders. Man hat, wie man jetzt schon aus dem Gesetz über die sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen erkennen kann, die Hochschule in Linz auf die sozialwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtung eingeengt, die aber nach dem Entwurf des kommenden Studiengesetzes über die sozialwissenschaftliche Studienrichtung auch den juridischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten und der Hochschule für Welthandel zukommen soll.

Das heißt: Die Hochschule in Linz ist eine mit den juridischen Fakultäten der Universitäten und mit der Hochschule für Welthandel gleichgestellte Hochschule. Daraus leiten die Träger des derzeitigen Hochschulfonds in Linz ab, daß sie eine solche Einengung der Hochschulgründung nicht verdienen, sondern angesichts des Interesses an der Hochschule und angesichts des übersehbaren Einzugsbereiches dieser Hochschule die Entwicklung zu einer Volluniversität fordern müssen. Ich vertrete hier im Interesse der Hochschulgründung in Linz die Forderung dieser Hochschule, die Angliederung einer juridischen Fakultät durch eine entsprechende Änderung des Hochschul-Organisationsgesetzes zu ermöglichen.

Ich möchte mich mit der Hochschule in Linz nicht mehr weiter beschäftigen, wir werden uns sicherlich bei der Beratung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes und des Gesetzes

Dr. Kleiner

über die sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen noch kurz mit dieser Hochschule beschäftigen müssen. Ich darf nur den Herrn Bundesminister für Unterricht bitten, daß er diesem Wunsch der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf Erweiterung um eine juridische Fakultät sein Interesse und sein Wohlwollen zuwendet. Schließlich würde mit der Angliederung einer juridischen Fakultät an die Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz der Wiener Universität eine sehr wesentliche Entlastung ihrer juridischen Fakultät zuteil, die auch darunter zu leiden hat, daß sie die Studentenmassen dieser Universität nicht mehr richtig betreuen kann.

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Die Entwicklung der Hochschülerzahlen hat nicht nur zu Raumproblemen und zu Neugründungsproblemen bei Hochschulen in Österreich geführt, sondern auch eine andere Problematik ist von Bedeutung, nämlich die Unterbringung von Studenten, die nicht am Studienort wohnen. Das sind nicht wenig: Derzeit haben wir mit rund 40.000 inländischen Studenten zu rechnen, von ihnen ist ungefähr die Hälfte sozial bedürftig, und von diesen wohnt wieder die Hälfte nicht am Studienort, bedarf also geeigneter Unterkünfte. Im Augenblick stehen für diese rund 10.000 Studenten, die Wohnplätze am Studienort brauchen, zirka 6000 Plätze in Heimen für Hochschüler zur Verfügung.

Es ist erfreulich und durchaus beachtenswert, daß im Bundesvoranschlag 1966 30 Millionen Schilling für Studentenunterkünfte vorgesehen sind. Das ist, wenn man mit den Kosten eines Heimplatzes in der Höhe von 100.000 S rechnet — ich glaube, daß diese Rechnung nicht unrichtig ist, dieser Betrag ist sicher sehr knapp —, die sicher beachtliche Anzahl von 300 Heimplätzen. Es wurde aber errechnet, daß angesichts der weiteren Entwicklung der Hochschülerzahlen jährlich rund 650 Heimplätze neu geschaffen werden müssen. Daher muß man diese durchaus beachtenswerte Summe im Budget von 30 Millionen Schilling für den Studentenheimbau auch für die Zukunft etwas verbessern.

Der Herr Unterrichtsminister wird sich jetzt natürlich sagen: Es gibt ja nicht nur den Bund, der für die Förderung von Studentenheimbauten in Frage kommt, es gibt die verschiedensten Organisationen, auch solche, die selber starke Förderer haben. Aber es gibt auch Institutionen, die mit Förderern und deren Mitteln nicht so gesegnet sind. Es wäre also notwendig, daß der Bund jetzt doch planend daran denkt, in den nächsten Jahren fortschreitend höhere Beträge für den Bau von Studentenheimen bereitzustellen.

Es wäre vielleicht wissenswert, wie die 30 Millionen Schilling auf die einzelnen Vereine und Vereinigungen, die Studentenheime bauen, verteilt werden. Aber ich werde mir bei geeigneter Gelegenheit erlauben, eine diesbezügliche Frage zu stellen.

Ich möchte noch ganz kurz mit einem Wort auf die Schulprobleme, soweit es sich um den Polytechnischen Lehrgang handelt, zurückkommen, weil mein Kollege aus dem Land Oberösterreich, Herr Dr. Gruber, gesagt hat, daß die Problematik hinsichtlich des Polytechnischen Lehrganges, Schulräume und Lehrkräfte bereitzustellen, in Wien deshalb nicht so gravierend sei, weil dort eine stärkere Abwanderung zu den höheren Schulen stattfindet. Obwohl ich annehme, daß die Situation in Wien anders ist als in den Ländern, so ist mir doch bekannt, daß auch in oberösterreichischen Städten eine solche Abwanderung zu den höheren Schulen stattfindet, so daß sich da und dort — das ist aber nicht gleichmäßig — dadurch eine Entlastung bei der Vorsorge für Schulraum und Lehrkräfte für den Polytechnischen Lehrgang ergibt. Damit will ich aber nicht gesagt haben, daß man in Oberösterreich keine Sorgen in dieser Beziehung hat. Aber der Trend zu den höheren Schulen ergibt sich eben auch in Oberösterreich, und es ist ja eine sehr erfreuliche Tatsache, daß ein stärkerer Zugang zu den höheren Schulen stattfindet.

Nach einem Bericht, der mir heute früh zugekommen ist, ist ein beachtlicher Zustrom zum Musisch-pädagogischen Realgymnasium zu verzeichnen. Es haben sich schon 300 Schüler zur Aufnahme in dieses Realgymnasium gemeldet, allerdings muß auch dort für einen entsprechenden Klassenraum gesorgt werden.

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Hochschülerzahlen hängt nicht nur mit der Entwicklung der Geburtenzahlen zusammen, sondern erfreulicherweise auch mit den verbesserten Förderungsmöglichkeiten für Studierende. Das Studienbeihilfengesetz hat eine große Anzahl von Studenten von finanziellen Sorgen befreit, und wenn man nun etwa daran geht, für Mittelschüler in den höheren Jahrgängen eine entsprechende Förderung vorzubereiten und durchzuführen, so wird auch diese Entwicklung der Studienförderung zu einer Vermehrung der Hörerzahlen an unseren Hochschulen führen. Das ist sicherlich etwas, was wir allgemein, ohne Unterschied der Fraktionen, begrüßen können.

Wenn diese Entwicklungstendenzen anhalten, wenn sich die Gebietskörperschaften der Hochschulnot und der Notwendigkeit, auf diesem Gebiet etwas zu tun, bewußt sind, wenn entsprechende Studienförderungen bereitgehalten werden und vielleicht auch durch die

Dr. Kleiner

Vermehrung von Dienstposten an den Hochschulen etwas für die Entwicklung des Hochschulwesens getan wird, wenn dazu — immer noch nicht zu spät — an Planung das Richtige geleistet wird, dann kann man in die Zukunft des österreichischen Hochschulwesens und der österreichischen Wissenschaft noch gute Hoffnungen setzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lola Solar. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Lola Solar (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir sind zwar von unserem Klubobmann schon bei der letzten Klubsitzung, nicht erst gestern oder heute, zu weiser Beschränkung ermahnt worden, weil ja in diesem Kalenderjahr noch eine Budgetdebatte stattfindet. Ich werde mich zwar kurz fassen, möchte mich aber trotzdem zum Kapitel Unterricht vom Standpunkt der Frau aus melden, um einiges dazu zu sagen.

Nach dem Ringen nach Brot und nach der Erhaltung des Lebens, der Sicherheit, der Freiheit und des Friedens, wie es ja nach dem Jahre 1945 war, haben wir auch in Österreich durch das Zusammenwirken aller Gutgesinnten endlich einen beachtlichen Wohlstand und sozialen Fortschritt erreichen können. Erst mit der Abnahme materieller Not und dieser sehr schweren Sorge konnte auf kulturellem Gebiet auch an einen Aufbau und an einen Aufschwung unserer Heimat gedacht werden. Wir müssen daher auch heute noch in immer steigendem Maße Versäumtes nachholen.

Es wurde heute von drüben gesagt, daß wir noch so weit zurück sind. Das ist ja selbstverständlich, wenn man unsere Heimat nach dem Jahre 1945 betrachtet. Wir müssen all die Voraussetzungen zur geistigen Entfaltung und Bewältigung schaffen, um in diesem europäischen Wettbewerb unsere Stellung in Wissenschaft und Technik zu bewahren und in all den damit verbundenen Bereichen unsere Aufgabe im europäischen Raum zu erfüllen. Das sind also die Bereiche Verwaltung und so weiter. All dies erfordert aber den hiezu befähigten und vorbereiteten Menschen.

Dieses dringende Erfordernis des geistigen Nachholbedarfes brachte das Streben zur Bildungsgesellschaft als eine weitere Etappe in unserer Aufwärtsentwicklung. Bei dieser begrüßenswerten Entwicklung zur Bildungsgesellschaft ist aber auch eine gewisse Achtsamkeit notwendig. Es wird daher erforderlich sein, daß bei der Vermittlung von wissenschaftlichen Fertigkeiten auch das notwendige charakterliche Fundament Hand in Hand grundgelegt wird. Die Charakterbildung soll durch Weckung und Formung der inneren Werte des Menschen erfolgen, und hier muß heute in unserer auf den Konsum eingestellten Industrie-

gesellschaft mehr denn je die Schule das notwendige Gleichgewicht garantieren.

Die Bildung darf aber nicht nur ein Privileg gewisser Schichten sein, sondern ist eine Notwendigkeit für das gesamte Volk. Durch die gesetzliche Verankerung der Studienbeihilfe haben wir ja das Tor für alle Begabten und Fleißigen geöffnet. Das erfüllt uns alle mit großer Genugtuung.

Diese Teilnahme des ganzen Volkes an der Bildungsgesellschaft betrifft selbstverständlich gleichermaßen auch Mann und Frau. Wenn ich vorher von einer Bedachtnahme und Achtsamkeit bei der Vermittlung von Wissen sprach, so gilt dies besonders auch bei der Erziehung von Buben und Mädchen. Hier muß die Erziehung und Unterrichtung auf die Verschiedenheit und Andersartigkeit Rücksicht nehmen.

Die Kolleginnen und Kollegen, die mich schon öfter gehört haben, wissen, daß das eines meiner Steckenpferde im Unterrichtswesen ist. Mir scheint die Beachtung dieser Tatsache für die Entwicklung eines Volkes so entscheidend, daß man sich gerade in der gegenwärtigen Phase des Erziehungs- und Schulwesens dessen mehr bewußt sein muß. Wer bei der Ausbildung der Mädchen nur das Leistungs- und Wettbewerbsprinzip im Berufsleben im Auge hat, ohne die so wichtige andersgeartete funktionelle Aufgabe der Frau in allen Lebensbereichen, vor allem in der Familie zu berücksichtigen, mag eine Differenzierung in der Erziehung und Unterrichtung zwischen Mädchen und Knaben für überflüssig, ja vielleicht manches Mal sogar für hemmend halten. Diese Auffassung des lediglichen Wettbewerbes in der Heranbildung von Buben und Mädchen ist eine äußerst oberflächliche, die an den wesentlichen und auch geistigen Aufgaben von Mann und Frau, wie sie schon in der Familie grundgelegt sind, vorbeigeht.

Das wäre daher ein Fehlurteil und würde ebenso folgerichtig zu einer Fehlentwicklung in unserem Gesellschaftswesen, wie wir dies leider nur allzuoft feststellen können, auch an vielen negativen Zeiterscheinungen.

Wir freuen uns daher, daß der Herr Minister vor kurzem ein eigenes Referat für Mädchen- und Frauenbelange im Unterrichtsministerium geschaffen hat. Und wir Frauen danken ihm dafür aus ganzem Herzen und hoffen zugleich, daß dort fruchtbare und segensreiche Arbeit für das ganze österreichische Volk geleistet wird.

Ich möchte den Minister aber gleichzeitig herzlich bitten, diesem neuen Aufgabenbereich im Ministerium auch die notwendige finanzielle Unterstützung durch eigene und genügende Dotierung angedeihen zu lassen. Es wird

Lola Solar

dies jetzt sicherlich leichter möglich sein, da ja endlich im Budget 1966, und wir hoffen auch weiterhin, erstmalig dem Unterrichtsressort eine erhöhte Budgetpost zuerkannt wurde. Wir können überzeugt sein, daß die finanziellen Zuwendungen für den Aufgabenbereich der Mädchen- und Frauenbildung die besten Investitionen für eine gesunde Entwicklung unserer Gesellschaft sind, weil sie den zukünftigen Familien und damit der durch nichts ersetzbaren Familienerziehung zugute kommen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Das Leben empfangen, tragen und gebären greift tief in das körperliche, seelische und geistige Leben der Frau, und es bewirkt dadurch eine andere Einstellung zum Leben überhaupt. Schon die biologische Möglichkeit jeder Frau, Mutter zu werden, bewirkt eine stärkere Ausprägung bestimmter Eigenschaften und Haltungen, die man meist als typisch fraulich bezeichnet: die stärker ausgeprägten mitmenschlichen Beziehungen, das Leben dem Du gegenüber, die Liebe zum Leben und der damit verbundene Dienst am Leben. Die Frau liebt das ungeteilte Leben, die Familienbezogenheit, sie ist von Natur aus mehr innenbezogen, während der Mann dem Dynamischen zugeordnet ist und in der nüchternen Berechnung und Wertung sich meist selbst genügt.

Alle diese und viele andere Unterschiede zwischen Mann und Frau sind nicht mehr wegzudiskutieren und erheischen daher mehr Aufmerksamkeit bei der Heranbildung und Ausrichtung für die Besonderheiten der verschiedenen, gleich wichtigen und gleich großen Lebensaufgaben von Mann und Frau. Mir scheint die Beachtung dieser Tatsache für die gesunde Entwicklung eines Volkes so entscheidend, daß dieses Erziehungsproblem gründlichst studiert und geeignete Wege gefunden werden müssen. Eine gedankenlose Verwischung und Gleichschaltgerei auch auf dem Gebiete der Pädagogik ist eine sich rächende Fehlentwicklung.

Außerdem hat das Entstehen der Industriegesellschaft in unserem Jahrhundert und besonders in den letzten Dezennien das Leben der Frau unglaublich umgestaltet und verändert. Die Frau ist eine andere geworden. War ehedem das Familienleben ein geschlossenes und bei den Eltern Familie und Beruf, Arbeit und Freizeit, „der Mensch daheim“ und „der Mensch im Beruf“ eine Einheit innerhalb der Familie, erleben wir heute nicht nur beim Mann, sondern im hohen Maße auch bei der Frau die Teilung dieser Einheit in Familie und Außenbereiche. Die Frau ist im hohen Prozentsatz in das Berufsleben eingeschaltet, sei es als Arbeitnehmerin oder

Selbständige. Bei diesem Arbeitskräftemangel könnte die Frau auch gar nicht mehr aus Wirtschaft und Verwaltung, besonders aber aus so vielen rein fraulichen Berufen weggedacht werden. Im Gegenteil: Gerade die fraulichen Berufe, wie der Pflegerinnenberuf, sind Mangelberufe, und das führt schon fast zur Katastrophe.

Der Frau sind aber heute auch alle Bildungswege eröffnet. Sie kann nach ihrer Fähigkeit alle Stufen der Wissenschaft, eventuell sogar auch in der Technik erreichen. Auch ist es heute eine Selbstverständlichkeit, daß jedes Mädchen nach seiner Schulbeziehungsweise Ausbildungszeit sich vorerst einem Beruf zuwendet. Dieses Berufsstreben ist fast zur Norm geworden und erwächst nicht nur aus der Tatsache des Übergewichtes der Frauen in unserem Volke. Auch die zukünftige Gattin muß in den meisten Fällen noch vor der Heirat zur Deckung der vielen finanziellen Belastungen einer Ehegründung beitragen, und sie muß in vielen Fällen auch noch während der Ehe zum gemeinsamen Unterhalt durch Außerhauserwerb beisteuern. Außerdem gibt es auch eine beachtliche Zahl intellektueller Frauen, die aus innerer Anteilnahme ihren Beruf wählten und ihn als Berufung erfüllen. Sie alle müssen aber auf allen Arbeitsgebieten dem Leistungskampf mit den männlichen Kollegen gewachsen sein, wenngleich sie ihr zweites — und das ist jetzt das Entscheidende —, ja ihr eigentliches Leben in der Familie zu erfüllen haben, zumindest in den meisten Fällen, der sie naturbedingt mit Herz und Seele zugewandt sind. Und da nun die Frau in ihrer tiefen Wesensart mehr dem ungeteilten Leben zugewandt und zugetan ist, erwächst aus dieser ihrer Doppelaufgabe für sie eine ungeheure Belastung, die sie aber, da das Rad der Zeit nicht zurückgedreht werden kann und auch nicht soll, heute eben zu leisten hat.

Das alles muß gerade in unserer Industriegesellschaft, die gegenwärtig so viel diskutiert wird, klar erkannt und in seinen Auswirkungen, in seiner Tragweite überdacht und studiert werden, um gefährliche Fehlentwicklungen hintanzuhalten.

Wenn Hochwasserkatastrophen Dämme niederrissen und unsere Kulturen und die Ernte vernichten, sind wir bemüht, rasch Abhilfe zu schaffen, Schutzdämme aufzurichten und Flussregulierungen durchzuführen. Warum? Weil uns diese Naturkatastrophe eben so augenfällig wird und uns aufrüttelt. Sich anbahnende Katastrophen durch Fehlentwicklung in unserem Gesellschaftsleben sind vorerst verborgen, ja meist am Beginn sogar durch den höheren Lebensstandard verlockend und

Lola Solar

erst dann erkennbar, wenn sie nur mehr schwer zu reparieren sind. Da heißt es rechtzeitig nach dem Rechten zu sehen und die Entwicklung mit sorgendem Auge zu verfolgen und in die rechten Bahnen zu lenken.

Das Mädchen muß aus all diesen Gründen schon in seiner Schul- und Ausbildungszeit auf diese Doppel- und Überbelastung in ihrem zukünftigen Frauenleben vorbereitet und ausgerichtet werden. Dazu ist es notwendig, daß der Gesamtunterricht darauf ausgerichtet ist und man sich bei der Mädchenbildung nicht nur mit der Einschaltung sogenannter weiblicher Unterrichtsstoffe, wie Handarbeiten und Hauswirtschaft, begnügt. Das wäre eine sehr oberflächliche Behandlung und Wertung der fraulichen Berufung im Gesellschaftsleben.

Freilich muß auch die künftige Lehrerbildung auf dieses differenzierte Erziehungsziel entscheidend Rücksicht nehmen. Das Mädchen bedarf in allen Fällen einer Allgemeinbildung, die es auch befähigt, später mit den eigenen heranwachsenden Kindern geistig Schritt zu halten, mit ihnen aktuelle Probleme zu besprechen, sie zu lenken und trotz der Hast des Alltags die Atmosphäre im Familienleben zu schaffen, damit die Familie trotz aller Umweltseinflüsse für alle Familienmitglieder Heimstatt bleiben kann. Aus der Doppelbelastung der Frau durch den Außerhausarbeitsmarkt darf keine Fehlhaltung zum Mann, zu den Kindern, ja auch nicht zu dem eigentlichen Beruf als Hausfrau und Mutter entstehen.

Auch soll schon in der Erziehung vor allem das Bewußtsein der Frau selbst gestärkt werden, daß sie einen entscheidenden Anteil an der Kultur und an der geistigen, sozialen und politischen Entwicklung der Gesellschaft zu leisten hat. Aber auch die Erwachsenenbildung oder gerade die Erwachsenenbildung wird ihre Einflußnahme auf die Bewußtseinstärkung für die hohe Verantwortung der Frau zu leisten haben. Selbstverständlich muß das Umdenken in bezug auf die Wertung der Frau im allgemeinen, vor allem auch in der Männerwelt, mit dem für ein gesundes Gesellschaftsleben notwendigen Verantwortungsbewußtsein Hand in Hand gehen. Dies also in die Ohren aller unserer lieben männlichen Kollegen. (*Heiterkeit.*)

Der Europarat — nun bitte aufzumerken — hat, sich der großen Bedeutung der Mitwirkung und Verantwortung der Frau gerade in der modernen Gesellschaft bewußt werdend, diesmal die soziale und politische Verantwortung der Frau in den nächsten 20 Jahren zum Jahresthema gewählt und dadurch das notwendige Studium dieses so wichtigen Problems besonders unterstrichen. Bei dieser

Problemstellung des Europarates ist die Frau sicher nicht als Einzelwesen, losgelöst aus ihrer naturgegebenen Aufgabe gesehen, sondern in ihrer Familienbezogenheit als Lebenserhalterin und Erzieherin künftiger Generationen, als Hausfrau, in ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben, auch als Frau in den öffentlichen Lebensbereichen — wahrlich ein allumfassendes Gebiet! Wir Frauen begrüßen diesen Schritt des Europarates und hoffen nur, daß die Befassung mit diesem Problem in allen europäischen Ländern auch starke Auswirkungen auf das Erziehungs- und Unterrichtswesen hervorrufen wird, vor allem auch bei uns in Österreich.

Und nun möchte ich zu einigen speziellen Fragen auf dem Gebiete der Frauen- und Mädchenbildung Stellung nehmen. In Österreich haben wir noch immer eine beachtliche Zahl Jugendlicher, die ohne eigene Berufsausbildung gleich nach der Pflichtschule in das Berufsleben eintreten. In den überwiegenden Fällen wird es die finanzielle Notwendigkeit ergeben, so rasch wie möglich Geld zu verdienen.

Es sollte meiner Meinung nach aber erwogen werden, all diesen im Arbeitsprozeß stehenden Jugendlichen — das gilt natürlich auch von den Burschen so wie von den Mädchen — eine durch Gesetz geregelte Weiterbildung, Ausbildung oder Umschulung bei Berufswechsel zu ermöglichen.

Vorarlberg hat in gewisser Beziehung schon vor der Gesetzverordnung des neuen Schulgesetzes für berufstätige Mädchen eine über die achtjährige Schulpflicht hinausreichende einjährige Pflichtausbildung in Hauswirtschaft, sodaß wir im Schulgesetz hiefür eine eigene Übergangsbestimmung schaffen müßten.

Das Polytechnikum kann diese Aufgabe nicht erfüllen, weil diese von mir erwähnte Weiterbildung neben dem Beruf und nach der Pflichtschulausbildung geführt werden sollte. Bei dieser Weiterbildung beziehungsweise Ausbildung sollte eine Zusammenarbeit staatlicher und einschlägiger nichtstaatlicher Organisationen und auch der Wirtschaft angestrebt werden. Auch die bestehende Institution der Berufsberatung sollte in dieser Richtung ausgedehnt werden. Wegen der Breitenwirkung müßten auch Hörfunk und Fernsehen durch sorgfältig gestaltete Sendungen sowohl in den Dienst der Berufswahl, vor allem aber auch der Bildung ungelernter Arbeiter gestellt werden. Die Bildungsprogramme für solche ungelernten Arbeitnehmerinnen sollten nicht nur fachliches Wissen umfassen, sondern eben auch dazu beitragen, die jungen Mädchen zu befähigen, ihre Persönlichkeit zu festigen — eine ungemein

Lola Solar

wichtige Aufgabe —, am kulturellen Leben Anteil zu nehmen, ihre künftigen Aufgaben als Frau und Mutter zu meistern und sich durch positive Beiträge zum Leben in der Gesellschaft als verantwortungsbewußte Staatsbürger zu erweisen.

In solcher Weise durch Weiterbildung neben der oft so einförmigen Serienarbeit am Fließband beeinflußte Mädchen werden dann auch imstande sein, das Arbeitsklima an so manchen Arbeitsstätten zu verbessern — eine echt frauliche Berufung, wie mir scheint. Diese Weiterbildung oder auch berufliche Ausbildung neben dem Berufsleben ist für die Schulentlassenen trotz des Polytechnischen Lehrganges notwendig.

Das Polytechnikum ist in der jetzigen Form im allgemeinen nicht sehr begehrenswert. Man hört im Volke allenthalben eine gewisse Sorge um das Polytechnikum. Unsere Elternschaft kann sich gegenwärtig kein rechtes Bild über das Polytechnikum machen und sucht vielfach schon jetzt andere Ausweichmöglichkeiten für ihre 14jährigen Mädchen. So wurde mir aus einer Stadt in Kärnten berichtet, daß in der dort befindlichen einjährigen Haushaltungsschule für den Herbst 1966 Schülerinnen für fünf Parallelklassen angemeldet sind, weil die Eltern den Mädchen bei der zusätzlichen einjährigen Schulpflicht gleich eine gediegene hauswirtschaftliche Ausbildung zukommen lassen wollen.

Die Erfahrung wird uns lehren, daß die gewählte Form des Polytechnikums keine endgültige Lösung darstellt. Es wäre daher schon jetzt empfehlenswert, das Polytechnikum stärker zu differenzieren, elastischer zu gestalten, damit den Schülern je nach Fähigkeit und Berufswahl eine Auswahlmöglichkeit der Gegenstände gegeben ist. Nur so wird das Polytechnikum auf die Dauer seiner Aufgabe gerecht werden und für die Schüler von echtem Wert sein.

Mit der im Herbst zu verwirklichenden neunjährigen Schulpflicht ist aber neben vielen anderen Sorgen auch der katastrophale Lehrermangel in vielen Bundesländern unüberbrückbar. Wenn wir nach der Bildungsgesellschaft streben und diese wieder eine notwendige Voraussetzung für unser Bestehen im europäischen Raum bedeutet, muß unser gesamtes Bemühen der Abhilfe des Lehrermangels zugewendet sein. Ein wichtiger Schritt hiezu ist sicherlich der Ausbau des Stipendienwesens und seine Ausdehnung auch auf die Studenten der Lehrerakademien. Dem Herrn Minister gebührt für diese Maßnahme unser aller Dank. Wir müssen noch andere Mittel und Wege finden, um den Lehrerberuf auch für die heutige Jugend begehrenswert und schmack-

hafter zu machen, denn der Lehrberuf selbst, der draußen gelebt werden muß, ist oft das Hindernis. Neben der finanziellen Anhebung der Lehrergehälter muß für den Lehrer an seiner Dienststelle auch eine entsprechende Wohnung vorhanden sein, damit er nicht gezwungen wird, ein Pendlerdasein zu führen. Hier muß ein Appell an die Gemeinden gerichtet werden, Vorsorge zu treffen, daß nicht nur in den Schulneubauten eine Lehrerwohnung geschaffen wird, sondern daß auch in jenen vielen Gemeinden, in denen alte Schulgebäude in Verwendung stehen, im Ort für Lehrerwohnungen gesorgt wird. Ich selbst kann aus meiner Jugendzeit hier ein Klageglied singen. Bei der begrüßenswerten steigenden Wohnkultur kann man es dem Junglehrer, der nun noch länger zu seiner Ausbildung braucht, nicht zumuten, in unzulänglichen, dumpfen und oft nassen Wohnräumen — wenn sie immer als Wohnraum zu bezeichnen sind — sein junges Leben zu verbringen.

Mit der Neugestaltung der Lehrerbildung ging die Verselbständigung der Bildungsanstalten sowohl der Arbeitslehrerinnen als auch der Kindergärtnerinnen Hand in Hand und damit sogleich ihr Auf- und Ausbau. Diese Entwicklung begrüßten wir freudigst, weil dadurch Frauenberufe wieder eine bessere Ausbildung erhalten, die wir teilweise zur typischen Ausbildung der Mädchen dringend brauchen, aber auch als Ergänzung der Familienerziehung, besonders bei Berufstätigkeit der Mütter. Notwendig bleibt aber noch die sorgfältige Ausstattung dieser beiden Kategorien der Bildungsanstalten, sowohl der für Arbeitslehrerinnen als auch der für Kindergärtnerinnen, die durch die Verselbständigung noch einen bedeutenden Nachholbedarf haben. Sie können aber nur dann ihrer hohen Aufgabe als Anstalten für spezielle Frauenberufe und Mädchenbildung gerecht werden, wenn sie alle an sie gestellten Anforderungen auch in bezug auf ihre Ausstattung erfüllen können.

In unserer Zeit, in der die Bildungsgesellschaft Vorrang hat, muß auch auf viele Nebenerfordernisse Bedacht genommen werden. Ein solches wichtiges Nebenerfordernis ist zum Beispiel die Forcierung des Ausbaues von Schülerheimen an allen höherorganisierten Schulen, wozu jetzt schon Hauptschulen gehören, da ja von vielen kleineren Schulen die Kinder zu den Hauptschulen fahren oder dort wohnen müssen. Dies gilt nicht nur für Kinder berufstätiger Mütter oder für jene Fälle, wo die Familie ergänzungsbedürftig ist, sondern in verstärktem Maß noch für jenen Teil der Kinder, die aus Orten kommen, wo es keine höherorganisierten Schulen gibt und die daher an diesen Schul-

Lola Solar

orten oft wohnen müssen, weil der Anfahrtsweg zu weit ist, um ihn täglich zurückzulegen.

In beiden Fällen sind berufsmäßig geschulte Erzieher notwendig. Bei dem heutigen Stand der Entwicklung des Schulwesens und den damit notwendig gewordenen Schülerheimen ist die geringe Zahl der Absolventen des Bildungsinstitutes für Heimerzieher ganz und gar unzulänglich. Hier muß sehr rasch Abhilfe geschaffen werden, um nicht auf diesem Gebiet in einen argen Notstand zu geraten.

Hier richte ich auch die Bitte an den Herrn Minister, dem ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das einzige vom Bund geführte Bundesinstitut für Heimerziehung hat sich bereits als viel zu klein erwiesen. Der schon begonnene Neubau, der eine Erweiterung des Heimes vorsieht, sollte daher so rasch wie möglich vollendet werden. Es ist sehr erfreulich, daß sich gerade für diesen Erzieherberuf doch so viele Jugendliche melden, und ich möchte das als ein Ruhmesblatt unserer Jugend hervorheben, die dort mit so viel Idealismus am Werke ist. Ich konnte mich vorigen Sommer — ich werde es in diesem Sommer wieder können — in unseren Kindererholungsheimen, wo ich solche Erzieherinnen auch angestellt habe, von der Tüchtigkeit und Verlässlichkeit der dort ausgebildeten Erzieherinnen selbst überzeugen.

Der immer notwendiger werdende Erzieherberuf mit seiner großen Aufgabe dem Kind, der Familie und dem Volk gegenüber muß aber endlich auch durch die Schaffung eines Dienstrechtes richtig gewertet und vor allem auch gesichert werden. Dieses Dienstrechte habe ich schon einmal von dieser Stelle aus urgiert, leider bis heute noch ohne Erfolg. Meine Bitte stelle ich aber nicht an das Bundesministerium für Unterricht, weil es hiefür nicht zuständig ist, sondern an das Bundeskanzleramt, im besonderen an den zuständigen Sektionschef.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will meinem Versprechen treu bleiben und zum Ende kommen. Wenn ich in meinen kurzen Ausführungen, die vor allem der Sorge um die Heranbildung unserer Mädchenwelt galten, auch das Jahresthema des Europarat zitierte und es am Abschluß noch einmal erwähne, so deshalb, weil es mir bedeutend erscheint: Die soziale und politische Verantwortung der Frau in den nächsten 20 Jahren. 20 Jahre sind immer ein Geschichtsabschnitt und jene Zeitspanne, in der eine Generation eben Geschichte macht. Es läßt uns aufhorchen, daß der Europarat, der sich mit vielen anderen Problemen zu befassen hat, gerade die Frau in die Verantwortung der nächsten 20 Jahre so hervorragend einbezieht.

Die Frau, welche die nächsten 20 Jahre so entscheidend mitzubestimmen hat, sitzt heute vielfach noch auf der Schulbank.

Verstehen Sie darum mein Anliegen und meine Sorge? Auch wir in Österreich, also in einem kleinen, aber entscheidenden Teil Europas, werden maßgeblich zum Bau einer gesunden Gesellschaft in Europa beitragen, wenn wir die Frau in ihrer hohen und wichtigen Aufgabe, aber auch in ihrer vielfachen Doppelbelastung richtig beurteilen und schon in den Mädchen durch aufgeschlossene und verantwortungsbewußte Erziehung die notwendigen Grundlagen für die Bewältigung der entscheidenden Lebensaufgaben schaffen. Messen Sie daher der Mädchen- und Frauenbildung jene Bedeutung zu, die ihren Auswirkungen für die nächsten 20 Jahre und für alle Zukunft zukommt. Ich danke daher nochmals dem Herrn Minister für seinen Weitblick und für seine Aufgeschlossenheit der Mädchen- und Frauenbildung gegenüber. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Luptowits (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es ist Ihnen sicherlich die formelhafte Wendung, Politik sei die Kunst des Möglichen, bekannt. Professor Carlo Schmid hat diesem Inhalt eine andere formelhafte Wendung gegeben, die mir sehr sympathisch ist. Er sagt nämlich: Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.

Ich glaube, daß wir aus dieser Neuformulierung auch für unsere Arbeit etwas lernen können, denn wer könnte uns besser das Notwendige lehren als die Wissenschaft? Und gerade die Debatte auch heute und gestern hat mir gezeigt, daß eine Verwissenschaftlichung der Politik richtig am Platz wäre.

Wir müssen es zutiefst bedauern, daß wir in Österreich derzeit noch keine Hochschule für politische Wissenschaften haben, denn dann würden so manche liebgewordene Leitbilder, die wir hier zum Teil gehört haben, aus einer vorindustriellen Zeit stammende liebgewordene Vorstellungen sicherlich absurdum geführt. Denn wir haben ja unterdessen den Schritt in ein hochindustrialisiertes Zeitalter getan und können auch den Phänomenen der Gesellschaft der Gegenwart nicht mit Methoden des 19. Jahrhunderts begegnen.

Ich freue mich auf den Tag, an dem es uns gelingen wird, hier in Österreich mit Hilfe des Unterrichtsministeriums eine Hochschule, zumindest ein Institut für politische Wissen-

Luptowits

schaften ins Leben zu rufen, weil wir einen sehr dringenden Bedarf danach haben. Denn um die verwissenschaftlichte Welt zu begreifen, zu verstehen, in ihr zu handeln, um überhaupt diese Welt von heute meistern zu können, braucht man eben neue Methoden, neue Hilfsmittel. Ich sehe ja die größte Gefahr auch für unsere Gesellschaftsform darin, daß die technisierte Welt uns einfach überrollt, und wenn ich an die Phänomene der Kybernetik denke, dann fürchte ich, daß wir Politiker eines Tages nur mehr ja sagen können zu dem, was uns die Wissenschaft, die Technik vorsetzen wird.

Aus dieser Gefahr, glaube ich, sollten wir lernen. Wir sollten uns rechtzeitig wappnen. Das, glaube ich, ist nur möglich, wenn wir eine größere Zahl von Wissenschaftlern haben, die uns sagen, wie wir uns auch auf diesem Gebiet der Gesellschaft, der Politik, der Demokratie bewegen können und sollen.

Wir bedauern außerordentlich, daß gerade für das Phänomen der Bildung in Österreich kein eigener Lehrstuhl vorhanden ist, denn die Bildungsforschung ist heute ein eminent wichtiges Gebiet, sie soll uns ja auch die Hilfsmittel in die Hand geben, um die Erkenntnisse der Wissenschaft in die Bildung zu transformieren, der neue Wissenschaftsbegriff erfordert natürlich auch einen neuen Bildungsbegriff, und den können wir natürlich nur bekommen, wenn uns die Wissenschaft die Wege dazu weist.

Wir müssen versuchen, diese Dinge, die ich jetzt einleitend gesagt habe, in die Wirklichkeit umzusetzen. Das heißt, wir müssen versuchen, einem größeren Teil unserer jungen Menschen in Österreich das Hochschulstudium zu ermöglichen. Aber nicht nur in den derzeitigen Zentren. Freilich haben die Wiener, die Grazer und die Innsbrucker keine Freude, daß wir Kärntner nun eine Forderung nach einer Universität, nach einer Hochschule gestellt haben. Aber ich meine, gerade Kärnten ist ein Land, das schon aus historischen Gründen auch Anspruch auf eine Hochschule hat.

Ich nehme an, daß alle Damen und Herren dieses Hauses schon einmal auf dem Magdalensberg waren und hier die großartige Kultur der Kelten, der Römer gesehen haben. Die Damen und Herren, die noch nicht dort waren, mögen hingehen, denn hier auf diesem alten geschichtlichen Boden, da wurde einmal keltisch, da wurde lateinisch und griechisch, da wurden auch slawische Sprachen und wird natürlich heute deutsch gesprochen. Und ich glaube, daß gerade dieser historische Raum dazu drängt, daß in der Gegenwart — wo heute genauso Handel und Verkehr das Land durchfluten — endlich einmal dieses Land, das an

der Grenze dreier Kulturreiche liegt, eine Hochschule bekommt — nicht nur für Kärnten, das möchte ich ausdrücklich betonen.

Ich befindе mich hier in sehr guter Gesellschaft, denn der Rektor der Hochschule für Welthandel, Dr. Krasensky, hat uns außerordentliche Dienste geleistet. Er hat nämlich in Klagenfurt erklärt, daß es notwendig ist, in Kärnten eine Universität, eine Hochschule zu errichten, und sagte: „Die Forderung des Landes Kärnten nach Errichtung einer Wirtschaftsuniversität sei nicht nur voll berechtigt, sondern stelle heute bereits eine gesamtösterreichisches Anliegen dar.“ Wir danken ihm für diese Worte, die er bei der Tagung des Verbandes Österreichischer Diplomkaufleute gesagt hat.

Er sagte noch etwas später: „Die Gründung neuer Wirtschaftsuniversitäten in Österreich müsse allerdings mit einer grundlegenden Reform des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums verbunden sein. Durch eine weitgehende Vereinheitlichung des Wirtschaftsstudiums solle den Studierenden ein Hochschulwechsel ohne nachteilige Folgen ermöglicht werden. In Österreich müsse eine Dezentralisierung des Wirtschaftsstudiums angestrebt werden, die Errichtung einer Wirtschaftsuniversität in Kärnten wäre der erste Schritt in diesem Prozeß.“

Ich glaube, daß die Aussage des Rektors der Hochschule für Welthandel sicherlich ausgezeichnet das wiedergibt, was wir Kärntner uns auch vorstellen. (*Abg. Dr. Gorbach: In Villach oder in Klagenfurt?*) Das ist keine Streitfrage mehr, das ist ein Anliegen aller Kärntner, und wir haben uns im Vorstand der Gesellschaft bereits darüber geeinigt — es sitzen ja noch zwei Herren dieses Hauses mit mir im Vorstand des Universitätsbundes —, daß wir einhellig diese Frage, die uns so brennend interessiert, einer Lösung zuführen wollen.

Ich sage darüber hinaus, was Rektor Dr. Krasensky gesagt hat: Nicht nur ein gesamtösterreichisches Anliegen! Wir stellen uns ja vor, daß gerade dieses Anliegen und diese Hochschule weit über die Grenzen unserer engeren Heimat hinausstrahlen wird. Wie wir hören, wären auch Studenten aus den anderen Räumen bereit, nach Kärnten zu kommen, um diese Wissenschaften bei uns zu studieren. Wir hoffen nur, daß unsere Bemühungen wirklich bald von Erfolg gekrönt sein werden.

Das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt, alle zusammen sind wir bereit, so wie die Innsbrucker es getan haben, auch finanzielle Opfer zu bringen. Wir wollen hier unseren Beitrag auf alle Fälle leisten, weil wir wissen,

Luptowits

daß in diesem Kärntner Raum eine Hochschule, eine hohe Schule, dringend notwendig ist.

Wir müssen noch etwas anderes daszusagen: Es wird ein echter Bedarf nach diesen Absolventen sein. Und wieder muß ich Herrn Rektor Dr. Krasensky zitieren, der sagt, daß wir im Jahre 1980 an die 4.500 Volkswirtschafter brauchen werden. Woher soll denn diese Zahl kommen? Das ist doch nur möglich, wenn wir eine größere Anzahl von Hochschulen schaffen, die die Ausbildungsstätten für den dringend notwendigen Nachwuchs uns bringen sollen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade diese Hochschule mithelfen wird, so manche Schwierigkeiten, die wir beim Gespräch derzeit noch haben, sicherlich zu überwinden. Die bestehenden Hochschulen sind sehr stark überfüllt. Ich brauche das den Eingeweihten nicht besonders zu sagen, daß natürlich darunter sehr stark die Qualität und die Quantität des Lehrbetriebes und des Erfolges leidet. Wer weiß, wie schwierig es die Hörer haben, die Prüfungen abzulegen, wie sie manchmal wochen- und monatelang warten müssen, der weiß, daß es dringend notwendig ist, hier einmal Abhilfe zu schaffen.

Natürlich haben die anderen Universitäten, wie bereits gesagt, keine Freude mit uns. Die Grazer haben sich als erste gerührt; ich nehme an, sie werden diesen ersten Unwillen schnell überwinden und sich darüber freuen, daß wieder einmal ein Land eine Hochschule bekommt.

Kurz noch einmal die Geschichte der Bemühungen: Das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt haben, einen Beschuß gefaßt, und es liegen einhellige Beschlüsse aller politischen Parteien vor. Und ich möchte besonders betonen, daß es ein Gesamtanliegen Kärntens ist, daß endlich einmal die Alma mater Carinthiana Wirklichkeit wird.

Ich habe hier einen Entschließungsantrag zu vertreten, der von allen drei Parteien unterfertigt ist, und ich darf diesen Antrag der Abgeordneten Dr. Weißmann, Luptowits, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend die Errichtung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Klagenfurt, vortragen und überreichen und bitten, daß der Nationalrat beschließen wolle:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, das Projekt der „Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule Klagenfurt“ ehestens in das Planungs- und Arbeitsprogramm Hochschulen des Bundesministeriums für Unterricht aufzunehmen und hierauf dieses Projekt mit größtmöglichem Nachdruck zu betreiben.

Ich hoffe, daß alle Damen und Herren dieses Hauses das Projekt der Hochschule für Kärnten wohlwollend unterstützen werden.

Dies war das eine Problem, zu dem ich Stellung nehmen wollte. Es ist ein bildungspolitisches Problem. Ich möchte aber noch eine zweite Frage hier anschneiden, die mir eigentlich sehr wesentlich erscheint, und ich bin eigentlich sehr überrascht, daß wir heute eine Kulturdebatte haben, aber alle Redner bis jetzt mehr oder weniger, muß ich sagen, von der Kulturverwaltung gesprochen haben. Sicherlich, ich will nicht leugnen, daß für die Kultur auch eine Verwaltung notwendig ist, aber, ich glaube, primär hat doch Kultur etwas mit dem Geist zu tun. Vielleicht möchte man eben, da es mit Geist etwas zu tun hat — denn Geist ist ja bekanntlich für manche Leute etwas sehr Vertracktes, nicht etwas sehr Angenehmes —, gerade diesen Problemen und dieser Auseinandersetzung ein wenig aus dem Wege gehen. Ich glaube, wir sollten aber gerade den Mut haben, eine österreichische Kulturpolitik hier zu formulieren, hier zu diskutieren, und uns gegenseitig sozusagen die Argumente zuwerfen, damit wir zu einer gesamtösterreichischen Kulturpolitik kommen; denn ich persönlich habe den Eindruck, daß wir keine österreichische Kulturpolitik haben. Wir haben wohl eine Kulturverwaltung, ohne Zweifel. Ich selbst, der ich ja zehn Jahre lang auch in der Verwaltung tätig war, als Kulturreferent und dann fünf Jahre als Leiter der Komödienspiele in Spittal, weiß also, daß sie unbedingt notwendig ist, aber das kann nicht ausschließlich sein.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die kulturelle Initiative im Bereich der Verwaltung nur sehr bescheidene Ansätze zeigt. Ich meine, der Herr Unterrichtsminister — das sollte seine vornehmste Aufgabe sein, stelle ich mir persönlich vor — sollte der Motor sein, sollte der Mann sein, der das geistige Klima für die österreichische Kulturpolitik schaffen sollte.

Wie kann man das? Ich glaube, das kann man doch am besten so, daß man sich mit den Menschen, die schöpferisch tätig sind, konfrontiert im Gespräch mit ihnen, also ihre Vorstellungen, ihre Wünsche kennenlernen. Hier habe ich manchmal den Eindruck — auch im Budgetausschuß hatte ich den Eindruck —, daß der Herr Unterrichtsminister manchmal sogar etwas schroff, um nicht zu sagen hart diese Dinge anpackt. (*Abg. Lola Solar: Das ist Ihr Eindruck! Der ist falsch!*) Ich möchte das auch in manchen persönlichen Erlebnissen sagen. Es ist kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung. Ich weiß nicht, ob meine Beobachtung stimmt. (*Abg. Lola Solar: Nein!*) Ich will nicht auf die Art

Luptowits

hinweisen, wie Leherb eben im Vorjahr von der Biennale sozusagen abgeserviert wurde. (*Abg. Dr. Gorbach: Das war eine sehr kluge Entscheidung!*) Sehen Sie, Herr Altbundeskanzler, hier kann man natürlich sehr geteilter Meinung sein. Aber ich wiederhole — das ist meine persönliche Meinung —: Ich habe den Eindruck, das war die Handlung eines beamteten Unterrichtsministers und vielleicht sogar, bitte mir das harte Wort zu verzeihen, eines Autokraten. Ich meine, daß der Herr Unterrichtsminister in diesen Dingen doch vielleicht etwas vorsichtiger sein sollte. (*Abg. Lola Solar: Da kennen Sie ihn sehr schlecht! Sie müssen ihn auch näher kennenlernen!*) Vielleicht täusche ich mich. Ich gebe gerne zu, ich lasse mich gern überzeugen. Aber ich glaube, daß der Umgang mit Künstlern nur befruchtend wirken könnte auf das gesamte kulturelle Leben und auf die Kulturverwaltung. Ich kann Ihnen sagen, Frau Kollegin: Ich habe sehr viel Kontakt mit Künstlern, ob sie jetzt Schauspieler, Dichter oder Musiker sind. Ich spreche das aus, was mir diese Menschen immer wieder sagen, und es muß also irgendwo stimmen.

Ein Beispiel möchte ich noch bringen: Ich war vor wenigen Wochen, ich weiß nicht, ob sich der Herr Unterrichtsminister noch erinnert, in Wien in einem Garten in einer Gesellschaft von Künstlern. Es war dort der Maler Fuchs, der Dichter Canetti, der Regisseur Wochinz und noch eine Gruppe von Künstlern. Am Nebentisch saß der Herr Unterrichtsminister mit zwei jungen Herren. Ich habe mir jetzt vorgestellt — ich habe den Herrn Unterrichtsminister begrüßt, wie es sich selbstverständlich gehört unter bekannten Politikern — und gedacht, daß der Unterrichtsminister aus einem Akt der Höflichkeit oder vielleicht des Kontaktsuchens doch hingekommen wäre und gesagt hätte: Meine Herren, guten Abend! Wo noch dazu der Herr Canetti den Kulturpreis der Stadt Wien bekommen hatte.

Will man den Künstler verstehen, muß man in seine Werkstatt gehen!, hat ein Literarhistoriker einmal gesagt. Ich glaube, daß der anschließende Besuch, den wir beim Maler Fuchs in seinem Atelier getätigten haben, sicherlich mit einer Bereicherung auch für den Herrn Unterrichtsminister gewesen wäre, denn aus der Unmittelbarkeit, aus dem Erlebnis, aus der Gelockertheit kann man am besten den Geist dieser Menschen verstehen, die doch so wesentlich zum kulturellen Profil Österreichs beitragen. Hier, meine ich, fehlt das Gespräch, und ich glaube, daß wir alle, nicht nur der Herr Unterrichtsminister, die politisch tätig sind, die Verpflichtung

— sagen wir besser: das Bedürfnis haben sollten, nicht Verpflichtung —, das Bedürfnis haben sollten, hier den Kontakt zu den Künstlern zu suchen.

Noch ein besonderes Problem, das mir sehr ernste Sorgen macht. Gerade jetzt vor wenigen Minuten habe ich eine Denkschrift der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe, Sektion Bühnenangehörige, bekommen — ich glaube, das werden alle Damen und Herren des Hauses auch bekommen haben —, unterschrieben von Professor Wolfgang Hebenstreit, der bittet, das Problem der Ländertheater hier anzuschneiden beziehungsweise dazu Stellung zu nehmen und Maßnahmen zu setzen.

Ich habe bereits im Budgetausschuß zu dieser Frage Stellung genommen. Ich möchte mich also nicht mit der Situation in den Staatstheatern, Staatsoper und Burgtheater, so reizvoll es wäre, auch über diese Dinge etwas zu sagen, beschäftigen. Das hebe ich mir für ein anderes Mal auf, weil wir über andere Dinge auf kulturellem Gebiet auch zu sprechen haben. Ich möchte gerade die Situation der Ländertheater hier besonders anschneiden.

Der Herr Minister ist ja sehr geschickt, er bringt immer Paragraphen, Kompetenzen, und damit ist für ihn die Angelegenheit sicherlich von der Verwaltung aus korrekt erledigt, aber ich glaube, man kann Kulturpolitik nicht nur allein von dieser Schau aus sehen. Man muß also hier das gesamte Problem der Theater ansehen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie die Ländertheater, wie das Theater in Salzburg, in Linz, in Bregenz, in Innsbruck und in Klagenfurt, ausschauen. Ich glaube, diese Ländertheater haben eine hochpolitische, kulturpolitische Funktion zu erfüllen.

Es ist nur natürlich, wenn ich sage, daß das Klagenfurter Theater eine besondere Funktion zu erfüllen hat, nicht deshalb, weil ich aus Kärnten komme, sondern deshalb, weil dieses Theater einen Kulturaustausch mit Julisch-Venetien und mit Slowenien betreibt. Ich kann Ihnen sagen: Wer einmal die Laiabacher Oper gesehen und gehört hat, wer einmal das Udineser Orchester gehört hat, der muß vor Neid erblassen, daß wir dem auf Länderebene nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Aber das ist ja österreichische Repräsentanz! Wir müssen hier, um konkurrenzfähig zu sein, um uns stellen zu können, doch etwas Gleichwertiges bieten! Das können wir mit den Mitteln, die für die Ländertheater vorgesehen sind, auf keinen Fall bewältigen. Soll Österreich ein Theaterland bleiben, meine Damen und Herren, dann müssen wir hier den Mut haben, etwas auf finanzieller Ebene zu tun.

Luptowits

Es wurde hier von der Dringlichkeit, von der Rangordnung gesprochen. Aber, meine Damen und Herren — ich selbst bin Schulmeister —, man kann doch nicht allein nur Schulen bauen und dann plötzlich feststellen, daß der Geist fehlt, der in diesen Schulen durch die Kunst und durch die Wissenschaft zum neuen Leben erweckt werden soll. Das geht nicht, denn wir würden damit ein Versäumnis tätigen, das wir niemals wieder gut machen können.

Ich glaube, daß eine Belebung vom Minoritenplatz aus etwas dazu beitragen könnte, diese Krise zu beheben.

Ich bin nicht so pessimistisch wie der Kritiker des „Wiener Kuriers“, Paul Blaha, der da schreibt: „Bis zum heutigen Tage war vom Minoritenplatz allzuoft ein säuerlicher Hauch provinzieller Enge ausgegangen.“ Das ist eine sehr harte Stellungnahme, sicherlich; aber ich glaube, sie trifft sehr wesentlich den Kern der Sache.

Konkret stelle ich mir vor, daß alle Länder im Theatererhalterverband gemeinsam mit dem Unterrichtsminister ein Gespräch führen sollten, um zu einem Konzept zu kommen.

Wir haben doch Nachwuchs. Ich habe mir vor wenigen Tagen im Nachtstudio im Theater an der Wien das Jeunesse-Ballett angesehen. Ich muß sagen: Ich war stolz darauf, daß wir in Österreich solch einen jungen Nachwuchs haben. Ich bin auch in der Sezession gewesen und habe dort eine Veranstaltung der Jeunesse musicale mit moderner, zeitgenössischer Musik besucht. Ich muß sagen: Wir haben auch junge Künstler der Akademie, die imstande sind, zeitgenössische Werke zu interpretieren. Man muß ihnen nur die Chance und die Möglichkeit geben, sich zu bewähren. Wo wäre die Möglichkeit besser gegeben als in den Länderttheatern, wo sie ihre ersten Gehversuche machen könnten?

Wie sieht es denn heute aus? Zum Teil sieht es heute so aus, daß die jungen Künstler, sofern sie nicht das Glück haben, jemanden zu haben oder irgendwo hinzukommen, wo sie durch eine bestimmte starke Hand geführt werden, in das Ausland gehen müssen, um Bühnenerfahrung zu sammeln. Ich könnte Ihnen Dutzende von Namen von Künstlern aufzählen, die ich persönlich kenne, die in Kiel und in Braunschweig, in Basel und in München und so weiter ein Engagement suchen müssen, weil sie in ihrer eigenen Heimat keine Chance haben, ein Engagement zu bekommen. Das ist doch sehr bedauerlich.

Umgekehrt sind die Länderttheater nicht in der Lage, diesen Menschen eine Arbeitsstätte zu bieten, weil einfach nicht die Mittel da sind.

Und jetzt besteht natürlich die Gefahr, daß alle Länderttheater Einsparungen tätigen müssen, auch in Salzburg, wie ich von Doktor Hötterich gelesen habe, und in Linz ist das gleiche. Es ist überall das Klagedienst in dieser Sparte: Wie sollen wir das überhaupt machen? Ich will jetzt nicht weiter darauf eingehen, sondern werde bei den Staatstheatern noch darüber sprechen und außerdem ein Konzept vorlegen, wie wir das machen könnten, denn Sie sollen nicht sagen, daß wir nur kritisieren. Wir werden uns bemühen, gemeinsam mit den Künstlern ein Konzept auszuarbeiten, um diese tragische Entwicklung, die für die österreichische Kulturpolitik sicherlich kein Ruhmesblatt ist, abzuwenden. Wir sollten also gemeinsam den Weg zu einer Lösung dieser schwerwiegenden Frage suchen. Der erste Schritt wäre wohl im Budget 1967 möglich, daß man nämlich eine bessere Relation zwischen Ländertheateransatz und Bundestheateransatz findet.

Ich will jetzt nicht das wiederholen, was der Herr Abgeordnete Dr. Kummer von Karajan gesagt hat, und all diese Dinge, weil sie zu weit abseits liegen. Wir sollten aber gemeinsam auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze des technischen Personals sorgen, denn daran hängt sehr viel; das betrifft Musiker, Bühnenarbeiter, Bühnenmeister, Garderobieren, Schneider und so weiter. Das ist ein Riesenapparat, das sind Hunderte und Aberhunderte von Menschen, die schon jahrzehntelang in dieser Branche tätig sind. Wir können sie jetzt nicht einfach auf die Straße setzen, wir können nicht sagen: Sucht euch woanders einen Arbeitsplatz.

Die Gewerkschaft hat bereits einen Vorschlag gemacht. Ich nehme an, der Herr Unterrichtsminister hat ihn gelesen und zur Kenntnis genommen. Wir werden also gemeinsam einen Weg suchen müssen.

Zuletzt noch die Frage des Festspielgesetzes. Herr Unterrichtsminister! Sie haben im Budgetausschuß eine Antwort gegeben, die mich auf keinen Fall befriedigen kann. Ich weiß, der zuständige Beamte hat Ihnen die Antwort hingelegt, und vielleicht haben Sie zuwenig Zeit gehabt, das genau durchzulesen. Sie haben nämlich dem Sinne nach gesagt, daß es zu vielfältig ist, was hier in Österreich an Spielen, an Sommerspielen und Festspielen und wie sie alle heißen, geboten wird. Ich glaube, daß jedes Bundesland, das solche Spiele, die vom In- und Ausland als kulturell hochwertig anerkannt sind, im Sommer durchführt, auch ein Anrecht darauf hat, gefördert zu werden.

Von den Friesacher Burghofspielen wurde heute schon gesprochen, ich brauche das nicht

Luptowits

zu wiederholen. Ich kann mich dem nur anschließen. Wir haben in Kärnten noch ein zweites Sommerspiel, die Komödienspiele in Spittal. Ich erwähne sie nicht deshalb, weil ich aus Spittal komme, und ich bitte, das nicht als Lokalpatriotismus auszulegen. Ich erwähne sie nicht deshalb, weil ich sie ins Leben gerufen und aufgebaut habe, sondern deshalb, weil schon allein dadurch, daß diese Spiele schon fünf Jahre durch das Fernsehen in alle Welt übertragen werden, bewiesen wird, daß diese Spiele etwas darstellen.

Ich will nur hoffen, daß der Herr Unterrichtsminister tatsächlich einmal sein Festspielgesetz bringen wird, denn Verwaltungsschwierigkeiten, die es geben könnte, oder Kriterien der Beurteilung, das kann man alles überwinden. Ich glaube, daß die Herren der Verwaltung sicherlich soviel Phantasie, Einfallsreichtum und Ideen haben werden, einen Weg zu finden. Sie finden ja sonst immer Wege, wenn es um die Verteilung des Geldes geht.

Ich darf also diese Frage des Festspielgesetzes als eine ernste Angelegenheit ansehen und bitte den Herrn Unterrichtsminister um Unterstützung, damit wir endlich einmal auf gesamtösterreichischer Ebene zu einem Konzept, zu einer Schwerpunktbildung kommen, damit wir sagen können: Das ist bestes österreichisches Theater. Ihr Gäste, die ihr aus dem Ausland kommt, seht euch das an! Ich glaube, dann werden alle Länder, die daran irgendwie teilhaben, zufrieden sein.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß darf ich noch sagen, daß wir gemeinsam eine österreichische Kulturpolitik formen sollten. Das kann nicht einer allein, das sollten viele und viele machen, denn dann erst wird das Wort nicht nur ein Slogan sein, sondern dann erst wird der Vorrang der Kulturpolitik Wirklichkeit werden, wenn wir gemeinsam die österreichische Kultur gegenüber dem Ausland als die beste österreichische Kultur repräsentieren. Ich kann Ihnen sagen, daß wir Dichter, Schriftsteller, Maler, Schauspieler und Sänger haben, die diese österreichische Kultur bestens repräsentieren. Helfen wir ihnen auf diesem Weg weiter! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Es liegt ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Dr. Weißmann, Luptowits, Dr. Scrinzi und Genossen vor, betreffend die Errichtung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Klagenfurt. Der Antrag ist ordnungsgemäß unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf bei meiner Stellungnahme zu diesem für die Zukunft unseres gesamten Volkes so wichtigen Kapitel zunächst als Vertreter eines Grenzlandes auf zwei Schwerpunkte hinweisen, die sich heute aus der Debatte eindeutig ergeben haben. Erstens darf ich feststellen, daß die neue Schulgesetzgebung trotz der oft sehr harten Kritik hinsichtlich der Durchführbarkeit und der schweren finanziellen Opfer, die gerade unserer Generation aufgebürdet sind, bis heute Erfolge zeigte, die so mancher nicht für möglich gehalten hätte. Ich glaube, bis hieher kann mir auch die sozialistische Opposition folgen. Die große Bereitschaft, diesem Gesetz zum Durchbruch zu verhelfen, geht auch daraus hervor, daß es trotz der schwierigen finanziellen Situation des Bundes wieder gelungen ist, die Budgetansätze für das Kapitel Unterricht bevorzugt zu behandeln und neuerdings anzuheben. Hier wird mir die Opposition wahrscheinlich nicht mehr recht geben, und ich darf auf die Worte meines Parteikollegen verweisen, der gesagt hat: Und wenn noch tausende Millionen dabei gewesen wären, wäre es wahrscheinlich trotzdem zuwenig gewesen!

Zweitens kann und darf ich es aber auch nicht verabsäumen, auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die regional sehr verschieden sind, hinzuweisen, die die Grenzen des Möglichen zu übersteigen drohen. Dies trifft besonders für unsere fernab gelegenen Land- und Grenzlandbezirke zu — es wurde heute schon x-mal darauf hingewiesen —, Gebiete, die nicht nur wirtschaftlich hart ringen, sondern sich nebenbei in einer argen bildungsmaßigen Notlage befinden. Das kann man ruhig sagen. Ich brauche nicht besonders auf das augenscheinliche Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West hinzuweisen.

Besonders groß in diesen auf schulischem Gebiet nachhinkenden Gebieten ist der Nachholbedarf für die allgemeinbildenden höheren Schulen; ein Fragenkomplex übrigens, der meiner Überzeugung nach nicht allein mit materiellen Mitteln, die auf dem Schulsektor im ganzen Bundesgebiet ziemlich gleichmäßig fehlen, gelöst werden kann, sondern in seiner Problematik gerade hinsichtlich der Heranziehung, Erhaltung und Seßhaftmachung der Mittelschullehrer auf dem Lande viel, viel tiefer gelegen ist.

So schwer nun auch die Lösung dieser Frage sein mag, müssen wir doch alle unsere Kräfte und Intelligenz in die Waagschale werfen, um den gesetzten Zielen näherkommen

Dipl.-Ing. Tschida

zu können. Daß es hier noch ganz wesentlich verstärkter Anstrengungen der gesamten Bevölkerung bedarf, darüber müssen wir uns wohl im klaren sein, dies vor allem im Hinblick auf die steigenden Geburtenzahlen, auf die Senkung der Klassenschüleranzahl und die Verlängerung der Schulpflicht auf neun Jahre.

Die allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus ist nach wie vor die wichtigste Voraussetzung für eine prosperierende und wettbewerbsfähige Wirtschaft in dem unter allen Umständen anzustrebenden großen europäischen Wirtschaftsraum. Das sogenannte geistige Kapital wird der wichtigste Produktionsfaktor für die Zukunft sein. Gerade im Zeitalter des Atoms und der Technik wird von unseren Schulen ein weitaus größerer Ausstoß von gebildeten Kräften verlangt. Hiezu wird es aber notwendig sein, alle Talente, sei es nun in der Stadt oder im entlegensten Winkel unseres Landes, restlos zu erfassen und zu mobilisieren. Daß bei der Bewältigung dieser Aufgaben gerade in den entlegenen Land- und Grenzbezirken wieder die größten Schwierigkeiten zu erwarten sind, darüber gibt es keinen Zweifel.

Gestatten Sie daher, meine Damen und Herren, daß ich mich kurz mit den Problemen meines Wahlkreises beschäftige, in dem ich aufgewachsen bin und wo ich daher die Verhältnisse zu kennen glaube.

Das Burgenland ist nach wie vor das wirtschaftlich schwächste Land, es hat aber auch nachgewiesenermaßen den größten Nachholbedarf auf dem Bildungssektor. Auf dem Gebiete der allgemeinbildenden höheren Schulen sind wir besonders hart ins Hintertreffen geraten. Objektiverweise möchte ich aber betonen, daß die Gründe dieses auffallenden Rückstandes auch vielfach in der historischen Entwicklung und der geographischen Lage des Landes zu suchen sind. Während der langjährigen Zugehörigkeit dieses Grenzstreifens zu Ungarn versuchte man doch immer wieder, diese brave deutsche Grenzlandbevölkerung zu magyarisieren. Mein Vater hat es noch miterlebt, als er als Lehrer an diesen Schulen arbeitete und wirkte: bald deutsch, bald ungarisch, bald die Schule zugesperrt; in diesem Ton ging es in den letzten Jahren vor dem Anschluß.

Bis zum Anschluß im Jahre 1921 galten die ungarischen Schulgesetze, die nur eine sechsjährige Schulpflicht vorsahen, während in Österreich seit 1869 die achtjährige Schulpflicht bestand.

Die in Ungarn ausgebildete Intelligenz tendierte nach wie vor nach Ungarn und verließ auch nach dem Anschluß das Land, eine

der größten Sorgen, die wir unmittelbar nach 1921 hatten.

Wirtschaftlich lag das Land vollkommen darnieder. Von der neuerrichteten Republik konnte begreiflicherweise nicht sehr viel erwartet werden, weil sie selbst noch in Geburtswehen lag. Mit spärlichen finanziellen Mitteln mußten die lebensnotwendigsten Investitionen in dem neuerrichteten Bundesland getätigt werden. Die Konsolidierung der Aufbauarbeit konnte nur sehr, sehr langsame Fortschritte machen. Sie wurde durch die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre, durch den zweiten Weltkrieg und durch die zehnjährige Besetzung immer wieder unterbrochen, aufgehalten, zerschlagen und so weiter und so fort.

Ganz die gleichen Verhältnisse herrschten auch auf dem schulischen Sektor. Das Pflichtschulwesen lag total am Boden. Wir hatten fast keine Lehrer, und ich kann es heute sagen, daß wir hier vor allem der Stadtgemeinde Wien sehr dankbar waren, als sie uns die ersten Lehrkräfte zur Verfügung stellte. Heute genießen diese Lehrer ihren Ruhestand im Burgenland. Sie sind unten seßhaft geworden.

An Mittelschulen ererbten wir nur einige Fragmente in Oberschützen und ganz kleine Ansätze einer Mittelschule in Eisenstadt. Alle Aufbauarbeiten vor 1938 beziehungsweise 1945 wurden durch die unglückseligen Kriegs- und Nachkriegsereignisse fast vernichtet.

Mit zäher Ausdauer und einem unbeugsamen Willen ging dieses vom Schicksal so schwer geprüfte Land nach dem zweiten Weltkrieg wieder an den Wiederaufbau. Wir konnten wieder einmal beginnen. Unter bewundernswerten Anstrengungen ist es zunächst gelungen, im Volksschulwesen den Anschluß an die übrigen Bundesländer zu finden. Ab 1945 wurden in diesem kleinen, finanziell ausgesprochen schwachen Land nicht weniger als hundert Volks- und Hauptschulen neu errichtet beziehungsweise ausgebaut. Das derzeitige Schulbaukonzept der burgenländischen Landesregierung sieht Beträge vor, die in ihrer Höhe fast dem Landesbudget gleichkommen, um nur die dringendsten Maßnahmen auf Grund der neuen Schulgesetzgebung durchführen zu können. Noch keinen Anschluß finden konnten wir auf dem Gebiete des Hauptschulwesens — wir haben noch keinen einzigen zweiten Klassenzug —, und noch weniger auf dem Gebiete der allgemeinbildenden höheren Schulen und der Berufsschulen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Von den zehn- bis vierzehnjährigen Pflichtschülern besuchen im Burgenland noch 57,6 Prozent die Oberstufe der Volksschule — 4. bis

Dipl.-Ing. Tschida

8. Klasse —, während der Österreich-Durchschnitt bei 41,78 Prozent zu liegen kommt; Hauptschule: Burgenland: 35,7 Prozent, Österreich-Durchschnitt: 46,16 Prozent.

Noch krasser zeigt sich dieser Unterschied auf dem Gebiete der höheren Schulen. Das Burgenland weist den geringsten Prozentsatz der Eintritte in eine allgemeinbildende höhere Schule auf. Während der österreichische Gesamtdurchschnitt bei 14 Prozent liegt, erreicht er im Burgenland sage und schreibe nur 8,7 Prozent. Die Begründung hiefür liegt darin, daß sich im Gegensatz zu den anderen Bundesländern im Burgenland zuwenig Mittelschulen befinden. Ich habe geschildert, warum und weshalb. Daher konnten die tatsächlich vorhandenen Bildungsreserven nicht ausgeschöpft werden. Ohne Neidkomplexe sei nur zum Vergleich daran erinnert, daß zum Beispiel das Bundesland Salzburg, das nur um rund 30.000 Einwohner mehr zählt, im Jahre 1964 fünfmal mehr Mittelschulen hatte als das Burgenland. Mit Wien getraue ich mir einen Vergleich nicht anzustellen.

Die Verhältnisse haben sich in der Zwischenzeit zugunsten des Burgenlandes — das will ich hier ausdrücklich aussprechen — dank der Initiative und des Verständnisses der beiden Unterrichtsminister Drimmel und Dr. Piffl Gott sei Dank gerade in den letzten Jahren geändert.

Das im Schuljahr 1964/65 im Burgenland durchgeföhrte OECD-Projekt — ich glaube, die Frau Hofrat hat heute schon darauf angespielt — „Die Ausschöpfung der Begabungsreserven des Burgenlandes“ hat wissenschaftlich eindeutig bewiesen, daß im Lande echte Begabungsreserven vorhanden sind und allein in der 6. Schulstufe der Pflichtschulen 800 mittelschulreife Kinder keine Möglichkeit hatten, eine höhere Schule zu besuchen, weil sich in unmittelbarer Nähe des Wohnortes keine höheren Schulen befanden. Die in der letzten Zeit erfolgten Neugründungen von allgemeinbildenden höheren Schulen in drei Bezirksvororten werden sicherlich dazu beitragen, diesen Notstand zu mildern. Wägen Sie jetzt ab, meine Damen und Herren! Durch die neue Schulgesetzgebung haben wir heute bereits doppelt so viel Mittelschulen als noch vor vier, fünf Jahren.

Ich muß aber nach wie vor auf die prekäre Situation auf dem Schulraumsektor hinweisen, obwohl bis heute auch auf diesem Gebiet schöne Erfolge erzielt werden konnten. Hier hat sich gerade wieder das kleine Land Burgenland besonders um dieses Problem angenommen. Die derzeit vorhandenen Klassenräume, die vielen Notunterkünfte, wie alte Volks- und Hauptschulen, Kellerräume samt Physik-,

Chemie- und anderen Spezialklassen als Klassenräume sind leider Gottes für den momentanen Anfall von Mittelschülern schon zu klein und zu beengt. Die Klassen sind überfüllt und zählen vielfach über 50 Schüler. Die Leidtragenden bei diesen Verhältnissen sind in erster Linie natürlich die Kinder, ebenso aber auch die Lehrer. Das ist wieder ein Moment, warum wir vielleicht die Lehrer draußen so hart halten können.

Erst vor einigen Tagen klagte mir wieder ein Mittelschullehrer, daß er sich mit den vielen Kindern im Klassenraum viel zuwenig beschäftigen könne, wodurch sicherlich ganz wertvolle Talente verlorengehen. Meine Damen und Herren! Die Kinder in diesem Alter sind oft noch sehr spielerisch veranlagt, und wenn sich der Lehrer nicht mit ihnen beschäftigen kann, dann kann so ein Talent verkümmern.

Genauso besorgt frage ich mich daher: Wie soll es weitergehen, wenn die starken Geburtenjahrgänge und die Verlängerung der Schulpflicht kommen? Schon im Vorjahr mußte bei uns ein ganz großer Prozentsatz von Aufnahmewerbern in die höheren Mittelschulen aus Platzmangel abgewiesen werden. Das Raumproblem ist in erster Linie ein finanzielles und daher begrenzt, selbstverständlich auch beim Herrn Unterrichtsminister und beim Bund. Ich kann hier aber unserer Unterrichtsverwaltung versichern, daß die Gemeinden, in denen eine neue allgemeinbildende höhere Schule gegründet wurde, ihren vom Bund übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich des Sachaufwandes bis zur Errichtung der neuen Schulgebäude restlos und nach bestem Wissen und Können nachkommen werden. Bedenken Sie aber, meine Damen und Herren, daß es sich im Burgenland um die kleinen Bezirksvororte Neusiedl, Oberspullendorf, Güssing und Jennersdorf — ein kleines Dorf mit kaum 2000 Einwohnern — handelt, kleine Landstädtchen mit kaum 4000 Einwohnern und einer finanziell äußerst schwachen Grundlage. Wir können aber trotzdem das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, und es wäre geradezu eine Verantwortungslosigkeit unserer Jugend und dem ganzen österreichischen Volk gegenüber, wenn wir hier vielleicht Bremsen anlegen würden. Der Bund mußte daher besonders im Burgenland und gerade auch auf Grund des vom Bundesministerium für Unterricht durchgeföhrten OECD-Projektes ganz klar die Notsituation sehen und den echten Bedarf an höheren Bildungsstätten berücksichtigen.

Ich glaube, als Vertreter des Burgenlandes mit Recht sagen zu können, daß das Burgenland entsprechend in der Rangliste plaziert und vorgezogen werden muß. Das Bauvorhaben

Dipl.-Ing. Tschida

Musisch-pädagogisches Gymnasium in Güssing wäre dringend zu behandeln. Der Bau des Bundesgymnasiums in Oberpullendorf, der Gott sei Dank begonnen werden konnte, müßte zügig durchgeführt werden. In Neusiedl am See müßte der Neubau vor dem vom Bundesministerium für Unterricht in Aussicht gestellten Zeitpunkt unter allen Umständen angestrebt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, die Anforderungen an den Bund übersteigen für die nächste Zeit sicherlich das Maß des Möglichen. Es ist daher Aufgabe aller Verantwortlichen in unserem Staate, die Bemühungen des Bundes weitgehend und zusammen zu unterstützen. Es müssen eben neue Wege gefunden werden, um den Bund in dieser Hinsicht zu entlasten. Darf ich vielleicht einige Anregungen hiezu geben.

Eine Möglichkeit, die vorhandenen Bildungsreserven besser und billiger ausschöpfen zu können, läge sicherlich in der Verbesserung der Auslesemethode für höhere Schulen. Wenn es gelänge, von vornherein die nicht geeigneten Schüler vom Besuch einer höheren Schule zurückzuhalten, so könnte damit die Anzahl der Maturanten erhöht werden, ohne daß die Kapazität an Schulraum oder Lehrer vergrößert werden muß. Minderbemittelte Schüler, die an einem ihrem Wohnort nächstgelegenen Schule die Aufnahmeprüfung zwar bestanden haben, wegen Platzmangels jedoch nicht aufgenommen werden können, müßte man unbedingt in anderen Schulen unterzubringen versuchen. Die Mehrkosten gegenüber der Heimatschule wären durch Beihilfen zu tragen.

Vielleicht noch ein Hinweis, der allerdings bei meinen Wiener Kollegen jetzt weniger Anklang finden wird. Laut Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung des Eintrittes in allgemeinbildende höhere Schulen traten von der vierten Volksschulkasse in Wien im Jahre 1963/64 38,51 Prozent über, im Burgenland dagegen nur 8,14 Prozent, in den übrigen Bundesländern im Schnitt 11,43 Prozent. Die Kosten für diese Schüler trägt — abgesehen von dem geringen Prozentsatz an privaten und konfessionellen Schulen — der Bund, in Wien für gut über ein Drittel der Schüler, im Burgenland dagegen nicht einmal für ein Zehntel. Ich finde dieses Verhältnis — das ist meine Ansicht — nicht ganz richtig. Vielleicht gäbe es eine Möglichkeit, irgendwie ausgleichend einzuwirken und die Lasten zugunsten der Ärmeren zu verteilen. Ich beziehe mich da auf die Anregung des Herrn Kollegen Horr, der gestern auch gesagt hat: Die finanziell stärkeren Gemeinden sollen eben dann bei der Erhaltung der Spitäler mithelfen.

Das zweite große Problem, das im Laufe der Debatte zwar genügend beleuchtet wurde, das sich gerade aber auf dem Lande am schwierigsten gestaltet, ist das der Lehrer. Wir sind alle Menschen. Jeder wird versuchen, sich das Beste vom Besten auszuwählen, auch hinsichtlich des Berufsortes. Der Zug zur Großstadt speziell in den Intelligenzberufen — ich darf zum Beispiel auf die Not an Ärzten und Mittelschullehrern bei uns hinweisen, bei den Juristen ist es ähnlich — ist nach wie vor äußerst groß. Menschlich ist das vielleicht verständlich, weil die Großstadt die Lebensbedürfnisse in jeder Hinsicht, sei es nun auf geistigem, kulturellem, gesellschaftlichem oder sportlichem Gebiet, zu befriedigen vermag.

Die Schulverhältnisse dagegen auf dem Lande, die Überfüllung der Klassen und damit im Zusammenhang stehend die weitaus stärkere Belastung, geben dann den letzten Anstoß, um die Landmittelschulen zu meiden. Ein empfindlicher Lehrermangel ist natürlich die Folge. An höheren Schulen müssen vielfach Hauptschullehrer beziehungsweise andere Hilfskräfte in Verwendung genommen werden. Der Leidtragende ist wahrscheinlich in erster Linie wieder der Schüler.

Hohes Haus! Auch mit diesen Gegebenheiten müssen wir uns abfinden. Man kann es sich nicht einfach machen und hinausposaunen; ja, der Herr Unterrichtsminister, die Herren ÖVP-Unterrichtsminister tragen einzige und allein die Schuld, daß wir uns mit diesen mißlichen Verhältnissen draußen herumschlagen müssen.

Einen erfolgversprechenden Weg sehe ich vielleicht darin, um diesem Mangel abzuhelfen, bodenständige Kinder, die den Lehrberuf für eine höhere Schule ergreifen wollen, in ihrer Laufbahn besonders zu fördern. Hier denke ich an eine Förderung durch die Heimatgemeinde, durch die zuständige Schulgemeinde und durch ländliche Institutionen. Dann hätte man zumindest ein gewisses moralisches Recht, an die Jungakademiker zu appellieren, ihren Beruf dort auszuüben, wo ihre Väter ihr ganzes Leben verbringen mußten.

Ich gehe vielleicht noch einen Schritt weiter. Das ist meine Meinung, aber ich werde damit nicht sehr viel Anklang finden. Wenn die Heimat und auch der Staat diese vielen jungen Leute in großzügigster Weise unterstützt, müßte man doch zumindest die Junglehrer auf einige Jahre wenigstens als Ledige an eine Schule verpflichten können. Ich betone ausdrücklich: auf ganz kurze Zeit. Sie sollen doch hinausgehen vor die Tore Wiens, es ist doch heute weiß Gott kein Problem, mit dem Wagen innerhalb kürzester Zeit wieder herein zu sein.

Dipl.-Ing. Tschida

Ich habe im Vorjahr auch an Herrn Stadt-schulratspräsidenten Neugebauer dieses An-suchen gestellt und ihn gebeten, er möge uns aushelfen. Ich bin leider Gottes auf harten Widerstand gestoßen. Ich sehe es aber absolut nicht ein, daß der Staat von einem Junglehrer zum Beispiel nicht das kleinste persönliche Opfer verlangen kann, während von ihm gerade für die Ausbildung immer mehr und mehr gefordert wird.

Wir werden letztlich natürlich auf materielle Art Vorsorge für unsere Lehrer treffen müssen. Ich denke hier vor allem an den notwendigen Wohnungsbau, an Sonderzulagen und so wei-ter und so fort. Freilich wird es auch oft nur ein Pflaster auf die Wunde sein, denn ich bin nach wie vor überzeugt, daß die Frage des Lehrernachwuchses mit materiellen Mitteln allein nicht gelöst werden kann.

Hohes Haus! Meine kurzen Ausführungen waren ein richtiger SOS-Ruf für das Bildungs-wesen auf dem Lande und im Grenzland. Ich würde Sie alle, meine geschätzten Damen und Herren, bitten: Halten wir zusammen, denn es geht hier absolut nicht um politische Dinge, sondern es geht um unsere junge Gene-ration, und es geht letztlich um unsere Repu-blik Österreich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als näch-stem Redner erteile ich dem Herrn Abgeord-neten Zankl das Wort.

Abgeordneter Zankl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrter Herr Minister! Ange-sichts der außerordentlich interessanten und sehr, sehr gehaltvollen Ausführung auf kultur-politischem Gebiet meines Parteifreundes Luptowits möchte ich Sie natürlich nicht ernüchtern und schockieren. Ich habe mich daher entschlossen, mein Konzept, das ich auf 25 Minuten berechnet hatte, ganz einfach zu verwerfen und die drei Themata, die ich mir ausgewählt habe, in aller Kürze zu behan-deln, und zwar so kurz, daß es mir vielleicht gelingen könnte, heute als erster Redner den Schnelligkeitsrekord aufzustellen. (*Bei-fall bei der ÖVP.*) Ich fordere nur jetzt schon meine Nachredner auf, wenn Sie mich nicht durch Zwischenrufe stören, diesen von mir aufzustellenden Rekord wenn möglich zu brechen.

Meine Damen und Herren! Als Sie hier im Hause vor ungefähr vier Jahren das Schul-gesetzwerk 1962 verabschiedeten, waren sich die Schulpolitiker, aber vor allem die Beamten des Ministeriums darüber klar, daß noch eine Reihe neuer Gesetze in diesem Hause behandelt und beschlossen werden müssen. Eine Reihe von Novellen und kleineren Geset-zen sind inzwischen verabschiedet worden. Unter anderem ist auch eine Novelle zu einem

Schulaufsichtsbeamtengesetz behandelt und verabschiedet worden, was mich veranlaßt, kurz, aber umfassend zum Schulaufsichts-beamtengesetz Stellung zu nehmen. Ich tue dies, obwohl eine Novellierung dieses Gesetzes nur eine sehr kleine Gruppe österreichischer Beamter betreffen würde — es sind nicht einmal ganz 200 —, weil diese Gesetzesmaterie Gefahr läuft, da sie eben nur für etwa 200 Beamte gültig sein wird, daß sie immer wieder aufs Eis gelegt und ihr andere Gesetze, die eine größere Zahl von österreichischen Be-amanten oder die Masse der österreichischen Schülerschaft betreffen, vorgezogen werden.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß durch eine kleine Novelle zu diesem Schulaufsichtsbeamtengesetz ein Teil des alten Gesetzes aus dem Jahre 1919 abgeändert worden ist, und zwar die Bestimmung, nach der bis vor ungefähr 1½ Jahren — Sie werden sich daran erinnern — die Bezirksschulinspek-toren nur provisorisch auf drei Jahre bestellt und erst dann definitiv angestellt werden konnten. Diese Bestimmung wurde damals eliminiert.

Eine Delegation von Bezirksschulinspek-toren, von Gewerkschaftern hat im Juni 1964 im Ministerium vorgesprochen und dort ihre Wünsche in schriftlicher Form als Forderungs-programm überreicht. Vor ungefähr einem Monat haben die Bezirksschulinspektoren wieder ein fast gleich abgefaßtes Forderungspro-gramm dem Unterrichtsministerium einge-reicht mit der Bitte, die Delegation gelegent-lich zu empfangen und anzuhören. Das scheint aber bisher nicht geschehen zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht auf die Arbeitssituation der Schul-aufsichtsorgane eingehen. Ich könnte Ihnen in ungefähr 30 Punkten — ich habe mir einige dieser 30 Punkte aufgeschrieben — darstellen, welche Masse von neuen Arbeiten auf die Schulaufsichtsorgane hereingestürzt ist und wie sehr sie diese Arbeiten beschäftigen und in Anspruch nehmen. Das werde ich mir aber ersparen.

Ich möchte Ihnen statt dessen in aller Kürze das Forderungsprogramm vor Augen führen und vor allem darauf hinweisen, daß wiederum so wie vor zwei Jahren gebeten worden ist, man möge von der Methode abgehen, daß bei Pensionierung eines Schulinspektors, wenn der Posten etwa drei, vier Monate nicht be-setzt wurde, der Nachbarschulinspektor diesen verwaisten Bezirk betreuen muß. Auch wenn ein Bezirksschulinspektor einige Monate krank oder beurlaubt ist, muß immer der Nachbar-schulinspektor einspringen und unter erheb-lichem Aufwand und Mehrbelastung die Ar-biet machen. Kehren wir doch — das ist

Zankl

eine der Forderungen dieser Inspektoren — zu der alten Methode zurück, einen seriösen und in schulpolitischen und schulorganisatorischen Fragen gut bewanderten Hauptschuldirektor damit zu betrauen.

Ein zweiter Wunsch, den ich kurz berühren möchte, ist der Wunsch, die Mehraufwendungen an Arbeitsenergie damit abzugelenken, daß man das Schema S 3, in das nur die Bezirksschulinspektoren eingeordnet sind, aufhebt und die Bezirksschulinspektoren in S 2 einordnet.

Ein dritter Wunsch geht dahin, daß man die Fachinspektoren, also zum Beispiel den Fachinspektor für Musik oder für Leibeserziehung, nicht nur auf eine bestimmte Zeit, auf fünf Jahre, beruft, sondern auf Dauer, weil man davon erwarten kann, daß dies die Wertigkeit der Arbeit positiv beeinflussen wird.

Und endlich als letzten Wunsch noch einmal die Bitte an den Herrn Minister und auch an die Unterrichtsverwaltung, endlich ein neues Schulaufsichtsbeamtengesetz vorzubereiten, denn das alte stammt ja, wie ich Ihnen früher gesagt habe, aus dem Jahre 1919. Ich bitte also, Herr Minister, diese 200 betroffenen Schulaufsichtsorgane, die es nur sind, nicht zu vergessen und nicht zu sagen: Wir legen das wieder aufs Eis, wir ziehen andere wichtige Themen oder Materien vor.

Die zweite Frage, die ich kurz behandeln möchte, sind die Pädagogischen Akademien, also jene Einrichtungen, die dazu berufen sein werden, ab September 1968 die neue Lehrerbildung zu vermitteln. Wir haben 14 Akademien in Österreich vorgesehen, 8 davon werden öffentlich, 6 werden privat sein. Ich möchte Ihnen jetzt nicht die Orte aufzählen, das wissen Sie ohnehin, soweit Sie damit beschäftigt sind. Aber es ist interessant zu wissen, daß von diesen 14 Pädagogischen Akademien, die wir in einigen Jahren haben werden, erst eine einzige Pädagogische Akademie über das Planungsstadium hinausgekommen und bereits in Bauausführung begriffen ist; das ist die private Pädagogische Akademie in Krems. Nur eine zweite Anstalt dieser Art, und zwar eine öffentliche in Wien, im 10. Bezirk in der Ettenreichgasse, ist planmäßig fertig und organisatorisch vollständig vorbereitet. Wenn ein Gebäude vorhanden wäre, könnte sie mit ihrem Betrieb im Jahre 1968 beginnen. Man wird natürlich nicht in der Lage sein, in einem neuen Haus beginnen zu können, aber Wien ist bekanntlich in der glücklichen Lage, einige Schulgebäude zu haben, in denen diese Pädagogische Akademie provisorisch mit dem Schulversuch, der heuer begonnen werden soll, ihren Betrieb

aufnehmen kann, wenn auch zunächst nicht im eigenen Gebäude.

Ich möchte bei diesem Thema darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten auch bei uns in Klagenfurt enorm sind. Wir sind noch nicht einmal mit dem Planungsstadium fertig. Die 80 Architekten, die eingereicht haben — etwa 40 werden daran arbeiten —, sind noch mit den Planungsarbeiten beschäftigt. Anfang September dürfte die Jury entschieden haben, welcher Plan auszuführen sein wird. Aber wir werden kaum damit rechnen können, daß wir im Frühjahr 1967, also im nächsten Jahr, mit dem Bau beginnen können. Es handelt sich um eine budgetäre Frage im neuen Bautenministerium, und wir werden daher auch nicht in der Lage sein, im Jahre 1968 in dieses neue Gebäude einzuziehen. Der Herr Minister hat — wie er mir im Budgetausschuß geantwortet hat — den Auftrag gegeben, im Klagenfurter Landes-schulrat ein Provisorium vorzusehen, damit im Jahre 1968 dennoch der Schulbetrieb begonnen werden kann. Dazu muß ich Ihnen aber leider sagen, daß die Schulraumverhältnisse in Klagenfurt wesentlich schwieriger sind als in Wien. Wir haben heute in Kärnten noch eine ganze Reihe von Schulen mit Wechselunterricht, und es wird wahrscheinlich darauf hinauskommen, daß sich der Landes-schulrat wird entschließen müssen, eine allgemeinbildende höhere Schule oder irgendeine andere höhere berufsbildende Schule zusammenzudrängen oder auszusiedeln, zu dislozieren, damit dann eines dieser Gebäude zur Verfügung stehen wird.

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Bau der Pädagogischen Akademien drängt und daß es notwendig sein wird, Wege zu finden, verehrter Herr Minister, um diese Baukosten herbeizuschaffen. Ich habe sie mir in Klagenfurt mit ungefähr 100 Millionen errechnen lassen. Wenn Sie an neun öffentliche kleinere, mittlere und größere Akademien in Österreich denken, werden wir mit 1 Milliarde für diese neun Akademien nicht zu hoch greifen. Wir werden also einen Weg suchen und finden müssen, wie wir die Finanzierung dieser öffentlichen Akademien möglichst bald unter Dach und Fach bringen können.

Nun komme ich schon zum Schluß und berühre nur noch ein ausgesprochenes Lokal-thema. Ich muß das leider noch einmal anführen, Herr Minister, obwohl Sie mir in einer der letzten Fragestunden vor ungefähr drei Wochen gesagt haben: Herr Abgeordneter, Sie können damit rechnen — ich zitiere das wortwörtlich —, daß Anfang September die Mittelschüler — beziehungsweise, wie sie jetzt eigentlich heißen sollten, die höheren

Zankl

Schüler — in diese Schule in St. Veit an der Glan werden einziehen können.

Daß ich das Thema noch einmal kurz anschneide, hat folgenden Grund: Wir haben alles vorbereitet. Ihr verantwortlicher höchster Beamter im Ministerium, der damit betraut ist, diese Fragen zu bearbeiten, hat sich mit uns in Verbindung gesetzt. Wir haben bereits die Aufnahmestruktungen für den 20. Juni ausgeschrieben, wir haben die Eltern verständigt, den notwendigen, für uns sehr schmerzlichen Gemeinderatsbeschuß gefaßt, die Klassenzimmer bereitgestellt und bereits Lehrmittel bestellt und angeschafft. Nun war am Freitag, dem 3. Juni in Hermagor eine Kommissionierung bezüglich eines anderen Wunsches, und anläßlich dieser Kommissionierung hat ein höherer Beamter — nicht Ihres Ministeriums, Herr Minister, sondern eines anderen Ministeriums — die Äußerung gemacht: Wenn St. Veit und Hermagor heuer eine allgemeinbildende höhere Schule verlangen, dann werden wir uns eventuell noch einmal so wie im Vorjahr entschließen müssen, St. Veit zurückzustellen und Hermagor vorzuziehen. Ich sage das deshalb, Herr Minister, weil diese Entscheidung, die wir nicht verstehen würden, in St. Veit förmlich eine Rebellion hervorrufen würde. (*Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Keine Angst!*) Ich habe die Antwort, die Sie mir gegeben haben, daß ich keine Angst zu haben brauche, der Wunsch werde erfüllt werden, mit Genugtuung quittiert. Aber ich muß es noch einmal sagen: Wir haben so etwas schon voriges Jahr erlebt. Wir haben voriges Jahr auch gemeint, wir werden beginnen können, und es mußte dann aus staatspolitischen Überlegungen in Kärnten — daran war nicht Ihr Ministerium schuld — Völkermarkt vorgezogen werden.

Ich bitte Sie also, bei dieser Ihrer Zusage zu bleiben. Wenn Sie Ihr Versprechen eingelöst haben werden, dann haben wir nur noch die zwei restlichen Wünsche Hermagor und Feldkirchen. Damit werden alle Wünsche des bisher auf diesem Gebiet sehr stiefmütterlich behandelten Bundeslandes Kärnten erfüllt sein. Kärnten braucht dann nur noch die baldige Errichtung der Neubauten zu betreiben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Abgeordneten Regensburger das Wort.

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme zur Situation der Pflichtschulen in Tirol und zur Frage der Lehrerschaft beziehungsweise des Lehrernachwuchses im allgemeinen Stellung.

Der voraussichtliche Schülerstand für das Schuljahr 1966/67 wird in Tirol rund 51.300 Volksschüler, 13.700 Hauptschüler, 1400 Sonderschüler und 2200 polytechnische Schüler betragen, das sind im Vergleich zum Schuljahr 1965/66 um 2000 Volksschüler, um 2000 Hauptschüler und um 180 Sonderschüler mehr. Aus diesem Grunde müssen etwa 60 neue Volksschulklassen, etwa 55 neue Hauptschulklassen, 13 neue Sonderschulklassen und außerdem etwa 85 Klassen für den Polytechnischen Lehrgang errichtet werden.

Der voraussichtliche Abgang von 160 Lehrermaturanten reicht selbstverständlich für die notwendige Besetzung der Klassen nicht aus, da allein die Polytechnischen Lehrgänge einen Zuwachs von 140 Lehrern benötigen würden. Wenn man berücksichtigt, daß erfahrungsgemäß etwa 70 Kollegen und Kolleginnen ausscheiden und 74 Leiter freigestellt sind, hat das Land Tirol im Schuljahr 1966/67 rund 350 bis 400 Pflichtschullehrer zuwenig, wobei noch der Umstand hinzukommt, daß mindestens 150 Klassen eine Schülerzahl von über 40 aufweisen werden.

Die lobenswerten Bemühungen des Unterrichtsressorts, den Lehrernachwuchs zu fördern, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Nach einer Publikation des Statistischen Zentralamtes hat sich die Zahl der Schüler an den Musisch-pädagogischen Realgymnasien und an den Lehrerinnen- und Lehrerbildungsanstalten in Österreich von 9096 im vergangenen Schuljahr um 12,5 Prozent auf 10.229 im Schuljahr 1965/66 erhöht.

Auch die einzelnen Bundesländer verzeichnen einen ähnlichen Zuwachs, obwohl die Prozentzahlen unterschiedlich sind. In den Bundesländern Steiermark und Wien ist der Prozentsatz der Mädchen an den Studierenden besonders hoch. Die höchste Prozentzahl an weiblichen Studierenden finden wir in der Steiermark mit 68 Prozent und in Wien mit 61 Prozent. Die niedrigsten Prozentzahlen haben Niederösterreich mit 54 Prozent und Tirol mit 50 Prozent. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 57 Prozent, vergleichsmäßig zum vorigen Jahr mit 56 Prozent. Es besuchen also 14 Prozent mehr weibliche als männliche Studierende ein Musisch-pädagogisches Realgymnasium oder eine Lehrerbildungsanstalt. Außerdem sind an den sogenannten einjährigen Maturantenlehrgängen, die in manchen Bundesländern 1965/66 erstmalig eingerichtet wurden, 759 Studierende, das sind um 256 mehr als im vergangenen Schuljahr.

Diese Bilanz ist bestimmt sehr erfreulich, doch leider reicht der Zuwachs bei weitem

Regensburger

nicht aus, und ich getraue mich, in diesem Zusammenhang die Behauptung aufzustellen oder auf jeden Fall die Befürchtung zu äußern, daß wir in wenigen Jahren neben hochschulmäßig ausgebildeten Pflichtschullehrern auch Notschullehrer werden einstellen müssen. In Tirol haben wir zum Beispiel schon einige Handarbeitslehrerinnen, jedenfalls Nichtmaturanten, die als Volksschullehrer an irgend einer Pflichtschule unterrichten.

Eine weitere Sorge hege ich auch im Zusammenhang mit dem Nachwuchs von Hauptschullehrern und Lehrern an Polytechnischen Lehrgängen. Ich kann mir nämlich wirklich nicht vorstellen, daß ein junger Mensch, der Matura hat, der noch vier Semester an der Pädagogischen Akademie studieren mußte, dann Pflichtschullehrer ist, noch soviel Idealismus aufbringt, die Hauptschullehrerprüfung oder die Prüfung als Lehrer an einem Polytechnischen Lehrgang, also als Berufsschullehrer, abzulegen, wozu er zusätzlich noch ein Jahr, also zwei Semester, studieren muß, um dann an einer Hauptschule oder an einem Polytechnischen Lehrgang zu unterrichten, wenn er die nötigen finanziellen Mittel hat. Denn beim heutigen Stand der Hochschulförderung wäre er doch ungeschickt, wenn er nicht gleich ein vollakademisches Studium absolviert.

Ich habe den Eindruck, daß man die Lehrer in diesem Zusammenhang fast zu Tode prüfen will. Kurse oder eine gewisse Praxiszeit müßten doch für einen Maturanten, der dann noch vier Semester an der Pädagogischen Akademie studiert hat, genügen, um ihm den Status eines Hauptschullehrers oder eines Lehrers an Polytechnischen Lehrgängen, also eines Berufsschullehrers, zuzuerkennen.

Die österreichische Pflichtschule besitzt schon seit Jahrzehnten einen ausgezeichneten Ruf. Sie besaß ihn auch damals schon, als die Lehrer nur eine vierjährige Ausbildung hatten. Meine Ausführungen dürfen nicht falsch ausgewertet werden, indem man meint, daß ich vielleicht für einen Rückschritt plädiere, aber bezüglich eines zu weiten Vorpreschens gerade im Hinblick auf die Prüfungen für die Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen möchte ich doch eine gewisse Sorge hier aufzeigen.

Eine weitverbreitete Meinung bezüglich des mangelnden Lehrernachwuchses sucht die Ursache in der Gehaltssituation. Ich kann mich diesen Meinungen selbstverständlich anschließen. Es ist heute eben nicht mehr so ohne weiteres möglich, für ein Gehalt von 2500 S einen Maturanten und speziell einen ausgebildeten Lehrer zu bekommen, der ja weiß, daß er irgendwo an einer entlegenen Schule unterrichten und eine Reihe von Schwierigkeiten

auf sich nehmen muß. Zum Beispiel bekommt in Liechtenstein ein Volksschullehrer im ersten Dienstjahr um 500 S mehr als bei uns ein Lehrer, bevor er in Pension geht.

Vielleicht aber ist es auf der ganzen Welt so, daß die geistige Tätigkeit nicht so gut honoriert wird. Ich habe eine Zeitung vor mir, in der folgendes steht:

„Es ist eine sehr merkwürdige Tatsache, daß im gesamten Westen geistige Arbeit fast immer schlechter entlohnt wird als technische Arbeit. Die Demokratien kämpfen ja um den gerechten Lohn je nach Leistung, aber“ materialistischer „Grundsatz ist es, daß der unmittelbar kalkulierbare Nutzen über den Lohn entscheidet, und dieser Nutzen soll sich möglichst bald auf einem Konto einstellen, was bei geistiger Arbeit fast nie der Fall ist.“

In den USA zum Beispiel bekommt ein hochqualifizierter Vorarbeiter — diese Statistik liegt schon einige Jahre zurück — der Cadillac-Tankwerke mit Überstunden jährlich 20.000 Dollar, das sind rund 520.000 S, ein Stahlarbeiter ohne besondere Qualifikation 10.000 Dollar, also 260.000 S. Dagegen beträgt der Jahresgehalt eines Schullehrers, der die Jugend und damit die Zukunft heranbildet, 2094 Dollar, das sind 54.450 S, ein Metallurg mit Hochschulstudium bekommt für einen Lehrauftrag 30 Dollar täglich, was dem Lohn eines Plasterers oder Ziegellegers gleichkommt. Das soll selbstverständlich keine Negierung der Tätigkeit eines manuell Arbeitenden sein.

Es ist zum Beispiel nicht allgemein bekannt, daß die Gesamtbelastung eines Lehrers so enorm ist, daß durchschnittlich 50 Prozent der Pflichtschullehrer vor Erreichung des Pensionsalters, also vor Erreichung des 65. Lebensjahres, ihren Dienst aus gesundheitlichen Gründen quittieren müssen. Tests in Amerika haben ergeben — mir ist das von einigen Kollegen mitgeteilt worden —, daß die Belastung eines Lehrers vor der Belastung eines Bergarbeiters liegt. Es ist fast nicht zu glauben, aber wer einmal zum Beispiel an einer niederorganisierten Schule unterrichtet hat, wie ich es durch fünf Jahre tat, mit 40 Schülern vom ersten bis zum achten Schuljahr, alles in einem Raum, wo man sich mit den Anfängern genauso abgeben muß wie mit den Abgängern, die dann genauso in eine Mittelschule gehen wollen, weil die Schule in der Nähe der Stadt ist, und denen man letzten Endes doch aus der Verantwortung heraus ein Wissen, ein Können mitgeben will, das doch ähnlich dem an einer anderen höherorganisierten Schule ist, der versteht das.

Ich möchte damit nur gesagt haben, daß es nicht nur die materielle Seite ist, die den Lehr-

Regensburger

beruf als nicht besonders erstrebenswert erscheinen läßt. Daneben gibt es selbstverständlich noch eine Reihe anderer Gründe. Der Obmann der Lehrergewerkschaft Tirol hat einmal einen ganzen Katalog aufgezählt. Ich möchte aus diesem Katalog nur einen Teil herauslesen. Es gibt mehrere Kataloge im Zusammenhang mit den administrativen Arbeiten in der Schule und mit der außerschulischen Tätigkeit. Nun einiges aus diesem von mir genannten Katalog.

Man erwartet einmal erstens schon vom Lehrer, daß er vom ersten Schultag an die Eltern vertritt, und in manchen Fällen soll er sie sogar noch ersetzen. Langjährige Erziehungsfehler soll er in kürzester Zeit beheben und soll dabei immer noch gleichbleibend liebenswürdig, sachlich und ruhig sein, er soll nie Launen haben, immer gerecht urteilen, eine Engelsgeduld haben, stets erklären und belehren und auch einen trockenen Stoff noch interessant und abwechslungsreich gestalten. Er soll die Schüler zu wertvollen Staatsbürgern erziehen, und es ist selbstverständlich, daß er auf alle Fragen, die man ihm in der Schule und außerhalb der Schule stellt, Antwort geben kann, während er seine eigenen Sorgen für sich behalten muß, und schließlich soll er aus Idealismus alles tun, auch das, was man selbst nie zu tun bereit wäre.

In der Gesellschaft nimmt der Lehrer eine besondere Stellung ein, und zwar werden Unzukämmlichkeiten und menschliche Schwächen bei ihm doppelt gewogen. Er unterliegt einer allgemeinen Beobachtung und der allgemeinen Kritik in einem viel höheren Maße als die meisten übrigen Staatsbürger.

Neben der obligaten Unterrichtszeit, ohne die umfangreichen Vor- und Nachbereitungen sowie die Korrekturen zu nennen, warten auf den Lehrer meistens noch eine Reihe von anderen Aufgaben: Gesangsverein, Organisten-dienst, Kirchenchor, Musikkapelle, Brauchtumspflege, Schulmatriken, Dorfchronik, Buchklub der Jugend, Straßensammlungen, Jugendrotkreuz, Elternvereine, statistische Erhebungen, Veranstaltungen von Schulschiwochen und Wandertagen, Hilfeleistung, wenn der Schularzt in die Schule kommt, Fragebogen ausfüllen, ausarbeiten, und so weiter, und so fort.

Es würde sicher den Rahmen meiner Ausführungen sprengen, wenn ich mich weiter mit den Belastungen des Lehrers auseinandersetzen würde, aber ich glaube doch, daß ich Verständnis gefunden habe, daß die Gründe, warum der Lehrberuf heute keinen besonderen Zuzug erfährt, verschiedener Natur sind.

In diesem Zusammenhang hat sich lobenswerterweise die Lehrergewerkschaft Tirols mit der Universität Innsbruck zusammengesetzt, und es sind schon Erhebungen im weitesten Umfange gepflogen worden. Bei diesen Untersuchungen will man erheben, welche Gründe in der Hauptsache den Lehrernachwuchs behindern. Man kann auf das Ergebnis sehr neugierig sein.

Sicher würden die von mir auszugsweise angeführten Leistungen des Lehrerstandes, abgesehen vom großen Idealismus, von der Lehrerschaft leichter vollbracht werden, wenn der Dank der Öffentlichkeit nicht so spärlich fließen würde. Ich will gar nicht darauf hinweisen, daß man sogar bei höchsten Stellen gerne über die Pedanterie und über die verschiedenen Eigenschaften der Schulmeister witzelt, aber es ist doch auffällig, daß man höchst selten von der Auszeichnung eines Lehrers liest oder von einer Titelverleihung. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die zuständigen Stellen die Aufforderung richten, eine Gewissenserforschung vorzunehmen und dann zur Tat zu schreiten, um doch hin und wieder diesen Lehrern ein sichtbares „Danke schön“ zu sagen.

Nun zum Polytechnischen Lehrgang. Im Jahre 1927 hat man von der damals fünfklassigen Volksschule ein Jahr der dreiklassigen Bürgerschule zugefügt und dadurch die vierklassige Hauptschule geschaffen. Das ist heute hier vom Kollegen Peter schon kurz angeführt worden. Die Volksschule hat dadurch etwas an Bedeutung verloren, sodaß der Wunsch der Pflichtschullehrer auf Einführung einer 5. Volksschulkasse immer lauter wurde. Im Zusammenhang mit den Beratungen der Schulgesetze 1962 ist man dann zur Tat geschritten und hat das 9. Pflichtschuljahr geschaffen.

Darf ich nun darauf hinweisen, daß der Wunsch der Lehrerschaft darin bestand, dieses 9. Schuljahr als 5. Schulstufe anzufügen, weil die Pädagogen eben der Meinung waren, das wäre das Allernatürlichste. Die Eltern wurden bei uns auf jeden Fall schon früher dieser Natürlichkeit gerecht, indem sie die Kinder fünf Jahre in die Volksschule gehen ließen und erst dann in eine höhere Schule oder auch in die Hauptschule schickten.

Ein deutscher Pädagoge, der Professor Dr. Huth, verweist sogar in diesem Zusammenhang darauf — wir waren nämlich bis jetzt der Meinung, daß die körperliche Reife vor der geistigen Reife rangiert —, daß die körperliche Reife der normalen Entwicklung um zwei Jahre vorausseilt, während die seelische und geistige Entwicklung bis zu vier Jahren zurückbleibt. Er erhebt sogar die

Regensburger

Forderung, man möge das Schuleintrittsalter um ein Jahr verschieben, also die Kinder erst mit dem siebten Jahr in die Schule gehen lassen.

Ich bekenne mich grundsätzlich zur neunjährigen Schulpflicht, speziell wenn dadurch die bestehende Überlastung der Schüler ausgeschaltet wird und die Schüler weiter sorgsam und behutsam zu ihrem Beruf hingeführt werden. Der Grund, warum ich nun am vergangenen Montag im Finanz- und Budgetausschuß dem Antrag des Herrn Abgeordneten Peter beigetreten bin, ist in der Sorge gelegen, daß durch den Mangel an Lehrern und Schulraum in den meisten Bundesländern in schulischer Hinsicht ein weiteres Stadt-Land-Gefälle zutage treten wird. Ein genereller Aufschub des Pflichtbeginnes des Polytechnischen Lehrganges schien mir deshalb opportun. Ich gebe mich dabei aber keinen Illusionen hin, hier einen Erfolg zu erreichen, weil ja bekannterweise, um einen solchen Aufschub bewerkstelligen zu können, eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.

Nun werdet ihr mich fragen: Warum hast du — oder warum haben Sie — heute im Plenum nicht auch diesem Antrag zugestimmt? Ich muß in aller Offenheit erklären, daß ich mir vornahm, auch hier im Plenum diesem Antrag des Abgeordneten Peter zuzustimmen, so wie ich es im Ausschuß tat. Aber als er dann so massiv gegen die konfessionelle Privatschule polemisierte, konnte ich es nicht mehr verantworten, denn ich dachte mir: Wenn das irgendwie in Zusammenhang gebracht wird, würden wir da einen Weg beschreiten, den ich als Abgeordneter nicht mitgehen könnte. (*Abg. Peter: Es sind zwei grundverschiedene Dinge, die Sie da in einen Schuh hineinbringen!*) Sie sind sicher grundverschieden, aber man kann das Schulwesen mehr oder weniger nur im gesamten sehen.

Ich erinnerte mich dabei noch an eine Situation im Finanz- und Budgetausschuß im vergangenen Jahr — nein, es ist schon länger her — anlässlich der Beschußfassung der Hochschulstudiengesetze. Damals formulierte ich als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses mit meinen Kollegen einen Antrag auf Einbau der Pädagogischen Akademien in das Hochschulstudienförderungsgesetz (*Abg. Dr. J. Gruber: Studienbeihilfengesetz!*), in das Hochschulstudienbeihilfengesetz. Der Kollege der Freiheitlichen Partei hat mir zuerst die Unterstützung zugesagt. Während ich den Antrag formulierte, hat er mit einem Kollegen von der Sozialistischen Partei gesprochen und hat dann seine Unterschrift mit der Bemerkung versagt, es sei ihm deswegen nicht möglich, weil dadurch die konfessionelle Privatschule

eine Förderung erfahren würde. Mein Zureden, daß das letzten Endes keine Unterstützung der Schule, sondern der Studierenden ist und es den Eltern freigestellt ist, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, war vergeblich. Das hat mir im besonderen Maße bewiesen, daß auch von Seiten der Freiheitlichen Partei eine gewisse Allergie gegen die konfessionellen Privatschulen besteht. (*Abg. Dr. van Tongel: Nein, nur gegen die Bezahlung!*) Und diesbezüglich bin ich empfindlich. Ich muß euch sagen: Ich bin selber Lehrer, und ich habe ein Mädchen in einer konfessionellen Privatschule, aber was sich dort die Lehrpersonen antun, das ist mir zum Beispiel als Familienvater gar nicht möglich, weil ich außer meiner Schultätigkeit auch noch andere Sorgen habe. Die geistlichen Lehrkräfte einer konfessionellen Privatschule können sich jedoch mit einer ganz anderen Konzentration nur dem Schulleben widmen.

Warum befürchte ich im Zusammenhang mit der Einführung des Polytechnischen Lehrganges jetzt schon ein weiteres bildungsmäßiges Stadt-Land-Gefälle? In den größeren Städten wird es möglich sein, Lehrer zu bekommen und den notwendigen Schulraum zu schaffen, in den Landgemeinden wird das aber auf weitere Sicht nicht möglich sein. Also bleibt den Landkindern nichts anderes übrig, als entweder sitzenzubleiben oder das erziehungsfeindliche Los eines Pendlers auf sich zu nehmen. In Städten, die eine allgemeinbildende höhere Schule haben, wird aus den dortigen Pflichtschulen ein Ansturm auf diese höheren Schulen einsetzen, deren Besuch den Landkindern aus finanziellen Erwägungen nicht so ohne weiteres möglich ist.

Bei eventuellen Notlösungen, die wohl in vielen Bereichen in den nächsten Jahren die Norm darstellen werden, kommt es in erster Linie zum Wechsel- oder Schichtunterricht, eine Lösung, die uns in schulmäßiger Hinsicht in das Jahr 1945 zurückwirft und die mit dem Nachteil behaftet ist, daß wir dann neben der Raumnot auch noch den Lehrermangel haben.

Die Ärzte bezeichnen den Wechselunterricht als das größte Übel im Schulwesen: Er nimmt keine Rücksicht auf den biologischen Rhythmus der Leistungsfähigkeit, die am Vormittag am höchsten ist, gegen Mittag absinkt und dann am späten Nachmittag wieder leicht ansteigt. Die Sünden wider den Lebensrhythmus Jugendlicher führen dazu, daß Angst vor der Schule und in der späteren Folge auch Angst vor dem Leben eintritt. Außerdem verlieren die Schüler, wenn sie erwachsen sind, den Sinn für eine echte Sonntagsruhe und auch den Sinn, mit der Freizeit etwas Ordentliches anzufangen.

Regensburger

Wo dann die besonderen Schwierigkeiten im Unterrichtsablauf irgendwo in Dichte auftreten, wird der stellensuchende Lehrer selbstverständlich solche Orte meiden, und die Landes-Schulen laufen daher Gefahr, lehrermäßig zu verwaisen.

Das sind meine Bedenken, die ich deponiert haben möchte. Ich lasse mich aber sehr gerne in positiver Richtung belehren und überreden.

Der Herr Bundesminister für Unterricht erinnerte einmal daran, daß jetzt die Erwachsenen des Jahres 2000 erzogen würden, und er leitete die Forderung ab, man müsse in allen Schulen und Unterrichtsplänen die Probleme im Auge behalten, die sich dann unweigerlich ergeben werden. Dies ist eine weise Haltung, die aber nach meiner Ansicht doch einer gewissen Harmonie mit der finanziellen und wirtschaftlichen Situation des Landes bedarf.

Ich schließe mich gerne den Optimisten an, denn schließlich ist in Österreich schon öfter ein sogenanntes österreichisches Wunder geschehen, aber zweifeln darf man ja auch als Abgeordneter.

Nun ganz zum Schlusse noch zum Zwischenruf des Herrn Ing. Kunst. Er ist, soviel ich sehe beziehungsweise nicht sehe, leider nicht da, aber er kann es ja dann im stenographischen Protokoll nachlesen. Bei seinem Zwischenruf ist ihm als Tiroler ein Lapsus passiert. Er nannte die Tiroler nämlich quasi Analphabeten und hat Kräfte in Tirol geziehen, früher oder jetzt das Analphabetentum unterstützt zu haben. (*Abg. Haas: Er kommt schon!*) Ich will nun nicht auf einen Lapsus in einer Einladung des Wiener Bürgermeisters anlässlich des Europagespräches unter der Patronanz des Herrn Bundespräsidenten hinweisen, in der unter anderem steht: Tschaikowsky, 3. Satz, S-Moll, op. 30. Wir in Tirol wissen, daß es S-Moll nicht gibt. Das ist aber genauso ein Lapsus, wie er wahrscheinlich Ihnen, Herr Kollege, passiert ist. Ich will Sie nicht beleidigen, aber ich muß sagen, durch Ihren Zwischenruf, daß in Tirol einmal etwas im Hinblick auf die Förderung des Analphabetentums geschehen sei, sind Sie mir mit Ihren Grobgenagelten schwer auf die Nerven getreten!

Vielelleicht haben Sie schon einmal unseren ehemaligen Kulturreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Gamper, bei einem Vortrag über die geschichtliche Entwicklung hören können. Er sagte einmal — was auch vom früheren Unterrichtsminister Dr. Drimmel nicht besonders wohlwollend aufgegriffen wurde —, er wunderte sich, daß er als Wiener Unterrichtsminister sei. Dr. Gamper behauptete nämlich, es gebe eine Statistik über hun-

dert Jahre — ich habe mir die Jahreszahl „von — bis“ nicht gemerkt —, und aus dieser Statistik sei zu ersehen, daß 75 Prozent der Intelligenz Österreichs aus dem Lande Tirol stammen, und zwar Maler, Bildhauer, Techniker und so weiter. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. J. Gruber: Da war der Kunst noch nicht dort!*) Man kann natürlich daran zweifeln, aber es ist bekannt, daß Techniker — meinetwegen Prandtauer und so weiter —, Maler und Dichter in sehr großer Zahl aus dem Lande Tirol stammen. Man kann sicherlich über den Prozentsatz streiten. Aber das eine steht fest, Herr Kollege Kunst: Kunst und wahre Erziehung können nur in Freiheit gedeihen, und die Tiroler Bauern und Bürger waren schon zu einer Zeit frei, als sich noch viele Menschen in großen Teilen Österreichs unter dem Joch der Leibeigenschaft wohlfühlten. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Wohlfühlten? Niemals!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstes Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Haas das Wort.

Abgeordneter Haas (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe mich schon anlässlich der Debatte über das Kapitel „Unterricht“ im Finanz- und Budgetausschuß mit Problemen des niederösterreichischen Schulwesens beschäftigt und unter anderem auch einen Antrag zum Artikel 14 Abs. 4 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes eingebbracht. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit im Finanz- und Budgetausschuß leider nicht angenommen, und deshalb glaube ich, daß es notwendig ist, sich heute vor dem Hohen Haus mit diesem Antrag und mit dem Artikel 14 nochmals näher zu beschäftigen und einiges dazu auszuführen.

Durch die Schulgesetze 1962 wurden auch die Kompetenzen in der Gesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiete des Schulwesens bis auf zwei Ausnahmen, nämlich das Lehrerdienstrecht und die Errichtung von Schulen, zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Die Bundesverfassung enthält nunmehr ganz genaue Bestimmungen über die Schulbehörden des Bundes, die Landesschulräte in den Ländern und die Bezirksschulräte in den Bezirken.

Im Bundesschulaufsichtsgesetz vom 25. Juli 1962 wurden die Bundesländer verpflichtet, binnen Jahresfrist dazu notwendige Ausführungsgesetze zu erlassen. Das ist auch geschehen.

Im Lande Niederösterreich ist es aber durch das Ausführungsgesetz zum Bundesschulaufsichtsgesetz durch die ÖVP-Mehrheit im Landtag möglich gemacht worden, die Verfassungsbestimmung über die Mitwirkung der Kollegien der Bezirksschulräte zu umgehen, denn in Niederösterreich kann nun jemand auf einen

Haas

Dienstposten ernannt werden, der nicht im Vorschlag des Bezirksschulrates aufscheint. Diese den Intentionen des Bundesgesetzgebers widersprechende Möglichkeit im niederösterreichischen Ausführungsgesetz zum Bundes-schulaufsichtsgesetz ist kennzeichnend für die Machtpolitik der Österreichischen Volkspartei, vor allem des ÖAAB in Niederösterreich, der auf diese Art und Weise fortfährt, bei der Besetzung von Lehrstellen nach parteipoliti-schen Gesichtspunkten vorzugehen.

Die Sozialisten Niederösterreichs haben schon während der Verhandlungen über dieses Gesetz sehr klar aufgezeigt, daß die ÖVP bei einer Verwirklichung dieser ihrer Absicht nicht im Sinne des Bundesgesetzgebers handelt, vor allem aber auch nicht in dem Geiste, in dem die Schulgesetze 1962 geschaffen wurden.

Das alles — wie auch verschiedene Rechts-auskünfte — hat nichts genützt. Der ehemalige Unterrichtsminister Dr. Drimmel hat am 15. Oktober 1963 in einem Brief an den Präsidenten des Wiener Stadtschul-rates diesbezüglich folgendes gesagt: „Durch die verfassungsgesetzliche Vorschrift des Arti-kels 14 Abs. 4 lit. a letzter Satz Bundes-Ver-fassungsgesetz ist gewährleistet, daß die Be-stellung eines Pflichtschullehrers nicht mög-lich ist, wenn der von der Landesregierung oder vom Landesernennungsausschuß in Aussicht genommene Kandidat im Ternavorschlag des Bezirksschulrates nicht genannt ist. Es wäre also nicht möglich, daß etwa das im Landes-gesetz bezeichnete Ernennungsorgan einen Kandidaten auswählen würde, der zum Beispiel nur im Vorschlag des Landesschulrates ent-halten ist.“

Auch eine Rechtsauskunft des Herrn Ministerialrates Dr. Kövesi, der an den Schul-verhandlungen 1962 teilgenommen hat, sagt ähnliches, fast das gleiche über das Vor-schlagsrecht. Er sagt nämlich:

„Gemäß Artikel 14 ... hat dielandesgesetzlich vorzusehende Mitwirkung der Schulbehörden des Bundes in den Ländern und politischen Bezirken bei Ernennungen, sonstigen Be-setzungen von Dienstposten und bei Aus-zeichnungen jedenfalls ein Vorschlagsrecht der Schulbehörde erster Instanz (das ist bei Volks-, Haupt- und Sonderschullehrern sowie bei Lehrern des Polytechnischen Lehrganges der Bezirksschulrat, bei Berufsschullehrern der Landesschulrat) zu umfassen.

Aus dem Wort „jedenfalls“ — so heißt es weiter — „ergibt sich, daß die Landesgesetz-gebung auch weitere Vorschlagsorgane, also etwa bei Volks-, Haupt- und Sonderschul-lehrern den Landesschulrat, vorsehen kann. Für den Fall, daß das Landesgesetz als Ernennungsorgan die Landesregierung oder

etwa eine Landeslehrer-Ernennungskommission vorsieht, beständen also bezüglich der Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer zwei Vor-schlagsorgane, nämlich Bezirksschulrat und Landesschulrat.

Dem Wesen des Vorschlagsrechtes ent-spricht es, daß nur ein im Dreievorschlag enthalter Kandidat ernannt werden darf. Sind zwei Vorschlagsorgane (Bezirksschulrat und Landesschulrat) vorgesehen, so kann also nur ein solcher Kandidat ernannt werden, der sowohl im Dreievorschlag des Bezirksschulrates als auch im Dreievorschlag des Landesschulrates enthalten ist. Dem Er-nennungsorgan (Landesregierung oder Er-nennungskommission) steht es aber frei, keinen der Vorgesagten zu ernennen und neue Dreievorschläge zu verlangen.“

Das sind sehr eindeutige Rechtsauskünfte, die dazu gegeben wurden. Trotzdem hat man sich aber in Niederösterreich darum nicht ge-kümmert und hat im Landtag ein Gesetz be-schlossen, das einzig und allein den Wünschen und Absichten der Österreichischen Volks-partei dient.

Diese Nichtrespektierung des Vorschlags-rechtes des Bezirksschulrates ist eine grobe Verletzung des Gesetzes. In den übrigen Bundesländern ist man hier anders vorge-gangen. In Oberösterreich zum Beispiel hielt man sich an diese Rechtsauskunft von Dr. Kö-vesi und verankerte im oberösterreichischen Diensthoheitsgesetz eine Bestimmung, in der es ausdrücklich heißt, daß nur jemand ernannt werden kann, der sowohl im Vorschlag des Bezirksschulrates als auch im Vorschlag des Landesschulrates enthalten ist. Salzburg hat eine ähnliche Bestimmung.

Das niederösterreichische Ausführungsgesetz mit der Möglichkeit, einen Vorschlag des Bezirksschulrates einfach zu negieren, ist eine einmalige und bedauerliche Fehlinterpretation des Artikels 14 der Bundesverfassung.

Dies hat uns Sozialisten sehr klar und deut-lich gezeigt, daß man seitens der Österreichi-schen Volkspartei, zumindest der von Nieder-österreich, nicht damit rechnen kann, daß die in einem Verfassungsgesetz verankerten Grund-sätze auch verwirklicht werden. Wir Sozialisten werden uns das sehr gut merken.

Wir werden in nächster Zeit wieder ein Verfassungsgesetz, durch das der Weg für die landwirtschaftlichen Schulgesetze frei-gemacht werden soll, zu behandeln haben. Ich möchte hier namens der sozialistischen Abgeordneten nachdrücklichst erklären: So-lange die Mehrheit dieses Hohen Hauses nicht bereit ist, unseren Antrag auf Novellierung des Artikels 14 Abs. 4 lit. a Bundes-Ver-fassungsgesetz zu unterstützen, ist es für uns

Haas

Sozialisten unmöglich, an der Schaffung von neuen Verfassungsbestimmungen mitzuwirken. Es liegt nun an den Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei in diesem Hohen Hause, in dieser Angelegenheit ihren guten Willen unter Beweis zu stellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lukas das Wort.

Abgeordneter Lukas (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Minister! Geschätzte Damen und Herren! Ich werde zum Kapitel Schulwesen keine Generaldebatte halten, sondern werde zu den beiden Spezialthemen: Lehrermangel und Polytechnisches Jahr, die schon einige Abgeordnete sehr bewegt haben, sprechen. Ich werde auch versuchen, die Situation nicht vom Standpunkt meines Landes zu schildern, sondern ich werde trachten, von einer gesamtösterreichischen Schau auszugehen. Das, was ich Ihnen sage, zeigt sich ja nicht nur in meinem Land, sondern war in allen Ländern Österreichs zu beobachten.

Ein sehr großer Teil der Landbevölkerung Österreichs hat bereits in Elternversammlungen, in Deputationen bei Schulbehörden, bei Bürgermeistern, bei Landeshauptleuten und in sonstigen Vorsprachen seine Sorge wegen des immer größer werdenden Lehrermangels zum Ausdruck gebracht. Diese Sorge breiter Elternkreise ist vollkommen berechtigt und legt ein gutes Zeugnis dafür ab, als wie wertvoll sie die Schule schätzen, wie sehr sie an der Bildung ihrer Kinder interessiert sind und wie klar sie Mänglerscheinungen der Schule als Nachteil für ihre Kinder erkennen. Dies ist ein Zeichen, daß der von uns so oft gewünschte Kontakt zwischen Schule und Elternhaus anscheinend schon recht gut hergestellt ist.

Im Schuljahr 1965/66 weist der Lehrermangel die bereits bedenkliche Zahl für ganz Österreich von rund 3100 Lehrkräften in den Pflichtschulen auf. Die Ursache des Lehrermangels ergibt sich aus zwei Gründen: erstens die steigende Schülerzahl an Volks- und Hauptschulen, zweitens der fehlende Nachwuchs für den Lehrberuf.

Aus den Schülerzahlen lassen sich die Klassen und somit auch die Lehrkräfte ermitteln, die man im Schuljahr benötigt. Das Schulgesetz hat ursprünglich 36 Schüler als Schülerhöchstzahl für eine Klasse vorgesehen. Der zunehmende Lehrermangel hat das Hohe Haus im Jahre 1964 veranlaßt, diesbezüglich eine Novellierung vorzunehmen und die Schülerhöchstzahl für eine Klasse auf 40 zu er-

höhen, um damit die Zahl der fehlenden Lehrkräfte zu verringern. Die Novellierung hat sich nur in den höherorganisierten Volkschulen ausgewirkt, die wir in unseren Städten und Märkten haben, doch in keiner Weise bei den niederorganisierten Volksschulen in den Dörfern. Dort wurde durch die Novellierung vielfach nicht eine einzige Lehrkraft erspart.

Heute ist aber auch die Zahl 40 in Hunderten von Klassen weit überschritten, weil man gezwungen war, Klassen aufzuteilen. In vielen Landgemeinden wurden Schulen aufgelassen und die Kinder anderen Nachbarschulen zum Schulbesuch zugewiesen. Dies führte zu einer großen Beunruhigung der Bevölkerung, und allein die Schaffung von Verkehrseinrichtungen durch die Gemeinden für die Schüler und die Aufklärung, daß höherorganisierte Schulen dem Bildungsfortschritt der Jugend besonders dienen, beruhigte den Elternkreis einigermaßen.

Aber auch diese Veränderungen haben nur geringe Verbesserungen in der Situation des Lehrermangels gebracht, und sie waren in keiner Weise anhaltend. So erkannte man, daß diese Maßnahmen das Problem nie lösen werden, sondern nur zeitbedingte Kleinhilfen bleiben können. So sind heute Klassen bis zu 60 Schülern nicht mehr selten anzutreffen, und aus dem Bericht der Bezirksschulinspektoren erkennt man ein starkes Absinken der Leistung der Schüler und ein Zunehmen der Repetentenzahlen. Sicherlich spielen dabei auch noch andere Faktoren mit, doch einer der Hauptfaktoren ist der Lehrermangel.

Wenn man den Lehrermangel in den einzelnen Bundesländern beobachtet, so ergibt sich ein ganz verschiedenes Bild. Der Abgang von rund 3000 Lehrkräften läßt sich nicht gleichmäßig auf die anfallenden Schülerzahlen in den Ländern aufschlüsseln. Ich befasse mich mit diesem Problem schon etliche Jahre und habe in meinem Bundesland auf eine vielseitige Werbung für den Lehrberuf hingewirkt. Diese Werbung erstreckte sich schon auf die Hauptschüler, um sie zum Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt und später zum Eintritt in das Musisch-pädagogische Realgymnasium zu werben. Wir haben Vorträge in Gymnasien und Realgymnasien vor Maturanten gehalten und sie zum Besuch von Abiturientenkursen geworben. Wir sind auch werbend an die Beamenschaft, also an im Beruf Stehende, herangetreten und haben ihnen den Beruf nahegebracht. Wir können heuer feststellen, daß in Kärnten statt zweier Jahrgänge fünf Jahrgänge zur Reifeprüfung für den Lehrberuf gehen, das sind um rund 120 Lehrer mehr. Diese Werbung betrachten

Lukas

wir darum als sehr wertvoll. Es ergibt sich dabei aber noch ein zweiter Vorteil: daß sicherlich alle, die in den Abitientenjahrgängen studieren, den Beruf ergreifen werden. Es wird sich daher im kommenden Jahr der Lehrermangel in Kärnten trotz Einführung des Polytechnischen Jahres nicht erhöhen oder zumindest nicht einschneidend erhöhen. Wir haben daher nicht jene Sorge, die ich aus den Berichten der Abgeordneten anderer Bundesländer vernehmen mußte.

Es drängt sich aber die Frage auf: Warum haben die anderen Bundesländer so große Befürchtungen einer starken Steigerung des Lehrermangels? Der Abgeordnete Tschida hat hier erklärt, man könne nicht einen Minister wegen des Lehrermangels, wegen einer Krise, die eingetreten ist, schuldig sprechen, und er hat damit vollkommen recht. Man kann wirklich nicht einen Mann für eine Krise verantwortlich machen, denn solche Krisen sehen wir auch anderswo. Aber es hat hier Versäumnisse gegeben, man hat vergessen, rechtzeitig vorzubeugen, um diese Situation zumindest zu lindern, um ihr zu steuern. Den Lehrermangel haben wir schon viel früher auch in anderen Ländern erkannt, und die Befürchtung war schon zur damaligen Zeit berechtigt, daß er auch bei uns eintreten könnte. Wenn wir aber nichts tun, dann kommen wir einmal zu einem Lehrernotstand, den bereits der Kollege aus Tirol angekündigt hat, wo heute nicht mehr Lehrer, sondern Nichtmaturanten den Beruf des Lehrers ausüben müssen. Das wünschen wir aber nicht.

Die Hinweise, daß es schon seit Jahren auch in Deutschland, in Frankreich, in England und in Amerika einen stärkeren Lehrermangel gibt und dort bereits Unterrichtskrisen vorhanden sind, können nicht als Entschuldigung angeführt werden, sondern sollen eher Anlaß zu einem Studium des Lehrerproblems in unserem Lande geben, uns aufrütteln zu Taten, um Schulkrisen von Österreich fernzuhalten. Die Schuld an dem bisherigen Versäumnis trägt die Österreichische Volkspartei, da sie seit 20 Jahren das Unterrichtsministerium verwaltet, diesen Problemen aber nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Wir konnten beobachten, daß für eine Werbung für den Lehrberuf nahezu nichts geschehen ist und die kaum merkbare Werbung viel zu spät begonnen hat. Die Lehrerbildungsanstalten haben keine berufswerbende Strahlung in ausreichendem Maße gezeigt. Eine Werbung bei Hauptschülern zum Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt, in das Musisch-pädagogische Gymnasium ist nicht in jenem Ausmaß erfolgt, das einen besseren Erfolg hätte bringen können. Die Werbung in den

Maturajahrgängen der Mittelschule war viel zu schwach. Ein Vortrag allein bringt noch keinen Erfolg. Wir haben in Kärnten auf Kosten des Landes Prospekte verteilt, wir haben Broschüren ausgegeben, um diese jungen Männer und Frauen anzusprechen und sie für den Beruf zu begeistern.

Man hat im Bundesgebiet — diesen Vorwurf muß ich machen — der Jugend den Lehrberuf zuwenig attraktiv, zuwenig ansprechend dargeboten. Man hat zugesehen, wie die Privatwirtschaft, aber auch andere staatliche Stellen die Maturanten der Lehrerbildungsanstalt abgeworben haben. Bessere Bezahlung, Arbeitsstellen in der Stadt, das war natürlich schon anlockend, wenn vom zuständigen Ministerium fast nichts zu merken war. Wir sind mit offenen Augen in ein Dilemma geschlittert und werden jetzt reichliche Kraft und viel Geld aufbringen müssen, wenn wir diese Krisen abwenden wollen. In der Propaganda war das Heeresministerium in den Schulen weit aktiver, denn wir finden in allen Hauptschulen die Plakate unseres Heeresministers, Werbetafeln mit dem Ziel, die gewünschte Wehrgesinnung zu wecken.

Das neue Schulgesetz, das uns die Musisch-pädagogischen Realgymnasien statt der ehemaligen Lehrerbildungsanstalten brachte, gibt uns nun die Möglichkeit, mehrere Anstalten in jedem Lande zu errichten. Wenn man sie zweckentsprechend und geplant in Bezirksgebieten erstehen läßt, dann werden sie, wenn sie auch berufslenkend wirken, den Lehrer seiner engeren Heimat bringen. Dann wäre der Zudrang nach der Stadt vielleicht doch abzuschwächen, wenn der Lehrer in Zukunft in seinem Heimatbezirk unterrichten kann. Doch ist diese berufslenkende Tätigkeit noch nicht gesichert, und das Ministerium wird durch richtige Gestaltung der Erziehungsführung reichlich Einfluß nehmen müssen.

Die Propaganda für den Lehrberuf an den höheren Schulen muß gelenkt, aktiv gestaltet werden, damit die Lehrerakademien die notwendigen Studierenden erhalten. Es ist allein an Werbung noch viel zu tun, es müssen alle zweckmäßigen Werbemöglichkeiten genutzt werden, um der Jugend die ideelle Seite dieses Berufes bekannt zu machen.

Doch wird man damit nicht auskommen. Auch die materiellen Reize dürfen nicht fehlen. Mein Kollege Regensburger hat Ihnen das deutlichst aufgezeigt, und ich bin ihm dankbar dafür. Sicherlich ist der Verdienst allein nicht entscheidend, aber er bildet die zweite Hälfte der Werbekraft. Wenn wir eine genügende Anzahl von Lehrkräften erreichen wollen, werden wir diesen Beruf auch gehaltsmäßig anlockend gestalten müssen. Ich habe

Lukas

die zuversichtliche Hoffnung, daß wir mit ansprechender Werbung und ansprechendem Gehalt die Gefahr der Schulkrise bannen werden. Da nun schon soviel Erfahrung vorhanden ist, ist es sicherlich am Platze, die Anregung zu machen, eine Enquete über den Lehrermangel auf Landesebene mit Landesvertretern in der Zentrale durchzuführen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Eine Bitte habe ich an den Herrn Minister für Landesverteidigung und an die Herren Abgeordneten, die Mitglieder des Ausschusses für Landesverteidigung sind: Bitte überlegen Sie die Möglichkeit, ob man die Maturanten der Lehrerbildungsanstalt erst nach Ablegung der Lehrbefähigungsprüfung — das ist zwei Jahre nach der Matura — und die Hörer der Lehrerakademie erst nach Beendigung des Studiums zur Ableistung des Wehrdienstes einberufen könnte. Man würde allein dadurch einen wertvollen Beitrag zu einer Behebung oder wenigstens Verminderung des Lehrermangels leisten.

Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir von den Lehrern weiterhin die Belastung durch Mehrdienstleistungen verlangen müssen. Die Lehrkräfte werden für diese Mehrdienstleistung natürlich bezahlt, doch gibt es auch hier für den Pflichtschullehrer eine ungerechte Behandlung, der Lehrer an der höheren Schule wird für jede Mehrdienstleistungsstunde entlohnt. Der Arbeiter in der Wirtschaft wird für jede Überstunde bezahlt, nur der Pflichtschullehrer bekommt erst dann seine Mehrleistungsstunden bezahlt, wenn er eine Woche hindurch für einen erkrankten oder verhinderten Lehrer unterrichtet hat. Das empfindet die Lehrerschaft Österreichs als eine ungleiche und ungerechte Behandlung. Ich erhebe daher öffentlich im Hause den Appell, bei der Mehrdienstleistungsvergütung eine gleiche und somit gerechte Behandlung der Pflichtschullehrer Österreichs zu realisieren.

Nun zum Polytechnischen Jahr. Wir haben bei der Behandlung des Polytechnischen Jahres festgestellt, daß es zwei gegensätzliche Meinungen hier im Parlament, aber auch im österreichischen Volk gibt. Es gibt eine positive Einstellung, und die Vertreter der positiven Einstellung erkennen, daß man fast in allen Staaten Europas die Pflichtschulzeit verlängert hat. Sie beobachten auch, daß sich der geistige Reifungsprozeß der Jugend verlangsamt hat. Wir erkennen das vor allem, wenn wir mit Vierzehnjährigen über ihre Berufswahl sprechen und sie fragen: Was wirst du denn werden, lieber Franzl? Dann zuckt er die Schultern, weil er es noch nicht weiß. Das ist ein Zeichen dafür, daß er sich mit dieser Frage in diesem Alter in seinem heutigen Reifezustand noch nicht befaßt hat.

Man hat aber auch die Erkenntnis gewonnen, daß die Schule während der acht Schuljahre infolge der Lehrstoffüberbelastung nicht in der Lage ist, für eine richtige Vorbereitung auf das spätere Leben, für eine richtige Berufsorientierung, für ein verständnisvolles Verhalten in der Gemeinschaft zu wirken.

Die negativ Eingestellten finden wir in drei Gruppen: bei den Eltern, in der Bauernschaft und unter den Wirtschaftstreibenden.

Bei den Eltern herrscht noch ziemliche Unklarheit über das 9. Schuljahr, und einigen tut es leid, daß das Kind nicht schon früher in den Verdienst kommt.

Bei der Bauernschaft ist diese Einstellung verständlich. Der Mangel an Arbeitskräften bringt sie auf den Gedanken: Jetzt soll er noch ein Jahr in die Schule gehen, obwohl man ihn schon recht gut zu Hause brauchen könnte?

Bei Gewerbe und Handel ist diese Einstellung deshalb so laut geworden, weil diese Branchen in diesem Jahr keine Lehrlinge beziehungsweise nicht die gewünschte Anzahl von Lehrlingen erhalten.

Man wußte aber in der Bauernschaft und in der Wirtschaft bereits vor vier Jahren, daß diese Situation eintreten wird. Warum haben sich nicht auch diese Gruppen darauf vorbereitet? Warum starten sie direkte Angriffe auf das Ministerium, auf jene, die positiv eingestellt sind? Wenn wir schon Gesetze haben, dann müssen wir uns alle auf die neue Situation einstellen.

Vier Jahre lang haben sich die negativ Eingestellten nur sehr wenig gekümmert und erheben erst jetzt, wenige Monate vor Inkrafttreten des Gesetzes, ihre Stimme. Vorwürfe gegen das Unterrichtsministerium, daß es nicht alle Aufgaben erfüllt habe, sind nach meinem Ermessen — ich habe als Bezirksschulinspektor Einblick — unberechtigt, denn es haben viele Konferenzen, Beratungen und jahrelange Schulversuche stattgefunden, wo die Lehrplanfrage, die Differenzierungsfrage und alle organisatorischen Belange geklärt wurden.

Der Lehrermangel, der in diesem Zusammenhang auch angeführt wird, darf hier nicht mit spezieller Berechtigung genannt werden, er ist kein spezielles Problem des Polytechnischen Jahres, sondern er wird meist als Argument von den negativ eingestellten Personen herangezogen.

Der Schulraummangel, das Problem der Zentralschulen können nicht auf Bundesebene gelöst werden, diese Angelegenheiten sind Landessache. Das muß man genauestens unterscheiden, sonst appelliert man an den falschen Mann.

Lukas

Eigenartig ist folgendes: Wien und, wie ich heute hörte, auch das Burgenland sind in ihren Bemühungen bereits so weit, daß sie über keine besonderen Schwierigkeiten mehr bei Beginn des Polytechnischen Jahres klagen können. Man muß sich fragen, warum es gerade in diesen Ländern geht. Warum ist es in anderen Ländern nicht gegangen, warum klappt es dort nicht? Gibt es dort selbst in den Landesregierungen zu viele negativ Eingestellte? Ich bitte, da wir doch schon eine starke positive Einstellung im Hause verfügt haben, dahin zu wirken, daß auch die Vertreter in den Ländern sich zu diesem wichtigen Gesetz positiv einstellen.

Wenn wir den Beginn des Polytechnischen Jahres um drei Jahre hinausschieben, wie es ein Antrag des Abgeordneten Peter vorsieht, werden dann die Probleme gelöst sein? Ich bin schon zu lange Parlamentarier, wenn auch nicht in diesem Hause, sondern im Landtag, gewesen und kann Ihnen daher sagen: Alles, was wir hinausschoben, kam niemals zu einer Erledigung, sondern wurde abgewürgt, und das wünschen wir nicht. War es Mangel an Zeit oder Geld, daß manche Probleme noch nicht gelöst wurden? Oder ist es die absolut negative Einstellung zum 9. Schuljahr? Das muß überlegt werden.

Meine sehr verehrten Vertreter der ÖVP, die Sie doch so sehr für die EWG sind! Sollen wir unsere Kinder mit einer nicht ausreichenden Schulbildung in den EWG-Raum führen, wo es schon längst eine längere und gediegenere Schulbildung gibt und wo deren Notwendigkeit früh erkannt wurde? Auch eine bessere Schulbildung braucht unsere Jugend beim Übertritt in eine neue Wirtschaftsordnung, denn sie wird in der Zukunft die Hauptlast tragen müssen.

Wir wissen, daß alles seine Entwicklung braucht, denn nur in der Entwicklung kommt erst alles richtig zur Prägung. Sicherlich wird am Polytechnischen Jahr noch manches novelliert werden. Sicherlich werden neue und berechtigte Wünsche aufscheinen. Doch dies kann erst geschehen, wenn man Erfahrungen in der Praxis gesammelt hat. Probleme, die heute in den Ländern noch nicht gelöst sind, werden nun ernst und beschleunigt behandelt werden müssen. Was einige Länder schon gelöst haben, werden die anderen nachholen müssen.

Wir Sozialisten bekennen uns zu diesem notwendigen Fortschritt, wir wissen, daß damit unserer Jugend, der Zukunft und dem Staate gedient wird. Wir begrüßen daher das 9. Schuljahr, das Polytechnische Jahr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Abgeordneten Ströer das Wort.

Abgeordneter Ströer (SPÖ): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Das Kapitel 12 gibt mir Gelegenheit, kurz über die außerschulische Jugenderziehung und damit kurz über den Jugendring, die Jugendorganisationen und über den Sport zu sprechen.

Ich möchte betonen, daß in den freien Jugendorganisationen unseres Landes immerhin einige hunderttausend junge Menschen organisiert sind, sodaß es wert ist, wenn wir uns kurz mit den Problemen dieser vielen jungen Menschen beschäftigen.

Zunächst möchte ich daran erinnern, daß sich auf Grund des § 22 des Kompetenzgesetzes seit einiger Zeit drei Ministerien für Jugendfragen zuständig halten und sich ein Ministerium im besonderen für Fragen der außerschulischen Jugendbildung und des Sports zuständig hält. Ich kann es mir nicht versagen, dazu ergänzend festzustellen, daß wir Sozialisten nach wie vor die Kompetenz des Bundes für diese Angelegenheiten bestreiten, aber ich möchte den Beweis heute lieber nicht erbringen. Ich könnte mich einer Unterlage, einer Publikation bedienen, die uns vom Unterrichtsministerium zur Verfügung gestellt wurde. In dieser Dokumentation steht unter dem Abschnitt „Die derzeitige Gesetzeslage“ einiges über die Kompetenzen. Aber lassen wir das. Das Gesetz wurde gegen uns beschlossen, und wir können jetzt im Kapitel 12 anknüpfen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Sport!*) Nur für Sport. Aber ich gebe Ihnen die Sammlung des Verfassungsgerichtshofes, ein Erkenntnis aus dem Jahre 1957, aus dem hervorgeht, daß das, was hier für den Sport gesagt wird, auch für die Erziehung gilt. Aber ich bin beim Kapitel 12 und möchte mich damit beschäftigen.

Ich möchte das Hohe Haus kurz darüber informieren, wie die Mittel für den Bundesjugendring und für die außerschulische Jugendbildung aufgeteilt werden sollen. Ich mache es kurz: Es sind rund 21 Millionen Schilling, die über das Bundesministerium für Unterricht vergeben werden. Dazu kommen noch 9 Millionen Schilling, die bisher jedes Jahr, zumindest in den letzten Jahren war dies der Fall, vom Bundesministerium für soziale Verwaltung dem Bundesjugendring und seinen Jugendorganisationen gegeben wurden. Auf Grund des Kompetenzgesetzes ist auch für diesen Betrag das Unterrichtsministerium zuständig.

Den Jugendorganisationen, die im Bundesjugendring vertreten sind, werden 7,5 Millionen zur Verfügung gestellt, für andere Jugend-

Ströer

gemeinschaften, die vom Ministerium direkt beteilt werden, 3 Millionen, für diverse Organisationen 1,25 Millionen, für die Jugendherbergsverbände 2,5 Millionen, für die Landesjugendreferate 200.000 Schilling, und an Zuschüssen für die Errichtung von Jugendheimen werden 3 Millionen Schilling vergeben. Für die Aktion „Österreichs Jugend lernt Wien kennen“ — ich sage gleich dazu: eine Aktion, die wir durchaus begrüßen und für gut und nützlich halten — werden 3,6 Millionen Schilling ausgeworfen. Das sind rund 21 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die 9 Millionen Schilling vom Sozialministerium.

Für den Sport werden 12 Millionen Schilling an Förderungszuwendungen gegeben. Für Sportanlagen sind rund 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir eine kritische Bemerkung. Ich sagte: 3 Millionen Schilling werden für die Förderung des Jugendheimbaues vergeben. Es wird Sie vielleicht wundern, daß für die Förderung des Rennsports der gleiche Betrag zur Verfügung gestellt wird. Wir sind der Sache nachgegangen, und der Herr Unterrichtsminister war so freundlich, uns zu sagen, wer in den Genuß dieser 3 Millionen Schilling kommt. Wir waren überrascht, zu erfahren, daß es sich um drei Rennsportvereine handelt, die nicht die ärmsten Leute zu ihren Mitgliedern zählen. Aber das nur nebenbei.

Ich möchte Sie nun über folgendes Faktum informieren: Diese Beträge stehen der Jugend zur Verfügung. Aber was ist bis heute geschehen? Herr Kollege Peter ist hier. Ich kann Sie beruhigen, Herr Kollege Peter, Ihr Antrag ist überflüssig. (Abg. Kulhanek: Er ist ja gar nicht aufgereggt!) Sie haben nämlich vorgeschlagen — das war schon im Ausschuß der Fall —, das Unterrichtsministerium möge dem Bundesjugendring und damit seinen Jugendorganisationen so lange keine Zuschüsse gewähren, solange der Bundesjugendring es ablehnt, zwei Jugendorganisationen, die sich um Aufnahme bewerben, aufzunehmen. Ich kann Sie beruhigen: Das Bundesministerium für Unterricht hat Ihrem Wunsch bereits Rechnung getragen, denn obwohl wir Ende Juni schreiben, haben die Jugendorganisationen, die im Bundesjugendring vertreten sind, bis heute keinen Schilling von diesen Mitteln bekommen. (Abg. Peter: Das hat der Herr Minister aber nicht uns zuliebe gemacht! — Abg. Dr. Pittermann: Vielleicht? Wer weiß es? — Heiterkeit. — Abg. Dr. van Tongel: Nicht das geringste!) Sie haben zumindest mit einigen Vorschüssen gerechnet, und es wäre vielleicht nicht uninteressant zu erfahren ... (Abg. Dr. van Tongel: Keine solchen

komischen Verdächtigungen, sonst werden wir anders reden!) Vielleicht hat Ihre Organisation etwas bekommen, aber die im Jugendring vertretenen Organisationen haben nichts bekommen. (Abg. Dr. van Tongel: Das sind komische Verdächtigungen! Diese Art so hintenherum kennen wir schon! — Abg. Dr. J. Gruber: Das sind doch keine Verdächtigungen!) Ich meine, es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, welche Gründe dafür maßgebend sind, daß die Jugendorganisationen bis heute keinen Schilling bekommen haben.

Ich glaube, für die Organisationen ist diese Frage doch nicht so uninteressant. Die Organisationen führen ein Organisationsleben, und sie rechnen mit den Mitteln, die man ihnen versprochen hat. Sie haben im vergangenen Jahre ihre 20 Millionen Schilling erhalten. Heuer ist das nicht der Fall.

Ich möchte es unterlassen, Ihnen zu berichten, wer den Jugendorganisationen versprochen hat, daß diese Frage ehebaldigst erledigt wird, aber bis heute, wie gesagt, ist nichts geschehen. Auch ein Brief an den Herrn Finanzminister vom 23. Mai blieb ohne Erfolg.

Ich glaube, die Jugendorganisationen verdienen diese Unterstützung. Immerhin leisten sie ja doch einige sehr interessante Arbeiten im Interesse unserer Gesellschaft: sie fördern den staatsbürgerlichen Unterricht und dergleichen mehr. Darum, meine ich, hätten sie doch ein Anrecht darauf, daß wir sie unterstützen, denn von guten Ratschlägen allein, Herr Dr. Gruber, haben sie nichts, sie brauchen auch eine materielle Förderung. (Abg. Dr. J. Gruber: Die kriegen sie sowieso!)

Sie haben auch nichts davon, wenn man sie unqualifiziert kritisiert. Ein Mitglied des Hohen Hauses hat vor einigen Tagen ein Interview gegeben, und in diesem Interview sagte es:

„Was macht die Jugend mit ihrer Zeit? Sie lungert in Lokalen herum, gibt das Geld wahllos für Mopeds oder ähnliche Luxusartikel aus. Ich glaube auch nicht“ — sagte der Mandatar —, „daß die gesundheitlichen Schäden bei den Jugendlichen darauf zurückzuführen sind, daß die Jugend zuviel arbeitet. Vielmehr vergeudet sie die Freizeit sinnlos. Es wird zuwenig Sport betrieben, Wanderungen sind verpönt — das Moped ist bequemer. Man muß hier aufpassen, daß die Jugend nicht noch mehr in den Sog hineingerät, in den sie bereits hineinzugeren droht. Erst dann läßt sich über die 40-Stunden-Woche reden.“

Ich möchte nicht gegen diese Aussage polemisieren, ich nehme diesen Beitrag nur als eine Unterstützung für eine Forderung, daß

872

Nationalrat XI. GP. — 12. Sitzung — 17. Juni 1966

Ströer

nämlich dieser Jugend tatsächlich die Möglichkeiten fehlen, ihre Freizeit sinnvoll zu verwenden.

Ich kenne die Situation in Niederösterreich etwas besser, ich kann Ihnen sagen, daß es an Jugendheimen und Sportanlagen fehlt, und daß wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn die Jugend vor allem in den kleineren Orten ihre Freizeit dann in Gasthäusern verbringt. Diese Jugendorganisationen, die gute Jugendarbeit leisten, sollen wir fördern. Die Jugendorganisationen aller Richtungen anerkennen — das möchte ich auch sagen — die Hilfe des Staates, und sie verwenden, wie wir wissen, die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel durchaus widmungsgemäß.

Um die außerschulische Jugendarbeit zu intensivieren, um Jugendherbergen und Jugendheime zu errichten, wären nach Auffassung der Jugendorganisationen für das laufende Jahr insgesamt 25 Millionen Schilling erforderlich.

Meine Fraktion — das möchte ich abschließend feststellen — hat sich stets für die Förderung der freien Jugendorganisationen eingesetzt. Die Jugendorganisationen haben nach wie vor große Bedeutung. Mit Recht nennt man sie manches Mal die Vorschulen der Demokratie. Wir sollten jenen Dank sagen, die sich in diesen Organisationen um die Jugend bemühen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über die Gruppe VI. Diese umfaßt: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 28 Titel 8: Bundeステheater. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln und Titeln samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP, weil sich einige SPÖ-Abgeordnete von ihren Sitzen erheben*)

wollten.) — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag des Ausschusses, betreffend Förderungszuwendungen für die von den Gebietskörperschaften betriebenen Theater und für das Laienspielwesen. Der Antrag ist dem Ausschußbericht beigedruckt. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Weißmann, Luptowits, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend die Errichtung einer wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Klagenfurt. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrochenen Entschließungsantrag der Abgeordneten Doktor Hertha Firnberg und Genossen, betreffend Lehrfreiheit an den österreichischen Hochschulen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. Das ist die Minderheit. Abgelehnt. (*Zwei Abgeordnete der ÖVP erheben sich von ihren Sitzen. — Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Es ist trotzdem die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. (*Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Bei euch wollten zuerst auch einige aufstehen! — Abg. Preußler: Aber wir haben keine Minister und Klubordner dabei gehabt!*)

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Montag, den 20. Juni, um 14 Uhr ein. Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, Spezialdebatte, Gruppe IV: Inneres.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 45 Minuten